

TIM MARSHALL

DIE MACHT DER GEOGRAPHIE



Wie sich Weltpolitik
anhand von 10 Karten
erklären lässt

TIM MARSHALL

DIE MACHT DER GEOGRAPHIE

Wie sich Weltpolitik
anhand von 10 Karten
erklären lässt

Aus dem Englischen
von Birgit Brandau



VORWORT

Wladimir Putin bezeichnet sich als religiösen Menschen, als engagiertes Mitglied der Russisch-Orthodoxen Kirche. Es könnte also gut sein, dass er, wenn er abends zu Bett geht, seine Gebete spricht und Gott fragt: »Warum hast du nicht ein paar Berge in die Ukraine gestellt?«

Hätte Gott in der Ukraine Berge geschaffen, dann würde das ausgedehnte Flachland der nordeuropäischen

Tiefebene nicht zu Angriffen auf Russland einladen, wie es mehrfach der Fall war. So wie es ist, bleibt Putin keine Wahl: Er muss zumindest versuchen, die Ebene im Westen zu kontrollieren. So ergeht es allen Staaten der Welt, seien sie klein oder groß. Die Landschaft nimmt die Regierungschefs gefangen, lässt ihnen weniger Optionen und Raum für Manöver als man denkt. Dies galt für das Athener Imperium, für die Perser wie die Babylonier und frühere Reiche. Es traf auf alle Führer zu, die auf hoch gelegenes Gelände aus waren, um ihren Stamm zu schützen.

Seit jeher hat uns das Land, auf dem wir leben, geformt. Es hat die Kriege, die Macht, die Politik und die gesellschaftliche Entwicklung der Völker geformt, die mittlerweile nahezu jeden Teil der Erde bewohnen. Technologien überwinden scheinbar die mentalen wie räumlichen Entfernungen zwischen uns, sodass leicht vergessen wird, dass das Land, in dem wir leben, arbeiten und unsere Kinder aufziehen, höchst bedeutsam ist und dass die Entscheidungen derer, die die sieben Milliarden Bewohner dieses Planeten führen, in gewissem Maße schon immer

durch die Flüsse, Berge, Wüsten, Seen und Meere, die uns alle eingrenzen, geformt werden.

Es gibt keinen einzelnen geographischen Faktor, der wichtiger ist als irgendein anderer. Berge sind nicht wichtiger als Wüsten, Flüsse nicht wichtiger als Dschungel. In den unterschiedlichen Gebieten der Erde sind es unterschiedliche geographische Merkmale, die zu den dominanten Faktoren gehören, die bestimmen, was Menschen tun können und was nicht.

Allgemein gesagt: Geopolitik zeigt auf, wie internationale Angelegenheiten vor

dem Hintergrund geographischer Faktoren zu verstehen sind. Dabei geht es nicht nur um die tatsächliche Landschaft – die natürlichen Barrieren durch Berge oder die Verbindungen durch Flusssysteme beispielsweise –, sondern auch um Klima, Demographie, Kulturregionen und den Zugang zu natürlichen Ressourcen. Solche Faktoren können erhebliche Auswirkungen auf viele Bereiche unserer Zivilisation haben, von politischen und militärischen Strategien bis hin zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft samt Sprache, Handel und Religion.

Die physischen Realitäten, die der nationalen und internationalen Politik zugrunde liegen, werden zu oft außer Acht gelassen – sowohl bei der Geschichtsschreibung als auch bei der aktuellen Berichterstattung aus aller Welt. Geographie ist eindeutig ein grundlegender Teil des »Warum« und auch des »Was«. Sie ist vielleicht nicht *der* bestimmende Faktor, aber ganz sicher jener, der am häufigsten übersehen wird. Nehmen wir zum Beispiel China und Indien: zwei gewaltige Länder mit einer riesigen Bevölkerung, die eine sehr lange gemeinsame Grenze haben, aber weder

politisch noch kulturell auf einer Linie sind. Es würde also nicht überraschen, wenn sich diese beiden Giganten mehrere Kriege geliefert hätten – doch das haben sie, abgesehen von einer einen Monat dauernden Auseinandersetzung 1962, nicht getan. Warum? Weil zwischen ihnen die höchste Gebirgskette der Welt liegt und es praktisch unmöglich ist, mit großen Militärkolonnen durch oder über den Himalaja vorzustößen. Mit immer ausgefeilteren Technologien werden natürlich auch Möglichkeiten eröffnet, dieses Hindernis zu überwinden, aber die physische Barriere bleibt eine

Abschreckung. Deshalb konzentrieren sich beide Länder bei ihrer Außenpolitik auf andere Regionen, während sie einander argwöhnisch im Auge behalten.

Einzelne Führungspersönlichkeiten, Vorstellungen, Technologien und andere Faktoren spielen alle eine Rolle bei der Ausformung von Ereignissen, aber sie sind vergänglich. Jede neue Generation steht wiederum vor der physischen Blockade, die Hindukusch und Himalaja darstellen. Das Gleiche gilt für die Herausforderungen durch die Regenzeit und die Nachteile aufgrund des beschränkten Zugangs zu Bodenschätzen

oder Nahrungsquellen.

Mein Interesse an diesem Thema wurde geweckt, als ich in den 1990ern über die Kriege auf dem Balkan berichtete. Ich konnte aus nächster Nähe beobachten, wie die Führer verschiedener Völker, seien es Serben, Kroaten oder Bosnier, ihre »Stämme« in dieser von Vielfalt gekennzeichneten Region mit voller Absicht an alte Spaltungen und ein uraltes Misstrauen erinnerten. Sobald es ihnen gelungen war, die Völker auseinanderzubringen, war es ein Leichtes, sie gegeneinander aufzubringen.

Der Fluss Ibar im Kosovo ist ein sehr

gutes Beispiel. Die osmanische Herrschaft über Serbien wurde mit der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 gefestigt. In der Nähe liegt die Stadt Mitrovica, durch die der Ibar fließt. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte begann sich die serbische Bevölkerung auf die andere Seite des Ibar zurückzuziehen, als muslimische Albaner aus der Bergregion Malësia e Madhe nach und nach in das Kosovo einwanderten, wo sie bis Mitte des 18. Jahrhunderts zur Mehrheit wurden.

Nun ein Zeitsprung ins 20. Jahrhundert: Nach wie vor bestand eine klare ethnische und religiöse

Spaltung, die in etwa durch den Fluss markiert wurde. 1999 zog sich das jugoslawische (serbische) Militär, bombardiert von der NATO aus der Luft und der UÇK am Boden, hinter den Ibar zurück, rasch gefolgt vom Großteil der noch vorhandenen serbischen Bevölkerung. Der Fluss wurde de facto zur Grenze dessen, was einige Länder heute als unabhängige Republik Kosovo anerkannt haben.

Mitrovica war auch der Ort, wo der Vormarsch der NATO-Bodentruppen stoppte. Während des dreimonatigen Kriegs hatte es versteckte Drohungen

gegeben, die NATO plane, ganz Serbien zu besetzen. In Wahrheit bedeuteten die Einschränkungen sowohl durch die Geographie als auch durch die Politik, dass diese Möglichkeit der NATO-Führung nicht unbedingt offenstand. Ungarn hatte deutlich gemacht, dass es eine Invasion von seinem Gebiet aus nicht erlauben würde, weil man Repressalien gegen die 350 000 ethnischen Ungarn in Nordserbien fürchtete. Die Alternative wäre eine Invasion von Süden her gewesen, was die NATO doppelt so schnell an den Ibar gebracht hätte, aber dieser standen die Berge oberhalb der

Stadt entgegen.

Ich arbeitete damals mit einem serbischen Team in Belgrad und fragte, was passieren würde, wenn die NATO käme. »Wir legen unsere Kameras weg und nehmen uns Gewehre, Tim«, lautete die Antwort. Es handelte sich um liberale Serben, gute Freunde von mir, die in Opposition zu ihrer Regierung standen, aber sie holten trotzdem Karten hervor und zeigten mir, wo die Serben ihr Territorium in den Bergen verteidigen würden und wo die NATO sich festfahren würde. Es war einigermaßen beruhigend, anhand dieser Geographielektion zu

erfahren, dass die Möglichkeiten der NATO begrenzter waren, als die Brüsseler PR-Maschine zugab.

In den folgenden Jahren kam mir das auf dem Balkan erworbene Verständnis, wie entscheidend die Beschaffenheit der Landschaft war, bei der Berichterstattung zugute. Beispielsweise merkte ich 2001, ein paar Wochen nach dem 11. September, wie sehr, selbst bei heutiger moderner Technologie, das Klima immer noch die militärischen Möglichkeiten sogar der mächtigsten Armee der Welt beherrscht. Ich war mit einem Schlauchboot über den Grenzfluss

von Tadschikistan nach Nordafghanistan gekommen, um zu den Truppen der Nordallianz (NA) aufzuschließen, die gegen die Taliban kämpften.

Die amerikanischen Kampfflugzeuge und Bomber waren bereits in der Luft und beschossen Taliban- und al-Qaida-Stellungen in den kalten, staubigen Ebenen und Hügeln östlich von Masar-e Scharif, um den Weg für den Vormarsch auf Kabul zu ebnen. Nach ein paar Wochen machte sich die NA offensichtlich bereit, nach Süden vorzustößen. Doch dann veränderte die Welt plötzlich ihre Farbe.

Es kam der heftigste Sandsturm auf, den ich je erlebt habe, und überzog alles mit senfgelber Farbe. Selbst die Luft um uns herum schien diese Farbe zu haben, so voll war sie mit Sandpartikeln.

36 Stunden lang bewegte sich nichts mehr außer dem Sand. Als der Sturm seinen Höhepunkt erreicht hatte, konnte man nur ein paar Meter weit sehen, und klar war einzig, dass der Vormarsch das Wetter abwarten musste.

Die amerikanische Satellitentechnologie, eine Speerspitze der Wissenschaft, war nutzlos, das Klima in diesem wilden Land hatte sie blind

gemacht. Alle, von Präsident Bush und den Joint Chiefs of Staff bis hin zu den NA-Truppen am Boden, konnten nur warten. Dann regnete es, und der Sand, der auf allem und jedem lag, verwandelte sich in Matsch. Der Regen war so stark, dass die Lehmziegelhütten, in denen wir hausten, zu zerfließen drohten. Erneut war klar, dass ein Vorstoß nach Süden unmöglich war. Die Gesetze der Geographie, die bereits Hannibal, Sunzi und Alexander der Große kannten, gelten für die heutigen Führer noch genauso.

Die Geopolitik betrifft alle Länder, sei es im Krieg, wie in diesen Beispielen, oder

im Frieden. In jeder einzelnen Region lassen sich Beispiele dafür finden. In diesem Buch kann ich nicht alle anführen: Kanada, Australien und Indonesien zum Beispiel werden nur kurz erwähnt, obwohl allein Australien und die Art und Weise, wie seine Geographie die physischen wie kulturellen Verbindungen zu den anderen Teilen der Welt formte, ein ganzes Buch verdiente. Stattdessen habe ich mich auf die Mächte und Regionen konzentriert, die die Kernpunkte des Buches am besten illustrieren, und mich mit dem historischen Erbe der Geopolitik (der

Staatenbildung), den dringlichsten Situationen, denen wir heute gegenüberstehen (den Problemen in der Ukraine, dem wachsenden Einfluss von China), und einem Blick in die Zukunft (dem zunehmenden Wettbewerb in der Arktis) beschäftigt.

In Russland sehen wir den Einfluss der Arktis und wie das eisige Klima dort Russlands Möglichkeiten einschränkt, zu einer echten Weltmacht zu werden. In China erkennen wir, dass die Macht ohne eine global agierende Marine Beschränkungen unterliegt. Das Kapitel über die USA beweist, wie kluge

Entscheidungen zur Erweiterung des Territoriums in Schlüsselregionen es den Vereinigten Staaten möglich machten, ihre heutige Position als Supermacht an zwei Weltmeeren zu erlangen. Europa zeigt uns den Vorteil von Tiefebene und schiffbaren Flüssen beim Aufbau von Verbindungen zwischen den Regionen und der Entwicklung einer Kultur, die den Anschub der modernen Welt ermöglichte, während Afrika ein Paradebeispiel für die Auswirkungen der Isolation ist.

Das Kapitel über den Nahen Osten demonstriert, warum das Ziehen von

Linien auf Landkarten ohne die Berücksichtigung der Topographie und, ebenso wichtig, der geographischen Kulturen eines Gebiets nur Probleme mit sich bringen kann. Probleme, die uns in diesem Jahrhundert weiterhin begleiten werden. Das gleiche Thema kommt in den Kapiteln über Afrika und Indien/Pakistan zum Tragen. Die Kolonialmächte zogen auf dem Papier künstliche Grenzen und kümmerten sich überhaupt nicht um die physischen Gegebenheiten der Region. Heute werden blutige Versuche unternommen, sie zu korrigieren; das wird noch einige Jahre

andauern, und danach wird die Karte der Nationalstaaten nicht mehr so aussehen wie heute.

Ganz anders als die Beispiele Kosovo oder Syrien sind Japan und Korea, da sie ethnisch überwiegend homogen sind. Allerdings haben sie andere Probleme: Japan ist ein Inselstaat ohne natürliche Ressourcen, während die Teilung von Korea ein Problem ist, das noch auf eine Lösung wartet. Lateinamerika hingegen ist eine Anomalie. Sein äußerster Süden ist so abgeschnitten von der übrigen Welt, dass ein globaler Handel schwierig ist, und die Geographie im Inneren des

Kontinents steht der Schaffung eines erfolgreichen Handelsblocks nach EU-Vorbild entgegen.

Zum Schluss kommen wir zu einem der unbewohnbarsten Teile der Welt – der Arktis. Die längste Zeit haben die Menschen die Arktis ignoriert, aber im 20. Jahrhundert haben wir dort Energiequellen entdeckt, und die Diplomatie des 21. Jahrhunderts wird festlegen, wer Eigentümer dieser Ressourcen ist – und sie verkaufen kann.

Die Geographie als maßgeblichen Faktor für den Verlauf der menschlichen Geschichte anzuerkennen, kann auch als

pessimistische Weltsicht interpretiert werden, weshalb dies in manchen intellektuellen Kreisen wenig beliebt ist. Denn es legt nahe, dass die Natur stärker als der Mensch ist und wir nur ein Stück weit Herren unseres Schicksals sind. Sicherlich haben eindeutig auch andere Faktoren Einfluss auf den Gang der Ereignisse. Jeder vernünftige Mensch kann sehen, dass die moderne Technologie dabei ist, die ehernen Regeln der Geographie zu brechen. Sie hat Wege über, unter oder durch einige der Barrieren gefunden. Die Amerikaner können jetzt bei einer Bombermission die

gesamte Strecke von Missouri nach Mossul fliegen, ohne unterwegs eine Betonpiste zum Auftanken zu benötigen. Dadurch und durch ihre zum Teil autarken großen Flugzeugträgerkampfverbände brauchen sie nicht mehr unbedingt einen Verbündeten oder eine Kolonie, um ihre Reichweite weltweit auszudehnen. Natürlich gibt es noch mehr Optionen für sie, wenn sie einen Flugzeugstützpunkt auf der Insel Diego Garcia haben oder ihnen der Hafen in Bahrain immer offen steht, aber dies ist keine Voraussetzung mehr.

Die Luftfahrt hat also die Regeln verändert, und ebenso – auf andere Weise – das Internet. Aber die Geographie und die Geschichte, wie Staaten sich in dieser Geographie etabliert haben, bleiben wesentlich für unser Verständnis der heutigen Welt und unserer Zukunft.

Die Konflikte im Irak und Syrien wurzeln darin, dass Kolonialmächte die Regeln der Geographie missachtet haben, während die chinesische Besetzung von Tibet dem Gegenteil zuzuschreiben ist. Die amerikanische Außenpolitik weltweit wird von ihnen bestimmt, und selbst das technische Genie und der Machteinsatz

der letzten existierenden Supermacht können die Regeln, die die Natur – oder Gott – uns gegeben hat, höchstens abschwächen.

Wie lauten diese Regeln? Lassen Sie uns die Erkundung in dem Land beginnen, in dem Macht schwer zu verteidigen ist und seine Führer dies seit Jahrhunderten damit kompensieren, dass sie nach außen vorstoßen. Es ist das Land, das keine Berge im Westen hat: Russland.

RUSSLAND

*weit (Adjektiv; weiter, am
weitesten): von großer
räumlicher Ausdehnung,
unermesslich, riesengroß*



Russland ist ausgedehnt. Am ausgedehntesten. Riesengroß. Es ist über 17 Millionen Quadratkilometer groß, elf Zeitzonen weit, es ist das größte Land der Erde.

Seine Wälder, Seen und Flüsse, seine Tundra, Steppe, Taiga und Berge sind alle riesig. Diese Größe hat sich längst in unserem kollektiven Gedächtnis festgesetzt. Wo immer wir uns befinden, Russland ist da. Vielleicht ist es östlich von uns, vielleicht westlich, vielleicht nördlich oder südlich – der russische Bär ist immer da.

Der Bär ist nicht zufällig das Symbol dieses immens großen Gebildes. Da hockt er, manchmal in Winterruhe, manchmal grollend, majestätisch und wild. Es gibt ein russisches Wort für Bär, aber die Russen vermeiden es, das Tier bei seinem wahren Namen zu nennen, aus Angst, seine dunkle Seite heraufzubeschwören. Sie nennen ihn *medved*, »der, der gerne Honig isst«.

Mindestens 120 000 dieser *medveds* leben in dem Land, das sich über Europa und Asien erstreckt. Westlich des Urals liegt das europäische Russland, östlich davon ist Sibirien, das sich bis zum

Beringmeer und zum Pazifik ausdehnt. Selbst im 21. Jahrhundert dauert die Durchquerung per Bahn sechs Tage. Russische Führer müssen diese Entfernungen – und Unterschiede – überblicken und ihre Politik entsprechend ausrichten. Seit Jahrhunderten schon haben sie in alle Richtungen geschaut, sich aber meist auf den Blick Richtung Westen konzentriert.

Wollen Autoren zum Kern des Bären vordringen, zitieren sie häufig Winston Churchills berühmte Feststellung zu Russland aus dem Jahre 1939: »Es ist ein Rätsel, das von einem Mysterium

umgeben ist und in einem Geheimnis steckt.« Aber wenige nennen auch den zweiten Teil: »Doch vielleicht gibt es einen Schlüssel. Und dieser Schlüssel ist das nationale Interesse der Russen.« Sieben Jahre später benutzte er diesen Schlüssel, um seine Version der Lösung dieses Rätsels zu eröffnen, und behauptete: »Ich bin überzeugt, dass sie nichts so sehr bewundern wie Stärke und nichts mehr verachten als Schwäche, insbesondere militärische Schwäche.«

Er hätte über die gegenwärtige russische Führung sprechen können, die, auch wenn sie sich jetzt in den Mantel

der Demokratie hüllt, von Natur aus weiterhin autoritär und im Kern von nationalistischen Interessen bestimmt ist.

Wenn Wladimir Putin nicht über Gott und Berge nachdenkt, denkt er an Pizza. Genauer, an die Form eines Pizzastücks.

Das spitze Ende dieses Keils ist Polen. Hier ist die weite nordeuropäische Tiefebene, die sich von Frankreich bis zum Ural (der über 2000 Kilometer von jenseits des Polarkreises bis nach Kasachstan verläuft und eine natürliche Grenze zwischen Europa und Asien bildet) erstreckt, zwischen Ostsee und Karpaten nur knapp 500 Kilometer breit.

Die nordeuropäische Tiefebene umfasst den gesamten Westen und Norden von Frankreich sowie Belgien, die Niederlande, Norddeutschland und fast ganz Polen.

Aus russischer Perspektive ist das ein zweischneidiges Schwert. Polen stellt einen relativ schmalen Korridor dar, in den Russland im Bedarfsfall seine Armee schicken kann, um einen Gegner daran zu hindern, Richtung Moskau vorzurücken. Doch ab da wird der Keil breiter: An der russischen Grenze ist er bereits über 3200 Kilometer breit, und das Land ist bis nach Moskau und dahinter

nur flach. Selbst mit einer riesigen Armee hätte man seine Schwierigkeiten, sich entlang dieser Linie erfolgreich zu verteidigen. Allerdings wurde Russland nie aus dieser Richtung erobert, was zum Teil seiner strategischen Tiefe zu verdanken ist. Bis eine Armee Moskau erreicht, müsste sie Nachschublinien bedienen, die unhaltbar lang sind – ein Fehler, den Napoleon 1812 machte und Hitler 1941 wiederholte.

Ähnlich schützt die Geographie Russlands fernen Osten. Es ist schwierig, eine Armee aus Asien hinauf in den asiatischen Teil Russlands zu führen,

denn außer Schnee gibt es nicht viel, was man angreifen kann. Zudem käme man nur bis zum Ural. Das Ergebnis wäre, dass man – unter schwierigen Bedingungen – ein riesiges Gebiet halten müsste, in dem die Nachschublinien lang wären und man immer mit einem Gegenangriff rechnen müsste.

Man könnte also meinen, dass niemand vorhat, nach Russland einzumarschieren, aber die Russen sehen das anders. Aus gutem Grund. In den vergangenen 500 Jahren wurde Russland mehrfach vom Westen her überrannt. 1605 kamen die Polen durch die

nordeuropäische Tiefebene, es folgten 1708 die Schweden unter Karl XII., 1812 die Franzosen unter Napoleon und die Deutschen zweimal, in beiden Weltkriegen, 1914 und 1941. Oder wenn man es anders betrachtet und von der Napoleonischen Invasion 1812 bis zum Zweiten Weltkrieg 1945 rechnet und den Krimkrieg 1853–1856 diesmal einbezieht, waren die Russen durchschnittlich alle 33 Jahre in Kämpfe in oder an der nordeuropäischen Tiefebene verwickelt.

Ende des Zweiten Weltkriegs besetzten die Russen 1945 jene Gebiete in Mittel-

und Osteuropa, die Deutschland erobert hatte und von denen einige dann Teil der UdSSR wurden, die sich zunehmend an das alte Russische Reich anglich. 1949 rief ein Zusammenschluss europäischer und nordamerikanischer Staaten die North Atlantic Treaty Organization (NATO) ins Leben, um Europa und den Nordatlantik gegen die Bedrohung durch sowjetische Angriffe zu schützen. Als Antwort gingen die meisten kommunistischen Staaten in Europa 1955 – unter russischer Führung – den Warschauer Pakt ein, einen Pakt zur militärischen Verteidigung und zum wechselseitigen Beistand. Der Pakt sollte

aus Eisen gemacht sein, doch im Nachhinein betrachtet, begann er in den frühen 1980er-Jahren zu rosten und zerfiel nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 zu Staub.

Präsident Putin ist kein Anhänger des letzten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow. Er wirft ihm vor, die russische Sicherheit unterminiert zu haben und bezeichnete den Zerfall der Sowjetunion in den 1990ern als »größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts«.

Seither haben die Russen besorgt beobachtet, wie die NATO immer dichter

herankroch und Länder aufnahm, die Russland zufolge versprochenenmaßen nicht Mitglieder werden sollten: die Tschechische Republik, Ungarn und Polen 1999, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei 2004 sowie Albanien 2009. Die NATO behauptet, derartige Zusicherungen habe es nicht gegeben.

Russland denkt wie alle Großmächte in Zeiträumen wie den nächsten 100 Jahren und geht davon aus, dass in dieser Zeit alles passieren kann. Wer hätte vor 100 Jahren gedacht, dass amerikanische Streitkräfte nur einige Hundert Kilometer

von Moskau entfernt in Polen und im Baltikum stationiert sein würden?

Bereits 2004, nur 15 Jahre nach 1989, war jeder einzelne ehemalige Mitgliedsstaat des Warschauer Pakts außer Russland selbst Mitglied der NATO oder der Europäischen Union geworden.

Davon und von der russischen Geschichte wird das Denken der Moskauer Regierung geleitet.

Russland geht als Konzept zurück auf das 9. Jahrhundert und eine lockere Vereinigung ostslawischer Stämme, die als Kiewer Rus bezeichnet wird und in Kiew und anderen Städten am Dnjepr,

also in der heutigen Ukraine, beheimatet war. Die Mongolen griffen während ihres Expansionszuges die Region von Süden und Osten her an und überrannten sie schließlich im 13. Jahrhundert. Das noch unerfahrene Russland ließ sich daraufhin nordöstlich in und um Moskau erneut nieder. Dieses frühe Russland, das als Großfürstentum Moskau bezeichnet wird, war nicht zu verteidigen. Es gab keine Berge, keine Wüsten und nur wenige Flüsse. In jede Himmelsrichtung erstreckte sich Flachland, und jenseits der Steppe im Süden und Osten befanden sich die Mongolen. Invasoren konnten nach

Belieben jeden Ort einnehmen, und es existierten kaum natürliche Verteidigungsstellungen, die zu halten waren.

Auftritt Iwan des Schrecklichen, des ersten Zaren. Er setzte das Konzept von Angriff als Verteidigung in die Praxis um – das heißt, seine Expansion mit der Festigung der Stellung zu Hause zu beginnen und dann nach außen vorzustößen. Dies führte zu Größe. Hier haben wir einen Mann, der die Theorie, dass ein Einzelner die Geschichte verändern kann, untermauert. Ohne seine Charakterzüge, die sowohl äußerste

Rücksichtslosigkeit als auch unbedingte Visionen einschlossen, wäre die russische Geschichte anders verlaufen.

Das flügge werdende Russland hatte unter Iwans Großvater, Iwan dem Großen, eine bescheidene Expansion begonnen, die nach der Machtübernahme des jüngeren Iwan 1533 Tempo aufnahm. Es drang nach Osten zum Ural vor, nach Süden Richtung Kaspisches Meer und nach Norden zum Polarkreis. Es erlangte Zugang zum Kaspischen und später zum Schwarzen Meer und nutzte so den Kaukasus als partielle Barriere zwischen sich und den Mongolen. In

Tschetschenien wurde eine Militärbasis errichtet, um mögliche Angreifer abzuschrecken, seien es die mongolische Goldene Horde, das Osmanische Reich oder die Perser.

Es gab Rückschläge, aber im Lauf des nächsten Jahrhunderts sollte Russland über den Ural hinaus nach Sibirien vorstoßen, wo es schlussendlich das gesamte Land bis an die Pazifikküste weit im Osten einnahm.

Jetzt besaßen die Russen eine partielle Pufferzone und ein Hinterland – strategische Tiefe –, einen Ort, wohin man sich im Fall einer Invasion

zurückziehen konnte. Vom Nordpolarmeer her würde sie keiner militärisch angreifen, und niemand würde sich über den Ural kämpfen, um sie anzugehen. Ihr Land wurde zu dem, was wir heute als Russland kennen, und um von Süden oder Südosten her einzudringen, musste man eine riesige Armee und eine sehr lange Nachschublinie haben und sich den Weg vorbei an Verteidigungsposten bahnen.

Im 18. Jahrhundert lenkte Russland – unter Peter dem Großen, der 1721 das Russische Reich gründete, und Zarin Katharina der Großen – den Blick nach

Westen und erweiterte das Reich zu einer europäischen Großmacht, die überwiegend durch Handel und Nationalgefühl gespeist wurde. Dieses stabilere und mächtigere Russland konnte jetzt die Ukraine besetzen und zu den Karpaten vordringen. Es unterwarf den Großteil dessen, was wir heute unter den Baltikumstaaten verstehen – Litauen, Lettland und Estland. Somit war es gegen jeglichen Einfall auf dem Landweg oder über die Ostsee geschützt.

Jetzt existierte ein Ring um Moskau, das das Herz des Landes bildete. Von der Arktis erstreckte sich das Reich über das

Baltikum, die Ukraine und dann die Karpaten, das Schwarze Meer und den Kaukasus bis an das Kaspische Meer hinunter und schwang sich um den Ural herum wieder hinauf zum Polarkreis.

Im 20. Jahrhundert schuf das kommunistische Russland die Sowjetunion. Hinter dem rhetorischen »Proletarier aller Länder vereinigt euch« der UdSSR kam schlicht das Russische Reich zum Ausdruck. Nach dem Zweiten Weltkrieg reichte es vom Pazifik bis nach Berlin, von der Arktis bis zur Grenze von Afghanistan – eine ökonomische, politische und militärische Supermacht,

der nur die USA gleichkamen.

Russland ist das größte Land der Erde, doppelt so groß wie die USA, fünfmal so groß wie Indien, fünfundzwanzigmal so groß wie das Vereinigte Königreich. Doch seine Bevölkerung ist mit rund 144 Millionen relativ klein, kleiner als die von Nigeria oder Pakistan. Seine landwirtschaftliche Wachstumsperiode ist kurz und es tut sich schwer damit, das, was in den elf Zeitzonen, die Moskau regiert, geerntet wird, gleichmäßig zu verteilen.

Bis zum Ural ist Russland insofern ein europäisches Land, als es an die

europäische Landmasse grenzt, doch trotz seiner Grenzen zu Kasachstan, der Mongolei, China und Nordkorea sowie seiner maritimen Grenzen zu mehreren Ländern, darunter Japan und die USA, ist es keine asiatische Macht.

Sarah Palin, die frühere Kandidatin für die Vizepräsidentschaft der USA, erntete Spott, als berichtet wurde, sie habe gesagt: »Hier in Alaska kann man Russland vom Land aus sehen« – ein Ausspruch, der in der Berichterstattung der Medien zu »Von meinem Haus aus kann ich Russland sehen« mutierte. Tatsächlich meinte sie: »Hier in Alaska

kann man Russland vom Land aus sehen, von einer Insel in Alaska aus.« Damit hatte sie recht. Eine russische Insel in der Beringstraße ist vier Kilometer von Little Diomedede Island, einer amerikanischen Insel in der Beringstraße, entfernt und man kann sie mit bloßem Auge sehen. Von Amerika aus kann man in der Tat Russland sehen.

Oben auf einem Uralgipfel steht ein Kreuz, das die Grenze zwischen Europa und Asien markiert. Bei klarem Wetter ist dies ein wunderschöner Fleck, und man kann durch die Tannen kilometerweit nach Osten schauen. Im Winter liegt hier

Schnee, ebenso wie im darunterliegenden Sibirischen Tiefland, das sich weit über die Stadt Jekaterinburg hinaus erstreckt. Touristen kommen gerne her, um mit einem Fuß in Europa und dem anderen in Asien zu stehen. Wenn man bedenkt, dass sich das Kreuz an einer Stelle befindet, an der man erst ein Viertel des Landes durchmessen hat, wird deutlich, wie groß Russland ist. Auf dem Weg von Sankt Petersburg zum Ural hat man bereits 2500 Kilometer durch Westrussland zurückgelegt, aber es liegen noch weitere 7250 Kilometer vor einem, um die Beringstraße zu erreichen, jenseits derer

Alaska, die USA (und das Haus von Mrs. Palin) liegen.

Kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion war ich im Ural, an der Stelle, wo Europa zu Asien wird. Ein russisches Kamerateam begleitete mich. Der Kameramann war ein stoischer, wortkarger, angegrauter Veteran des Films und der Sohn jenes Kameramanns der Roten Armee, der einen großen Teil der Aufnahmen während der deutschen Belagerung von Stalingrad gemacht hatte. Ich fragte ihn: »Sind Sie eigentlich Europäer oder Asiat?« Er dachte ein paar Sekunden

darüber nach und antwortete dann:

»Weder noch – ich bin Russe.«

Russland ist aus vielerlei Gründen keine asiatische Macht. 75 Prozent seines Staatsgebiets liegen zwar in Asien, aber es leben dort nur 22 Prozent der Bevölkerung. Sibirien mag zwar die »Schatzkiste Russlands« sein, wo der überwiegende Teil der Bodenschätze und Öl- und Gasvorkommen zu finden sind, aber es ist ein raues Land mit riesigen Wäldern (Taiga), schlechtem Ackerland und endlosen Sümpfen, in dem über viele Monate Frost herrscht. In West-Ost-Richtung verlaufen nur zwei Bahnlinien –

die Transsibirische Eisenbahn und die Baikal-Amur-Magistrale. Und einige wenige Transportwege führen von Norden nach Süden. Es ist Russland nicht möglich, Energie nach Süden in die moderne Mongolei oder nach China zu liefern: Es fehlen die Arbeitskräfte und Pipelines dafür.

Es ist gut möglich, dass China auf lange Sicht die Kontrolle über Teile Sibiriens erlangt, allerdings aufgrund sinkender russischer Geburtenraten und chinesischer Emigration Richtung Norden. Chinesische Restaurants sind bereits ein gutes Stück weit westlich

vorgedrungen und im sumpfigen Westsibirischen Tiefland zwischen dem Ural und dem 1600 Kilometer östlich gelegenen Fluss Jenissei in den meisten Orten und Städten zu finden. Viele andere Betriebe werden folgen. Noch wahrscheinlicher ist, dass die leeren, sich entvölkernden Landstriche des russischen Fernen Ostens unter eine chinesische kulturelle und schließlich politische Oberherrschaft geraten.

Außerhalb des russischen Kernlands sind große Bevölkerungsteile der Russischen Föderation ethnisch keine Russen und hegen wenig Loyalität

Moskau gegenüber – was einen aggressiven Sicherheitsapparat zur Folge hat, der dem in den Sowjettagen ähnelt. In jener Ära war Russland de facto eine Kolonialmacht, die über Länder und Völker herrschte, die keine Gemeinsamkeiten mit ihren Machthabern sahen. Teile der Russischen Föderation – beispielsweise Tschetschenien und Dagestan im Kaukasus– empfinden das immer noch genau so.

Ende des letzten Jahrhunderts führten das Ausgeben von mehr Geld als vorhanden war, marktwirtschaftlicher Irrsinn in einem Land, das nicht für

Menschen gemacht ist, und die Niederlage in den afghanischen Bergen zum Zerfall der UdSSR. Das Russische Imperium schrumpfte mehr oder weniger zurück auf die Grenzen der vorkommunistischen Ära, sodass sein europäisches Gebiet an den Grenzen von Estland, Lettland, Weißrussland, der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan endete. Beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979, mit dem die kommunistische afghanische Regierung gegen antikommunistische muslimische Rebellen unterstützt werden sollte, ging es nie darum, dem afghanischen Volk die

Freuden des Marxismus-Leninismus zu bringen. Vielmehr ging es einzig darum, dass Moskau die Kontrolle in jenem Gebiet behielt und sicherstellte, dass sie niemand sonst bekam.

Entscheidend war, dass die Invasion Afghanistans auch der großrussischen Hoffnung Nahrung gab, russische Soldaten würden »ihre Stiefel noch im Indischen Ozean waschen«, wie es der ultranationalistische Politiker Wladimir Schirinowski formuliert hat, und damit dem Land etwas verschaffen, was es nie besessen hat: einen Hafen, der auch im Winter eisfrei bleibt und freien Zugang

zu den wichtigsten Handelsrouten der Welt bietet. Die Häfen am Nordpolarmeer, wie etwa Murmansk, sind jedes Jahr mehrere Monate lang zugefroren. Selbst Wladiwostok, der größte russische Pazifikhafen, wird rund vier Monate von Eis blockiert und liegt zudem am eingeschlossenen Japanischen Meer, das von Japan beherrscht wird. Dies verhindert nicht nur, dass die russische Flotte als Global Player agieren kann, sondern behindert auch den Handelsstrom. Hinzu kommt, dass Transporte auf dem Wasser wesentlich billiger sind als jene an Land oder in der

Luft.

Das Fehlen eines eisfreien Hafens mit direktem Zugang zu den Weltmeeren, strategisch so bedeutsam wie die nordeuropäische Tiefebene, war immer Russlands Achillesferse. Dieser geographische Nachteil wird nur dank seiner Öl- und Gasvorkommen ausgeglichen. Kein Wunder, dass Peter der Große in seinem Testament 1725 seinen Nachfolgern rät: »Russland muss seine Grenzen so weit als möglich nach Indien und Konstantinopel ausdehnen. Wer im Besitze von Konstantinopel ist, ist Herr der Welt. Russland muss deshalb

fortwährend Krieg mit der Türkei und Persien führen ... Es muss ... bis nach dem persischen Meerbusen ... und bis Indien ... vordringen.«

Als die Sowjetunion auseinanderbrach, zerfiel sie in 15 Länder. Die Geographie rächte sich an der Sowjetideologie, und auf der Landkarte erschien ein logischeres Bild, eines, auf dem Berge, Flüsse, Seen und Meere aufzeigen, wo die Menschen leben, wo sie voneinander getrennt sind, wieso sie unterschiedliche Sprachen und Kulturen entwickelten. Die Ausnahme von dieser Regel sind die »Stans«, wie beispielsweise

Tadschikistan, deren Grenzen von Stalin bewusst gezogen wurden, um die einzelnen Staaten zu schwächen, indem dafür gesorgt wurde, dass große Minoritäten aus anderen Staaten in ihnen leben.

Betrachtet man die Dinge in historischen Zeiträumen – was die meisten Diplomaten und Militärstrategen tun –, ist für alle Länder, die zur UdSSR gehörten, sowie für einige aus dem Warschauer Pakt immer noch alles offen. Sie lassen sich in drei Gruppen einteilen: die neutrale, die prowestliche und die prorussische Gruppe.

Die neutralen Länder – Usbekistan, Aserbaidtschan und Turkmenistan – sind jene, die nicht so viele Gründe haben, sich entweder mit Russland oder mit dem Westen zu verbünden. Das liegt daran, dass alle drei ihre Energie selbst produzieren und es nicht nötig haben, sich aus Handels- oder Sicherheitsgründen einer der Seiten zuzuwenden.

Im prorussischen Lager sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Weißrussland und Armenien zu finden. Ihre Volkswirtschaften sind in einer Weise an Russland gebunden, wie das

auch ein Großteil der ostukrainischen Wirtschaft ist (ein weiterer Grund für die Aufstände dort). Das größte dieser Länder, Kasachstan, lehnt sich diplomatisch an Russland an und seine große russische Minderheit ist gut integriert. Von den fünf Ländern haben Kasachstan und Weißrussland zusammen mit Russland die neue Eurasische Union (eine Art Arme-Leute-EU) gegründet und alle gehören zu einer Militärallianz mit Russland namens Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Die OVKS krankt daran, dass sich ihr Name nicht zu einem Akronym eindampfen

lässt und sie ein verwässerter Warschauer Pakt ist. Russland unterhält eine militärische Präsenz in Kirgisistan, Tadschikistan und Armenien.

Dann sind da die prowestlichen Länder, die früher Mitglieder des Warschauer Pakts waren, jetzt aber alle zur NATO und/oder EU gehören: Polen, Lettland, Litauen, Estland, die Tschechische Republik, Bulgarien, Ungarn, die Slowakei, Albanien und Rumänien. Es ist kein Zufall, dass viele davon zu jenen Staaten gehören, die am stärksten unter der sowjetischen Tyrannei gelitten haben. Zu diesen sind

Georgien, die Ukraine und Moldawien hinzuzufügen, die sich gern beiden Organisationen anschließen würden, aber auf Abstand gehalten werden, weil sie geographisch zu nah an Russland liegen und sich auf dem Boden aller drei Länder russische Truppen oder prorussische Milizen befinden. Eine NATO-Mitgliedschaft auch nur eines dieser drei Länder könnte einen Krieg auslösen.

All dies erklärt, warum Moskau 2013, als die politische Schlacht um die künftige Richtung der Ukraine hochkochte, scharf reagierte.

Solange in Kiew eine prorussische

Regierung an der Macht war, konnten die Russen darauf vertrauen, dass ihre Pufferzone intakt blieb und die nordeuropäische Tiefebene sichern würde. Selbst eine betont neutrale Ukraine, die zusichern würde, weder der EU noch der NATO beizutreten und den Pachtvertrag mit Russland über den Hafen Sewastopol auf der Krim, Russlands einzigem eisfreien Hafen, einzuhalten, wäre akzeptabel. Dass die Ukraine von russischen Energielieferungen abhängig blieb, machte ihre zunehmend neutrale Haltung akzeptabel, auch wenn diese ärgerlich

war. Doch eine prowestliche Ukraine mit Ambitionen, den beiden großen westlichen Bündnissen beizutreten, die Russlands Zugang zu dem Schwarzmeerhafen infrage stellen würde? Eine Ukraine, die eines Tages sogar eine NATO-Marinebasis beheimaten könnte? Keine Chance.

Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch versuchte, beide Seiten zu bedienen. Er flirtete mit dem Westen, erwies aber Moskau Reverenz – daher tolerierte Putin ihn. Als er kurz davor stand, ein weitreichendes Handelsabkommen mit der EU

abzuschließen, eines, das zur Mitgliedschaft führen konnte, begann Putin die Schrauben anzuziehen.

Für die russische außenpolitische Elite ist eine EU-Mitgliedschaft nichts anderes als eine camouflierte NATO-Mitgliedschaft. Und eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine überschreitet für Russland die rote Linie. Putin verstärkte der Druck auf Janukowytsch und machte ihm ein Angebot, das er besser nicht ablehnte. Der ukrainische Präsident stieg aus dem EU-Geschäft aus, schloss einen Pakt mit Moskau und entfachte damit die Proteste, die

schließlich zu seinem Sturz führten.

Die Deutschen und die Amerikaner förderten die Oppositionsparteien, wobei Berlin vor allem den früheren Boxweltmeister Vitali Klitschko, der in die Politik gegangen war, als seinen Mann sah. Der Westen zog die Ukraine intellektuell und ökonomisch auf seine Seite, indem man prowestlichen Ukrainern bei dem Schub nach Westen durch Schulungen und Finanzierungen verschiedener demokratischer Oppositionsgruppen Beihilfe leistete.

In Kiew flammten Straßenkämpfe auf und überall im Land nahmen die

Demonstrationen zu. Im Osten gingen die Massen auf die Straße, um den Präsidenten zu unterstützen. Im Westen des Landes war man in Städten wie Lwiw (Lemberg), das einst zu Polen gehört hatte, eifrig dabei, jeden prorussischen Einfluss abzuschütteln.

Mitte Februar 2014 hatte die Regierung dann keine Gewalt mehr über Lwiw und andere Städte. Am 22. Februar, nachdem es in Kiew Dutzende von Toten gegeben hatte, floh der Präsident, der um sein Leben fürchtete. Antirussische Gruppierungen, von denen manche prowestlich, andere profaschistisch

waren, übernahmen die Regierung. In diesem Moment waren die Würfel gefallen. Präsident Putin hatte eigentlich keine Wahl – er musste die Krim annektieren, auf der nicht nur viele russischsprachige Ukrainer leben, sondern, viel wichtiger, die auch den Schwarzmeerhafen Sewastopol beherbergt.

Sewastopol ist der einzige wirkliche russische Hafen, der ganzjährig eisfrei ist. Allerdings ist der Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer eingeschränkt durch den Vertrag von Montreux von 1936, der der Türkei –

heute NATO-Mitglied – die Kontrolle über den Bosphorus gewährt. Russische Marineschiffe durchfahren die Meerengen, aber in limitierter Zahl – und im Falle eines Konflikts würden sie keine Erlaubnis mehr dafür bekommen. Und nach der Durchquerung von Bosphorus und Dardanellen müssen die Russen noch durch die Ägäis, ehe sie das Mittelmeer erreichen, von wo aus sie entweder die Straße von Gibraltar oder den Suezkanal passieren müssen, um in den Atlantik beziehungsweise den Indischen Ozean zu gelangen.

Die Russen haben auch einen kleinen

Marinehafen in Tartus an der syrischen Mittelmeerküste (das erklärt ein Stück weit, warum sie bei Ausbruch der Kämpfe 2011 die syrische Regierung unterstützten), aber es handelt sich um eine eingeschränkte Basis für Nachschub und Versorgung, nicht um einen größeren Stützpunkt.

Ein weiteres strategisches Problem ist, dass die russische Marine im Fall eines Krieges wegen der Meerengen rund um Dänemark auch die Ostsee nicht verlassen kann. Diese Straßen Richtung Nordsee werden von den NATO-Mitgliedern Dänemark und Norwegen

kontrolliert. Und selbst wenn die Schiffe diese Passage meistern würden, müssten sie auf dem Weg zum Atlantik noch die sogenannte GIUK-Lücke in der Nordsee (den Engpass zwischen Grönland, Island und UK) überwinden – mehr dazu, wenn wir auf Westeuropa blicken.

Seit der Annexion der Krim verlieren die Russen keine Zeit. Sie bauen die Schwarzmeerflotte in Sewastopol aus und errichten einen neuen Marinehafen in der russischen Schwarzmeerstadt Noworossijsk, der ihnen, auch wenn er keinen natürlichen Tiefwasserhafen umfasst, zusätzliche Kapazitäten

verschafft. Achtzig neue Schiffe sowie mehrere U-Boote wurden in Auftrag gegeben. Diese Flotte ist immer noch nicht stark genug, um in Kriegszeiten aus dem Schwarzen Meer auszubrechen, aber ihre Kapazitäten nehmen zu.

Die zu erwartende Antwort ist, dass die USA in den nächsten zehn Jahren den NATO-Partner Rumänien ermuntern werden, seine Flotte im Schwarzen Meer zu vergrößern, während man sich vor allem darauf verlässt, dass die Türkei den Bosphorus hält.

Fast zwei Jahrhunderte lang gehörte die Krim zu Russland, ehe sie 1954 von

Präsident Chruschtschow der Sowjetrepublik Ukraine übertragen wurde – zu einer Zeit, in der man davon ausging, dass der Sowjetmensch unsterblich sei und deshalb auf ewig von Moskau kontrolliert würde. Nachdem die Ukraine nicht mehr sowjetisch und nicht einmal mehr prorussisch war, bestand für Putin Handlungsbedarf. Wussten das die westlichen Diplomaten? Falls nicht, kannten sie Regel A, Lektion 1 aus dem Handbuch ›Diplomatie für Anfänger‹ nicht – wenn eine Großmacht mit einer Bedrohung konfrontiert ist, die sie als existenziell betrachtet, wird sie mit

Gewalt reagieren. Falls ja, dann müssen sie Putins Annexion der Krim als angemessenen Preis dafür angesehen haben, dass man die Ukraine ins moderne Europa und in den westlichen Einflussbereich holt.

Eine oberflächliche Sichtweise ist, dass die USA und die Europäer sich freuten, die Ukraine als vollwertiges Mitglied in der demokratischen Welt mit ihren liberalen Einrichtungen und ihrer Rechtsstaatlichkeit zu empfangen, und Moskau nicht viel dagegen tun konnte. Das ist eine Perspektive, die den Umstand ignoriert, dass Geopolitik auch im

21. Jahrhundert noch existiert und Russland sich nicht an Rechtsstaatlichkeit hält.

In ihrem Siegestaumel hatte die neue Interimsregierung der Ukraine sofort einige törichte Verlautbarungen gemacht, nicht zuletzt die Ankündigung, man wolle Russisch als zweite Amtssprache in verschiedenen Regionen abschaffen. Da es sich hierbei um die Regionen mit den höchsten Anteilen an russischen Muttersprachlern und prorussischen Empfindungen handelte, wozu eben auch die Krim gehörte, löste das zwangsläufig eine Gegenreaktion aus. Und die lieferte

Präsident Putin auch die Propaganda, die er benötigte, um zu behaupten, ethnische Russen in der Ukraine müssten geschützt werden.

Der Kreml hat ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung verpflichtet, »ethnische Russen« zu schützen. Was unter dieser Bezeichnung zu verstehen ist, lässt sich per se schwer fassen, denn Russland kann diese in jeder potenziellen Krise, die in der früheren Sowjetunion entstehen mag, nach Wunsch definieren. Wenn es dem Kreml passt, können ethnische Russen einfach als Menschen definiert werden, deren

Muttersprache Russisch ist. Bei anderer Gelegenheit könnte das neue Staatsbürgergesetz zum Einsatz kommen, das bestimmt, dass man die russische Staatsbürgerschaft erhalten kann, wenn die Großeltern in Russland gelebt haben und Russisch die eigene Muttersprache ist. Somit dürften die Menschen geneigt sein, wenn es zur Krise kommt, auf Nummer sicher zu gehen und den russischen Pass anzunehmen. Das wäre dann ein Hebel für Russland, im Konfliktfall zu intervenieren.

Ungefähr 60 Prozent der Krimbevölkerung sind »ethnische

Russen«, also rannte der Kreml offene Türen ein. Putin unterstützte die Demonstrationen gegen Kiew und schürte so viel Unruhe, dass er schließlich seine im Marinestützpunkt stationierten Truppen losschicken »musste«, um die Menschen auf der Straße zu schützen. Das ukrainische Militär in diesem Bereich war in keiner Weise vorbereitet, es sowohl mit der Bevölkerung als auch mit der russischen Armee aufzunehmen, und zog sich eilig zurück. Die Krim war de facto wieder Teil Russlands.

Man könnte anführen, dass Putin eine Alternative gehabt hätte: Er hätte die

territoriale Einheit der Ukraine respektieren können. Doch bedenkt man, dass er mit den geographischen Karten zu spielen hatte, die Gott Russland zugeteilt hat, war das nie eine echte Option. Putin hat sicher nicht die Absicht, in die Geschichtsbücher als der Mann einzugehen, »der die Krim verloren hat« – und mit ihr den einzigen richtigen eisfreien Hafen, zu dem sein Land Zugang hat.

Niemand sprang der Ukraine bei, als sie ein Gebiet so groß wie Belgien oder der US-amerikanische Bundesstaat Maryland verlor. Die Ukraine und ihre

Nachbarländer wussten um eine geographische Wahrheit: Solange man nicht in der NATO ist, ist Moskau nahe und Washington weit weg. Für Russland ging es um eine existenzielle Frage: Es konnte es sich nicht leisten, die Krim zu verlieren, der Westen sehr wohl.

Die EU verhängte halbherzige Sanktionen – halbherzig, weil mehrere europäische Länder, darunter Deutschland, von russischen Energielieferungen abhängen, um ihre Wohnungen im Winter heizen zu können. Die Pipelines verlaufen von Ost nach West, und der Kreml kann die

Hähne auf- und zudrehen.

Energie wird in den kommenden Jahren immer wieder als politischer Machtfaktor eingesetzt werden, und das Konzept der »ethnischen Russen« wird benutzt werden, um das jeweilige Vorgehen Russlands zu rechtfertigen.

In einer Rede bezog sich Putin 2014 kurz auf »Noworossija« oder »Neurussland«. Den Kreml-Beobachtern stockte der Atem. Putin hatte die geographische Bezeichnung wiederbelebt, die einst das Gebiet trug, das heute die südliche und östliche Ukraine bildet und das Russland Ende des 18. Jahrhunderts

unter der Herrschaft von Katharina der Großen dem Osmanischen Reich abgenommen hatte. Katharina sorgte für die Ansiedlung von Russen dort und verfügte, dass Russisch die Verkehrssprache sei. An die neu gegründete Ukrainische Sowjetrepublik wurde »Noworossija« erst 1922 abgetreten. »Warum?«, fragte Putin rhetorisch. »Überlassen wir Gott die Beurteilung.« In seiner Rede zählte Putin die ukrainischen Regionen Charkiw, Luhansk, Donezk, Cherson, Mikolajiw und Odessa auf, ehe er sagte: »Russland verlor diese Gebiete aus unterschiedlichen

Gründen, aber die Menschen sind dortgeblieben.«

Innerhalb der ehemaligen UdSSR, aber außerhalb von Russland leben immer noch mehrere Millionen ethnischer Russen.

Es war keine Überraschung, dass Russland nach der Annexion der Krim die prorussischen Erhebungen im industriellen Kernland der Ostukraine, in Luhansk und Donezk, beförderte. Russland könnte militärisch leicht zum Ostufer des Dnjepr in Kiew vordringen. Aber es braucht die Probleme nicht, die das mit sich brächte. Weit weniger

schmerzhaft und billiger ist es, Unruhen an der Ostgrenze der Ukraine zu schüren und Kiew daran zu erinnern, wer die Energieversorgung kontrolliert, um sicherzustellen, dass Kiews Verliebtheit in den flirtbereiten Westen nicht in einer Ehe mündet, die in den Schlafzimmern von EU oder NATO vollzogen wird.

Die verdeckte Unterstützung der Erhebungen in der Ostukraine war auch logistisch einfach und hatte den zusätzlichen Vorteil, dass man sie auf internationalem Parkett leugnen konnte. Im Sitzungssaal des UN-Sicherheitsrats schlichtweg zu lügen ist einfach, wenn

mein Gegenüber keinen konkreten Beweis für meine Aktionen hat und, noch wichtiger, gar keinen konkreten Beweis haben will, wenn er dann vielleicht etwas unternehmen müsste. Viele westliche Politiker atmeten erleichtert auf und murmelten leise: »Gott sei Dank ist die Ukraine nicht in der NATO, sonst müssten wir einschreiten.«

Die Annexion der Krim zeigt, dass Russland bereit ist militärisch zu intervenieren, wenn es darum geht, seine Interessen im von ihm so bezeichneten »nahen Ausland« zu verteidigen. Es war ein kalkulierbares Risiko, dass die

außenstehenden Mächte nicht eingreifen würden und die Krim »machbar« sei. Sie liegt dicht bei Russland, kann über das Schwarze und das Asowsche Meer versorgt werden und es war mit interner Unterstützung durch große Teile der Bevölkerung auf der Halbinsel zu rechnen.

Russland ist mit der Ukraine und auch anderen Gebieten noch nicht fertig. Solange es nicht bedroht wird, wird es seine Truppen wahrscheinlich nicht den weiten Weg in die baltischen Staaten oder noch weiter nach Georgien hinein schicken, als sie jetzt stehen, aber es wird

seine Machtposition in Georgien stärken, und weitere militärische Aktionen können in diesen unbeständigen Zeiten nicht ausgeschlossen werden.

Auf alle Fälle war das russische Vorgehen im Georgienkrieg 2008 ebenso eine Warnung an die NATO, nicht näher zu kommen, wie die Botschaft der NATO – »so weit nach Westen und nicht weiter« – im Sommer 2014 eine an Russland war. Eine Handvoll NATO-Flugzeuge wurden in die Baltikumstaaten gebracht, Militärübungen in Polen angekündigt und die Amerikaner begannen mit der Planung, zusätzliches

Kampfmateriel so nah wie möglich an Russland »vorzupositionieren«.

Gleichzeitig erfolgten zahllose diplomatische Besuche von Verteidigungs- und Außenministern in den baltischen Staaten, Georgien und Moldawien, um diesen Unterstützung zuzusichern.

Einige Kommentatoren hielten ihren Zorn über die Aktionen nicht zurück und ätzten, dass sechs RAF-Eurofighter Typhon, die durch den baltischen Luftraum flogen, wohl kaum geeignet seien, die russischen Horden abzuschrecken. Doch es ging bei der

Reaktion um diplomatische Signale, und diese Signale waren deutlich – die NATO ist bereit einzugreifen. Das hätte sie in der Tat tun müssen, denn wenn sie bei einem Angriff auf ein Mitgliedsland nicht reagieren würde, wäre sie auf der Stelle obsolet. Die Amerikaner – die sich bereits in Richtung einer neuen Außenpolitik bewegen, bei der sie sich von bestehenden Strukturen weniger eingeengt fühlen, und bereit sind, je nach ihren Notwendigkeiten neue Strukturen zu schmieden – sind absolut unbeeindruckt von den Verteidigungsausgaben der europäischen Länder.

Im Fall der drei baltischen Staaten ist die NATO-Position eindeutig. Da sie alle Mitglieder des Bündnisses sind, würde ein bewaffneter Angriff Russlands auf jedes von ihnen den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags auf den Plan rufen, der besagt: »Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird.« Weiter heißt es, dass die NATO Beistand leistet, wenn das nötig wird. Der Artikel 5 wurde nach den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001 herangezogen und ebnete

den Weg für den NATO-Einsatz in Afghanistan.

Präsident Putin beschäftigt sich mit Geschichte. Er scheint die Lektionen der Sowjetjahre gelernt zu haben, in denen sich Russland übernommen hat und gezwungen war, zurückzustecken. Mit einem direkten Angriff auf die baltischen Staaten würde es sich ebenso übernehmen, deshalb ist ein solcher unwahrscheinlich, insbesondere, wenn die NATO und ihre politischen Führer dafür sorgen, dass Putin ihre Signale versteht.

Russland muss keine bewaffnete Division nach Lettland, Litauen oder

Estland schicken, um Geschehnisse dort zu beeinflussen, aber wenn es das je tun würde, dann würde es das mit der Behauptung rechtfertigen, die großen russischen Gemeinden dort würden diskriminiert. In Estland wie in Lettland sind über ein Viertel der Bevölkerung ethnische Russen und in Litauen sind es 5,8 Prozent. Die russischsprachige Bevölkerung in Estland sagt, dass sie in der Regierung unterrepräsentiert sei, und Tausende besitzen keine Staatsangehörigkeit. Das bedeutet nicht, dass sie zu Russland gehören wollen, aber sie stellen einen der Hebel dar, die

Russland einsetzen kann, um die Dinge zu beeinflussen.

Die russischsprachigen Bevölkerungsteile im Baltikum können aufgewiegelt werden, um das Leben dort kompliziert zu machen. Es bestehen bereits politische Parteien, die viele von ihnen repräsentieren. Außerdem kontrolliert Russland die Zentralheizungen in den Wohnungen der Menschen im Baltikum. Es kann bestimmen, wie viel sie jeden Monat dafür bezahlen müssen, oder kann, wenn es will, die Heizung einfach abdrehen.

Russland wird seine Interessen in den

baltischen Staaten weiterhin verfolgen. Sie sind einer der Schwachpunkte, die die russische Verteidigung seit dem Zusammenbruch der UdSSR aufweist, eine weitere Bresche in der Mauer, die man gern als Bogen sähe, der sich von der Ostsee nach Süden und dann nach Südosten zum Ural spannt.



Eine Reihe von Ländern, die einst zur Sowjetunion gehörten, streben engere Bindungen mit Europa an. Doch bestimmte Regionen, etwa das zu Moldawien gehörende Transnistrien, sind nach wie vor stark prorussisch und bergen Zündstoff für künftige Konflikte.

Das bringt uns zu einer anderen Lücke in der Mauer und einem anderen Gebiet, das Moskau als potenziellen Pufferstaat betrachtet. Fest im Blick des Kremls ist Moldawien.

Moldawien stellt für alle Seiten ein anderes Problem dar. Ein russischer Angriff auf das Land würde erfordern, durch die Ukraine zu ziehen, den Dnjepr zu überqueren und dann erneut die Grenze eines souveränen Staates zu überschreiten, um in Moldawien einzumarschieren. Es wäre machbar – um den Preis einer erheblichen Zahl von Menschenleben und indem man Odessa

als Sammelpunkt benutzt –, aber man könnte es in keiner Weise ableugnen. Auch wenn es vielleicht keinen Krieg mit der NATO auslöste (Moldawien ist kein Mitglied), würde es doch Sanktionen gegen Moskau in bisher unbekanntem Ausmaß bewirken und bestätigen, was der Autor dieses Buches bereits als Fakt betrachtet – dass die sich abkühlenden Beziehungen zwischen Russland und dem Westen schon der neue Kalte Krieg sind.

Warum sollten die Russen Moldawien einnehmen wollen? Weil die Karpaten einen Bogen nach Südwesten machen und zu den Transsilvanischen Alpen

werden. Südöstlich davon liegt eine Ebene, die zum Schwarzen Meer führt. Diese Ebene kann auch als flacher Korridor nach Russland gesehen werden, und genau wie die Russen gern die Kontrolle über die nordeuropäische Tiefebene an ihrer schmalen Stelle in Polen hätten, möchten sie auch die Ebene am Schwarzen Meer – bekannt als Moldawien – in der Region, die früher Bessarabien hieß, kontrollieren.

Nach dem Krimkrieg (der zwischen Russland und westeuropäischen Alliierten stattfand, um die osmanische Türkei vor Russland zu schützen) erhielt Moldawien

durch den Dritten Pariser Frieden 1856 Teile von Bessarabien zurück, was Russland von der Donau abschnitt. Russland brauchte fast einhundert Jahre, um wieder Zugang zu bekommen, musste sich mit dem Zusammenbruch der UdSSR aber wieder nach Osten zurückziehen.

De facto kontrollieren die Russen bereits einen Teil von Moldawien – eine Region namens Transnistrien, jenen Teil von Moldawien, der östlich des Dnister liegt und an die Ukraine grenzt. Stalin hatte in weiser Voraussicht eine große Zahl von Russen dort angesiedelt, genau wie auf der Krim, nachdem er den

Großteil der Tataren hatte deportieren lassen.

Im heutigen Transnistrien sprechen mindestens 50 Prozent der Bevölkerung Russisch oder Ukrainisch, und sie sind prorussisch eingestellt. Als Moldawien 1991 unabhängig wurde, erhob sich die russischsprachige Bevölkerung und rief nach einer kurzen Periode der Kämpfe die abtrünnige Republik Transnistrien aus. Hilfreich dabei war, dass Russland hier Truppen stationiert hatte, und heute befindet sich noch eine russische Streitmacht von 2000 Mann dort.

Ein russischer Einmarsch nach

Moldawien ist unwahrscheinlich, aber der Kreml kann seine ökonomischen Muskeln spielen lassen und nutzt zudem die unsichere Lage in Transnistrien, um Einfluss auf die moldawische Regierung zu nehmen, damit das Land weder der EU noch der NATO beitrifft.

Moldawien ist von russischen Energielieferungen abhängig, sein Getreide exportiert es nach Osten, und die russischen Importe des exzellenten moldawischen Weins steigen oder fallen je nach Stand der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Gegenüber von Moldawien, auf der

anderen Seite des Schwarzen Meeres, befindet sich ein weiteres Wein produzierendes Land: Georgien. Aus zwei Gründen steht es nicht weit oben auf der Liste der Länder, die Russland zu kontrollieren wünscht. Erstens hat der russisch-georgische Krieg 2008 bewirkt, dass große Landesteile von russischen Truppen besetzt sind: Sie haben heute Abchasien und Südossetien komplett unter Kontrolle. Zweitens liegt Georgien südlich des Kaukasus, wo Russland an anderer Stelle, nämlich im benachbarten Armenien, Truppen stationiert hat. Moskau würde seiner Pufferzone zwar

gern eine weitere Schicht hinzufügen, aber es kann damit leben, den Rest von Georgien nicht einzunehmen. Diese Situation könnte sich möglicherweise ändern, wenn Georgien beginnt, einen NATO-Beitritt näher ins Auge zu fassen. Genau das ist der Grund, warum das Land bislang von den NATO-Regierungen abgewiesen wurde, denen daran gelegen ist, den dann unausweichlichen Konflikt mit Moskau zu umgehen.

Eine Mehrheit der georgischen Bevölkerung hätte gern engere Beziehungen zu den EU-Ländern, aber

der Schock durch den Krieg 2008, als Präsident Micheil Saakaschwili naiverweise annahm, die Amerikaner würden zu seiner Rettung aufkreuzen, nachdem er die Russen provoziert hatte, führte bei vielen zu der Überlegung, es dürfte besser sein, auf Nummer sicher zu gehen. 2013 wurden eine neue Regierung und mit Giorgi Margwelaschwili ein Präsident gewählt, die Moskau weitaus versöhnlicher gegenüber stehen. Wie in der Ukraine wissen die Menschen instinktiv um die Binsenweisheit, die allen in der Nachbarschaft bekannt ist: Washington ist weit weg, Moskau

hingegen nahe.

Russlands mächtigste Waffen sind heute, lässt man die Atomraketen mal beiseite, nicht seine Armee und Luftwaffe, sondern Gas und Öl. Russland ist nach den USA der weltweit größte Lieferant von Erdgas, und es nutzt diese Macht natürlich zu seinem Vorteil. Je besser die Beziehungen zu Russland sind, desto weniger muss man für die Energie bezahlen. Beispielsweise hat Finnland bessere Konditionen als die baltischen Staaten. Diese Politik wurde aggressiv eingesetzt, und Russland hat die europäische Energieversorgung so fest in

den Griff bekommen, dass Maßnahmen eingeleitet wurden, um diese Auswirkungen abzuschwächen. Viele europäische Länder versuchen, sich aus ihrer Abhängigkeit von der russischen Energie zu lösen – dafür bauen sie keine alternativen Pipelines aus weniger aggressiven Ländern, sondern Häfen.

Im Schnitt kommen über 25 Prozent des Gases und Öls für Europa aus Russland, doch meist ist es so, dass die Abhängigkeit umso größer ist, je dichter ein Land an Moskau liegt. Lettland, die Slowakei, Finnland und Estland vertrauen zu 100 Prozent auf russisches Gas, die

Tschechische Republik, Bulgarien und Litauen sind zu 80 Prozent davon abhängig, Griechenland, Österreich und Ungarn zu 60 Prozent. Etwa die Hälfte des deutschen Gasverbrauchs speist sich aus russischen Quellen, was, zusammen mit umfassenden Handelsvereinbarungen, ein Stück weit erklärt, warum deutsche Politiker bei der Kritik an aggressivem Vorgehen des Kremls eher zögerlicher sind als jene eines Landes wie Großbritannien, das nur eine Abhängigkeit von 13 Prozent aufweist und zudem eine eigene Gaserzeugung und einen bis zu neunmonatigen Vorrat

hat.

Aus Russland verlaufen mehrere große Pipelines von Ost nach West. Einige sind für Öl, andere für Gas. Die Gas-Pipelines sind die wichtigsten.

Im Norden führt die Nord-Stream-Route durch die Ostsee direkt nach Deutschland. Darunter folgt, durch Weißrussland, die Jamal-Pipeline, die Polen und Deutschland versorgt, und im Süden transportiert Blue-Stream Gas durch das Schwarze Meer in die Türkei. Bis Anfang 2015 war ein South Stream genanntes Projekt geplant, das die gleiche Route nehmen, dann aber nach

Ungarn, Österreich, Serbien, Bulgarien und Italien abzweigen sollte. South Stream war der russische Versuch sicherzustellen, dass man auch bei Konflikten mit der Ukraine noch eine größere Pipeline zur Verfügung hätte, die die großen Märkte in Westeuropa und auf dem Balkan bedienen könnte. Mehrere EU-Länder drängten ihre Nachbarn, den Plan abzulehnen, und letztlich zog Bulgarien den Stecker, indem es erklärte, die Pipelines dürften nicht durch sein Gebiet verlaufen. Präsident Putin reagierte damit, dass er der Türkei einen neuen Vorschlag

machte, der immer wieder unter dem Namen Turk Stream auftaucht.

Die russischen Projekte South Stream und Turk Stream zur Umgehung der Ukraine folgten auf die Preisstreitigkeiten zwischen den beiden Ländern zwischen 2005 und 2010, derentwegen zeitweilig die Gasversorgung in insgesamt 18 Länder unterbrochen war. Die europäischen Staaten, die von South Stream profitieren sollten, waren deutlich zurückhaltender mit ihrer Kritik an Russland während der Krimkrise 2014.

Auftritt der Amerikaner mit einer Win-Win-Strategie für die USA und

Europa. Europa braucht Gas, möchte aber angesichts der russischen Außenpolitik nicht schwach erscheinen müssen. Und die Amerikaner glauben, die Lösung für dieses Problem zu haben. Der massive Boom bei der Schiefergasgewinnung macht die USA nicht nur zu Selbstversorgern in Sachen Energie, sondern ermöglicht es auch, die Überschüsse an einen der großen Energieverbraucher – Europa – zu verkaufen.

Um das zu können, muss das Erdgas verflüssigt und per Schiff über den Atlantik transportiert werden. Das

wiederum bedingt, dass Terminals und Häfen für das Flüssigerdgas LNG (liquefied natural gas) an den europäischen Küsten gebaut werden, wo die Fracht aufgenommen und wieder in Gas umgewandelt wird. Washington genehmigt bereits Lizenzen für Exporteinrichtungen, und in Europa läuft ein Langzeitprojekt zum Bau weiterer LNG-Terminals an. Polen und Litauen errichten bereits LNG-Terminals, andere Länder, etwa die Tschechische Republik, wollen Pipelines bauen, um sich mit diesen Terminals zu vernetzen, weil sie dann nicht nur vom amerikanischen

Flüssigerdgas profitieren können, sondern auch von Frachten aus Nordafrika und Nahost. Der Kreml wäre dann nicht mehr in der Lage, die Hähne zuzudrehen.

Die Russen, die diese langfristige Gefahr sehen, betonen, dass Pipeline-Gas billiger ist als LNG, und Präsident Putin erklärt – mit dem Ausdruck von »Was habe ich bloß falsch gemacht?« auf dem Gesicht –, dass Europa bereits eine verlässliche und billige Gasversorgung aus seinem Land habe. LNG wird das russische Gas wohl nicht komplett ersetzen, aber es wird das bislang

schwache europäische Blatt stärken, nicht nur wenn es um Preisverhandlungen geht, sondern auch bei der Außenpolitik. Um etwaige Umsatzeinbrüche aufzufangen, plant Russland Pipelines in südöstliche Richtung und hofft, die Verkäufe nach China verstärken zu können.

Dies ist eine ökonomische Schlacht, die auf Geographie beruht und ein modernes Beispiel dafür, wie Technologie genutzt wird, um die geographischen Beschränkungen der früheren Zeiten zu überwinden.

Der politische Einfluss Russlands

beschränkt sich nicht auf das Kernland, sondern reicht weltweit, und es nutzt ihn. Nicht zuletzt in Lateinamerika, wo es sich jeweils bei dem Land anbietet, das die schlechtesten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hat, beispielsweise Venezuela. Außerdem versucht Russland, die amerikanischen Schachzüge im Nahen Osten zu kontrollieren oder zumindest sicherzustellen, dass man ein Wort in der Sache mitreden kann, gibt viel Geld für seine Streitkräfte in der Arktis aus und meldet dauerhaft ein Interesse an Grönland an, um seine territorialen Ansprüche aufrecht zu

erhalten. Seit dem Niedergang des Kommunismus ist die Konzentration auf Afrika geringer geworden, aber Russland will sich dort so viel Einfluss wie möglich bewahren, wenngleich es die Schlacht gegen China verlieren wird.

Zu Hause muss sich Russland vielen Herausforderungen stellen, wobei die demographische Entwicklung keine geringe Rolle spielt. Der steile Rückgang des Bevölkerungswachstums mag aufgehalten sein, aber das Problem bleibt bestehen. Die durchschnittliche Lebenserwartung russischer Männer liegt unter 65 Jahren, was Russland in die

untere Hälfte der Rangliste der 193 UN-Mitgliedsländer verbannt, und es hat heute nur noch 144 Millionen Einwohner (ohne die Krim).

Vom Großfürstentum Moskau über Peter den Großen bis zu Stalin und heute Putin sah sich jeder russische Führer den gleichen Problemen gegenüber. Es ist egal, ob die Ideologie jener, die die Macht haben, zaristisch, kommunistisch oder nepotistisch ist – die Häfen frieren immer noch zu und die nordeuropäische Tiefebene ist weiterhin flach.

Nehmen Sie die Grenzen der Nationalstaaten weg, und die Landkarte,

mit der Iwan der Schreckliche
konfrontiert war, ist die gleiche wie die,
die ein Wladimir Putin heute vor sich hat.

ZWEITES KAPITEL

CHINA

»China ist eine Zivilisation, die vorgibt, eine Nation zu sein.«

Lucian Pye,
Politikwissenschaftler



Im Oktober 2006 befuhr ein Konvoi mit dem über 300 Meter langen US-Superträger *Kitty Hawk* an der Spitze das Ostchinesische Meer zwischen SüdJapan und Taiwan, als ohne Vorwarnung ein U-Boot der chinesischen Marine inmitten der Gruppe auftauchte.

Ein amerikanischer Flugzeugträger dieser Größe ist von etwa zwölf weiteren Kriegsschiffen umgeben und wird unter Wasser wie aus der Luft gesichert. Das chinesische Schiff, ein Kampf-U-Boot der Song-Klasse, kann mit seinem dieselektrischen Antrieb zwar sehr leise

laufen, aber es war trotzdem so, als würde die Geschäftsleitung von Pepsi-Cola bei einer Vorstandssitzung von Coca-Cola unter dem Tisch hervorkriechen, nachdem man dort eine halbe Stunde gelauscht hatte.

Die Amerikaner waren in gleichem Maße erstaunt wie wütend. Erstaunt, weil sie keine Ahnung hatten, dass ein chinesisches U-Boot so etwas unbemerkt tun konnte, und wütend, weil sie es nicht bemerkt hatten und das Vorkommnis als Provokation begriffen – nicht zuletzt, weil sich die *Kitty Hawk* selbst in Torpedoreichweite des U-Boots befunden

hatte. Sie legten Protest ein, vielleicht zu lautstark, und die Chinesen erwiderten: »Oh! Welch ein Zufall, da sind wir doch vor unserer Küste inmitten Ihrer Kampfgruppe aufgetaucht, wir hatten ja keine Ahnung.«

Das war die erste Kanonenbootdiplomatie in umgekehrter Reihenfolge des 21. Jahrhunderts. Während die Briten mit einem Kriegsschiff vor der Küste einer unbedeutenden Seemacht aufzukreuzen pflegten, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, kreuzten die Chinesen vor ihrer eigenen Küste mit einer deutlichen

Botschaft auf: »Wir sind jetzt eine Seemacht, unsere Zeit ist gekommen und das ist unser Meer.« Es hat 4000 Jahre gedauert, aber die Chinesen sind jetzt in Häfen – und auf Seewegen – in eurer Nähe.

Bis dahin war China nie eine Seemacht gewesen – mit seiner riesigen Landmasse, seinen zahlreichen Grenzen und den kurzen Seewegen zu Handelspartnern bestand dafür keine Notwendigkeit und es war ideologisch kaum expansiv ausgerichtet. Seine Kaufleute haben die Meere befahren, um Handel zu treiben, aber seine Marine strebte keine Gebiete

jenseits der eigenen Region an, und die Schwierigkeiten, entlang den großen Seewegen in Pazifik, Atlantik und Indischem Ozean zu patrouillieren, waren ihm die Mühe nicht wert. China war immer eine Landmacht mit Unmengen Land und zahllosen Menschen – mittlerweile fast 1,4 Milliarden.

Die Geschichte der chinesischen Besiedelung begann vor knapp 4000 Jahren. Die Geburtsstätte der chinesischen Zivilisation ist das Gebiet, das als Nordchinesische Ebene bekannt ist und von den Chinesen als Zentralebene bezeichnet wird. Ein riesiges, rund

415 000 Quadratkilometer großes Tiefland, das sich unterhalb der Inneren Mongolei und südlich der Mandschurei um das Becken des Gelben Flusses und bis jenseits des Jangtsekiangs, die beide von Ost nach West fließen, erstreckt. Heute ist es einer der am dichtesten besiedelten Landstriche auf der Erde.

Das Becken des Gelben Flusses ist Schauplatz häufiger und verheerender Überschwemmungen, was dem Fluss den wenig schmeichelhaften Beinamen »Geißel der Han-Söhne« eingebracht hat. Die systematische Industrialisierung der Region begann in den 1950ern und hat

sich in den letzten drei Dekaden rapide beschleunigt. Der stark verschmutzte Fluss ist heute so mit giftigen Abfällen verstopft, dass er manchmal sogar Schwierigkeiten hat, zum Meer zu gelangen. Trotzdem ist der Gelbe Fluss für China das, was der Nil für Ägypten ist – die Wiege seiner Zivilisation, der Ort, wo seine Bevölkerung mit dem Ackerbau begann und Papier und Schießpulver erfand.

Nördlich dieses Proto-Chinas befinden sich die schroffen Landschaften der Wüste Gobi, die zur heutigen Mongolei gehören. Im Westen steigt das Land

allmählich an und wird zum Hochland von Tibet, das bis zum Himalaja reicht. Südöstlich und südlich ist das Meer.

Das Kernland, als das die Nordchinesische Ebene gilt, war und ist ein fruchtbares Tiefland mit zwei Hauptflüssen und einem Klima, das zwei Reis- und Sojaernten pro Jahr erlaubt und so ein rasches Bevölkerungswachstum unterstützte. Um 1500 v. Chr. war dann aus Hunderten von winzigen Stadtstaaten, von denen sich viele untereinander bekämpften, die früheste Form eines chinesischen Staates entstanden – die Shang-Dynastie. Hier

entwickelte sich das Volk der Han, schützte das Kernland und schuf eine Pufferzone um sich herum.

Heute sind über 90 Prozent der Bevölkerung Chinas Han, und sie beherrschen die chinesische Politik und Wirtschaft. Sie unterscheiden sich durch ihre Sprachen, Mandarin, Kantonesisch und viele andere Regionalsprachen, vereint sind sie hingegen durch die ethnische Zugehörigkeit und auf politischer Ebene durch den geopolitischen Antrieb, das Kernland zu schützen. Mandarin, das dem Nordteil der Region entstammt, ist die bei Weitem

dominierende Sprache und das Medium von Regierung, Staatsfernsehen und Bildungswesen. Geschrieben ähnelt Mandarin dem Kantonesischen und vielen Regionalsprachen, aber gesprochen unterscheidet es sich sehr.

Das Kernland ist der politische, kulturelle, demographische und – was entscheidend ist – landwirtschaftliche Schwerpunkt. Etwa eine Milliarde Menschen leben in diesem Teil Chinas, der nur halb so groß wie die USA ist, die 322 Millionen Einwohner haben. Weil das Gebiet des Kernlands zu Sesshaftwerdung und bäuerlicher Lebensweise einlud,

sahen sich die frühen Dynastien durch die Regionen rundum bedroht, in denen keine Han lebten, insbesondere durch die Mongolei mit ihren angriffslustigen nomadischen Kriegerhorden.

China schlug die gleiche Strategie wie Russland ein: Angriff als Verteidigung, um damit zu Macht zu gelangen. Wie wir sehen werden, gab es natürliche Barrieren, die die Han schützen konnten, wenn es ihnen gelang, bis dahin vorzudringen und sie zu kontrollieren. Dies war ein Kampf, der sich über Jahrtausende erstreckte und erst mit der Annexion Tibets 1951 komplettiert war.

Zu Lebzeiten des berühmten chinesischen Philosophen Konfuzius (551–479 v. Chr.) bestand ein starkes Bewusstsein für die chinesische Identität und den Unterschied zwischen dem zivilisierten China und den »Barbaren«-Regionen rundum. Dieses Identitätsgefühl wurde von rund 60 Millionen Menschen geteilt.

Bis 200 v. Chr. hatte China sich nach Norden zur Grassteppe Zentralasiens, nach Süden bis zum Südchinesischen Meer und nach Südwesten Richtung Tibet ausgebreitet, allerdings ohne es zu erreichen. Die Große Mauer (die in China

als Lange Mauer bezeichnet wird) wurde von der Qin-Dynastie (221–207 v. Chr.) begonnen, und auf der Landkarte nahm China allmählich die Umrisse an, die wir von dem modernen Staat kennen. Doch es sollte über 2000 Jahre dauern, bis die heutigen Grenzen gesichert waren.

Der Kaiserkanal, an dem jahrhundertlang gearbeitet wurde und der heute die längste künstliche Wasserstraße der Welt ist, wurde zwischen 605 und 609 ausgebaut und verband nun den Gelben Fluss mit dem Jangtse. Dafür hatte die Sui-Dynastie (581–618) unzählige Arbeiter

unterworfen, die vorhandene Nebenflüsse zu einem schiffbaren Wasserweg zwischen den beiden Strömen ausbauen mussten. Auf diese Weise wurden nördliche und südliche Han enger zusammengeschlossen als je zuvor. Mehrere Millionen Sklaven brauchten fünf Jahre, um das Werk zu vollenden. Damit war das uralte Problem, Nahrungsmittel von Süden nach Norden zu transportieren, gelöst – aber nicht das Problem, das bis heute besteht: Flutkatastrophen.

Die Han bekriegten sich zwar nach wie vor untereinander, aber in geringerem

Maße. Im frühen 11. Jahrhundert waren sie gezwungen, sich um die Wellen von Mongolen zu kümmern, die von Norden hereinbrachen. Die Mongolen besiegten jede Dynastie, die sich ihnen im Norden wie im Süden in den Weg stellte, und 1279 wurde ihr Anführer Kublai Khan als Kaiser der Mongolen-Dynastie Yuan zum ersten Fremdherrscher des Gesamtlandes. Es sollte fast neunzig Jahre dauern, bis die Han ihre Geschicke wieder in die eigenen Hände nehmen und die Ming-Dynastie etablieren konnten.

Mittlerweile nahmen die Kontakte mit Kaufleuten und Abgesandten der sich

entwickelnden europäischen Nationalstaaten, etwa Spanien und Portugal, zu. Die chinesischen Führer verwahrten sich gegen jede Form einer ständigen Präsenz von Europäern, öffneten aber vermehrt die Küstenregionen für den Handel. Es ist bis heute eine chinesische Besonderheit, dass, wann immer China sich öffnet, die Küstengebiete profitieren, das Binnenland aber vernachlässigt bleibt. Der vom Handel genährte Wohlstand hat Küstenstädte wie Shanghai reich gemacht, aber dieser Reichtum hat das Landesinnere nicht erreicht. Dies hat zu

der massiven Bevölkerungswanderung in die Städte beigetragen und regionale Unterschiede verschärft.

Im 18. Jahrhundert gehörten im Süden Teile von Myanmar und Indochina zu China, und im Nordwesten wurde Xinjiang erobert, das zur größten Provinz des Landes wurde. Dieses Gebiet voller zerklüfteter Berge und riesiger Wüstenbecken umfasst 1,665 Millionen Quadratkilometer, ist also doppelt so groß wie Texas. Oder um es anders zu formulieren: Packt man das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Österreich, die Schweiz sowie die

Niederlande und Belgien auf diese Fläche, bleibt immer noch Platz für Luxemburg. Und Liechtenstein.

Doch mit der Vergrößerung seines Territoriums vergrößerte China auch seine Probleme. Xinjiang, das überwiegend von Muslimen bevölkert war, stellte eine ständige Quelle für Instabilität, ja Aufstände dar. Ähnliches galt für andere Regionen. Aber den Han war der Puffer die Probleme wert, nicht zuletzt angesichts des Schicksals, dem das Land nach der Ankunft der Europäer im 19. und 20. Jahrhundert anheimfiel.

Die Imperialmächte, darunter die

Briten, kamen und zerteilten das Land in Einflussphären. Das war und ist die größte Demütigung, die die Chinesen seit den Mongoleneinfällen erdulden mussten. Das ist eine Version der Geschichte, die die Kommunistische Partei häufig einsetzt. Teilweise stimmt sie, aber sie ist auch hilfreich, um die eigenen Fehler der Partei und ihre repressive Politik zu verschleiern.

Später marschierten die Japaner ein, die als aufkommende Weltmacht dabei waren, ihr Territorium zu vergrößern: Sie griffen 1932 und dann wieder 1937 an. Danach hielten sie den Großteil des

Kernlands sowie die Mandschurei und die Innere Mongolei besetzt. Japans bedingungslose Kapitulation gegenüber den Amerikanern am Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 führte zum Rückzug der japanischen Truppen. In der Mandschurei wurden sie allerdings durch russisches Militär ersetzt, das erst 1946 abzog.

Ein paar außenstehende Beobachter meinten, die Nachkriegszeit würde China eine liberale Demokratie bringen. Aber das war Wunschdenken, ähnlich dem naiven Unsinn, den Westler jüngst in den ersten Tagen des »Arabischen Frühlings« schrieben: Hier wie in China

beruhte das auf mangelndem Verständnis hinsichtlich der internen Dynamiken von Völkern, Politik und Geographie in der Region.

Stattdessen kämpften nationalistische Kräfte unter Chiang Kai-shek und kommunistische Truppen unter dem Vorsitzenden Mao um die Vorherrschaft, bis die Kommunisten 1949 siegten und die Nationalisten sich nach Taiwan zurückzogen. Im selben Jahr verkündete Radio Peking: »Die Volksbefreiungsarmee muss alle chinesischen Gebiete befreien, auch Tibet, Xinjiang, Hainan und Taiwan.«

Mao zentralisierte die Macht in einem Maß, das keine der Dynastien zuvor gekannt hatte. Er blockierte den russischen Einfluss in der Inneren Mongolei und weitete Pekings Einfluss auf die Mongolei aus. 1951 schloss China die Annexion von Tibet ab (ein weiteres riesiges Gebiet, in dem keine Han lebten), und in chinesischen Schulbüchern begann man, auf Karten ein China darzustellen, das sich sogar bis in die zentralasiatischen Republiken erstreckte. Das Land war wieder vereint. Mao sollte den Rest seines Lebens dafür sorgen, dass das so blieb und die Kontrolle der

Kommunistischen Partei über alle Lebensbereiche konsolidiert wurde, das Land sich aber vom größten Teil der übrigen Welt abwandte. Das Land war, vor allem in küstenfernen Gebieten, weiterhin schrecklich arm, aber vereint.

Maos Nachfolger versuchten, seinen Langen Marsch zum Sieg in einen ökonomischen Marsch zum Wohlstand umzuwandeln. Anfang der 1980er prägte der chinesische Führer Deng Xiaoping den Begriff »Sozialismus chinesischer Prägung«, was offenbar mit »absolute Kontrolle der Kommunistischen Partei in einer kapitalistischen Wirtschaft« zu

übersetzen ist. China entwickelte sich zu einer der großen Handelsmächte und zum aufstrebenden Militärgiganten. Ende der 1990er hatte es sich vom Schock des Tiananmen-Massakers 1989 erholt, Hongkong und Macau von den Briten beziehungsweise Portugiesen zurückerlangt und konnte über seine Grenzen schauen, seine Sicherheit einschätzen und Pläne für seinen großen Auftritt in der Welt machen.

Wenn wir Chinas moderne Grenzen betrachten, sehen wir eine Großmacht, die jetzt darauf vertraut, dass sie durch ihre geographischen Gegebenheiten

gesichert ist, die effektiv Verteidigung und Handel gewährleisten. In China werden die Himmelsrichtungen immer in der Reihenfolge Osten, Süden, Westen, Norden aufgezählt, aber wir wollen im Norden beginnen und im Uhrzeigersinn vorgehen.

Im Norden sehen wir die 4677 Kilometer lange Grenze mit der Mongolei. Zu ihren beiden Seiten erstreckt sich die Wüste Gobi. In früheren Zeiten mögen Nomadenkrieger in der Lage gewesen sein, über sie hinweg nach Süden vorzustoßen, aber eine moderne Armee, die sich dort sammeln wollte,

würde Wochen, bevor sie bereit zum Vormarsch wäre, entdeckt und hätte unglaublich lange Nachschublinien durch unwirtliches Gelände zu bedienen, ehe sie in die Innere Mongolei (ein Teil Chinas) und in Richtung Kernland vorrücken könnte. Es gibt nur wenige Straßen, die für schweres Gerät geeignet sind, und kaum bewohnbare Gebiete. Die Wüste Gobi ist ein gewaltiges Frühwarnsystem samt Verteidigungslinie. Eine chinesische Expansion nach Norden wird nicht auf militärischem Weg erfolgen, sondern durch Handelsabkommen, weil China daran gelegen ist, die Bodenschätze der

Mongolei, insbesondere Erze, auszubeuten. Dies wird eine zunehmende Migration von den Han in die Mongolei mit sich bringen.

Anschließend folgt im Osten die Grenze zwischen China und Russland, die bis zum Pazifik reicht – oder wenigstens zum Japanischen Meer, einem seiner Nebenmeere. Oberhalb der Grenze befindet sich der bergige russische Ferne Osten, ein riesiges, unwirtliches Territorium, das nur sehr dünn besiedelt ist. Darunter liegt die Mandschurei, durch die Russland vorstoßen müsste, wenn es ins chinesische Kernland einfallen wollte.

Die Mandschurei hat 100 Millionen Einwohner – bei steigender Tendenz –, der russische Ferne Osten hingegen weniger als 7 Millionen, und es gibt keine Anzeichen eines Bevölkerungswachstums. Zu rechnen ist mit einer Wanderung im größeren Stil von Süden nach Norden, was China in den Beziehungen zu Russland wieder zu mehr Macht verhelfen wird. Die aus militärischer Sicht beste Stelle zum Einfallen wäre in der Nähe des russischen Pazifikhafens Wladiwostok, aber es gibt kaum Gründe und derzeit wohl keine Absicht, das zu tun. Mehr noch, die neuen Sanktionen

des Westens wegen der Ukrainekrise haben Russland vermehrt in Handelsabkommen mit China getrieben – zu Bedingungen, die helfen werden, Russland über Wasser zu halten, aber vorteilhafter für die Chinesen sind. In dieser Beziehung ist Russland der Juniorpartner.

Unterhalb des russischen Fernen Ostens und der koreanischen Halbinsel folgen an der Küste Gelbes, Ostchinesisches und Südchinesisches Meer. Diese Meere sind mit dem Pazifik beziehungsweise Indischen Ozean verbunden und weisen viele gute Häfen

auf, die immer für den Handel genutzt wurden. Doch jenseits der Wellen liegen mehrere Probleme in Form von Inseln – eines hat die Kontur von Japan und wir werden uns ihm in Kürze widmen.

Die nächsten Landgrenzen im Uhrzeigersinn betrachtet sind Vietnam, Laos und Myanmar. Vietnam ist für China ein Ärgernis. Seit Jahrhunderten kabbeln sich die beiden Länder um Gebiete, und unglücklicherweise für beide ist dies der einzige Bereich im Süden, wo es eine Grenze gibt, die eine Armee ohne größere Schwierigkeiten überschreiten könnte – was ein Stück weit die

tausendjährige chinesische Beherrschung und Okkupation Vietnams (111 v. Chr. bis 938 n. Chr.) und den kurzen Grenzkrieg 1979 erklärt. Doch je mehr Chinas militärische Fähigkeiten zunehmen, desto weniger wird Vietnam geneigt sein, sich in einen Schusswechsel hineinziehen zu lassen. Es wird sich entweder noch stärker an die Amerikaner kuscheln, um Schutz zu bekommen, oder still und leise seine Diplomatie ändern, um sich mit Peking anzufreunden. Dass beide Länder nominell kommunistisch sind, hat wenig zu tun mit ihrem Verhältnis: Ihre Beziehungen wurden durch die

gemeinsamen geographischen Gegebenheiten definiert. Von Peking aus betrachtet ist Vietnam eine kleinere Bedrohung und ein lösbares Problem.

Die Grenze zu Laos verläuft durch hügeligen Dschungel, den Händler nur mit Mühe durchqueren können. Für Militär wäre dies sogar noch schwieriger. Auf dem Weg hinauf nach Myanmar werden aus den Dschungelhügeln Berge, bis sie am westlichen Ende 6000 Meter erreichen und im Himalaja münden.

Das bringt uns zu Tibet und seiner Bedeutung für China. Der Himalaja markiert die gesamte Grenze zwischen

China und Indien, bevor er als Karakorum niedriger wird und die Grenze zu Pakistan, Afghanistan und Tadschikistan bildet. Dies ist die natürliche Version einer Chinesischen Mauer oder – aus der Perspektive von Neu Delhi – der Großen Indischen Mauer. Sie trennt die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde militärisch wie ökonomisch voneinander.

Sie haben durchaus ihre Auseinandersetzungen: China beansprucht den indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh, Indien sagt, China hätte Aksai Chin besetzt. Doch auch

wenn ihre Geschütze oben auf der natürlichen Mauer aufeinander gerichtet sind, haben beide Seiten Besseres zu tun als den Schusswechsel, der 1962 losbrach, erneut aufzunehmen. Damals gipfelte eine Reihe von blutigen Grenzstreitigkeiten in heftigen Gebirgskämpfen großen Stils. Allerdings ist die Spannung immer gegenwärtig, und jede Seite muss umsichtig mit der Situation umgehen.

Im Lauf der Jahrhunderte gab es wenig Handelsbewegungen zwischen China und Indien. Und es ist unwahrscheinlich, dass sich das in Kürze ändert. Natürlich ist die

Grenze in Wahrheit die zwischen Tibet und Indien – und das ist genau der Grund, warum China immer die Kontrolle darüber haben wollte.

Dies ist die Geopolitik der Angst. Wenn China nicht die Kontrolle über Tibet hätte, bestünde immer die Möglichkeit, dass Indien versuchen würde, diese zu erlangen. Und das würde Indien die strategisch wichtige Kommandohoheit über das Tibetische Hochplateau verschaffen und eine Basis bieten, von der aus man ins chinesische Kernland vordringen könnte. Hinzu käme noch die Kontrolle über die

tibetischen Quellen dreier großer chinesischer Flüsse: Gelber Fluss, Jangtse und Mekong. Sie sind der Grund, warum Tibet als »Wasserturm Chinas« bezeichnet wird. Als Land, das ebenso viel Wasser verbraucht wie die USA, aber eine fünfmal so große Bevölkerung hat, wird China dies sicher nicht zulassen.

Es ist unwichtig, ob Indien vorhat, Chinas Flusswasserversorgung abzuschneiden, allein die Möglichkeit dazu reicht aus. Seit Jahrhunderten hat China sichergestellt, dass dies niemals geschieht. Richard Gere wird weiterhin seine Stimme als Tibet-Aktivist gegen die

Unrechtmäßigkeit der Okkupation und
Besiedelung durch Han-Chinesen
erheben, doch in einem Kampf zwischen
Dalai Lama, tibetischer
Unabhängigkeitsbewegung, Hollywood-
Stars und der Kommunistischen Partei
Chinas – die die zweitgrößte
Wirtschaftsmacht der Welt regiert – wird
es nur einen Sieger geben.

Wenn Westler, sei es Mr. Gere oder
Mr. Obama, über Tibet sprechen, finden
die Chinesen das zutiefst ärgerlich. Nicht
gefährlich, nicht subversiv – nur
ärgerlich. Sie sehen die Sache nicht durch
das Prisma Menschenrechte, sondern

durch das der geopolitischen Sicherheit und können nur folgern, dass die Westler versuchen, die chinesische Sicherheit zu unterminieren. Doch die chinesische Sicherheit wurde nicht unterminiert und wird es nicht werden, selbst wenn es weitere Aufstände gegen die Han gibt. Der tibetischen Unabhängigkeit stehen Demographie und Geopolitik entgegen.

Die Chinesen bauen »Tatsachen vor Ort« auf dem »Dach der Welt«: In den 1950ern begann die Volksbefreiungsarmee der chinesischen Kommunisten mit dem Bau von Straßen nach Tibet, und seither haben diese dazu

beigetragen, die moderne Welt in das
altertümliche Königreich zu bringen.
Aber Straßen – und mittlerweile
Eisenbahnen – bringen auch die Han.

Lange galt es als unmöglich, eine
Eisenbahn durch das Permafrostgebiet,
die Berge und die Täler Tibets zu bauen.
Die besten Ingenieure Europas, die sich
durch die Alpen gefräst hatten, erklärten
das für nicht machbar. Noch 1988 schrieb
der Reiseschriftsteller Paul Theroux in
seinem Buch ›Das chinesische
Abenteuer‹: »Das Kunlun-Gebirge
garantiert, dass nie eine Bahn in Lhasa
ankommen wird.« Die Bergkette trennt

die Provinz Xinjiang von Tibet, und Theroux begrüßte das: »Bestimmt ist das ein Segen. Bis ich Tibet sah, dachte ich, mir gefielen Eisenbahnen, doch dann wurde mir klar, dass mir die Wildnis noch viel besser gefällt.« Doch die Chinesen bauten die Bahn.

Wahrscheinlich waren sie die Einzigen, die das tun konnten. Die Strecke in die tibetische Hauptstadt Lhasa wurde 2006 vom damaligen chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao eröffnet. Nun kommen Passagier- und Güterzüge aus weit entfernten Orten wie Shanghai und Peking viermal am Tag hier an.

Jeden Tag.

Sie bringen viele Dinge mit sich, etwa Konsumgüter aus ganz China, Computer, Farbfernseher und Handys. Sie bringen Touristen her, die die lokale Wirtschaft stärken, sie bringen die Moderne in ein altertümliches und verarmtes Land, eine ungeheure Verbesserung des Lebensstandards und des Gesundheitswesens, und sie bieten die Möglichkeit, tibetische Waren hinaus in die weite Welt zu tragen. Aber sie haben auch mehrere Millionen han-chinesische Siedler gebracht.

Die genauen Zahlen sind schwer zu

ermitteln. Die Organisation Free Tibet erklärt, im tibetischen Kulturgebiet seien Tibeter mittlerweile eine Minderheit, während die chinesische Regierung behauptet, dass im offiziellen Autonomen Gebiet Tibet über 90 Prozent der Einwohner Tibeter seien. Beide Seiten übertreiben, aber es gibt Indizien, dass die Regierung stärker übertreibt. Ihre Zahlen berücksichtigen jene Han-Migranten nicht, die dort leben, aber nicht als Anwohner gemeldet sind. Der Besucher kann jedoch sehen, dass in den tibetischen Städten jetzt Han-Viertel dominieren.

Einst bestand die Mehrheit der Bevölkerung in der Mandschurei, Inneren Mongolei und Xinjiang aus ethnischen Mandschu, Mongolen und Uiguren. Heute bilden in allen drei Gebieten Han-Chinesen die Mehrheit oder sie sind kurz davor. Ebenso wird es in Tibet sein.

Das bedeutet, dass die Ressentiments gegen die Han weiterhin in Aufständen wie dem von 2008 Ausdruck finden werden, bei dem antichinesische tibetische Demonstranten in Lhasa Han-Eigentum anzündeten und plünderten. Dabei starben 21 Menschen und Hunderte wurden verletzt. Die Niederschlagungen

durch die Behörden werden anhalten, die Befreiungsbewegung wird weitermachen, Mönche werden sich weiter selbst verbrennen, um der Welt das Anliegen der Tibeter zu verkünden – und die Han werden weiterhin hereinströmen. Chinas riesige Bevölkerung, die mehrheitlich im Kernland zusammengepfercht ist, sucht Expansionsmöglichkeiten. Ebenso wie einst die Amerikaner blicken auch die Chinesen nach Westen.

Weiter im Uhrzeigersinn gelangen wir zu den Grenzen mit Pakistan, Tadschikistan und Kirgisistan (allesamt in bergigem Gebiet) und dann zu der mit

Kasachstan, die zurück nach Norden zur Mongolei führt. In diesem Gebiet verläuft die alte Seidenstraße, der bedeutende Landweg vom Reich der Mitte in die Welt, den Händler jahrhundertlang benutzten. Seide war das hauptsächliche Handelsgut, aber die Seidenstraße war auch der Weg für den Austausch von Religionen, Philosophien, Technologien – und Krankheiten wie die Beulenpest. Theoretisch liegt hier eine Schwachstelle der chinesischen Verteidigung, eine Bresche zwischen den Bergen und der Wüste, aber sie ist weit entfernt vom Kernland. Zudem sind die Kasachen nicht

in der Lage, China zu bedrohen, und Russland ist viele Hundert Kilometer entfernt.

Südöstlich der Grenze zu Kasachstan liegt die unruhige »halbautonome« chinesische Provinz Xinjiang mit ihrer eingeborenen Bevölkerung der Uiguren, die Muslime sind und eine Turksprache sprechen. An Xinjiang grenzen acht Länder: Russland, die Mongolei, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan und Indien.

In Xinjiang gab und wird es immer Ärger geben. Die Uiguren haben in den 1930ern und 1940ern zweimal einen

unabhängigen Staat »Ostturkestan«
ausgerufen. Sie wurden Zeugen, wie
durch den Zusammenbruch des
russischen Imperiums ihre einst
sowjetischen Nachbarn in den »Stan«-
Ländern zu souveränen Staaten wurden,
und ließen sich von der tibetischen
Befreiungsbewegung inspirieren. Viele
verlangen heute wieder die Loslösung
von China.

Interethnische Aufstände brachen 2009
aus und führten zu über 200 Toten.
Peking antwortete auf dreierlei Weise: Es
unterdrückte Dissidenten unbarmherzig,
es pumpte Geld in die Region und es

sorgte für den weiteren Zuzug han-chinesischer Arbeiter. Xinjiang ist für China strategisch zu bedeutend, um das Erstarken einer Unabhängigkeitsbewegung zuzulassen: Es grenzt nicht nur an acht Länder und bildet so einen Puffer für das Kernland, sondern besitzt auch Öl und dient zudem als Testgelände für die chinesischen Atomwaffen.

Die meisten neuen Ortschaften und Städte, die überall in Xinjiang aus dem Boden schießen, sind fast ausschließlich mit Han-Chinesen bevölkert, die die Arbeit in den neuen Fabriken

herbeigelockt hat, in die die Zentralregierung investiert. Ein klassisches Beispiel ist die Stadt Shihezi, 140 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Ürümqi. Von ihren 650 000 Einwohnern sind wohl mindestens 620 000 Han-Chinesen. Insgesamt, so die konservative Schätzung, sind 40 Prozent der Einwohner in Xinjiang Han – und selbst in Ürümqi könnten sie jetzt die Mehrheit bilden. Allerdings sind offizielle Zahlen schwer zu bekommen und aufgrund ihrer politischen Sensibilität nicht immer verlässlich.

Es gibt einen »Weltkongress der

Uiguren«, der seinen Sitz in Deutschland hat, und die »Ostturkestanische Befreiungsorganisation« wurde in der Türkei gegründet, aber den uigurischen Separatisten fehlt es an einer Figur von der Art des Dalai Lama, auf die sich ausländische Medien fixieren können. Somit ist das Anliegen der Uiguren weltweit nahezu unbekannt. China will, dass das so bleibt, und versucht, mit möglichst vielen seiner Nachbarländer gute Beziehungen zu haben, um zu verhindern, dass irgendeine organisierte uigurische Unabhängigkeitsbewegung von ihnen Nachschubwege oder

Rückzugsgebiete bekommt. Außerdem stellt Peking Separatisten als islamistische Terroristen dar. Al-Qaida und andere Gruppen, die eine Basis in Ländern wie Tadschikistan haben, versuchen in der Tat, Verbindungen zu den uigurischen Separatisten aufzubauen, aber die Bewegung ist in erster Linie nationalistisch und erst in zweiter islamisch. Trotzdem ist davon auszugehen, dass Angriffe mit Schusswaffen, Bomben und Messern gegen Staats- und/oder Han-Einrichtungen, wie es sie in den vergangenen Jahren in der Region gab,

fortgesetzt werden und sich durchaus zu einem regelrechten Aufstand ausweiten könnten.

China wird dieses Gebiet nicht abtreten, und wie in Tibet schließt sich hier das Fenster für eine Unabhängigkeit. Beide Gebiete sind Pufferzonen, eines ist ein größerer Landhandelsweg und, was entscheidend ist, beide bieten Märkte (wenn auch mit eingeschränkten Verdienstmöglichkeiten) für eine Wirtschaft, die immer mehr Waren produzieren und verkaufen muss, wenn sie weiter wachsen und Massenarbeitslosigkeit verhindern will.

Denn Arbeitslosigkeit würde wahrscheinlich auf breiter Front zu zivilen Unruhen führen und so die Macht der Kommunistischen Partei und die Einheit Chinas bedrohen.

Die Gründe der Partei, sich gegen Demokratie und individuelle Rechte zu sperren, sind ähnlich. Gäbe es freie Wahlen, könnte die Einheit von Han-China Risse bekommen oder, was wahrscheinlicher ist, Stadt und Land würden in Konflikt geraten. Das wiederum würde die Völker in den Pufferzonen ermutigen und China schwächen. Die letzte Demütigung, dass

China durch fremde Mächte missbraucht wurde, ist erst ein Jahrhundert her. Für Peking haben Einheit und wirtschaftlicher Fortschritt weit höhere Priorität als demokratische Prinzipien.

Die Chinesen sehen die Gesellschaft völlig anders als der Westen. Die westliche Denkweise kreist um die Rechte des Einzelnen, die chinesische stellt die Gemeinschaft über das Individuum. Was der Westen als Menschenrechte betrachtet, ist für die chinesische Führung eine gefährliche Theorie, die die Mehrheit bedroht, und die Bevölkerung akzeptiert, dass – mindestens – die erweiterte

Familie vor dem Individuum kommt.

Ich habe einmal einen chinesischen Botschafter in London in ein nobles französisches Lokal eingeladen, weil ich hoffte, die Wiederholung einer viel zitierten Antwort des chinesischen Premierministers Zhou Enlai zu hören zu bekommen. Damals hatte dieser Richard Nixon auf die Frage, welche Auswirkungen die Französische Revolution habe, geantwortet: »Das zu sagen, ist noch zu früh.« Leider erfüllte sich meine Hoffnung nicht. Stattdessen erhielt ich eine strenge Lektion darüber, wieso die uneingeschränkte Einführung

dessen, »was Sie Menschenrechte nennen«, in China zu flächendeckender Gewalt und zahllosen Toten führen würde, und wurde abschließend gefragt: »Wieso meinen Sie, Ihre Werte würden in einer Kultur funktionieren, die Sie nicht verstehen?«

Die Abmachung zwischen der Parteiführung und dem Volk lautet seit mittlerweile einer Generation: »Wir sorgen für mehr Wohlstand – ihr folgt unseren Befehlen.« Solange die Wirtschaft weiter wächst, kann das große Abkommen fortbestehen. Stoppt das Wachstum oder kehrt es sich um, ist es

damit vorbei. Das gegenwärtige Ausmaß an Demonstrationen und Wut über Korruption und Ineffizienz bezeugt, was passieren würde, wenn das Geschäft zerbricht.

Ein anderes wachsendes Problem für die Partei ist, ob das Land seine Bevölkerung ernähren kann. Über 40 Prozent des urbaren Landes in China sind dem Agrarministerium zufolge heute verseucht.

China steckt damit in einer Zwickmühle. Für die Modernisierung und Anhebung des Lebensstandards muss es die Industrialisierung vorantreiben, aber

genau dieser Prozess bedroht die Produktion von Nahrungsmitteln. Kann es dieses Problem nicht lösen, stehen Unruhen bevor.

Insgesamt finden im gesamten Land heute pro Tag rund 500 in der Mehrzahl friedliche Protestaktionen zu einer Vielzahl von Angelegenheiten statt. Kommt es aber zu Massenarbeitslosigkeit oder Hungersnöten, wird sowohl ihre Zahl als auch das Ausmaß der auf beiden Seiten eingesetzten Gewalt explodieren.

Auf der ökonomischen Seite hat China daher ein großes Abkommen mit der Welt: »Wir produzieren das Zeug billig –

ihr kauft es in Massen.«

Lassen wir mal den Umstand beiseite, dass die Lohnkosten in China bereits steigen und in Thailand und Indonesien Konkurrenz hinsichtlich Preisen, wenn nicht gar Umfang erwächst. Was würde geschehen, wenn die Ressourcen, die zur Warenproduktion nötig sind, versiegen? Wenn jemand anderes den ersten Zugriff erlangen oder eine Seeblockade die Warenströme – hinein wie hinaus – aufhalten würde? Nun, dann bräuchte man eine Marine.

Die Chinesen waren große Seefahrer, insbesondere im 15. Jahrhundert

durchpflügten sie den Indischen Ozean. Admiral Zheng Hes Expedition ging bis nach Kenia. Aber dies waren Unternehmungen zum Geldverdienen, keine Machtdarstellungen, und mit ihnen sollten keine Außenposten geschaffen werden, die auch militärische Operationen unterstützen konnten.

Nachdem es 4000 turbulente Jahre mit der Konsolidierung seiner Landmasse verbracht hat, ist China jetzt dabei, eine Hochseemarine aufzubauen. Eine Küstenmarine patrouilliert entlang den Seegrenzen, eine Hochseemarine operiert auf den Weltmeeren. Es wird weitere

dreißig Jahre dauern (den ökonomischen Fortschritt vorausgesetzt), bis China Marinekapazitäten entwickelt hat, die die größte Seemacht herausfordern können, die die Welt bislang gesehen hat – die US-Marine. Doch schon auf mittlere und kurze Sicht wird die chinesische Marine während ihrer Aufbau-, Übungs- und Lernphase auf ihre Rivalen auf dem Meer stoßen. Und wie diese Zusammenstöße geregelt werden – insbesondere die chinesisch-amerikanischen –, wird die Großmachtpolitik dieses Jahrhunderts definieren.

Die jungen Seeleute, die jetzt auf dem

Gebrauchtflugzeugträger üben, den China von einem ukrainischen Schrottplatz rettete, werden diejenigen sein, die, wenn sie es zum Admiralsrang schaffen, genug gelernt haben könnten, dass sie wissen, wie man einen Flugzeugträgerverband mit zwölf Schiffen um die Welt und wieder zurück führt – und unterwegs noch, falls nötig, einen Krieg austrägt. Wie einige der reicheren arabischen Staaten feststellen mussten, kann man effiziente Militärs nicht von der Stange kaufen.

Nach und nach werden die Chinesen immer mehr Schiffe in ihre

Küstengewässer und hinaus auf den Pazifik bringen. Mit jedem Stapellauf verringert sich der Raum für die Amerikaner in den chinesischen Gewässern. Die Amerikaner wissen das, und sie wissen auch, dass die Chinesen an einem landbasierten Raketensystem zur Schiffsabwehr arbeiten, um die Zahl der Gründe zu verdoppeln, warum die Amerikaner oder ihre Verbündeten eines Tages genauer nachdenken werden, ob sie durch das Südchinesische Meer fahren sollen. Oder überhaupt durch irgendein »chinesisches« Meer. Und die ganze Zeit wird das in der Entwicklung befindliche

chinesische Weltraumprojekt jeden Schritt der Amerikaner beobachten. Und jeden ihrer Alliierten.



Das Südchinesische Meer ist ein zwischen China und seinen Nachbarn heiß umstrittenes Gebiet, was immer wieder zu Auseinandersetzungen um den Besitz von Inseln und Bodenschätzen sowie die Kontrolle über die Meere und Seewege führt.

Nachdem wir im Uhrzeigersinn die

Landgrenzen betrachtet haben, schauen wir jetzt nach Osten, Süden und Südwesten aufs Meer.

Zwischen China und dem Pazifik liegen die Inselgruppen, die Peking als »Erste Inselkette« bezeichnet. Außerdem gibt es die »Neun-Striche-Linie«, die erst 2013 auf zehn Striche erweitert wurde, um Taiwan einzuschließen. Sie markiert nach chinesischer Auffassung das eigene Territorium. Der Streit um die Hoheit über gut 200 winzige Inseln und Riffe vergiftet Chinas Verhältnis zu seinen Nachbarn. Der Nationalstolz wünscht, dass China die Meeresstraßen durch die

Kette kontrolliert, die Geopolitik verlangt es. Sie bedeuten den Zugang zu den wichtigsten Seewegen im Südchinesischen Meer. In Friedenszeiten ist die Route an verschiedenen Stellen offen, aber im Kriegsfall könnten diese sehr leicht geschlossen werden und somit China blockieren. Alle großen Länder nutzen Friedenszeiten, um sich für den Tag zu rüsten, an dem der Krieg ausbricht.

Der freie Zugang zum Pazifik wird vor allem durch Japan verhindert.

Chinesische Schiffe, die aus dem Gelben Meer kommend die koreanische

Halbinsel umrunden, müssen durch das Japanische Meer und oberhalb von Hokkaido durch die La-Perouse-Straße in den Pazifik fahren. Große Teile davon sind japanische oder russische Hoheitsgewässer und wären in Zeiten von Spannungen oder gar Feindseligkeiten für China nicht zugänglich. Aber selbst wenn seine Schiffe so weit kämen, müssten sie immer noch die nordöstlich an Hokkaido anschließenden Kurilen passieren, die von Russland kontrolliert, aber von Japan beansprucht werden.

Japan liegt zudem mit China im Streit

um eine unbewohnte Inselkette nordöstlich von Taiwan, die es Senkaku nennt und die in China Diaoyu heißt. Dies ist der umstrittenste territoriale Zankapfel zwischen den beiden Ländern. Fahren chinesische Schiffe statt durchs Gelbe durch das Ostchinesische Meer oder kommen direkt von dort, etwa aus Shanghai, um in gerader Linie den Pazifik anzusteuern, müssen sie die Ryukyu-Inseln passieren, zu denen Okinawa gehört. Dort befindet sich nicht nur eine riesige amerikanische Militärbasis, sondern es stehen hier auch so viele landgebundene Seezielflugkörper,

wie die Japaner auf der Spitze der Insel unterbringen können. Die Botschaft aus Tokio lautet: »Wir wissen, dass ihr dort hinausfahrt, aber legt euch auf diesem Weg nicht mit uns an.«

Ein weiterer potenziell heißer Streitpunkt mit Japan sind die Erdgaslager im Ostchinesischen Meer. Peking hat eine neue Luftraumüberwachungszone ausgerufen, die den größten Teil dieses Meers kontrolliert und für die jeder Durchflug angemeldet werden muss. Die Amerikaner und Japaner versuchen, das zu ignorieren, aber die Angelegenheit

wird kritisch werden, sobald beispielsweise nach einem Unfall falsch reagiert wird.

Unterhalb von Okinawa liegt Taiwan vor der chinesischen Küste und trennt das Ostchinesische vom Südchinesischen Meer. China betrachtet Taiwan als seine 23. Provinz, doch derzeit ist es ein amerikanischer Verbündeter mit einer Marine und einer Luftwaffe, die bis an die Zähne von Washington bewaffnet worden sind. Es kam im 17. Jahrhundert zu China, stand im letzten Jahrhundert aber nur fünf Jahre (1945–1949) unter chinesischer Regierungsgewalt.

Der offizielle Name von Taiwan lautet Republik China, um es von der Volksrepublik China zu unterscheiden, auch wenn beide Seiten der Meinung sind, sie sollten die Zuständigkeit über beide Territorien haben. Peking kann mit diesem Namen leben, weil er Taiwan nicht als eigenen Staat ausweist. Im Taiwan Relations Act von 1979 haben sich die USA verpflichtet, Taiwan im Falle einer chinesischen Invasion zu verteidigen. Sollte Taiwan aber offiziell seine Unabhängigkeit von China erklären, was Peking als Kriegserklärung verstehen würde, müssten die USA nicht

einschreiten, weil diese Erklärung als Provokation eingestuft würde.

Die beiden Regierungen werben um Anerkennung für sich selbst und Nichtanerkennung der anderen in jedem einzelnen Land der Welt, aber in den meisten Fällen gewinnt Peking. Wenn man einen potenziellen Markt mit 1,4 Milliarden Menschen statt mit 23 Millionen bieten kann, müssen die meisten Länder nicht lange nachdenken. Doch es gibt 22 Staaten (meist Entwicklungsländer wie Swasiland, Burkina Faso oder der Inselstaat São Tomé und Príncipe), die sich für Taiwan

entschieden haben und dafür meist ansehnlich belohnt werden.

Die Chinesen wollen Taiwan unbedingt haben, sind aber weit davon entfernt, das militärisch versuchen zu können. Stattdessen setzen sie sanfte Gewalt ein, indem sie Handel und Tourismus zwischen den beiden Staaten verstärken. China möchte Taiwan zurück in seine Arme locken. Als es 2014 zu Studentenprotesten in Hongkong kam, war ein Grund, warum die Behörden die Demonstranten nicht sofort von den Straßen fegten – wie sie das beispielsweise in Ürümqi getan hätten –,

dass die Kameras der Welt vor Ort waren und die Gewalt festgehalten hätten. In China wäre der Großteil dieser Aufnahmen zensiert worden, aber in Taiwan hätten die Menschen gesehen, was der Rest der Welt sah, und sich gefragt, wie eng sie sich an solch eine Macht binden wollten. Peking zögerte. Es hat einen langen Atem.

Der sanfte Ansatz soll die Taiwanesen überzeugen, dass sie die Wiedervereinigung mit dem »Mutterland« nicht fürchten müssen. Die Luftverteidigungszone, das Auftauchen vor einem US-Schiff und der Aufbau

einer Marine sind Teil eines langfristigen Plans, die amerikanische Entschlossenheit aufzuweichen, eine Insel zu verteidigen, die vom chinesischen Festland nur 225 Kilometer, von der Westküste der USA aber 10 300 Kilometer entfernt ist.

Auch die Passage aus dem Südchinesischen Meer heraus bringt für chinesische Schiffe Probleme mit sich, egal, ob ihr Ziel der Pazifik oder der Indische Ozean wäre. Durch Letzteren führt die weltweite Hauptstraße für jenes Gas und Öl, ohne das China zusammenbrechen würde.

Um nach Westen zu den Energie

fördernden Staaten am Golf zu gelangen, müssen die chinesischen Schiffe an Vietnam vorbei, das, wie wir festgestellt haben, kürzlich Annäherungsversuche an die USA unternommen hat. Sie kommen auch in die Nähe der Philippinen, die mit den USA verbündet sind, ehe sie versuchen können, die Straße von Malakka zu durchfahren. Diese liegt zwischen Malaysia, Singapur und Indonesien – allesamt diplomatisch und militärisch mit den USA verbunden –, ist rund 800 Kilometer lang und an der schmalsten Stelle keine drei Kilometer breit. Sie war immer ein Nadelöhr – und

die Chinesen sind nach wie vor allergisch gegen Würgegriffe. Alle Staaten an der Straße und in der Nähe ihrer Zufahrten fürchten sich vor einer chinesischen Dominanz, und die meisten haben Gebietsstreitigkeiten mit Peking.

China beansprucht nahezu das gesamte Südchinesische Meer und die Rohstofflager, die darunter vermutet werden, für sich. Doch Malaysia, Taiwan, Vietnam, die Philippinen und Brunei machen gegenüber China sowie untereinander ebenfalls Gebietsansprüche geltend. Beispielsweise streiten sich die Philippinen und China erbittert über das

Mischief-Riff, ein Atoll, das zu den Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer gehört und eines Tages seinem Namen »Unheil-Riff« alle Ehre machen könnte. Jedes einzelne der unzähligen umstrittenen Atolle und manchmal nur Felsen, die kaum aus dem Wasser ragen, könnte eine diplomatische Krise auslösen, weil um jeden Felsen herum um Fischfanggründe, Rohstoffgewinnung und Hoheitsgewässer gestritten werden kann.

China muss diese Wasserwege sichern, damit zum einen seine Waren die Märkte erreichen und zum anderen die Rohstoffe

für ihre Produktion – darunter Öl, Gas und Edelmetalle – China erreichen können. Es kann sich keine Blockade gegen sich leisten. Eine Lösung ist Diplomatie, eine andere die stetig wachsende Marine. Doch die beste Garantie bieten Pipelines, Straßen und Häfen.

Diplomatisch wird China versuchen, die Staaten in Südostasien mithilfe von Zuckerbrot und Peitsche von den USA zu entfernen. Zu viel Peitsche würde die Länder immer tiefer in Verteidigungsbündnisse mit Washington treiben, zu viel Zuckerbrot würde dazu

führen, dass sie sich Pekings Willen nicht genug unterwerfen. Im Moment schauen sie auf der Suche nach Schutz immer noch über den Pazifik.

Die Karten, die die Chinesen heute drucken, zeigen nahezu das gesamte Südchinesische Meer als ihr Gebiet. Dies ist eine Darstellung der Absichten, die durch aggressive Patrouillenfahrten auf See und offizielle Verlautbarungen unterstützt werden. Peking möchte die Sichtweisen seiner Nachbarn ebenso wie die Sicht- und Verhaltensweisen der Amerikaner ändern, indem eine Agenda immer wieder vorgebracht wird, bis ihre

Gegner klein begeben. Auf dem Spiel steht hier das Konzept der internationalen Gewässer und freien Durchfahrt in Friedenszeiten – das ist nichts, was die anderen Mächte so leicht aufgeben werden.

Der mit geopolitischen Themen befasste Autor Robert Kaplan hat die Theorie entwickelt, dass das Südchinesische Meer für die Chinesen im 21. Jahrhundert das Gleiche ist wie die Karibik für die USA Anfang des 20. Jahrhunderts. Nachdem die Amerikaner ihre Landmasse konsolidiert hatten, waren sie eine Zwei-Meere-Macht

(Atlantik und Pazifik), und der nächste Schritt war, die Meere um sie herum zu kontrollieren und die Spanier aus Kuba zu vertreiben.

China beabsichtigt, ebenfalls zur Zwei-Meere-Macht (Pazifik und Indischer Ozean) zu werden. Um das zu erreichen, investiert China in Hochseehäfen in Myanmar, Bangladesch, Pakistan und Sri Lanka – und erkaufte sich mit diesem Einsatz gute Beziehungen, die Möglichkeit, dass seine künftige Marine befreundete Basen zum Besuch oder zur Stationierung vorfinden wird, und Handelsverbindungen für das eigene

Land.

Die Häfen im Indischen Ozean und im Golf von Bengalen sind Teil eines noch größeren Plans zur Zukunftssicherung von China. Von der Westküste Myanmars aus hat China Pipelines für Erdgas und Öl gebaut, die den Golf von Bengalen mit Südwestchina verbinden – Chinas Versuch, die beängstigende Abhängigkeit von der Straße von Malakka zu verringern, durch die fast 80 Prozent seines Energienachschubs transportiert werden. Dies erklärt ein Stück weit, warum nicht nur die Chinesen Myanmar die Bude einrannten,

als die dortige Junta 2010 begann, sich der Welt ein wenig zu öffnen. Auch die Amerikaner und die Japaner beeilten sich, bessere Beziehungen herzustellen, indem Präsident Obama und der japanische Premierminister Abe persönlich ihre Aufwartung machten. Wenn sie Einfluss auf Myanmar haben, trägt das dazu bei, China in Schach zu halten. Doch bislang scheinen die Chinesen dieses spezielle globale Schachspiel zu gewinnen, aber es ist möglich, dass die Amerikaner sie verdrängen können, solange die Regierung von Myanmar darauf vertraut, dass Washington ihr zur Seite stehen

wird.

Die Chinesen bauen auch Häfen in Kenia, Eisenbahnlinien in Angola und einen Staudamm in Äthiopien. Um an Erze und Edelmetalle zu gelangen, durchkämmen sie Afrika der Länge und der Breite nach.

Chinesische Firmen und Arbeiter haben sich auf der gesamten Welt ausgebreitet, das chinesische Militär wird langsam folgen. Große Macht bringt auch große Verantwortung mit sich. China wird die Überwachung der Seewege in seiner Umgebung nicht den Amerikanern überlassen. Es wird Ereignisse geben, die

es nötig machen werden, dass China außerhalb seiner Grenzen in Aktion tritt. Bei Naturkatastrophen oder Terroranschlägen beziehungsweise Geiselnahmen, von denen viele chinesische Arbeiter betroffen wären, müsste China eingreifen, und das erfordert vorgelagerte Basen oder zumindest die Genehmigung anderer Länder, ihr Hoheitsgebiet zu betreten. Heute arbeiten zig Millionen Chinesen überall auf der Welt, in manchen Teilen von Afrika leben sie in riesigen Arbeitersiedlungen.

China wird sich bemühen, im Lauf der

nächsten zehn Jahre beweglich zu werden. Nach dem verheerenden Erdbeben 2008 in Sichuan war es kaum in der Lage, die Ausrüstung der Volksarmee einzusetzen. Es konnte die Armee mobilisieren, aber nicht ihr Material; beide rasch ins Ausland zu bringen wäre eine noch größere Herausforderung.

Das wird sich ändern. Bei seinen Geschäften mit der Welt sind Menschenrechte für China nichts, wodurch es sich einschränken oder diplomatisch beziehungsweise ökonomisch motivieren lässt. Es ruht in seinen Grenzen, stemmt sich gegen die

Fesseln der Ersten Inselkette und bewegt sich heute selbstbewusst um den Erdball. Wenn es einen ernsthaften Konflikt mit Japan oder den USA vermeiden kann, dann ist die einzige echte Gefahr für China nur es selbst.

Es gibt 1,4 Milliarden Gründe, warum China Amerika als Weltmacht überflügeln kann, und 1,4 Milliarden Gründe, warum es das nicht kann. Eine schwere Wirtschaftskrise wie die in den 1930ern könnte es um Jahrzehnte zurückwerfen. China hat sich in die globale Wirtschaft eingeklinkt. Wenn wir nicht kaufen, produzieren die Chinesen

nicht. Und wenn sie nicht produzieren, haben sie Massenarbeitslosigkeit. Kommt es in einem Zeitalter, in dem die Chinesen ein Volk sind, das sich in den Städten drängt, zu erheblicher und langfristiger Arbeitslosigkeit, könnten die unvermeidlich folgenden sozialen Unruhen – wie alles im modernen China – ein Ausmaß annehmen, das bis dato unbekannt ist.

DRITTES KAPITEL

USA

*»Die Berichte über meinen Tod
sind gewaltig übertrieben.«*

Mark Twain



Lage, Lage, Lage. Wenn Sie im Lotto gewonnen hätten und nach einem Land Ausschau halten würden, das Sie kaufen könnten, um dort zu leben, würde Ihnen der Makler als erstes Land die Vereinigten Staaten von Amerika zeigen.

Mark Twain bezog sich zwar auf Falschmeldungen über seinen Tod, aber er hätte genauso gut vom in den Medien immer wieder beschworenen Dahinscheiden der USA sprechen können.

Die Vereinigten Staaten liegen in einer wunderbaren Gegend, die Aussicht ist atemberaubend und es gibt faszinierende

Wasserformationen. Die Verkehrsverbindungen sind ausgezeichnet. Und die Nachbarn? Die Nachbarn sind großartig, es gibt überhaupt keinen Ärger.

Würde man diesen Lebensraum in zahllose Teile aufsplitten, würde er erheblich an Wert verlieren – vor allem, wenn die Einwohner nicht alle dieselbe Sprache sprechen und die Miete in unterschiedlichen Währungen bezahlen würden. Aber als Ganzes, als Heimat für eine Familie, ist das Land unübertrefflich.

Es gibt 50 amerikanische Staaten, aber sie haben sich in einer Weise zu einer

Nation zusammengeschlossen, wie das den 28 souveränen Staaten der Europäischen Union nie möglich sein wird. In den meisten EU-Ländern ist das individuelle Nationalbewusstsein weit stärker und ausgeprägter als in irgendeinem US-Staat. Man findet leicht einen Franzosen, der erstens Franzose und zweitens Europäer ist, oder jemanden, der für die Idee Europa wenig Loyalität aufbringt. Ein Amerikaner hingegen identifiziert sich mit seiner Union in einer Weise, wie das nur wenige Europäer mit ihrer Union tun. Dies lässt sich durch die Geographie und die

Geschichte der Vereinigung der USA erklären.

Skizziert man dieses riesige Land mit einfachen, breiten Pinselstrichen, kann man von Ost nach West drei Teile erkennen.

Zuerst sind da die Ostküstenebene und die daran anschließenden Appalachen – ein gut bewässertes Gebiet mit kurzen, aber schiffbaren Flüssen und fruchtbarem Boden. Richtung Westen folgen die Great Plains, die bis zu den Rocky Mountains reichen. In diesem Gebiet liegt auch das Mississippibecken mit seinem Netzwerk riesiger, schiffbarer Flüsse, die im

Mississippi münden, der hinunter zum Golf von Mexiko fließt. Und der Golf wird durch die Halbinsel von Florida und mehrere Inseln geschützt. Nachdem man das Bergmassiv der Rocky Mountains überquert hat, gelangt man in die Wüste, in die Berge der Sierra Nevada, in eine schmale Küstenebene und schließlich an die Pazifikküste.

Im Norden, oberhalb der Great Lakes, liegt der Kanadische Schild, das weltweit größte Gebiet präkambrischen Gesteins, das vielerorts menschliche Siedlungen verhindert. Und im Südwesten – Wüste. Die Geographie hat bestimmt, dass hier

ein politisches Gebilde, wenn es das Land erobern kann und es dann »vom Meer zum leuchtenden Meer« kontrolliert, eine Großmacht sein würde, die größte aller Zeiten. Bedenkt man, dass das Land von Küste zu Küste fast 5000 Kilometer misst, wurde dies in erstaunlich kurzer Zeit erreicht.

Als die Europäer Anfang des 17. Jahrhunderts ankamen und sich niederließen, merkten sie schnell, dass die Ostküste dieses »jungfräulichen« Territoriums vor natürlichen Häfen und fruchtbaren Böden strotzte. Dies war ein Ort, wo sie leben konnten und wo sie

hofften, anders als in ihren Heimatländern, frei leben zu können. Ihre Nachkommen sollten dann den Ureinwohnern deren Freiheit verweigern, aber dies war nicht die Absicht der ersten Siedler gewesen. Die Geographie lockte sie in immer größerer Zahl über das Meer.

Als letzte der ursprünglich 13 Kolonien wurde 1732 Georgia gegründet. Der Gedanke an die Unabhängigkeit wurde in diesen 13 Ländern immer stärker und mündete schließlich im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775–1783). Zu Beginn dieser Periode erstreckten sich die

Kolonien, die sich allmählich untereinander verbanden, über 1600 Kilometer von Massachusetts im Norden bis nach Georgia, und ihre Gesamtbevölkerung umfasste geschätzte 2,5 Millionen Menschen. Im Osten wurden sie vom Atlantik begrenzt, im Westen von den Appalachen. Dieser 2400 Kilometer lange Gebirgszug ist beeindruckend, aber verglichen mit den Rocky Mountains nicht sonderlich hoch. Trotzdem fungierte er als furchteinflößende Barriere, die verhinderte, dass die frühen Siedler nach Westen zogen. Diese bemühten sich, das

Land, das sie unterworfen hatten, zu konsolidieren und eine eigene Regierung zu bekommen. Zudem stand den Kolonisten noch eine weitere Barriere im Weg – eine politische. Die britische Regierung verbot, westlich der Appalachen zu siedeln, um sicherzustellen, dass Handel und Steuereinnahmen an der Ostküste verblieben.

In der Unabhängigkeitserklärung (1776) heißt es: »Wenn es im Lauf menschlicher Begebenheiten für ein Volk nötig wird, die politischen Bande, wodurch es mit einem anderen verknüpft

gewesen, zu trennen und unter den Mächten der Erde eine abgesonderte und gleiche Stelle einzunehmen, wozu selbiges die Gesetze der Natur und des GOTTes der Natur berechtigen, so erfordern Anstand und Achtung für die Meinungen des menschlichen Geschlechts, dass es die Ursachen anzeige, wodurch es zur Trennung getrieben wird.« Es folgen eine längere Ausführung solcher Ursachen und (ohne jeglichen ironischen Seitenhieb auf Sklaverei) die Feststellung, dass »alle Menschen gleich erschaffen« seien. Diese noblen Gefühle beflügelten zum Sieg im Unabhängigkeitskrieg, der wiederum die

Geburt eines neuen Nationalstaats bewirkte.

Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die Führung dieses neuen Landes noch immer kaum eine Vorstellung, dass es Tausende Kilometer vom »Südmeer« oder Pazifik entfernt war. Auf Indianerpfaden waren einige wenige Forscher, auf die der Begriff »kühn« geradezu gemünzt war, über die Appalachen hinweg bis zum Mississippi vorgedrungen. Sie hofften, dort eine Wasserstraße zu finden, die zum Meer führte, um so den Anschluss an die weiten Landstreifen zu finden, die die

Spanier im Südwesten und an der Pazifikküste erforscht hatten, darunter die Gebiete des heutigen Texas und Kalifornien.

Zu diesem Zeitpunkt waren die jungen USA weit davon entfernt, sicher zu sein, und wenn sie auf ihre damaligen Grenzen beschränkt geblieben wären, hätten sie kämpfen müssen, um eine Großmacht zu werden. Ihre Bürger hatten bereits Zugang zum Ohio, westlich der Appalachen. Doch der fließt zum Mississippi, dessen Westufer damals bis hinunter nach New Orleans von den Franzosen kontrolliert wurde. Damit

beherrschte Frankreich den amerikanischen Handel, der über den Golf von Mexiko in die Alte Welt ging, und auch das riesige Gebiet westlich des heutigen amerikanischen Kernlands. Thomas Jefferson schrieb 1802, ein Jahr nachdem er Präsident geworden war: »Auf diesem Erdball gibt es einen einzigen Punkt, dessen Besitzer unser natürlicher und dauerhafter Feind ist. Das ist New Orleans.«

Frankreich war also der Besitzer und das Problem. Doch unüblicherweise war die Lösung nicht ein Krieg.

Die Vereinigten Staaten kauften

Frankreich 1803 die Kontrolle über die gesamte Kolonie Louisiana einfach ab. Das Territorium erstreckte sich vom Golf von Mexiko in nordwestlicher Richtung bis zu den Quellgebieten der Nebenflüsse des Mississippi in den Rocky Mountains – ein Gebiet, das so groß war wie die modernen Länder Spanien, Italien, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland zusammen. Mit ihm kam Amerika in den Besitz des Mississippibeckens, das ihm den Weg zu seiner Größe bereitete.

Mit einem Federstrich – und der Übergabe von 15 Millionen Dollar –

verdoppelte der Louisiana Purchase die Größe der USA und verschaffte ihnen die Hoheit über das größte Binnenwasserwegsystem der Welt. »Nie haben die Vereinigten Staaten so viel für so wenig bekommen«, merkte der Historiker Henry Adams dazu an.

Im Großraum des Mississippibeckens gibt es mehr schiffbare Flusskilometer als im Rest der Welt zusammen. Nirgendwo sonst gibt es so viele Flüsse, die nicht im Hochland entspringen und deren Wasser über so weite Entfernungen ruhig bis zum Meer fließen. Der schiffbare Mississippi, der vom überwiegenden Teil des

Flusssystem im Becken gespeist wird, beginnt in der Nähe von Minneapolis und mündet nach rund 3000 Kilometern in den Golf von Mexiko. Somit waren die Flüsse der natürliche Kanal für den ständig wachsenden Handel, führten zu einem großen Hafen und ermöglichten allen die Nutzung von Wasserwegen, was um ein Vielfaches billiger als der Transport auf der Straße war.

Die Amerikaner besaßen jetzt strategische geographische Tiefe, Unmengen fruchtbaren Bodens und für ihre Geschäfte eine Alternative zu den Atlantikhäfen. Hinzu kamen die immer

weiter ausgebauten Routen von Ost nach West, die die Ostküste mit dem neuen Territorium verbanden, sowie das von Norden nach Süden verlaufende Flusssystem, um die damals dünn besiedelten Länder untereinander zu vernetzen. All das ermutigte Amerika, sich als einheitliches Gebilde zu formieren.

Nun ließ sich erahnen, dass die Nation ein Koloss werden würde, eine Kontinentalmacht. Also stießen die Amerikaner weiter nach Westen vor, aber stets mit dem Blick nach Süden und darauf bedacht, das Juwel in der Krone

zu sichern – den Mississippi.

1814 waren die Briten abgezogen, und die Franzosen hatten Louisiana aufgegeben. Jetzt ging es darum, auch die Spanier zum Gehen zu bewegen. Das erwies sich als nicht sehr schwer. Die Spanier waren erschöpft vom Krieg gegen Napoleon in Europa, und die Amerikaner drängten das indianische Volk der Seminolen in das spanische Florida. Madrid war klar, dass Wellen von Siedlern folgen würden, also trat man 1819 Florida an die USA ab und damit ein ziemlich großes Territorium.

Der Louisiana Purchase hatte den USA

das zentrale Binnenland verschafft, aber der Adams-Onís-Vertrag 1819 brachte ihnen etwas fast ebenso Wertvolles ein: Die Spanier akzeptierten, dass der ferne Westen nördlich des 42. Breitengrads in die Zuständigkeit der USA überging, also das Gebiet nördlich der heutigen Grenze zwischen Oregon und Kalifornien. Die Spanier behielten dafür die Kontrolle über die Gebiete, die darunter und westlich von den amerikanischen Territorien lagen. Die USA hatten den Pazifik erreicht.

Damals dachten die meisten Amerikaner, der große Gewinn 1819

wäre, Florida zu bekommen, doch der Außenminister John Quincy Adams hielt in seinem Tagebuch fest: »Die Erlangung einer definitiven Grenzlinie zum [Pazifik] stellt eine große Epoche in unserer Geschichte dar.«

Doch es gab ein weiteres spanischsprachiges Problem – Mexiko.

Nachdem der Louisiana Purchase das Gebiet der USA verdoppelt hatte, führte 1821 die Unabhängigkeit Mexikos von Spanien dazu, dass seine Grenze nur 300 Kilometer vom Hafen New Orleans entfernt war. Im 21. Jahrhundert stellt Mexiko keine territoriale Bedrohung für

die USA dar, auch wenn die Nähe Amerika Probleme bereitet, weil Mexiko den Hunger seines Nachbarn nach illegaler Arbeit und Drogen stillt.

Das war 1821 anders. Mexiko kontrollierte das Land bis hinauf nach Nordkalifornien. Damit hätten die USA leben können, aber es erstreckte sich zudem nach Osten, umfasste auch das heutige Texas, das damals wie heute an Louisiana grenzte. Mexiko hatte seinerzeit 6,2 Millionen Einwohner, die USA hatten 9,6 Millionen. Die US-Armee war zwar in der Lage gewesen, die mächtige britische Armee zu vertreiben,

aber diese musste ja auch 5000 Kilometer von zu Hause entfernt und mit einer Nachschublinie quer über einen Ozean kämpfen. Die Mexikaner dagegen waren nebenan.

In aller Stille ermutigte Washington Amerikaner und Neuankömmlinge, sich zu beiden Seiten der Grenze zu Mexiko niederzulassen. Wellen von Einwanderern kamen und breiteten sich nach Westen und Südwesten aus. Die Gefahr, dass sie auf dem Gebiet des heutigen Mexiko Wurzeln schlagen, sich assimilieren und die dortige Bevölkerung verstärken würden, war gering. Mexiko hat nicht die

amerikanischen geographischen Segnungen. Seine Ackerböden sind von schlechter Qualität und es gibt kein Flusssystem, das sich für Transporte eignet. Zudem war es völlig undemokratisch, und Neuankömmlinge hatten wenig Chancen, Land zugeteilt zu bekommen.

Während die Infiltration von Texas voranschritt, veröffentlichte Washington 1823 die »Monroe Doktrin« (nach Präsident James Monroe benannt). Kurz gesagt war das die Warnung an die europäischen Mächte, dass in der westlichen Hemisphäre für sie kein Land

mehr zu erobern sei. Und wenn sie irgendwelche Teile ihres vorhandenen Besitzes verlieren würden, könnten sie diese nicht zurückfordern. Mitte der 1830er lebten genügend weiße Siedler in Texas, um die mexikanische Frage anzugehen. Die Zahl der mexikanischen, katholischen, spanischsprachigen Einwohner lag im unteren vierstelligen Bereich, die der weißen, protestantischen Siedler betrug rund 20 000. Die Texanische Revolution 1835/36 trieb die Mexikaner aus dem Land, aber die Angelegenheit war ziemlich knapp. Hätten die Siedler verloren, wäre die

mexikanische Armee in der Lage gewesen, New Orleans einzunehmen und den Unterlauf des Mississippi zu kontrollieren. Dies ist eine der großen »Was wäre, wenn«-Fragen der modernen Geschichte.

Doch die Geschichte nahm einen anderen Lauf und Texas wurde dank Geld, Waffen und Ideen der Amerikaner unabhängig. 1845 trat es der Union bei, und 1846–1848 kämpfte man Seite an Seite im Krieg gegen Mexiko. In dessen Verlauf überwältigte man den südlichen Nachbarn, der nun akzeptieren musste, dass sein Gebiet am Südufer des Rio

Grande endete.

Mit Kalifornien, New Mexico und der Region, die heute Arizona, Nevada, Utah und einen Teil von Colorado umfasst, sahen die Festlandsgrenzen der USA ähnlich aus wie heute, und es handelte sich in vielerlei Hinsicht um natürliche Grenzen. Im Süden fließt der Rio Grande durch eine Wüste, im Norden liegen große Seen und Felsengebiete, wo, vor allem in der Osthälfte des Kontinents, wenige Menschen dicht an der Grenze leben. Und im Osten und Westen gibt es große Ozeane. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass im 21. Jahrhundert

im Südwesten die kulturhistorische Erinnerung wieder auflebt, dass dies lateinamerikanisches Land war, weil sich die demographische Zusammensetzung rapide verändert und binnen weniger Jahrzehnte die Mehrheit der Bevölkerung Latinos sein werden.

Doch zurück ins Jahr 1848. Die Europäer waren weg, dem Mississippibecken stand kein Angriff mehr bevor, der Pazifik war erreicht und es war abzusehen, dass die übrig gebliebenen indianischen Völker unterworfen werden würden: Nichts bedrohte die USA. Es war Zeit, ein

bisschen Geld zu verdienen, und dann aufs Meer vorzudringen, um die Zugänge zu den drei Küsten der künftigen Supermacht zu sichern.

Der Goldrausch 1848/49 in Kalifornien war hilfreich, aber die Einwanderer zog es ohnehin nach Westen. Schließlich galt es, ein kontinentales Imperium aufzubauen, und als es sich entwickelte, folgten weitere Einwanderer. Das Heimstättengesetz von 1862 sagte jedem knapp 65 Hektar staatliches Land als Eigentum zu, wenn er es fünf Jahre lang bewirtschaftet und ein kleines Entgelt dafür bezahlt hatte. Warum sollte ein

armer Mann aus Deutschland, Skandinavien oder Italien nach Lateinamerika gehen und Leibeigener sein, wenn er in den USA zum freien Landbesitzer werden konnte?

Alaska kaufte man 1867 den Russen ab. Seinerzeit bezeichnete man das als »Sewards Idiotie«, nach dem Außenminister William Seward, der den Handel vereinbarte. Er bezahlte 7,2 Millionen Dollar, also 2 Cent pro 4000 Quadratmeter. Die Presse warf ihm vor, Schnee gekauft zu haben, aber die Meinungen änderten sich, als 1896 größere Goldvorkommen entdeckt

wurden. Jahrzehnte später wurden auch riesige Ölfelder gefunden.

Zwei Jahre später, 1869, nahm die transkontinentale Eisenbahn den Betrieb auf. Nun konnte man das Land in einer Woche durchqueren – vorher hatte das mehrere Monate gedauert und war zudem gefährlich.

Mit dem Land wuchs auch der Wohlstand, und man begann, eine Hochseemarine aufzubauen. Im 19. Jahrhundert war die Außenpolitik größtenteils davon bestimmt, dass man den Handel ausweitete und Verwicklungen außerhalb der

Nachbarschaft vermied. Und es war Zeit, in See zu stechen und die Zugänge zu den Küsten zu schützen. Die einzige echte Bedrohung kam von Spanien – es war zwar vom Festland verdrängt worden, aber es kontrollierte immer noch die Inseln Kuba und Puerto Rico sowie einen Teil der heutigen Dominikanischen Republik.

Insbesondere Kuba raubte den amerikanischen Präsidenten den Schlaf, wie es das auch 1962 während der Kubakrise wieder tat. Die Insel liegt direkt vor Florida an der Floridastraße und der Yucatánstraße, die in den Golf

von Mexiko führen. Diese Straßen, die Kuba kontrollieren kann, sind Zufahrt und Ausfahrt des Hafens New Orleans.

Spaniens Macht nahm zwar gegen Ende des 19. Jahrhunderts ab, aber es blieb immer noch eine furchteinflößende Militärmacht. 1898 erklärten die USA Spanien den Krieg, schlugen seine Armee in die Flucht und erlangten die Kontrolle über Kuba. Hinzu kam noch der Gewinn von Puerto Rico, Guam und den Philippinen. Sie alle erwiesen sich als nützlich, aber vor allem Guam war ein strategischer Aktivposten und Kuba eine strategische Drohung, wenn es in Händen

einer größeren Macht war.

1898 wurde die Bedrohung durch den Krieg gegen Spanien beseitigt, 1962 mit einer Kriegsdrohung gegen die Sowjetunion. Heute wird Kuba von keiner Großmacht mehr finanziert und anscheinend ist ihm bestimmt, wieder unter den kulturellen und wahrscheinlich auch politischen Einfluss der USA zu fallen.

Amerika machte seine Schachzüge schnell. Im selben Jahr, in dem es Kuba und die Floridastraße und in erheblichem Maß die Karibik für sich sicherte, annektierte es auch die Hawaii-Inseln im

Pazifik und schützte so die Zugänge zu seiner Westküste. Und 1903 unterschrieb Amerika einen Vertrag mit Exklusivrechten am Panamakanal. Die Geschäfte boomten.

Die meisten Präsidenten behielten den Rat im Hinterkopf, den George Washington 1796 in seiner Abschiedsrede gegeben hatte: sich nicht zu »chronischen Antipathien gegen bestimmte Nationen und leidenschaftlicher Bindung an andere« hinreißen zu lassen und sich von »andauernden Allianzen mit irgendeinem Teil des Auslands« fernzuhalten.

Abgesehen vom späten – aber

entscheidenden – Eintritt in den Ersten Weltkrieg gelang es Amerika im 20. Jahrhundert zunächst, Verwicklungen und Allianzen zu vermeiden. Bis 1941.

Der Zweite Weltkrieg änderte alles. Die USA wurden von einem zunehmend militaristischen Japan angegriffen, nachdem Washington dem Land ökonomische Sanktionen auferlegt hatte, die es in die Knie gezwungen hätten. Die Amerikaner nahmen den Kampf auf. Sie übten ihre mittlerweile riesige Macht rund um die Welt aus, und damit die Dinge so blieben, gingen sie diesmal nicht wieder nach Hause.

Als größte ökonomische und militärische Nachkriegsmacht der Welt musste Amerika nun die Seewege der Erde kontrollieren, den Frieden aufrechterhalten und die Waren auf die Märkte bringen.

Sie waren sozusagen der letzte Mann. Die Europäer hatten sich erschöpft, ihre Wirtschaften lagen, wie ihre Städte, in Trümmern. Die Japaner waren vernichtet, die Chinesen am Boden zerstört und untereinander im Krieg, und die Russen waren gar nicht erst am kapitalistischen Spiel beteiligt.

Hundert Jahre früher hatten die Briten

gelernt, dass sie vorgeschobene Stützpunkte und Nachschubstationen brauchten, von denen aus sie vorstoßen und mit denen sie ihre Seestreitmacht sichern konnten. Nachdem sich Großbritannien jetzt im Niedergang befand, blickten die Amerikaner lüstern auf die britischen Aktivposten und sagten: »Nette Stützpunkte – die hätten wir gerne.«

Der Preis stimmte. Im Herbst 1940 brauchten die Briten dringend weitere Kriegsschiffe. Die Amerikaner hatten fünfzig übrig, und so tauschten die Briten mit diesem »Zerstörer-gegen-

Stützpunkte-Abkommen« ihr Weltmachtpotenzial gegen die Hilfe, dank derer sie den Krieg fortsetzen konnten. Nahezu jede britische Marinebasis in der westlichen Hemisphäre wurde übergeben.

Dabei kam und kommt in allen Ländern Beton ins Spiel. Beton für den Bau von Häfen, Startbahnen, verstärkten Flugzeughangars, Treibstofflagern, Trockendocks und Trainingsplätzen für Eingreiftruppen. Im Osten nutzte Amerika nach der japanischen Niederlage die Gelegenheit und baute im gesamten Pazifik Stützpunkte. Guam, auf halbem

Weg, hatte man schon, nun kamen Stützpunkte bis hin zur japanischen Insel Okinawa im Ostchinesischen Meer dazu.

Die Amerikaner behielten auch das Land im Blick. Wenn sie im Rahmen des Marshall-Plans 1948–1952 den Wiederaufbau Europas bezahlen wollten, mussten sie dafür sorgen, dass die Sowjetunion die Gegend nicht verwüstete und bis zur Atlantikküste vorrückte. Die Infanteristen gingen nicht nach Hause. Stattdessen ließen sie sich in Deutschland nieder und wiesen die Rote Armee über die nordeuropäische Tiefebene hinweg in die Schranken.

Washington war federführend bei der Bildung der NATO 1949 und übernahm damit de facto das Kommando der verbliebenen Streitkräfte der westlichen Welt. Der zivile Generalsekretär der NATO mag im einen Jahr ein Belgier, im anderen ein Brite sein, aber ihr militärischer Kommandant ist immer ein Amerikaner. Die Amerikaner haben auch die bei Weitem größte Feuerkraft innerhalb der NATO.

Egal, was der Vertrag besagt, der Oberkommandierende der NATO gehorcht letztlich den Befehlen aus Washington. Das Vereinigte Königreich

und Frankreich zahlten bei der Suezkrise 1956 einen hohen Preis: Sie mussten lernen, dass ein NATO-Mitglied keine strategische Meerespolitik verfolgt, ohne vorher Washington zu fragen, als sie auf amerikanischen Druck hin ihre Besetzung der Kanalzone beenden mussten und damit den größten Teil ihres Einflusses im Nahen Osten verloren.

Nachdem Island, Norwegen, Großbritannien und Italien (alle NATO-Gründungsmitglieder) den USA auf ihren Stützpunkten Zugang und Rechte eingeräumt hatten, dominierten die Amerikaner den Nordatlantik und das

Mittelmeer ebenso wie den Pazifik. 1951 erweiterten sie dort ihre Dominanz nach Süden durch ein Bündnis mit Australien und Neuseeland und in der Folge des Koreakriegs 1950–1953 nach Norden.

Der Fehlschlag in den 1960ern in Vietnam dämpfte das Selbstvertrauen der USA und machte sie vorsichtiger im Hinblick auf Verstrickungen im Ausland. Allerdings änderte diese De-facto-Niederlage die globale Strategie der Amerikaner nicht wesentlich.

Nun gab es nur noch drei Weltgegenden, aus denen der amerikanischen Hegemonie eine Gefahr

drohen konnte: ein vereintes Europa, Russland und China. Alle sollten stärker werden, aber zwei auch an ihre Grenzen kommen.

Der Traum einiger Europäer von einer »immer engeren Union« und einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik stirbt langsam vor unseren Augen. Und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würden die EU-Länder letztlich von den USA abhängig bleiben, weil sie so wenig für Rüstung ausgeben. Die Wirtschaftskrise 2008 hat die europäischen Mächte hart getroffen und ihnen die Lust auf ausländische

Abenteuer genommen.

Die russische Bedrohung erledigte sich 1991 von selbst durch Russlands erstaunliche wirtschaftliche Inkompetenz, seine überhöhten Rüstungsausgaben und das Versäumnis, die unterjochten Massen in seinem Imperium zu überzeugen, Gulags und die Überproduktion staatlich subventionierter Traktoren wären zukunftsweisend. Der gegenwärtige Vorstoß von Putins Russland ist Amerika ein Dorn im Auge, aber keine ernsthafte Bedrohung für die amerikanische Dominanz. Als Präsident Obama 2014 Russland als »bloß eine Regionalmacht«

bezeichnete, war das vielleicht unnötig provozierend, aber nicht falsch. Die Gitter vor Russlands geographischem Gefängnis, die ich im ersten Kapitel beschrieben habe, sind immer noch da: Noch immer hat es keinen eisfreien Hafen mit direktem Zugang zu den globalen Seewegen, und ihm fehlt nach wie vor die militärische Kapazität, in Kriegszeiten den Atlantik durch Ost- und Nordsee oder durch das Schwarze Meer und das Mittelmeer zu erreichen.

Ein Stück weit steckten die USA hinter dem Regierungswechsel in der Ukraine 2014. Sie wollten die Demokratie weiter

in der Welt verbreiten und sie wollten die Ukraine dem russischen Einfluss entziehen, um so Präsident Putin zu schwächen. Washington ist bewusst, dass die Russen den Umstand, dass die Amerikaner während des letzten Jahrzehnts im Irak und in Afghanistan beschäftigt waren, im von ihnen so bezeichneten »nahen Ausland«, zu ihrem Vorteil nutzten, um in Ländern wie Kasachstan einen sicheren Stand zurückzuerlangen und Gebiete in Georgien zu besetzen. Ein wenig spät und halbherzig haben die Amerikaner versucht, die russischen Gewinne

rückgängig zu machen.

Den Amerikanern liegt Europa am Herzen, auch die NATO liegt ihnen am Herzen, und sie werden gelegentlich eingreifen (wenn es im amerikanischen Interesse liegt), aber Russland ist ihrer Meinung nach heute vor allem ein europäisches Problem, wenn auch eines, das sie im Auge behalten.

Damit verbleibt China. Und China wächst.

In den meisten Analysen, die in den letzten zehn Jahren verfasst worden sind, heißt es, China werde bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die USA überholen und

zur führenden Supermacht werden. Aus Gründen, die ich zum Teil im zweiten Kapitel dargelegt habe, bin ich davon nicht überzeugt. Es könnte noch ein ganzes Jahrhundert dauern.

Ökonomisch sind die Chinesen auf dem Weg, mit den Amerikanern gleichzuziehen, was ihnen zu einer Menge Einfluss und einem Platz am Kopf des Tisches verhilft, aber militärisch und strategisch liegen sie Jahrzehnte zurück. Die USA werden diese Dekaden nutzen, um sicherzustellen, dass das so bleibt, aber es erscheint unausweichlich, dass sich die Lücke schließen wird.

Der Beton kostet eine Menge. Nicht nur, ihn zu mischen und zu gießen, sondern auch die Erlaubnis, ihn dort zu mischen und zu gießen, wo man möchte. Wie wir beim »Zerstörer-gegen-Stützpunkte-Abkommen« gesehen haben, ist die amerikanische Unterstützung anderer Regierungen nicht immer völlig altruistisch. Der Preis für wirtschaftliche und, noch wichtiger, militärische Unterstützung ist die Erlaubnis, den Beton zu gießen.

Beispielsweise ist Washington empört über die Menschenrechtsverletzungen in Syrien (einem feindlichen Staat) und

verkündet dies laut, seine Empörung über Menschenrechtsverletzungen in Bahrain aber ist kaum zu vernehmen, denn die wird durch die Maschinen der 5. US-Flotte gedämpft, die dort ihren Stützpunkt als Gast der Regierung von Bahrain hat. Andererseits kauft man mit Unterstützung auch die Möglichkeit, der Regierung B (sagen wir in Myanmar) vorzuschlagen, dass sie vielleicht den Avancen der Regierung C (sagen wir von China) kein Gehör schenken möchte. In diesem speziellen Fall liegen die USA hinter der Zielgeraden zurück, denn die Regierung von Myanmar hat erst

kürzlich begonnen, sich einem Großteil der Welt zu öffnen, und Peking hat hier einen Vorsprung.

Wenn es jedoch um Japan, Thailand, Vietnam, Südkorea, Singapur, Malaysia, Indonesien und andere geht, rennen die Amerikaner offene Türen ein: Diese Länder haben Angst vor ihrem riesigen Nachbarn und reißen sich daher darum, sich mit Washington zu verbünden. Zwischen ihnen allen gibt es zwar Streitpunkte, aber diese Angelegenheiten werden zweitrangig angesichts der Erkenntnis, dass sie eins nach dem anderen weggeputzt und letztlich unter

chinesische Vorherrschaft fallen würden, wenn sie nicht zusammenstehen.

Die USA befinden sich immer noch in der Öffnungsphase dessen, was die damalige Außenministerin Hillary Clinton 2011 Tür nach China nannte. Das war eine interessante Formulierung, in der manche eine Abwendung von Europa sehen wollten, aber die Tür zum einen Land bedeutet nicht zwangsläufig die Aufgabe des anderen. Es geht eher um die Frage, wie viel Gewicht man auf welchen Fuß legt.

Viele außenpolitische Strategen der US-Regierung sind davon überzeugt, dass

die Geschichte des 21. Jahrhunderts in Asien und im Pazifikraum geschrieben wird. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt hier, und rechnet man Indien dazu, ist zu erwarten, dass dieser Bereich bis 2050 auch für die Hälfte der weltweiten wirtschaftlichen Produktion stehen wird.

Daher werden wir beobachten, dass die USA zunehmend Zeit und Geld in Ostasien investieren, um ihre Anwesenheit und Vorstellungen in der Region zu etablieren. Beispielsweise haben die Amerikaner in Nordaustralien einen Stützpunkt für ihre Marines eingerichtet. Aber um wirklichen Einfluss

zu nehmen, müssen sie vielleicht auch ein Stück weit an militärischen Aktionen teilnehmen, um ihre Verbündeten zu überzeugen, dass sie im Falle von Feindseligkeiten zur Rettung herbeieilen werden. Wenn China beispielsweise beginnen würde, einen japanischen Zerstörer zu bombardieren und den Anschein erwecken würde, dass es noch weiter militärisch vorgehen wolle, müsste die US-Marine Warnschüsse in Richtung chinesische Marine abgeben oder sogar direkt auf sie schießen, um klarzustellen, dass man bereit ist, wegen des Zwischenfalls einen Krieg zu beginnen.

Ebenso gilt, wenn Nordkorea Südkorea beschießt, feuert der Süden zurück, aber die USA tun das gegenwärtig nicht. Stattdessen versetzen sie mit großem Tamtam Streitkräfte in Alarmbereitschaft, um ein Zeichen zu setzen. Würde die Situation eskalieren, kämen Warnschüsse auf ein nordkoreanisches Ziel hinzu und zuletzt gezielte Schüsse. Dies ist eine Form der Eskalation ohne Kriegserklärung – und hier werden die Dinge gefährlich.

Die USA möchten der gesamten Region mitteilen, dass es in deren ureigenstem Interesse ist, sich auf die

Seite von Washington zu schlagen – China tut das Gegenteil. Bei einer Herausforderung muss also jede Seite reagieren, denn mit jeder Herausforderung, der sie ausweichen, schwindet das Vertrauen ihrer Verbündeten – aber auch die Angst ihres Herausforderers – ein wenig mehr, bis schließlich ein Ereignis eintritt, das einen Staat veranlasst, die Seiten zu wechseln.

Beobachter schreiben oft, wie wichtig es in bestimmten Kulturen ist, nicht das Gesicht zu verlieren oder gar klein beizugeben, aber dies ist nicht nur in den arabischen und ostasiatischen Kulturen

der Fall – es ist ein menschliches Problem, das sich auf verschiedene Weise äußert. Es mag gut sein, dass es in den beiden genannten Kulturen genauer umrissen und offener benannt wird, doch den Strategen amerikanischer Außenpolitik ist die Angelegenheit ebenso bewusst wie jeder anderen Macht. Die englische Sprache kennt sogar zwei Sprüche, die zeigen, wie tief verwurzelt die Vorstellung ist: »Gibst du ihnen den kleinen Finger, nehmen sie gleich die ganze Hand.« Und die 1900 von Präsident Theodore Roosevelt herausgegebene Maxime hat es

mittlerweile ins politische Lexikon geschafft: »Sprich sanft, aber nimm einen großen Knüppel mit.«

Das riskante Spiel dieses Jahrhunderts wird sein, wie es die Chinesen, Amerikaner und andere in der Region schaffen, jedwede Krise, die aufkommt, zu meistern, ohne das Gesicht zu verlieren und ohne einen tiefen Brunnen voller Ressentiments und Wut auf beiden Seiten zu graben.

Die Lösung der Kubakrise gilt generell als Sieg der Amerikaner. Weit seltener wurde publiziert, dass die Vereinigten Staaten wenige Monate später, nachdem

die Russen ihre Raketen aus Kuba abgezogen hatten, ihre Jupiterraketen (die auf Moskau gerichtet waren) aus der Türkei abzogen. In Wahrheit handelte es sich um einen Kompromiss, der es beiden Seiten schlussendlich ermöglichte, ihrer jeweiligen Öffentlichkeit zu erklären, man habe nicht klein beigegeben.

In der Pazifikregion des 21. Jahrhunderts müssen mehr Großmachtkompromisse eingegangen werden. Kurzfristig werden die meisten, aber nicht alle, wohl von den Chinesen gemacht werden – ein zeitnahe Beispiel ist die Luftraumüberwachungszone, die

Peking ausgerufen hat. Damit verlangt es von allen ausländischen Flugzeugen, die das umstrittene Gebiet durchfliegen wollen, dass sie das anmelden. Doch die Amerikaner fliegen vorsätzlich ohne Anmeldung durch. Die Chinesen haben etwas gewonnen, indem sie die Zone ausriefen und sie zur Streitfrage machten. Die USA haben etwas gewonnen, weil sie zeigen konnten, dass sie sich nicht fügen. Die US-Politik gegenüber Japan ist, den Japanern zu versichern, dass man vis-à-vis von China gemeinsame strategische Interessen hat, und sicherzustellen, dass der US-Stützpunkt Okinawa bestehen

bleibt. Die Amerikaner helfen mit, dass die Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte schlagkräftig sind, zügeln aber gleichzeitig Japans militärische Möglichkeiten, den USA im Pazifik Paroli zu bieten.

In diesem komplizierten diplomatischen Puzzle sind zwar alle Staaten in der Region wichtig, aber die Schlüsselstaaten sind anscheinend Indonesien, Malaysia und Singapur. Sie liegen zu beiden Seiten der Straße von Malakka, die an der schmalsten Stelle 2,8 Kilometer breit ist. Jeden Tag

passieren hier 12 Millionen Barrel Öl auf dem Weg nach China, das immer mehr davon benötigt, und in andere Orte in der Region. Solange diese drei Länder proamerikanisch sind, haben die Amerikaner einen entscheidenden Vorteil.

Auf der Habenseite steht, dass die Chinesen politisch keine ideologischen Missionare sind, es geht ihnen nicht darum, den Kommunismus zu verbreiten. Zudem gelüstet es sie nicht nach (viel) mehr Territorien, wie das bei den Russen im Kalten Krieg der Fall war. Und: Keine der beiden Seiten sucht den Konflikt. Die Chinesen können akzeptieren, dass

Amerika die meisten der Seewege kontrolliert, auf denen chinesische Waren hinaus in die Welt transportiert werden, solange die Amerikaner akzeptieren, dass es Grenzen gibt, wie dicht diese Kontrolle an China heranreichen kann.

Es wird Auseinandersetzungen geben und der Nationalismus wird von Zeit zu Zeit eingesetzt werden, um die Einheit des chinesischen Volks zu beschwören, aber jede Seite wird den Kompromiss suchen. Die Gefahr besteht dann, wenn sie sich falsch interpretieren und/oder zu hoch pokern.

Und es gibt einige Zündpunkte. Die

Amerikaner haben mit Taiwan einen Vertrag abgeschlossen, der besagt, dass die Amerikaner einen Krieg beginnen würden, wenn die Chinesen in dem Gebiet einmarschieren würden, das sie als ihre 23. Provinz betrachten. Die rote Linie für China, deren Überschreitung eine Invasion auslösen könnte, wäre die formelle Anerkennung von Taiwan durch die USA oder eine Unabhängigkeitserklärung von Taiwan. Hierfür gibt es aber kein Anzeichen, und eine chinesische Invasion ist auch nicht in Sicht.

In dem Maß, wie Chinas Bedarf an

ausländischem Öl und Gas steigt, sinkt jener der Vereinigten Staaten. Das wird immense Auswirkungen auf ihre Auslandsbeziehungen haben, insbesondere im Nahen Osten. Und das wiederum wird einen Domino-Effekt für andere Länder haben.

Dank der Offshore-Bohrungen vor der amerikanischen Küste und Fracking in riesigen Bereichen des Landes sieht es so aus, dass Amerika bei der Energie nicht nur zum Selbstversorger wird, sondern bis 2020 auch zum Exporteur. Das bedeutet, dass das Interesse, den stetigen Nachschub von Öl und Gas aus der

Golfregion zu sichern, abnehmen wird. Amerika hat dann nach wie vor strategische Interessen dort, aber sie werden nicht mehr so stark im Mittelpunkt stehen. Wenn der amerikanische Fokus schwindet, werden sich die Golfanrainer um neue Bündnisse bemühen. Ein Kandidat wird der Iran sein, ein anderer China, doch dies geschieht nur, wenn die Chinesen ihre Hochseemarine gebaut haben und, vor allem, bereit sind, sie zu stationieren.

Die 5. US-Flotte wird ihren Hafen in Bahrain in absehbarer Zeit nicht auf Nimmerwiedersehen verlassen – dieses

Stück Beton wird man nur ungern aufgeben. Doch wenn Energielieferungen aus Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar nicht mehr nötig sind, damit in Amerika die Lichter brennen und die Autos fahren, werden die amerikanische Öffentlichkeit und der Kongress fragen, warum die Flotte dort ist. Falls die Antwort lautet, »um den Iran im Blick zu haben«, könnte es sein, dass dies nicht ausreicht, um die Debatte zu ersticken.

Insgesamt gehört im Nahen Osten zur kurzfristigen Politik der USA, zu verhüten, dass der Iran zu mächtig wird.

Gleichzeitig strebt man aber das sogenannte »große Geschäft« an – eine Vereinbarung, um die vielen Streitfragen beizulegen, die die beiden Länder trennen, und dreieinhalb Jahrzehnte Feindschaft zu beenden. Nachdem die arabischen Staaten sich erst einmal auf einen möglicherweise jahrzehntelangen Kampf gegen bewaffnete Islamisten einlassen müssen, scheint Washington den optimistischen Impetus aufgegeben zu haben, die Entwicklung von Demokratien im jeffersonschen Sinne zu fördern, und wird sich wohl darauf konzentrieren, der Situation Herr zu werden. Gleichzeitig

bemüht es sich nach Kräften zu verhindern, dass die Stiefel von US-Soldaten wieder im Sand stehen.

Die engen Beziehungen zu Israel lockern sich eventuell, wenn sich die Demographie in den USA wandelt, allerdings langsam. Für die Kinder jener lateinamerikanischen und asiatischen Einwanderer, die heute in die Vereinigten Staaten kommen, werden Lateinamerika und der Ferne Osten interessanter sein als ein winziges Land am Rande einer Region, die für Amerika nicht mehr lebenswichtig ist.

Die Politik in Lateinamerika wird sein

sicherzustellen, dass der Panamakanal offen bleibt, die Frachtkosten in den Pazifik durch den geplanten Nicaraguakanal zu prüfen und den Aufstieg Brasiliens im Auge zu behalten, falls es meint, seinen Einfluss in der Karibik ausweiten zu wollen.

In Afrika sind die Vereinigten Staaten ein weiteres Land, das nach den Naturschätzen des Kontinents trachtet. Am erfolgreichsten ist hier allerdings China. Wie im Nahen Osten werden die USA den islamistischen Kampf in Nordafrika genau beobachten, aber versuchen, sich ihm nicht mehr als auf

10 000 Meter aus der Luft zu nähern.

Das amerikanische Experiment in Sachen Staatenbau in Übersee scheint beendet zu sein.

Im Irak, in Afghanistan und anderswo haben die USA die Mentalität und Stärke von kleinen Staaten und Stammesgesellschaften unterschätzt. Ihre eigene Geschichte der physischen Sicherheit und Einheit ließ sie vielleicht die Kraft ihres rationalen, demokratischen Arguments überschätzen, dass Kompromissbereitschaft, harte Arbeit und sogar Abstimmungen letztlich den Sieg über atavistische, tief sitzende,

uralte Ängste vor »den anderen«, seien es Sunniten, Schiiten, Kurden, Araber, Muslime oder Christen, davontragen werden. Ihre Annahme war, die Menschen würden zusammenkommen wollen, aber in Wirklichkeit trauen sich viele nicht, dies zu versuchen, und leben aufgrund ihrer Erfahrungen lieber getrennt voneinander. Das wirft ein trauriges Licht auf die Menschheit, aber es scheint im Verlauf der gesamten Geschichte immer wieder und an vielen Orten der unglückseligen Wahrheit zu entsprechen. Die amerikanischen Aktivitäten hoben den Deckel von einem

brodelnden Topf, der diese Wahrheit zeitweilig verborgen hatte.

Das macht amerikanische Politikmacher nicht zu »Naivlingen«, wie manche versnobten europäischen Diplomaten gern glauben, aber sie haben eine Attitüde von »machbar« und »hinzukriegen«, die unweigerlich nicht immer und überall funktioniert.

Seit dreißig Jahren ist es Mode, den unmittelbar bevorstehenden oder bereits stattfindenden Niedergang der USA zu prophezeien. Dies trifft heute so wenig zu wie in der Vergangenheit. Das erfolgreichste Land der Erde steht kurz

davor, seinen Energiebedarf selbst zu decken, es ist nach wie vor die herausragende Wirtschaftsmacht und seine Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung sind höher als die Rüstungshaushalte aller anderen NATO-Länder zusammen. Seine Bevölkerung wird nicht immer älter wie in Europa und Japan, und eine Gallup-Studie zeigte 2013, dass 25 Prozent aller Menschen, die auswandern wollen, die USA an erster Stelle auf ihre Wunschliste setzen. Im selben Jahr veröffentlichte die Universität von Shanghai eine von Experten erstellte Liste der zwanzig

besten Universitäten der Welt: Davon waren 17 in den USA.

Der preußische Staatsmann Otto von Bismarck machte vor über hundert Jahren ein zweifelhaftes Kompliment: »Das Schicksal beschützt Kinder und Idioten, Betrunkene ... und die Vereinigten Staaten.« Dies trifft anscheinend immer noch zu.

VIERTES KAPITEL

WESTEUROPA

*»Hier war die Vergangenheit
allgegenwärtig, ein ganzer
Kontinent übersät mit
Erinnerungen.«*

Miranda Richmond Mouillot, ›A
Fifty-Year Silence: Love, War and
a Ruined House in France‹



Die moderne Welt entstammt, im Guten wie im Bösen, Europa. Dieser westliche Vorposten der großen eurasischen Landmasse war die Geburtsstätte der Aufklärung, die ihrerseits zur industriellen Revolution führte, deren Resultat wiederum das ist, was wir jetzt tagtäglich um uns herum sehen. Dafür können wir der Lage Europas danken oder sie verfluchen.

Das Klima, das vom Golfstrom bestimmt wird, segnete die Region mit der richtigen Menge an Regen, um im großen Stil Ackerbau zu betreiben, und

der richtigen Beschaffenheit des Bodens, um die Pflanzen gedeihen zu lassen. Dies ermöglichte ein Bevölkerungswachstum in einer Gegend, in der weitgehend ein Arbeiten rund ums Jahr möglich ist, selbst im Hochsommer. Und der Winter stellt einen zusätzlichen Vorteil dar, denn einerseits bleibt er warm genug, dass man arbeiten kann, andererseits ist er kalt genug, um viele der Keime abzutöten, die bis heute große Teile der übrigen Welt heimsuchen.

Gute Ernten bedeuten einen Überschuss an Nahrung, der gehandelt werden kann. Das wiederum führt zur

Bildung von Handelszentren, die zu Städten werden. Zudem erlaubt dies den Menschen, an mehr als nur den Anbau von Nahrungsmitteln zu denken und sich Ideen und Technologien zuzuwenden.

Westeuropa hat keine echten Wüsten, das Permafrost-Ödland beschränkt sich auf wenige Gebiete im hohen Norden, und Erdbeben, Vulkane und schwere Überschwemmungen sind selten. Die Flüsse sind lang, gemächlich, schiffbar und für den Handel gemacht. Sie münden in verschiedene Neben- und Weltmeere an Küsten im Westen, Norden und Süden, die zahllose natürliche Häfen bieten.

Wenn Sie dies lesen, während Sie ein Schneesturm in den Alpen gefangen hält oder darauf warten, dass das Hochwasser der Donau wieder zurück ins Flussbett findet, erscheinen Ihnen die geographischen Segnungen Europas vielleicht nicht so offenkundig, aber verglichen mit vielen anderen Orten sind sie doch ein Segen. Sie sind die Faktoren, die dazu führten, dass die Europäer die ersten industrialisierten Nationalstaaten schufen, was sie wiederum verleitete, als Erste Krieg im industriellen Maßstab zu führen.

Betrachten wir Europa als Ganzes,

sehen wir die Berge, Flüsse und Täler, die zeigen, warum es hier so viele Nationalstaaten gibt. Im Gegensatz zu den USA, wo eine dominierende Sprache und Kultur rasch und gewaltsam immer weiter nach Westen voranpreschten und dabei ein riesiges Land schufen, wuchs Europa organisch im Verlauf von Jahrtausenden und ist nach wie vor in seine geographischen und sprachlichen Regionen aufgeteilt.

Die verschiedenen Stämme auf der Iberischen Halbinsel beispielsweise, die von den Pyrenäen daran gehindert wurden, sich nördlich nach Frankreich

auszubreiten, kamen über Jahrtausende allmählich zusammen, um Spanien und Portugal zu bilden – wobei Spanien noch nicht einmal ein komplett vereintes Land ist, da Katalonien immer lauter seine Unabhängigkeit fordert. Frankreich wurde gleichfalls durch natürliche Barrieren geformt: seinen Rahmen bilden die Pyrenäen, die Alpen, der Rhein und der Atlantik.

Die großen Flüsse Europas fließen nicht zusammen (solange man die Save nicht dazu zählt, die in Belgrad in die Donau mündet). Dies erklärt ein Stück weit, warum es auf relativ kleinem Raum

so viele Länder gibt. Weil sie nicht verbunden sind, fungieren die meisten dieser Flüsse an bestimmten Stellen als Grenzen, und jeder bildet eine eigene ökonomische Einflusszone. Dies führte zur Entstehung von mindestens einer großen städtischen Siedlung am Ufer jedes dieser Flüsse, wovon manche wiederum zu Hauptstädten wurden.



Das Donaubecken verdeutlicht die geographischen Vorteile des europäischen Terrains: Miteinander verbundene Flüsse in einer Tiefebene sorgen für natürliche Grenzen und ein gut befahrbares Transportnetz, das ein boomendes Handelssystem begünstigte.

Die Donau, mit 2860 Kilometern der zweitlängste Fluss Europas, ist ein typischer Fall. Sie entspringt in Deutschland, im Schwarzwald, und fließt nach Süden zum Schwarzen Meer. Insgesamt partizipieren am Donaubecken 18 Länder, und der Fluss bildet mehrere natürliche Grenzen, darunter die zwischen der Slowakei und Ungarn, Kroatien und Serbien, Serbien und Rumänien und Rumänien und Bulgarien. Vor 2000 Jahren war die Donau eine der Grenzen des Römischen Reichs, was wiederum dazu beitrug, dass sie zu einem der großen Handelswege des Mittelalters

wurde und die heutigen Hauptstädte Wien, Bratislava, Budapest und Belgrad entstanden. Sie bildete auch die natürliche Grenze für zwei spätere Imperien: das österreichisch-ungarische und das osmanische. Als die beiden verschwanden, kamen die Nationen wieder zum Vorschein und wurden schließlich zu Nationalstaaten. Auf jeden Fall zeigt die Geographie des Donaugebiets, insbesondere seines südlichen Teils, warum es dort im Verhältnis zu den größeren Ländern in und um die nordeuropäische Tiefebene so viele kleine Nationen gibt.

Seit mehreren Jahrhunderten sind die nordeuropäischen Länder reicher als die südeuropäischen. Der Norden industrialisierte sich früher als der Süden und war dadurch wirtschaftlich erfolgreicher. Da viele der nördlichen Länder zum westeuropäischen Kernland gehören, waren ihre Handelsbeziehungen leichter zu unterhalten und wohlhabende Nachbarn konnten miteinander handeln – während die Spanier beispielsweise zum Handeln entweder die Pyrenäen überqueren oder sich auf den begrenzten Märkten von Portugal und Nordafrika umsehen mussten.

Es gibt auch unbewiesene Theorien, dass die Dominanz des Katholizismus den Süden gehemmt hätte, während das protestantische Arbeitsethos die nördlichen Länder zu größeren Höhen getrieben habe. Jedes Mal, wenn ich nach München komme, denke ich über diese Theorie nach und habe allen Grund sie zu bezweifeln, wenn ich an den schimmernden Tempeln der Firmensitze von BMW, Allianz und Siemens vorbeifahre. In Deutschland sind insgesamt 34 Prozent der Bevölkerung Katholiken und Bayern ist überwiegend katholisch, doch die religiöse

Zugehörigkeit hat offenbar weder den Fortschritt noch das Beharren darauf beeinflusst, dass die Griechen härter arbeiten und mehr Steuern zahlen sollten.

Der Unterschied zwischen Nord- und Südeuropa ist zumindest teilweise auch der Tatsache zuzuschreiben, dass es im Süden weniger Küstenebenen gibt, die sich für den Ackerbau eignen. Zudem hat er mehr unter Dürre und Naturkatastrophen zu leiden als der Norden, wenn auch immer noch in geringerem Maß als andere Teile der Erde. Wie im ersten Kapitel dargelegt, ist die nordeuropäische Tiefebene ein

Korridor, der sich von Frankreich bis zum Ural in Russland erstreckt und im Norden von Nord- und Ostsee begrenzt wird. Das Land erlaubt den erfolgreichen Anbau im großen Maßstab und die Wasserwege ermöglichen es, die Ernte und andere Waren leicht zu transportieren.

Von all den Ländern in der Tiefebene hatte Frankreich die beste Lage, um davon zu profitieren. Frankreich ist das einzige europäische Land, das sowohl eine nördliche als auch eine südliche Macht ist. Zu ihm gehört die größte Strecke fruchtbaren Bodens in Westeuropa, und viele seiner Flüsse sind

miteinander verbunden. Einer (die Seine) fließt nach Westen zum Atlantik, ein anderer (die Rhone) nach Süden zum Mittelmeer. Diese Faktoren begünstigten zusammen mit der relativen Flachheit des Landes die Vereinigung der Regionen und – insbesondere seit der napoleonischen Zeit – die Zentralisierung der Macht.

Doch im Süden und Westen verharren viele Länder in der zweiten Reihe der Macht in Europa – partiell wegen ihrer geographischen Lage. Zum Beispiel hinkt der Süden Italiens in Sachen Entwicklung immer noch weit hinter dem Norden her,

und obwohl das Land (inklusive Venedig und Rom) seit 1871 vereint ist, sind die Spannungen wegen dieser Kluft zwischen Nord und Süd heute größer, als sie je seit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg waren. Die Schwerindustrie, der Tourismus und die Finanzzentren des Nordens haben dort seit Langem für einen höheren Lebensstandard und die Bildung jener politischen Parteien gesorgt, die sich dafür stark machen, staatliche Subventionen für den Süden zu beschneiden oder sogar einzustellen.

Spanien kämpft und kämpfte gleichfalls aufgrund seiner Geographie.

Seine schmalen Küstenebenen haben einen schlechten Boden, und der Zugang zu den Märkten wird im Landesinnern behindert durch die kurzen Flüsse und die Iberische Meseta, ein von Bergketten gesäumtes und durchschnittenes Hochland. Der Handel mit Westeuropa wird zudem durch die Pyrenäen erschwert, und alle Märkte südlich, auf der anderen Seite des Mittelmeers, befinden sich in Entwicklungsländern, wo die Einkommen begrenzt sind. Spaniens Fall begann nach dem Zweiten Weltkrieg, weil während der Franco-Diktatur zwischen ihm und dem Großteil des

modernen Europas eine politische Eiszeit herrschte. Franco starb 1975 und die junge Demokratie Spaniens wurde 1986 EU-Mitglied. In den 1990ern holte es allmählich das restliche Westeuropa ein, aber seine inhärente geographische und finanzielle Schwäche hemmt es weiterhin und hat die Probleme aufgrund von Verschuldung und lockerer zentraler Haushaltskontrolle verschärft. Spanien gehört zu den Ländern, die von der Wirtschaftskrise 2008 am schwersten betroffen waren.

Griechenland hat einen ähnlichen Leidensweg. Seine Küsten bestehen

hauptsächlich aus steilen Felsen und es gibt kaum Küstenebenen, die landwirtschaftlich nutzbar sind. Im Binnenland finden sich weitere steile Felsen, Flüsse, die nicht schiffbar sind, und wenige breite, fruchtbare Täler. Das vorhandene Agrarland ist von hoher Qualität, das Problem ist aber, dass es davon zu wenig gibt, um Griechenland zu einem bedeutenden Agrarexporteur zu machen. Es konnte sich nur eine Handvoll größerer städtischer Zentren entwickeln, in denen eine gut ausgebildete, hoch spezialisierte und technologisch fortschrittliche

Bevölkerung lebt. Verschärft wird diese Situation durch die geographische Lage – Athen liegt an der Spitze einer Halbinsel und ist vom Landhandel mit Europa nahezu abgeschnitten. Für den Zugang zum Seehandel in der Region ist es von der Ägäis abhängig, doch jenseits der Ägäis liegt die Türkei, ein großer potenzieller Feind. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gab es mehrere Kriege zwischen Griechenland und der Türkei, und Griechenland gibt weiterhin große Summen, die es nicht besitzt, für die Verteidigung aus.

Das Festland ist durch Berge geschützt,

doch es gibt noch rund 1400 griechische Inseln (6000, wenn man die diversen Felsen einbezieht, die aus der Ägäis ragen), von denen etwa 200 bewohnt sind. Man benötigt eine beträchtliche Marine, um in diesem Gebiet nur zu patrouillieren – von einer, die stark genug ist, um eine Besetzung der Inseln abzuwehren, ganz zu schweigen. Das Ergebnis sind Rüstungsausgaben in einer Höhe, die sich Griechenland nicht leisten kann. Während des Kalten Kriegs waren die Amerikaner und in geringerem Maß auch die Briten bereit, für einige der militärischen Bedürfnisse zu garantieren,

um die Sowjetunion aus Ägäis und Mittelmeer fernzuhalten. Als der Kalte Krieg beendet war, blieben auch die Schecks aus. Aber die Griechen gaben das Geld weiter aus.

Diese historische Spaltung hat in den Nachwehen der Finanzkrise, die Europa 2008 traf, und der ideologischen Kluft in der Eurozone bis heute Auswirkungen. Als 2012 die Sanierung begann und Forderungen nach Sparmaßnahmen laut wurden, wurde die geographische Teilung alsbald deutlich. Die Geber und Forderer waren die nördlichen Länder, die Empfänger und Bittsteller

überwiegend südliche. Es dauerte nicht lange, bis Deutsche darauf hinwiesen, dass sie bis 65 arbeiten und Steuern zahlen würden, die nach Griechenland flössen, damit man dort mit 55 in Rente gehen könne. Also fragten sie:

»Warum?« Und die Antwort »In guten wie in schlechten Tagen« befriedigte nicht.

Die Deutschen führten die Forderung nach Sparmaßnahmen zur Sanierung an, die Griechen führten die Gegenreaktion an. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte beispielsweise, er sei »nicht sicher, ob sich alle in den

politischen Parteien in Griechenland ihrer Verantwortung für die schwierige Lage ihres Land bewusst sind«. Worauf der griechische Präsident Karolos Papoulias, der gegen die Nazis gekämpft hatte, entgegnete: »Ich kann nicht hinnehmen, dass Herr Schäuble mein Land beleidigt ... Wer ist Herr Schäuble, dass er Griechenland kränkt? Wer sind die Niederländer? Wer sind die Finnen?« Und er erinnerte auch pointiert an den Zweiten Weltkrieg: »Wir waren stets stolz, nicht nur auf die Verteidigung unserer Freiheit, sondern auch auf diejenige Europas.« Die Klischees vom

verschwenderischen, nachlässigen Südländer und vom umsichtigen, arbeitsamen Nordländer waren alsbald wieder da, worauf die griechischen Medien mit ständigen und plumpen Anspielungen auf die deutsche Vergangenheit antworteten, darunter ein Foto von Kanzlerin Merkel mit Hitlerbart auf einer Titelseite.

Die griechischen Steuerzahler – von denen es zu wenige gibt, um den Haushalt des Landes zu tragen – sehen das ganz anders und stellen die Frage: »Warum sollten uns die Deutschen etwas vorschreiben, wo sie doch mehr als alle

anderen vom Euro profitieren?« In Griechenland und anderswo werden vom Norden verlangte Sparmaßnahmen als Angriff auf die Souveränität betrachtet.

Im Gefüge der »Familie Europa« zeigen sich Risse. Die Finanzkrise hat Griechenland als scheinbar halbherziges Mitglied an der Peripherie Westeuropas zurückgelassen, und im Osten sind wieder Konflikte aufgetaucht. Wenn die Anomalie von siebzig Jahren Frieden auch in diesem Jahrhundert Bestand haben soll, braucht dieser Frieden Liebe, Hege und Pflege.

Die Nachkriegsgenerationen sind

damit aufgewachsen, dass Frieden die Norm ist, doch der Unterschied bei der heutigen Generation ist, dass sich die Europäer das Gegenteil kaum mehr vorstellen können. Kriege erscheinen als etwas, das woanders stattfindet oder der Vergangenheit angehört – im schlimmsten Fall ereignen sie sich an der »Peripherie« Europas. Das Trauma zweier Weltkriege, gefolgt von sieben Dekaden Frieden, sowie dann der Zusammenbruch der Sowjetunion haben viele davon überzeugt, Westeuropa sei eine Region, in der die Konflikte überwunden seien.

Es gibt Gründe für die Annahme, dass dies auch künftig zutreffen wird, aber unter der Oberfläche brodeln potenzielle Konfliktquellen, und die Spannungen zwischen den Europäern und Russland könnte zu einer Konfrontation führen. Auf der polnischen Außenpolitik etwa lasten die Geschichte und geographische Gebietsveränderungen, obwohl sich das Land derzeit im Frieden befindet, prosperiert und mit 38 Millionen Einwohnern einer der größeren EU-Staaten ist. Auch flächenmäßig ist es eines der größeren Mitglieder und seine Wirtschaft hat sich verdoppelt, seit es

hinter dem Eisernen Vorhang
hervorgekommen ist, aber es hat die
Vergangenheit bei der Sicherung seiner
Zukunft immer im Blick.

Der Korridor der nordeuropäischen
Tiefebene ist zwischen der polnischen
Ostseeküste im Norden und dem Beginn
der Karpaten im Süden am schmalsten.
Dies ist die Stelle, wo – aus russischer
Militärsicht – die beste Verteidigungslinie
platziert werden könnte oder – aus Sicht
eines Angreifers – Streitkräfte
zusammengepfercht würden, ehe sie nach
Russland herausbrechen könnten.

Die Polen haben das eine wie das

andere erlebt, als Armeen Richtung Osten wie Richtung Westen über das Land gefegt sind und immer wieder die Grenzen verschoben haben. Nimmt man sich einen Atlas der europäischen Geschichte und blättert die Seiten wie beim Daumenkino um, kann man sehen, wie Polen um 1000 entsteht und dann ständig seine Form ändert, verschwindet und wieder auftaucht, bis es seine gegenwärtige Form in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts annimmt.

Die Lage von Deutschland wie die von Russland macht, zusammen mit den polnischen Erfahrungen mit diesen

Ländern, keines der beiden zu einem natürlichen Verbündeten Warschaus. Wie Frankreich möchte Polen, dass Deutschland sicher in die EU und in die NATO eingebunden bleibt, während Ängste vor Russland sich mit der Ukraine Krise wieder in den Vordergrund drängten. Im Lauf der Jahrhunderte haben die Polen gesehen, wie die russische Flut hin zu ihnen und weg von ihnen schwappte. Nach dem niedrigen Stand zum Ende des sowjetischen (russischen) Imperiums gab es nur eine Richtung, in die sie danach fließen konnte.

Die Beziehungen zu Großbritannien, einem Gegengewicht zu Deutschland in der EU, fielen hingegen leicht – trotz des Verrats 1939. Großbritannien und Frankreich hatten einen Garantievertrag unterzeichnet, dass sie Polen im Falle eines deutschen Einmarsches zu Hilfe kommen würden. Als der Angriff erfolgte, war die Antwort auf den Blitzkrieg ein »Sitzkrieg«: Beide Verbündeten saßen hinter der Maginot-Linie, während Polen geschluckt wurde. Trotzdem sind die Verbindungen zum Vereinigten Königreich stark, auch wenn der neue Verbündete, den sich das nun

freie Polen 1989 aussuchte, die USA waren.

Die Amerikaner empfangen die Polen mit offenen Armen, ebenso wie die Polen die Amerikaner: Beide hatten dabei die Russen im Hinterkopf. 1999 trat Polen der NATO bei und brachte die Allianz damit 650 Kilometer näher an Moskau heran. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere andere ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten in der NATO, und Russland sah 1999 hilflos zu, wie die NATO gegen seinen Verbündeten Serbien in den Krieg zog. In den 1990ern war Russland nicht in der Lage, zurückzuschlagen, doch nach

dem Chaos der Jelzin-Jahre kam Putin in die erste Reihe und nahm den Kampf auf.

Der bekannteste Henry Kissinger zugeschriebene Satz stammt aus den 1970ern und lautet: »Wenn ich mit Europa telefonieren will, wen muss ich dann anrufen?« Die Polen haben eine aktualisierte Frage: »Wenn die Russen drohen, sollen wir Brüssel oder Washington anrufen?« Sie wissen die Antwort.

Auch die Balkanländer sind wieder imperiumfrei. Ihr bergiges Gebiet führte zur Entstehung der vielen kleinen Staaten in der Region und ist ein Faktor, der

ihren Zusammenschluss verhindert hat – trotz aller Bemühungen um das Experiment der Union der Südslawen, besser bekannt als Jugoslawien.

Nachdem sie die Kriege der 1990er hinter sich gelassen haben, blicken die meisten früheren jugoslawischen Länder nach Westen, doch in Serbien mit seiner orthodoxen Religion und slawischen Bevölkerung bleibt die Anziehung des Ostens stark. Russland, das den westlichen Staaten die Bombardierung Serbiens 1999 und die Abspaltung des Kosovo nicht verziehen hat, versucht immer noch, Serbien mithilfe der

Gravitationsfelder Sprache, ethnische Zugehörigkeit, Religion und Energielieferverträge in seine Umlaufbahn zu locken.

Angeblich hat Bismarck vorhergesagt, dass ein größerer Krieg durch eine Dummheit auf dem Balkan ausgelöst würde – und so geschah es. Die Region ist heute ein wirtschaftliches und diplomatisches Schlachtfeld, auf dem EU, NATO, Türken und Russen um Einfluss konkurrieren. Albanien, Bulgarien, Kroatien und Rumänien haben sich entschieden und sind NATO-Mitglieder – und sind, abgesehen von Albanien, auch

in der EU, zu der außerdem Slowenien gehört.

Die Spannungen reichen auch nach Norden, bis nach Skandinavien. Dänemark ist bereits NATO-Mitglied, und das kürzliche Wiedererwachen Russlands hat in Schweden eine Debatte darüber ausgelöst, ob es an der Zeit sei, die zweihundert Jahre währende Neutralität aufzugeben und der Allianz beizutreten. 2013 setzten russische Bomber einen nächtlichen Scheinangriff auf Schweden in Szene. Das schwedische Verteidigungssystem hat das offenbar verschlafen und es nicht geschafft,

irgendwelche Düsenjäger zu zerlegen. Es war die dänische Luftwaffe, die abhob und die Russen nach Hause geleitete. Trotzdem ist die Mehrheit der Schweden weiterhin gegen eine NATO-Mitgliedschaft, aber die Debatte geht weiter, vor allem nach der Mitteilung aus Moskau, man wäre gezwungen »zu reagieren«, wenn Schweden oder Finnland der NATO beitreten würde.

Die EU- und NATO-Länder müssen eine einheitliche Front gegenüber diesen Herausforderungen bilden, aber das ist nur möglich, wenn die entscheidende Bindung in der EU intakt bleibt – die

zwischen Frankreich und Deutschland.

Wie ausgeführt, befand sich Frankreich in der besten Position, um die Vorteile von Klima, Handelswegen und natürlichen Grenzen in Europa zu nutzen. Bis auf eine Stelle ist es geschützt – bis auf den Nordosten, wo das flache Land der nordeuropäischen Tiefebene zum heutigen Deutschland wird. Ehe Deutschland als ein Nationalstaat existierte, war das kein Problem. Frankreich war weit genug von Russland entfernt, weit weg von den mongolischen Horden, und zwischen ihm und England befand sich der Ärmelkanal. Das

bedeutete, dass der Versuch einer Invasion im großen Stil und einer Totalbesetzung wahrscheinlich zurückgeschlagen werden könnte. In der Tat war Frankreich die herausragende Macht auf dem Festland: Es konnte seine Macht sogar bis zu den Toren Moskaus wirken lassen.

Doch dann kam die Einigung Deutschlands.

Bestrebungen dazu gab es schon eine ganze Weile. Seit Jahrhunderten bestand die »Vorstellung« Deutschland: Die ostfränkischen Lande, die im 10. Jahrhundert zum Heiligen Römischen

Reich wurden, bekamen gelegentlich die Pluralbezeichnung »Germanien«, da sie bis zu 500 germanische Mini-Königreiche umfassten. Nachdem das Heilige Römische Reich 1806 aufgelöst worden war, gründete sich beim Wiener Kongress 1815 der Deutsche Bund aus 39 Kleinstaaten. Der wiederum führte zum Norddeutschen Bund und dann zur Einigung Deutschlands nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1871, bei dem die siegreichen deutschen Truppen Paris besetzten. Nun hatte Frankreich einen Nachbarn direkt an seiner Grenze, der flächenmäßig größer als es selbst

war, etwa gleich viele Einwohner, aber eine bessere Wachstumsrate hatte und stärker industrialisiert war.

Die Einigung wurde nach dem deutschen Sieg im Versailler Schloss, in der Nähe von Paris, proklamiert. Die Schwachstelle in der französischen Verteidigung, die nordeuropäische Tiefebene, war durchbrochen worden. Dies sollte in den folgenden siebenzig Jahren noch zweimal geschehen, danach setzte Frankreich Diplomatie statt Waffen ein, um die Bedrohung aus dem Osten zu neutralisieren.

Deutschland hatte immer größere

geographische Probleme als Frankreich. Die flache nordeuropäische Tiefebene gab ihm zwei Gründe, sich zu fürchten: Im Westen erblickten die Deutschen ihren seit Langem vereinten, mächtigen Nachbarn Frankreich und im Osten den riesigen russischen Bären. Ihre größte Angst war, durch das flache Land des Korridors von beiden Mächten gleichzeitig angegriffen zu werden. Wir werden nie erfahren, ob das geschehen wäre, aber die Angst davor hatte katastrophale Folgen.

Frankreich fürchtete Deutschland, Deutschland fürchtete Frankreich, und als

Frankreich 1907 zusammen mit Russland und Großbritannien die Tripelentente bildete, fürchtete Deutschland alle drei. Eine zusätzliche Dimension war jetzt, dass die britische Marine jederzeit den deutschen Zugang zur Nordsee und zum Atlantik blockieren konnte. Die deutsche Lösung lautete zweimal, Frankreich zuerst anzugreifen.

Das Dilemma durch Deutschlands geographische Lage und seine Kriegslust wurde als »deutsche Frage« bekannt. Die Antwort nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs, oder genauer, nach Jahrhunderten der Kriege, war zu

akzeptieren, dass eine einzelne Superübermacht, die USA, in den europäischen Ländern präsent blieb. Das führte zur NATO und ermöglichte schließlich die Schaffung der Europäischen Union. Zermürbt vom Krieg und angesichts der Sicherheits-»Garantie« durch das amerikanische Militär, ließen die Europäer sich auf ein erstaunliches Experiment ein. Sie ließen sich darauf ein, sich gegenseitig zu vertrauen.

Der Ausgangspunkt dessen, was heute die EU ist, war so konstruiert, dass Frankreich und Deutschland sich in

liebevoller Umarmung so fest umklammerten, dass keiner einen Arm freibekommen hätte, um damit den anderen niederzuschlagen. Das hat großartig funktioniert und jene riesige geographische Fläche geschaffen, die heute den größten Wirtschaftsraum der Welt umfasst.

Besonders gut hat das für Deutschland funktioniert, es stieg aus der Asche von 1945 empor und machte sich die Geographie zunutze, die es einst fürchtete. Es wurde zu Europas großem Warenproduzenten. Statt Armeen schickte es Waren mit dem Gütesiegel

»Made in Germany« durch die Tiefebene, den Rhein und die Elbe hinunter, über die Autobahnen hinaus nach Europa und in die Welt, nach Norden, Süden, Westen und seit 1990 zunehmend nach Osten.

Was 1951 als Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann, den sechs Länder abschlossen, ist zur 28 Staaten umfassenden EU geworden, deren ideologischer Kern die »immer engere Union« ist. Doch nachdem die erste größere Finanzkrise die Union getroffen hat, steht diese Ideologie auf unsicheren Füßen und die Bindungen zerfasern.

Innerhalb der EU zeigen sich, wie es Robert Kaplan formuliert hat, Anzeichen für »die Rache der Geographie«.

Die immer engere Union führte für 19 der 28 Länder zu einer Gemeinschaftswährung, dem Euro. Außer Dänemark und Großbritannien haben sich alle Länder verpflichtet, dem Euro beizutreten, sobald sie die Kriterien erfüllen. Was jetzt klar ist und einigen schon damals klar war, ist, dass bei der Einführung 1999 manche Länder, die beitraten, einfach noch nicht reif dafür waren.

Viele der Länder marschierten mit fest

geschlossenen Augen in die neu definierte Gemeinschaft. Bei allen sollten Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Inflation bestimmten Grenzwerten unterliegen. Das Problem ist, dass manche, insbesondere Griechenland, ihre Bilanzen frisierten. Die meisten Experten wussten das, aber da der Euro nicht bloß eine Währung, sondern auch eine Ideologie ist, drückten die Mitglieder ein Auge zu.

Die Länder der Eurozone verbanden sich ökonomisch, wie die Griechen betonen, »in guten wie in schlechten Tagen«. Doch als 2008 die

Wirtschaftskrise zuschlug, mussten die reicheren Länder den ärmeren aushelfen und ein erbitterter interner Streit brach aus. Bis heute bewerfen sich die Partner mit Geschirr.

Die Eurokrise und weiter gefasste ökonomische Probleme haben die Risse im Haus Europa aufgezeigt (insbesondere entlang der alten Verwerfungslinie zwischen Nord und Süd). Der Traum der immer engeren Union scheint auf Eis gelegt oder möglicherweise sogar in Umkehr begriffen. Wenn das so ist, könnte die deutsche Frage wieder auftauchen. Durch die Brille von siebzig

Jahren Frieden betrachtet, mag das als Panikmache erscheinen, denn Deutschland gehört zu den friedlichsten und demokratischsten Mitgliedern der europäischen Familie. Doch durch die Brille von sieben Jahrzehnten europäischer Kriege betrachtet, kann das nicht ausgeschlossen werden.

Deutschland ist entschlossen, ein guter Europäer zu bleiben. Die Deutschen wissen instinktiv, dass die alten Ängste vor Deutschland zurückkommen werden, wenn die Union zerbricht, vor allem weil es jetzt mit 82 Millionen Einwohnern und als viertgrößte Wirtschaftsmacht der

Welt das bei Weitem
bevölkerungsreichste und wohlhabendste
europäische Land ist. Eine gescheiterte
Union würde Deutschland auch
ökonomisch schaden: Der drittgrößte
Exporteur der Welt würde es ungern
sehen, wenn der Markt vor seiner
Haustür in Protektionismus zerfiele.

Der deutsche Nationalstaat ist, obwohl
er noch keine 150 Jahre besteht, heute
unentbehrlich für Europa. In
wirtschaftlichen Dingen ist Deutschland
konkurrenzlos, es spricht mit leiser
Stimme, aber es hält einen großen, Euro-
förmigen Knüppel in der Hand, und der

Kontinent hört auf diese Stimme. Bei der internationalen Außenpolitik hingegen spricht es bloß mit leiser Stimme, manchmal gar nicht, und hat eine Aversion gegen Knüppel.

Der Schatten des Zweiten Weltkriegs hängt immer noch über Deutschland. Die Amerikaner und schließlich auch die Westeuropäer waren angesichts der sowjetischen Bedrohung mit einer deutschen Wiederbewaffnung einverstanden, aber Deutschland bewaffnete sich nahezu widerwillig und hat seine militärische Stärke nur ungern eingesetzt. Im Kosovo und in

Afghanistan spielte es eine Statistenrolle, beim Libyenkonflikt blieb es lieber Zuschauer.

Sein weitestes diplomatisches Vorpreschen bei einer nicht ökonomischen Krise betraf die Ukraine. Das sagt uns viel darüber, wohin Deutschland heute schaut. Die Deutschen waren an den Machenschaften beteiligt, die 2014 zum Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch führten, und sie kritisierten die nachfolgende Annexion der Krim durch Russland scharf. Doch mit Rücksicht auf die Gas-Pipelines hielt sich Berlin bei dieser Kritik

und der Durchsetzung von Sanktionen deutlich mehr zurück als beispielsweise das Vereinigte Königreich, das weit weniger von russischer Energie abhängig ist. Durch EU und NATO ist Deutschland in Westeuropa verankert, aber auf stürmischer See können Anker verrutschen, und Berlin hat die geographische Position, um sein zentrales Augenmerk nötigenfalls Richtung Osten zu verlagern und viel stärkere Bindungen an Moskau zu schmieden.

Das Vereinigte Königreich beobachtet all diese kontinentalen Machenschaften von der atlantischen Seitenlinie aus.

Manchmal ist es dabei auf dem Festland selbst präsent, manchmal verbleibt es in »splendid isolation«, immer setzt es aber alles daran, sicherzustellen, dass in Europa keine Macht aufkommt, die es übertrifft. Dies gilt heute ebenso auf dem diplomatischen Parkett der EU, wie es auf den Schlachtfeldern von Azincourt, Waterloo oder Balaklawa der Fall war.

Wenn es möglich ist, schaltet sich das Vereinigte Königreich bei den großen französisch-deutschen Allianzen in der EU dazwischen. Gelingt das nicht, sucht es unter den anderen, kleineren Mitgliedsländern Verbündete und

sammelt genug Stimmen, um gegen unliebsame politische Entscheidungen vorgehen zu können.

Geographisch befinden sich die Briten in einer guten Position. Gutes Ackerland, nutzbare Flüsse, ausgezeichneter Zugang zu den Meeren und ihren Fischschwärmen, dicht genug am europäischen Festland für den Handel, als Inselvolk aber geschützt – in Zeiten, in denen Kriege und Revolutionen in seinen Nachbarländern wüteten, war Großbritannien seiner Geographie stets dankbar.

Die direkten Kriegserfahrungen und

die Verluste der Briten in den Weltkriegen sind nicht zu unterschätzen, aber im Vergleich zu dem, was im 20. Jahrhundert und auch davor auf dem europäischen Festland geschah, erscheinen sie gering. Die Briten leben in gewissem Abstand zu einer kollektiven Erinnerung an ständige Invasionen und Grenzverschiebungen.

Es gibt eine Theorie, dass die relative Sicherheit des Vereinigten Königreichs während der vergangenen Jahrhunderte der Grund ist, warum es mehr Freiheit und weniger Tyrannei erfahren hat als die Länder jenseits des Ärmelkanals.

Diese Theorie besagt, dass es weniger das Verlangen nach »starken Männern« oder Diktatoren gab, was, beginnend mit der Magna Charta 1215 und den Bestimmungen von Oxford 1258, viele Jahre früher als in anderen Ländern zu Formen von Demokratie führte.

Das ist ein gutes Argument, aber nicht zu beweisen. Nicht zu widerlegen ist, dass die Gewässer rund um die Insel und die Bäume auf ihr den Aufbau einer großen Marine und die wirtschaftlichen Bedingungen, die die Industrielle Revolution entzündeten, ermöglichten – was dazu führte, dass Großbritannien ein

weltweites Imperium beherrschte. Die britische Insel ist zwar die größte Insel Europas, aber Großbritannien ist kein großes Land. Die Ausbreitung seiner Macht im 18., 19. und 20. Jahrhundert über den gesamten Globus ist bemerkenswert, auch wenn seine Stellung seither zurückgegangen ist.

Seine Lage garantiert ihm weiterhin bestimmte strategische Vorteile. Einer davon ist die GIUK-Lücke (zwischen Grönland, Island und dem UK). Sie ist ein Engpass der weltweiten Seewege, und auch wenn sie kaum so bedeutend wie die Straße von Hormus oder die von

Malakka ist, verschafft sie dem Vereinigten Königreich traditionell einen Vorteil im Nordatlantik. Die Alternativroute zum Atlantik führt für nordeuropäische Flotten (darunter auch die belgische, niederländische und französische) durch den Ärmelkanal – doch der ist eng (bei Dover keine 30 Kilometer breit) und sehr gut verteidigt. Auch jedes russische Marineschiff muss auf dem Weg von der Arktis zum Atlantik die GIUK-Lücke passieren.

Dieser strategische Vorteil hat mit der Reduzierung der Rolle und Stärke der

Royal Navy abgenommen, aber in Kriegszeiten würde er Großbritannien wieder nützen. Die GIUK-Lücke ist einer von vielen Gründen, warum London in Panik geriet, als es kurzfristig so aussah, als würde das schottische Unabhängigkeitsreferendum mit einem Ja enden. Der Machtverlust in Nordsee und Nordatlantik wäre ein strategischer Tiefschlag und eine schwere Verletzung für das Ansehen dessen gewesen, was dann vom Vereinigten Königreich übrig geblieben wäre.

Die kollektive Erinnerung der Briten ist heute die der Größe. Diese Erinnerung

bringt viele Menschen auf der Insel zu der Auffassung, dass, wann immer etwas auf der Welt getan werden muss, Großbritannien zu den Ländern gehören sollte, die es tun. Die Briten sind in Europa und stehen doch abseits. Diese Angelegenheit harrt noch der Klärung.

Die NATO zerfasert sich an ihren Rändern, Gleiches gilt für die EU. Beides lässt sich kitten, aber wenn das nicht geschieht, können beide im Lauf der Zeit entweder überholt sein oder unbedeutend werden. Dann würden wir zu einem Europa der souveränen Nationalstaaten zurückkehren, in dem jedes Land für sich

Bündnisse in einem System der Machtbalancen anstreben würde. Die Deutschen hätten wieder Angst, von Russen und Franzosen eingekesselt zu werden, die Franzosen hätten wieder Angst vor ihrem größeren Nachbarn und wir alle stünden wieder da, wo wir am Anfang des 20. Jahrhunderts waren.

Das ist für die Franzosen ein Albtraum. Sie haben erfolgreich dazu beigetragen, Deutschland an die EU zu binden, und mussten nach der deutschen Wiedervereinigung feststellen, dass sie zum Juniorpartner in einer zweimotorigen Maschine geworden sind,

die sie doch steuern wollten. Das stellt Paris vor ein Problem, das es offenbar nicht lösen kann. Solange es nicht stillschweigend akzeptiert, dass Berlin in Europa das Sagen hat, riskiert es, die Union weiter zu schwächen. Doch wenn es die deutsche Führungsrolle anerkennt, verringert sich seine eigene Macht.

Frankreich ist in der Lage, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen – und mit der nuklearen Abschreckung durch seine »Force de frappe«, seinen Überseegebieten und seinen von Flugzeugträgern unterstützten Streitkräften tut es genau das –, aber es

agiert im Wissen, dass seine Ostflanke gesichert ist und man es sich deshalb erlauben kann, seine Augen auf den Horizont zu richten.

Sowohl Frankreich als auch Deutschland arbeiten derzeit daran, die Union zusammenzuhalten: Sie betrachten einander nun als naturgegebene Partner. Doch nur Deutschland hätte mit Russland theoretisch einen Plan B.

Das Ende des Kalten Kriegs bewirkte, dass die meisten Festlandmächte ihren Rüstungsetat und ihre Streitkräfte verkleinerten. Erst die Schocks des russisch-georgischen Kriegs 2008 und der

Krim-Annexion 2014 lenkten die Aufmerksamkeit wieder auf das uralte Problem eines möglichen Kriegs in Europa.

Inzwischen fliegen die Russen regelmäßig Einsätze, mit denen sie die europäischen Luftverteidigungssysteme auf die Probe stellen, und sie sind eifrig dabei, sich auf der Krim, in Südossetien, Abchasien, Transnistrien und der Ostukraine festzusetzen. Sie pflegen ihre Beziehungen zu den ethnischen Russen im Baltikum und besitzen immer noch die Exklave Kaliningrad an der Ostsee.

Die Europäer haben mit einigen

ernsthaften Neukalkulationen ihrer Rüstungsausgaben begonnen, aber es ist nicht viel Geld da und sie stehen vor schwierigen Entscheidungen. Während sie diese Entscheidungen diskutieren, werden die Landkarten abgestaubt und die Diplomaten und die Militärstrategen sehen, dass zwar die Bedrohungen durch Karl den Großen, Napoleon, Hitler und die Sowjets verschwunden sein mögen, die nordeuropäische Tiefebene, die Karpaten sowie die Nord- und Ostsee aber immer noch da sind.

In seinem Buch ›Macht und Ohnmacht‹ schreibt der Historiker Robert

Kagan, die Westeuropäer würden im Paradies leben, aber sie sollten nicht versuchen, nach den Regeln des Paradieses zu handeln, sobald sie die Welt der Macht beträten. Wenn wir uns im Paradies umsehen, nachdem sich die Eurokrise abgeschwächt hat, erscheint uns ein Rückschritt vielleicht unvorstellbar. Aber die Geschichte lehrt uns, wie sehr die Dinge sich in nur wenigen Jahrzehnten ändern können, und die Geographie lehrt uns, dass uns ihre Regeln bezwingen werden, wenn wir Menschen nicht unablässig darum kämpfen, ihre Regeln zu überwinden.

Das meinte Helmut Kohl, als er bei seinem Abschied als Kanzler 1998 daran erinnerte, dass er der letzte Mensch an der Spitze Deutschlands sei, der den Zweiten Weltkrieg erlebt und somit die Schrecken erfahren habe, die dieser mit sich brachte. 2012 schrieb er einen Artikel für ›BILD‹, der deutlich zeigte, dass ihm die Möglichkeit, die gegenwärtige Generation europäischer Führer könnte angesichts der Finanzkrise das europäische Nachkriegsexperiment in Sachen Vertrauen nicht hegen und pflegen, Albträume bereitete: »Wer dies nicht selbst erlebt hat und – gerade etwa

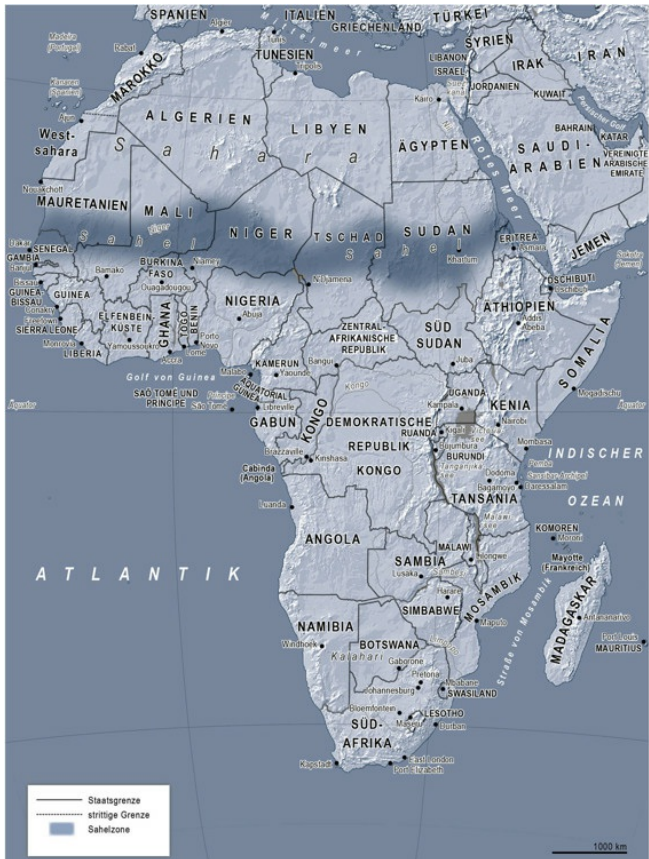
jetzt in der Krise – fragt, was die
Einigung Europas eigentlich bringt, dem
ist, trotz einer für Europa bisher
einmaligen, über 65 Jahre währenden
Friedensperiode und trotz mancher
Probleme und Schwierigkeiten, die es
noch zu lösen und bewältigen gilt, zu
antworten: Frieden.«

FÜNFTES KAPITEL

AFRIKA

*»Es erscheint immer unmöglich,
bis es getan wird.«*

Nelson Mandela



Afrikas Küsten? Grandiose Strände, wirklich richtig wunderbare Strände, aber schreckliche natürliche Häfen. Flüsse? Beeindruckende Flüsse, aber die meisten sind zu vergessen, wenn man etwas darauf transportieren will, weil alle paar Kilometer ein Wasserfall ist. Dies sind bloß zwei einer ganzen Liste von Problemen, die ein Stück weit erklären, warum Afrika technologisch oder politisch nicht so erfolgreich wie Westeuropa oder Nordamerika ist.

Es gibt viele Gegenden, die erfolglos sind, doch wenige sind so erfolglos wie

Afrika – und das, obwohl es einst einen Vorsprung hatte, denn hier entwickelte sich der *Homo sapiens* vor 200 000 Jahren. Wie Jared Diamond, der hellstichtigste aller Autoren, 2005 in einem brillanten Artikel für ›National Geographic‹ schrieb: »Es ist das Gegenteil davon, was man von dem Läufer erwartet hätte, der als Erster aus den Startlöchern kam.« Doch die ersten Läufer wurden von allen anderen durch die Sahara, den Indischen Ozean und den Atlantik getrennt. Nahezu der gesamte Kontinent entwickelte sich isoliert von der eurasischen Landmasse, wo Ideen

und Technologien von Ost nach West und von West nach Ost ausgetauscht wurden – aber nicht von Nord nach Süd.

Afrika ist ein riesiger Kontinent und bestand immer aus unterschiedlichen Regionen, Klimagebieten und Kulturen, deren einzige Gemeinsamkeit ihre Isolation untereinander und von der übrigen Welt war. Dies trifft heute nicht mehr ganz so stark zu, aber das Vermächtnis wirkt weiter.

Die Vorstellung, die die Welt von der Geographie Afrikas hat, ist fehlerhaft. Nur wenigen ist klar, wie groß Afrika ist, denn die meisten von uns benutzen eine

Weltkarte mit der normalen Mercator-Projektion. Die bildet, wie andere Karten auch, eine Kugel auf einer zweidimensionalen Fläche ab und verzerrt deshalb die Formen. Afrika ist viel, viel länger, als es gemeinhin dargestellt wird – weshalb die Umfahrung des Kaps der Guten Hoffnung auch eine derartige Leistung war und der Suezkanal für den Welthandel so wichtig ist. Den Weg um das Kap gefunden zu haben, war ein bedeutender Fortschritt, doch als er unnötig wurde, verkürzte sich der Seeweg von Westeuropa nach Indien um

fast 4000 Seemeilen.

Wenn Sie eine Weltkarte nehmen, im Geiste Alaska an Kalifornien kleben und die USA um die eigene Achse drehen, dann passt das Gebilde, mit ein paar Lücken hier und da, scheinbar ziemlich genau in Afrika. In Wahrheit ist Afrika aber mehr als dreimal so groß wie die USA. Schauen Sie noch einmal auf die Standard-Mercator-Karte: Grönland hat da fast die gleiche Größe wie Afrika. In Wirklichkeit ist Afrika aber vierzehnmal so groß wie Grönland! Man könnte die USA, Grönland, Indien, China, Spanien, Frankreich, Deutschland und das

Vereinigtes Königreich in Afrika packen und hätte immer noch Platz für einen Großteil Osteuropas. Wir wissen, dass Afrika eine immense Landmasse hat, aber die Karten zeigen uns kaum, wie immens sie ist.

Die Geographie dieses riesigen Kontinents kann man auf unterschiedliche Weise erklären, aber am einfachsten ist, bei Afrika in den Begriffen oberes Drittel und untere zwei Drittel zu denken.

Das obere Drittel beginnt mit den Mittelmeerküsten der nordafrikanischen, arabischsprachigen Länder. Die

Küstenebenen werden rasch zur Sahara, der größten Trockenwüste der Erde, die fast so groß wie die USA ist. Direkt unterhalb der Sahara liegt die Sahelzone, ein semiarider, steiniger, sandiger Streifen, der an der breitesten Stelle über 5000 Kilometer misst und sich von der Atlantikküste in Gambia über Niger und den Tschad bis hin nach Eritrea am Roten Meer erstreckt. Der Name Sahel kommt vom arabischen *sahil*, was Küste bedeutet und kennzeichnet, wie die Menschen, die dort leben, diese Region sehen: als Ufer des unendlichen Sandmeers Sahara. Es ist noch eine andere Form von Ufer, eines,

an dem der Einfluss des Islam abnimmt. Vom Sahel bis zum Mittelmeer sind weitaus die meisten Menschen Muslime. Südlich davon gibt es eine größere Vielfalt bei den Religionen.

Eigentlich gibt es südlich des Sahel, in den unteren zwei Dritteln, bei nahezu allem mehr Vielfalt. Das Land wird gemäßigter und grüne Vegetation beginnt, die, wenn wir in den Kongo und die Zentralafrikanische Republik kommen, zum Dschungel wird. In Richtung Ostküste gibt es die großen Seen in Uganda und Tansania, während Richtung Westen in Angola und Namibia

weitere Wüsten zu finden sind. Sind wir dann an der Spitze Südafrikas angelangt, ist das Klima wieder »mediterran«, obwohl wir jetzt rund 8000 Kilometer vom nördlichsten, in Tunesien am Mittelmeer gelegenen Punkt entfernt sind.

Da der Mensch aus Afrika stammt, sind wir alle Afrikaner. Doch die Regeln für das Rennen änderten sich um 8000 v. Chr., als einige von uns, die in Gebiete wie den Nahen Osten oder die Mittelmeerregion ausgewandert waren, ihre Wanderlust verloren, sich niederließen, mit Ackerbau begannen und

schließlich in Dörfern und Städten zusammenfanden.

Unten im Süden gab es wenige Pflanzen – und noch weniger Tiere –, die sich domestizieren ließen. Der größte Teil des Landes bestand aus Dschungel, Sümpfen, Wüste oder steilen Hochplateaus, die sich allesamt weder für den Anbau von Weizen oder Reis noch für das Weiden von Schafherden eigneten. Die Nashörner, Gazellen und Giraffen in Afrika weigerten sich stur, Lasttiere zu werden – oder wie Diamond in einer bemerkenswerten Passage schreibt: »Die Geschichte könnte anders

verlaufen sein, wenn afrikanische Armeen, ernährt mit dem Fleisch von Bauernhof-Giraffen und unterstützt von Kavallerie-Wellen auf den Rücken riesiger Nashörner, nach Europa eingefallen wären und dessen mit Hammelfleisch ernährte und auf schwächlichen Pferden sitzende Soldaten überrannt hätten.« Afrikas Vorsprung beim Start unserer gemeinsamen Geschichte gab ihm auch mehr Zeit, noch etwas anderes zu entwickeln, das es bis heute zurückwirft: eine Reihe ansteckender Krankheiten wie Malaria oder Gelbfieber, hervorgebracht durch die

Hitze und jetzt verkompliziert durch eine hohe Bevölkerungsdichte und schlechte Infrastruktur bei der medizinischen Versorgung. Das gilt auch für andere Regionen – beispielsweise den indischen Subkontinent und Südamerika –, aber Afrika südlich der Sahara wurde besonders hart getroffen, wie etwa beim HI-Virus, und hat ein spezielles Problem aufgrund der Verbreitung von Stechmücken und der Tsetsefliege.

Die meisten der Flüsse auf dem Kontinent stellen gleichfalls ein Problem dar, weil sie im Hochland entspringen und über Wasserfälle Richtung Meer

fließen, die jedes Befahren vereiteln. Der Sambesi etwa mag zwar mit über 2500 Kilometern der viertlängste Fluss Afrikas und eine tolle Touristenattraktion mit seinen Stromschnellen und den Victoriafällen sein, aber als Handelsweg taugt er wenig. Er fließt durch sechs Länder und durchmisst einen Höhenunterschied von 1500 Metern, bis er in Mosambik in den Indischen Ozean mündet. Teile von ihm sind mit flachen Booten befahrbar, aber diese sind untereinander nicht verbunden, was den Transport von Lasten einschränkt.

Anders als in Europa, wo Donau und Rhein fließen, hat dies den Kontakt und Handel zwischen den Regionen behindert – was wiederum die ökonomische Entwicklung beeinflusst und der Bildung großer Handelsregionen entgegengewirkt hat. Die großen Flüsse des Kontinents – Niger, Kongo, Sambesi, Nil und andere – haben keine Verbindung, und bei dieser fehlenden Verbindung gibt es auch einen menschlichen Faktor. Während weite Teile Russlands, Chinas und der USA eine gemeinsame Sprache haben, die den Handel unterstützt, existieren in Afrika Tausende von Sprachen und es

entwickelte sich keine einzelne Kultur, die ein Gebiet ähnlicher Größe hätte beherrschen können. Europa andererseits war klein genug, um eine »lingua franca« zu haben, in der man kommunizieren konnte, und eine Landschaft, die Interaktion begünstigte.

Selbst wenn technologisch produktive Nationalstaaten entstanden wären, hätte ein Großteil des Kontinents noch Schwierigkeiten gehabt, mit der übrigen Welt in Verbindung zu treten, denn die Hauptlandmasse wird von Sahara, Atlantik und Indischem Ozean abgeschirmt. Tausende von Jahren

erreichte der Austausch von Ideen und Technologien die Gebiete südlich der Sahara so gut wie nicht. Trotzdem entwickelten sich nach dem 6. Jahrhundert mehrere afrikanische Reiche und Stadtstaaten: zum Beispiel das Mali-Reich (13.–16. Jahrhundert) und der Stadtstaat Groß-Simbabwe (11.–15. Jahrhundert). Letzterer lag zwischen dem Sambesi und dem Limpopo. Allerdings waren diese und andere auf relativ kleine regionale Blöcke begrenzt, und auch wenn die unzähligen Kulturen, die überall auf dem Kontinent entstanden, politisch anspruchsvoll

gewesen sein mögen, blieb die reale Landschaft immer ein Hindernis für eine technologische Entwicklung. Als die übrige Welt in Massen anrückte, mussten die meisten Kulturen Schrift, Papier, Schießpulver oder das Rad erst noch erfinden.

Händler aus dem Nahen Osten und dem Mittelmeerraum waren seit der Nutzbarmachung von Kamelen vor etwa 2000 Jahren in die Sahara gekommen, wobei ihr Hauptinteresse den riesigen Salzvorräten dort galt, doch erst mit den arabischen Eroberungen im 7. Jahrhundert n. Chr. wurde der

Grundstein für einen Vorstoß nach Süden gelegt. Bis zum 9. Jahrhundert hatten die Araber die Sahara durchquert und im 11. Jahrhundert hatten sie sich bis hinunter zum heutigen Nigeria fest etabliert. Die Araber kamen auch entlang der Ostküste per Schiff und ließen sich an Orten wie Sansibar und Daressalam im heutigen Tansania nieder.

Als die Europäer schließlich im 15. Jahrhundert entlang der Westküste nach Süden vordrangen, fanden sie wenige natürliche Häfen für ihre Schiffe. Im Gegensatz zu Europa oder Nordamerika, wo die zerklüfteten Küsten

tiefe natürliche Häfen bilden, fallen die afrikanischen Küsten meist sanft ab. Und hatten es die Europäer an Land geschafft, kamen sie wegen der nicht schiffbaren Flüsse, des anstrengenden Klimas und Krankheiten meist nicht viel weiter als 150 Kilometer ins Landesinnere.

Die Araber wie die Europäer hatten neue Technologien dabei, behielten diese aber meist für sich und nahmen alles mit, was ihnen wertvoll erschien – in der Hauptsache Rohstoffe und Menschen.

Die Sklaverei bestand, lange bevor die übrige Welt dahin zurückkam, woher sie stammte. In der Sahelzone setzten

Händler Tausende von Sklaven ein, um große Mengen des damals größten Schatzes der Region – Salz – zu transportieren, doch erst die Araber begannen damit, bereitwillige Stammesführer in den afrikanischen Sklavenhandel einzubinden, um sich von ihnen die Sklaven an die Küste bringen zu lassen. Bis zur Hochzeit des Osmanischen Reichs im 15. und 16. Jahrhundert waren Hunderttausende von Afrikanern (in der Mehrzahl aus dem Sudan-Gebiet) nach Istanbul, Kairo, Damaskus und in die übrige arabische Welt verschleppt worden. Die Europäer folgten dem

Beispiel, übertrafen die Araber und Türken jedoch hinsichtlich Habgier und Misshandlungen der Menschen, die auf die Sklavenschiffe gebracht wurden, die vor der Westküste ankerten.

Daheim in ihren Hauptstädten London, Paris, Brüssel und Lissabon nahmen sich die Europäer Landkarten mit den Umrissen Afrikas und zogen Linien darauf – oder, um es aggressiver auszudrücken: Lügen. Innerhalb dieser Linien schrieben sie Wörter wie Mittelkongo oder Obervolta und erklärten, das seien Länder. Diese Linien hatten mehr damit zu tun, wie weit die

Forschungsreisenden, Militärtrupps und Geschäftsleute welcher europäischen Macht in etwa gekommen waren, und nichts damit, als was sich die Menschen, die innerhalb der Linien lebten, fühlten oder wie sie sich selbst organisieren wollten. Viele Afrikaner sind heute ein Stück weit die Gefangenen der politischen Geographie, die die Europäer festlegten, und der ihnen von der Natur auferlegten Behinderungen, sich weiterzuentwickeln. Heute gibt es 56 Staaten in Afrika. Seit der »frische Wind« der Unabhängigkeitsbewegungen Mitte des 20. Jahrhunderts aufgekommen ist,

haben sich manche der Wörter zwischen den Linien geändert – beispielsweise Rhodesien in Simbabwe –, aber die Grenzen sind überraschenderweise meist intakt. Viele umfassen also dieselben Teilgebiete wie damals, als sie gezogen wurden, und diese formalen Teilungen sind einige der vielen Hinterlassenschaften, die der Kolonialismus dem Kontinent bescherte.

Die ethnischen Konflikte im Sudan, in Kenia, Angola, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Mali und anderswo sind der Beweis, dass die europäische Vorstellung von Geographie

der Realität der afrikanischen Demographie nicht entsprach. Natürlich gab es immer Konflikte: Die Zulu und die Xhosa hatten ihre Streitigkeiten, lange bevor sie den ersten Europäer zu Gesicht bekamen. Doch der Kolonialismus zwang sie, diese Streitigkeiten innerhalb einer künstlichen Struktur – dem europäischen Konzept des Nationalstaats – auszutragen. Die heutigen Bürgerkriege rühren partiell daher, dass die Kolonialisten unterschiedlichen Völkern erklärten, sie seien ein Volk in einem Staat, und dass dann, nachdem die Kolonialisten aus dem Land gejagt

worden waren, ein Volk innerhalb des Staates zu dominieren begann und über alle herrschen wollte – damit war Gewalt vorprogrammiert.

Nehmen wir zum Beispiel Libyen, ein nur wenige Dekaden altes künstliches Konstrukt, das beim ersten Testfall in seine ursprüngliche Form, in seine drei unterschiedlichen geographischen Regionen zerfiel. Im Westen lag in griechischer Zeit Tripolitanien (vom griechischen *tri polis*, drei Städte, die schließlich zu Tripoli zusammenwuchsen), während das Gebiet im Osten, das sich um die Stadt Bengasi

konzentriert, aber hinunter bis zum Tschad reicht, in griechischer und römischer Zeit als Kyrenaika bekannt war. Und unter diesen beiden, im äußersten Südwesten des heutigen Landes, liegt die Region Fessan.

Tripolitanien war immer Richtung Norden und Nordwesten ausgerichtet und hatte Handelsverbindungen zu seinen südeuropäischen Nachbarn. Die Kyrenaika blickte Richtung Osten nach Ägypten und in die arabischen Länder – selbst die Strömung vor der Küste bei Bengasi treibt die Schiffe automatisch nach Osten. Der Fessan war

traditionellerweise ein Nomadenland, dessen Bewohner wenig gemein mit den beiden Küstenregionen hatten.

Dies spiegelt wider, wie Griechen, Römer, Türken etc. das Gebiet regierten – und wie die Menschen seit Jahrhunderten selbst ihre Zugehörigkeit sahen. Die europäische Einrichtung Libyen wird um ihr Überleben kämpfen müssen. Bereits jetzt hat eine der vielen islamistischen Gruppen im Osten ein »Emirat Kyrenaika« ausgerufen. Auch wenn sich dies vielleicht nicht durchsetzt, zeigt es doch beispielhaft, dass der Konzeption der Region nichts weiter als Linien

zugrunde liegen, die von Fremden gezogen wurden.

Doch einer der größten Fehlschläge europäischer Linienziehung ist im Zentrum des Kontinents zu finden, in dem gigantischen schwarzen Loch, das als Demokratische Republik Kongo – DR Kongo – bekannt ist. In diesem Land hat Joseph Conrad seine Erzählung ›Herz der Finsternis‹ angesiedelt, und es bleibt ein Ort, auf dem die Finsternis des Krieges wie ein Leichentuch liegt. Das Land ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Oktroyierung künstlicher Grenzen zu einem schwachen und geteilten Staat

führen kann, der von inneren Unruhen verheert wird und dessen Reichtum an Rohstoffen ihn dazu verdammt, von Außenstehenden ausgebeutet zu werden.

Die DR Kongo zeigt, wieso sich mit dem Generalbegriff »Entwicklungsland« nicht alle Länder über einen Kamm scheren lassen, die nicht Teil der modernen industrialisierten Welt sind. Die DR Kongo ist in keiner Entwicklung begriffen und es gibt auch keine Anzeichen, dass sie sich entwickeln wird. Die DR Kongo hätte nie zusammengefügt werden dürfen; sie ist zerfallen und das Kriegsgebiet auf der

Welt, über das am wenigsten berichtet wird, obwohl sechs Millionen Menschen in den Kriegen gestorben sind, die seit Ende der 1990er hier ausgetragen wurden.

Die DR Kongo ist weder demokratisch noch eine Republik. Sie ist das zweitgrößte Land in Afrika und hat rund 75 Millionen Einwohner (wegen der aktuellen Lage ist es schwierig, genaue Zahlen zu bekommen). Das Land ist größer als Deutschland, Frankreich und Spanien zusammen und umfasst den Kongo-Regenwald, der nach dem am Amazonas der zweitgrößte der Welt ist.

Die Einwohnerschaft setzt sich aus über 200 ethnischen Gruppen zusammen, von denen die größte die der Bantu ist, und es gibt mehrere Hundert Sprachen. Allerdings überbrückt der weitverbreitete Gebrauch von Französisch diesen Graben ein Stück weit. Das Französische resultiert aus den Jahren als belgische Kolonie (1908–1960) und der Zeit davor, als der belgische König Leopold II. das Land als seinen Privatbesitz betrachtete, dessen Rohstoffe er stehlen konnte, um sich die Taschen zu füllen. Die belgische Kolonialherrschaft war von Anfang bis Ende rücksichtslos brutal und unternahm

kaum Versuche, irgendeine Infrastruktur aufzubauen, die der Bevölkerung genützt hätte. Die britischen und französischen Kolonialismus-Versionen erscheinen im Vergleich damit geradezu wohltätig. Als die Belgier 1960 gingen, bestand kaum eine Chance, dass das Land zusammenhalten würde.

Die Bürgerkriege begannen unverzüglich und verstärkten sich später aufgrund einer blutgetränkten Statistenrolle im globalen Kalten Krieg. Die Regierung in der Hauptstadt Kinshasa unterstützte die Rebellen im angolanischen Bürgerkrieg und machte

sich so bei den USA beliebt, die gleichfalls auf Seiten der Rebellenbewegung gegen die von der Sowjetunion unterstützte angolansische Regierung standen. Beide Seiten ließen jeweils Waffen im Wert von Hunderten Millionen Dollar ins Land bringen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die beiden Großmächte weniger Interesse an dem Land, das mittlerweile Zaire hieß, und der Staat torkelte weiter, am Leben gehalten von seinen Rohstoffen. Der Zentralafrikanische Graben verläuft in einem Bogen im Süden und Osten der DR Kongo und hat,

insbesondere in der Provinz Katanga, ungeheure Mengen an Kobalt, Kupfer, Diamanten, Gold, Silber, Zink, Kohle, Mangan und anderen Erzen freigegeben.

In den Tagen von König Leopold verlangte die Welt für ihre aufstrebende Automobilindustrie den Kautschuk der Region; heute kauft China über 50 Prozent der Exporte aus der DR Kongo, aber die Bevölkerung lebt immer noch in Armut. Der UN-Entwicklungsindex 2014 setzte die DR Kongo auf Platz 186 von 187 untersuchten Staaten. Die letzten 18 Plätze auf dieser Liste nahmen allesamt

Länder aus Afrika ein.

Weil das Land so groß und so reich an Rohstoffen ist, möchte jeder ein Stück vom Kuchen DR Kongo haben, die, weil sie keine nennenswerte Zentralgewalt aufweist, nicht in der Lage ist, wirkungsvoll zurückzuschießen.

Um das Gebiet herum liegen neun Länder, die alle eine Rolle im Todeskampf der DR Kongo gespielt haben. Das ist ein Grund, warum die Kongokriege auch als »Afrikanischer Weltkrieg« bezeichnet werden. Im Süden liegt Angola, im Westen und Norden folgen die Republik Kongo und die

Zentralafrikanische Republik, im Osten kommen Südsudan, Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania und Sambia. Die Wurzeln der Kriege reichen Jahrzehnte zurück, aber die allerschlimmsten Zeiten wurden durch die Katastrophe ausgelöst, die Ruanda 1994 traf und deren Nachbeben nach Westen brandeten.

Nach dem Genozid in Ruanda bildeten Tutsi-Überlebende und gemäßigte Hutu eine von Tutsi geführte Regierung. Die Tötungsmaschinen der Hutu-Miliz, die Interahamwe, flohen in den Osten der DR Kongo und starteten von dort Grenzüberfälle. Sie verbanden sich auch

mit Teilen der Armee der DR Kongo, um die Tutsi in der DR Kongo zu ermorden, die in der Grenzregion lebten. Unterstützt von Burundi und Eritrea, rückten die Armeen von Ruanda und Uganda ein. Zusammen mit Milizen der Opposition griffen sie die Interahamwe an und stürzten die Regierung der DR Kongo. Außerdem erlangten sie die Kontrolle über den Großteil der Rohstoffe des Landes, wobei insbesondere Ruanda tonnenweise Coltan wegschleppte, das für Handys und Computerchips benötigt wird. Doch die einstigen Regierungstreitkräfte gaben nicht auf

und setzten den Kampf mit Unterstützung von Angola, Namibia und Simbabwe fort. Das Land wurde zum riesigen Schlachtfeld, auf dem mehr als zwanzig verschiedene Kriegsparteien kämpften.

In diesen Kriegen wurden nach vorsichtigen Schätzungen Zehntausende getötet, und weitere sechs Millionen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass fast 50 Prozent der Opfer Kinder unter fünf Jahren waren.

In den letzten Jahren haben die Kämpfe abgenommen, aber die DR

Kongo ist Schauplatz des tödlichsten Konflikts seit dem Zweiten Weltkrieg und benötigt noch immer die größte Friedensmission der UN, um zu verhindern, dass wieder der offene Krieg ausbricht. Jetzt lautet die Aufgabe nicht, Humpty Dumpty wieder zusammenzusetzen, denn die DR Kongo war nie eine Einheit. Vielmehr geht es darum, die Teile auseinanderzuhalten, bis ein Weg gefunden ist, sie sinnvoll und friedlich zusammenzufügen. Die europäischen Kolonialisten schufen ein Ei ohne Küken, eine Absurdität, die sich quer über den Kontinent wiederholte und

ihn bis heute heimsucht.

Afrikas Ressourcen sind ebenso Fluch wie Segen – Segen, weil sein Rohstoffreichtum riesig ist, Fluch, weil sie lange Zeit von anderen geplündert wurden. Seit jüngerer Zeit sind die Nationalstaaten in der Lage, Anteile dieser Reichtümer zu beanspruchen, und die anderen Länder investieren jetzt statt zu stehlen, doch immer noch profitiert das Volk kaum davon.

Neben den Rohstoffen ist Afrika auch mit vielen großen Flüssen gesegnet – sie sind zwar nicht förderlich für den Handel, aber sie eignen sich gut zur

Stromerzeugung. Doch auch das ist eine potenzielle Konfliktquelle.

Der Nil ist mit über 6600 Kilometern der längste Fluss der Welt und in seinem Einzugsbereich liegen elf Länder: Burundi, die DR Kongo, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Ruanda, Sudan und Südsudan, Tansania, Uganda und Ägypten. Bereits im 5. Jahrhundert v. Chr. sagte der Geschichtsschreiber Herodot, Ägypten sei der Nil und der Nil sei Ägypten. Das stimmt auch heute noch und jedwede Bedrohung des Wassernachschubs für den 1100 Kilometer langen, voll schiffbaren

ägyptischen Teil ist für Kairo eine ernste Angelegenheit – eine, derentwegen man einen Krieg beginnen würde. Ohne den Nil wäre Ägypten menschenleer. Das Land mag groß sein, doch die überwiegende Mehrheit seiner 84 Millionen Einwohner lebt in unmittelbarer Nähe des Nils. Betrachtet man nur die besiedelte Fläche, hat Ägypten eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt.

Es ist angebracht zu sagen, dass Ägypten bereits ein Nationalstaat war, als die meisten Europäer noch in Lehmhütten lebten, aber es war immer

nur eine Regionalmacht. Von drei Seiten ist es von Wüsten geschützt, und es hätte eine Großmacht in der Mittelmeerregion werden können, wenn es da nicht ein Problem gegeben hätte: Es gibt so gut wie keine Bäume in Ägypten, und für die längste Spanne der Historie galt, dass man keine große Marine aufbauen konnte, um seine Macht zu stabilisieren, wenn man keine Bäume hatte. Es gab immer eine ägyptische Marine – für deren Schiffsbau man mit riesigen Kosten Zedern aus dem Libanon importieren musste –, aber das war nie eine Hochseemarine.

Das heutige Ägypten hat dank der amerikanischen Militärhilfe die stärksten Streitkräfte aller arabischen Staaten, aber es bleibt gefesselt durch die Wüsten, das Meer und seinen Friedensvertrag mit Israel. Es wird in den Nachrichten bleiben, weil es tagtäglich darum kämpfen muss, 84 Millionen Menschen zu ernähren, während man meist einen islamistischen Aufstand auf dem Sinai niederschlagen und den Suezkanal sichern muss, durch den pro Tag 8 Prozent des gesamten Welthandels transportiert werden. Gut 2,5 Prozent des Erdöls werden gleichfalls täglich hier

durchgeschleust. Wäre der Kanal geschlossen, würde sich der Transport nach Europa um 15 Tage verlängern, der in die USA um zehn Tage – mit entsprechenden Mehrkosten.

Ungeachtet der Erfahrungen aus fünf Kriegen mit Israel ist das nächste Land, mit dem Ägypten wahrscheinlich einen Konflikt austragen wird, Äthiopien, und der Streitpunkt ist der Nil. Zwei der ältesten Länder des Kontinents, die die größten Armeen besitzen, könnten wegen der wichtigsten Wasserquelle der Region aneinander geraten.

Der Blaue Nil, der in Äthiopien

entspringt, und der Weiße Nil vereinen sich in der sudanesischen Hauptstadt Khartum, und der Nil fließt dann durch die Nubische Wüste nach Ägypten. Bis zu dieser Stelle stammt das meiste Wasser aus dem Blauen Nil.

Äthiopien wird manchmal als »Wasserturm Afrikas« bezeichnet, weil es sehr hoch liegt und es dort über 20 Stauseen gibt, die von den Regenfällen in seinem Hochland gespeist werden. 2011 kündigte Addis Abeba ein gemeinsames Projekt mit China an: die Grand-Renaissance-Talsperre, ein riesiges Wasserkraftwerk, das am Blauen Nil in

der Nähe der sudanesischen Grenze gebaut werden und bis 2020 fertiggestellt sein soll. Die Talsperre soll der Stromgewinnung dienen, und die Wasserführung nach Ägypten sollte wie bisher bleiben. Aber theoretisch kann der Stausee die Wassermenge eines ganzen Jahres aufnehmen, und die fertige Talsperre gäbe Äthiopien die Möglichkeit, das Wasser für eigene Zwecke zurückzuhalten und damit die Wasserführung nach Ägypten drastisch zu reduzieren.

Derzeit hat Ägypten die mächtigeren Streitkräfte, aber dies ändert sich

langsam, denn Äthiopien, ein Land mit 96 Millionen Einwohnern, ist eine erstarkende Macht. Das weiß Kairo und auch, dass eine Zerstörung der Talsperre nach ihrer Inbetriebnahme eine Flutkatastrophe sowohl in Äthiopien als auch im Sudan auslösen würde. Doch im Augenblick gibt es keinen *casus belli*, um vor der Fertigstellung loszuschlagen. Und auch wenn ein Minister des ägyptischen Kabinetts die Bombardierung empfahl, ist es wahrscheinlicher, dass es in den kommenden Jahren intensive Verhandlungen geben wird, mit denen Ägypten verlässliche Garantien erreichen

will, dass die Wasserführung niemals zum Erliegen kommt. Man geht davon aus, dass zu den Konflikten in diesem Jahrhundert Kriege um Wasser gehören werden. Und auf diesen hier sollten wir ein Auge haben.

Eine andere heiß umkämpfte Flüssigkeit ist Rohöl.

Im subsaharischen Afrika ist Nigeria der größte Ölproduzent, und das gesamte, qualitativ hochwertige Öl befindet sich im Süden des Landes. Die Nordnigerianer beklagen sich, dass die Ölprofite nicht allen Regionen in gleicher Weise zugutekommen. Dieser

Unterschied verschärft die ethnischen und religiösen Spannungen zwischen den Völkern im Nigerdelta und jenen im Nordosten.

Hinsichtlich Größe, Einwohnerzahl und Bodenschätzen ist Nigeria das mächtigste Land Westafrikas. Es ist mit 177 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land des Kontinents. Zusammen mit seiner Größe und seinen Rohstoffen macht das Nigeria zur führenden Regionalmacht. Gebildet wurde es aus mehreren alten Königreichen, die die Briten zu einem Verwaltungsgebiet zusammenfassten.

1898 richteten sie das »Britische Protektorat am Niger« ein, aus dem dann später Nigeria wurde.

Das Land mag heute ein unabhängiges regionales Kraftwerk sein, aber seine Einwohner und seine Rohstoffe sind seit Jahrzehnten Missmanagement ausgesetzt. Zur Kolonialzeit zogen es die Briten vor, im südwestlichen Gebiet an der Küste zu bleiben. Ihre »Zivilisierungen« erstreckten sich kaum auf das Hochland im Zentrum oder gar bis zu den muslimischen Bevölkerungsteilen im Norden, und so ist diese Hälfte des Landes nach wie vor weniger entwickelt

als der Süden. Viel von dem Geld aus den Ölverkäufen wird dafür verwendet, die Einflussreichen und Mächtigen in Nigerias komplexem Stammbessystem zu schmieren. Die landbasierte Ölindustrie im Delta wird auch vom Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND) unter Druck gesetzt – ein fantasievoller Name für eine Gruppe, die in einer Region operiert, die zwar von der Ölindustrie verwüstet wurde, dies aber als Deckmantel für Terrorismus und Erpressung benutzt. Mit der Entführung ausländischer Ölarbeiter macht man das Delta zum weniger attraktiven

Arbeitsplatz. Die Ölfelder vor der Küste sind von solchen Aktivitäten kaum betroffen und somit der Ort, wohin die Investitionen gehen.

Die islamistische Gruppe Boko Haram, die in den muslimischen Gebieten ein Kalifat errichten will, hat das wegen der Unterentwicklung herrschende Gefühl von Ungerechtigkeit genutzt, um im Norden Unterstützung zu gewinnen. Die Boko-Haram-Kämpfer sind meist ethnische Kanuri aus dem Nordosten und operieren selten außerhalb ihres Heimatgebiets. Sie wagen sich nicht einmal nach Westen in die Hausa-Region

vor und ganz sicher nicht weit hinunter nach Süden ins Küstengebiet. Das bedeutet, dass das nigerianische Militär versucht, gegen Boko Haram auf deren eigenem Terrain vorzugehen. Viele Einheimische kooperieren nicht mit dem Militär, weil sie entweder Angst vor Vergeltung haben oder die Ressentiments gegen den Süden teilen.

Das Gebiet, das Boko Haram eingenommen hat, reicht bislang nicht aus, um den Staat Nigeria zu gefährden. Die Gruppe stellt nicht einmal eine Gefahr für die Hauptstadt Abuja dar, obwohl diese auf halbem Weg nach

Norden liegt. Aber Boko Haram ist eine tägliche Bedrohung für die Menschen im Norden und beschädigt im Ausland das Ansehen Nigerias bei Geschäftspartnern.

Die meisten Dörfer, die Boko Haram eingenommen hat, liegen im Mandara-Gebirge, durch das die Grenze zu Kamerun verläuft. Das bedeutet, dass die staatliche Armee weit weg von ihren Basen operiert und die Boko-Haram-Kräfte nicht umzingeln kann. Die Regierung von Kamerun empfängt Boko Haram nicht mit offenen Armen, aber die Landschaft bietet den Kämpfern Rückzugsgebiete, wenn sie die benötigen.

Diese Situation wird wohl noch mehrere Jahre am Köcheln bleiben, was Boko Haram Zeit geben dürfte, Kontakte und Allianzen mit Dschihadisten in der Sahelzone aufzubauen.

Amerikaner und Franzosen verfolgen das Problem seit einigen Jahren und setzen nun Überwachungsdrohnen ein, um auf die wachsende Bedrohung durch die Gewalt, die aus der Sahara/Sahelzone dringt und sich mit Nordnigeria verbindet, zu reagieren. Die Amerikaner operieren von verschiedenen Basen aus, eine davon ist in Dschibuti und gehört zum 2007 aufgestellten US Africa

Command. Die Franzosen haben in mehreren Ländern im, wie sie es nennen, »frankophonen Afrika« Bodenstationen.

Die Gefahr, dass sich die Bedrohung über mehrere Länder ausbreitet, hat Alarm ausgelöst. Nigeria, Kamerun und der Tschad haben sich jetzt militärisch engagiert und koordinieren ihre Aktionen mit Amerikanern und Franzosen.

Weiter im Süden liegt an der Atlantikküste Angola, das der zweitgrößte Ölproduzent im subsaharischen Afrika ist. Die frühere portugiesische Kolonie ist einer der

afrikanischen Nationalstaaten mit natürlichen geographischen Grenzen. Seinen Rahmen bilden der Atlantik im Westen, der Dschungel im Norden und die Wüste im Süden. Die östlichen Regionen bestehen aus dünn besiedeltem, zerklüftetem Land, das als Pufferzone zur DR Kongo und zu Sambia dient.

Die Mehrheit der über 22 Millionen Einwohner lebt in der westlichen Landeshälfte, in der es genügend Wasser gibt, um Landwirtschaft zu betreiben. Die meisten der angolanischen Ölfelder liegen vor der Küste im Westen. Die Bohrinseln draußen im Atlantik gehören

überwiegend amerikanischen Firmen, aber über die Hälfte der Fördermenge geht nach China. Damit ist Angola (abhängig vom Auf und Ab der Verkäufe) nach Saudi-Arabien der zweitgrößte Rohöllieferant für das Reich der Mitte.

Angola ist ein weiteres Land, das sich mit Konflikten auskennt. Sein Unabhängigkeitskrieg endete 1975 mit dem Rückzug Portugals, wandelte sich aber sofort zu einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Stämmen, der als Bürgerkrieg um Ideologien getarnt war. Russland und Kuba unterstützten die

»Sozialisten«, USA und Apartheids-Südafrika ergriffen Partei für die »Rebellen«. Die meisten der Sozialisten der MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) gehörten zum Stamm der Ambundu, während die oppositionellen Rebellenkämpfer mehrheitlich den Bakongo und den Ovimbundu, den beiden anderen großen Stämmen, angehörten. Ihr politischer Deckmantel waren die FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und die UNITA (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas). Viele der Bürgerkriege in den 1960ern und 1970ern

folgten dieser Schablone: Wenn Russland eine bestimmte Seite unterstützte, erinnerte sich diese Seite plötzlich, dass sie sozialistische Prinzipien hatte, während ihre Opponenten zu Antikommunisten wurden.

Die Ambundu waren geographisch, aber nicht von der Zahl her im Vorteil. Sie hielten die Hauptstadt Luanda, hatten Zugang zu den Ölfeldern und zum wichtigsten Fluss, dem Cuanza, und wurden von Ländern unterstützt, die sie mit russischen Waffen und kubanischen Soldaten versorgten. Sie gewannen 2002 die Oberhand, doch ihre Führungsriege

unterminierte auf der Stelle ihre sowieso fragwürdige sozialistische Glaubwürdigkeit und schloss sich der langen Liste kolonialer und afrikanischer Herrscher an, die sich auf Kosten der Bevölkerung bereicherten.

Diese bedauernswerte Geschichte einheimischer und fremder Ausbeutung setzt sich im 21. Jahrhundert fort.

Wie wir gesehen haben, sind die Chinesen überall, sie meinen es ernst und sind jetzt auf dem ganzen Kontinent so engagiert wie die Europäer und Amerikaner. Etwa ein Drittel der chinesischen Erdölimporte stammt aus

Afrika, was – zusammen mit den Edelmetallen, die in vielen afrikanischen Ländern zu finden sind – bedeutet, dass sie angekommen sind und bleiben werden. Europäische und amerikanische Ölgesellschaften und große Multis sind immer noch weit stärker in Afrika engagiert, aber China holt rasch auf. In Liberia sucht es beispielsweise nach Eisenerz, in der DR Kongo und Sambia fördert es Kupfer und ebenfalls in der DR Kongo auch Kobalt. Es hat bereits den Ausbau des kenianischen Hafens Mombasa unterstützt und beteiligt sich jetzt an weiteren Großprojekten, nun, da

Kenias Ölreserven allmählich kommerziell nutzbar werden.

Die staatliche chinesische Straßen- und Brückenbaugesellschaft China Road and Bridge Corporation arbeitet an einem 14 Milliarden Dollar schweren Eisenbahnprojekt, mit dem Mombasa und die Hauptstadt Nairobi verbunden werden sollen. Analysten zufolge wird damit die Transportzeit für Handelswaren zwischen den beiden Städten von 36 auf acht Stunden verkürzt, was zudem eine Senkung der Transportkosten um 60 Prozent bedeutet. Es bestehen sogar Pläne für Strecken von

Nairobi in den Südsudan sowie nach Uganda und Ruanda. Kenia hegt die Absicht, mit chinesischer Hilfe zum ökonomischen Kraftwerk der Ostküste zu werden.

Südlich der kenianischen Grenzen hat Tansania den Wettbewerb um die Führungsrolle in Ostafrika aufgenommen und milliardenschwere Vereinbarungen mit den Chinesen über Infrastrukturprojekte getroffen. Tansania hat zudem ein gemeinsames Abkommen mit China und einer Baugesellschaft aus dem Oman geschlossen, den Hafen von Bagamoyo zu überholen und zu

erweitern, da der Hafen von Daressalam hoffnungslos überlastet ist. Nach den Plänen soll Bagamoyo 20 Millionen Container pro Jahr umschlagen können, womit es zum größten Hafen in Afrika würde. Gute Transportverbindungen gibt es in Tansania auch im Southern Agricultural Growth Corridor of Tanzania (Sagcot, Südlicher Agrarwirtschaftskorridor in Tansania), zudem existieren Verbindungen hinunter zur aus 15 Ländern bestehenden Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC). Die wiederum ist die Verbindung zum Nord-Süd-Korridor, der

den Hafen Durban an die Kupferregionen der DR Kongo und Sambias ankoppelt und über Ausläufer den Hafen Daressalam mit Durban und Malawi verknüpft.

Trotzdem sieht es so aus, dass Tansania die zweitrangige Macht an der Ostküste bleiben wird. Kenias Wirtschaft ist das Kraftwerk innerhalb der fünf Staaten umfassenden Ostafrikanischen Gemeinschaft und gut für 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Region. Kenia hat zwar weniger urbares Land als Tansania, aber es nutzt es effektiver. Die höhere Effizienz gilt auch für seine

Industrie, und ebenfalls besser ist sein System, die Produkte auf den Markt zu bringen – sowohl zu Hause als auch international. Wenn Kenia die politische Stabilität aufrechterhalten kann, ist es prädestiniert, kurz- und mittelfristig die dominierende Regionalmacht zu bleiben.

Die chinesische Präsenz reicht bis nach Niger, wo der Ölkonzern China National Petroleum Corporation in das kleine Ölfeld in der Ténéré im Zentrum des Landes investiert hat. Und in Angola überstiegen die chinesischen Investitionen in der letzten Dekade 8 Milliarden und wachsen jedes Jahr. Die Chinese Railway

Engineering Corporation (CREC) hat bereits fast 2 Milliarden Dollar in die Modernisierung der Benguelabahn gesteckt, die die DR Kongo mit dem 1300 Kilometer entfernten angolanischen Atlantikhafen Lobito verbindet. Auf diesem Weg werden Kobalt, Kupfer und Mangan transportiert, die Fluch und Segen der kongolesischen Provinz Katanga sind.

In Luanda baut die CREC einen internationalen Flughafen, und rund um die Hauptstadt sind riesige Wohnblocks nach chinesischem Vorbild in die Höhe geschossen, die die geschätzten 150 000

bis 200 000 chinesischen Arbeiter beherbergen, die bereits im Land sind. Tausende dieser Arbeiter haben auch eine Militärausbildung und könnten aus dem Stand eine einsatzbereite Miliz bilden, wenn China das wollte.

In Angola will Peking das, was es überall will: die Materialien, aus denen die chinesischen Produkte hergestellt werden, und politische Stabilität, um den Material- und Produktfluss sicherzustellen. Wenn also Präsident José Eduardo dos Santos, der seit 1979 im Amt ist, beschließt, Mariah Carey eine Million Dollar zu bezahlen, damit sie auf

seiner Geburtstagsparty singt, wie er das 2013 getan hat, dann ist das seine Angelegenheit. Und wenn die Ambundu, zu denen dos Santos gehört, weiterhin herrschen, ist das auch deren Angelegenheit. Das chinesische Engagement ist für viele afrikanische Regierungen eine attraktive Option. Peking und die großen chinesischen Unternehmen stellen keine unangenehmen Fragen über Menschenrechte, sie verlangen keine Wirtschaftsreform und schlagen schon gar nicht vor, dass bestimmte afrikanische Führer aufhören sollten, sich

das Vermögen ihrer Länder anzueignen, wie das der IWF oder die Weltbank tun könnten. China ist beispielsweise der größte Handelspartner des Sudan, was ein Stück weit erklärt, warum China den Sudan im UN-Sicherheitsrat durchweg in Schutz nimmt und seinen Präsidenten Umar al-Baschir auch dann noch stützte, als der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

Westliche Kritik daran wird von Peking jedoch abgebügelt; sie gilt bloß als ein weiteres Machtspielchen, um China am Geschäft zu hindern, und angesichts der westlichen Vergangenheit in Afrika als

scheinheilig.

Die Chinesen wollen einzig das Erdöl, die Erze, die Edelmetalle und die Märkte. Dies ist eine Vereinbarung zwischen Regierungen, die recht und billig ist, aber es werden wachsende Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den chinesischen Arbeitskräften, die oft zur Unterstützung der großen Projekte mitgebracht werden, zu beobachten sein. Das wiederum könnte Peking stärker in die Politik vor Ort hineinziehen und es erforderlich machen, eine Art kleinere Militärpräsenz in verschiedenen Ländern zu haben.

Der größte chinesische Handelspartner in Afrika ist die Republik Südafrika. Die beiden Länder haben eine lange gemeinsame politische und ökonomische Geschichte und sind günstig für eine Zusammenarbeit aufgestellt. Hunderte chinesische Unternehmen, sowohl staatliche als auch private, sind heute in Durban, Johannesburg, Pretoria, Kapstadt und Port Elizabeth vertreten.

Die Wirtschaft Südafrikas ist nach der von Nigeria die zweitgrößte des Kontinents. Das Land ist hinsichtlich Ökonomie (dreimal so groß wie die von Angola), Militär und Einwohnerzahl

(53 Millionen) zweifellos das Kraftwerk im Süden. Südafrika ist weiter entwickelt als viele afrikanische Länder – dank seiner Lage an der Südspitze des Kontinents und des Zugangs zu zwei Weltmeeren, seiner Bodenschätze an Gold, Silber und Kohle und eines Klimas und Bodens, die die Nahrungsmittelproduktion im großen Stil erlauben.

Weil es so weit im Süden liegt und die Küstenebene rasch zu Hochland ansteigt, gehört Südafrika zu den wenigen afrikanischen Ländern, die nicht unter der Geißel Malaria leiden, denn die

Überträgermücken können sich dadurch nicht so leicht vermehren. Dies ermöglichte es den europäischen Kolonialisten, hier weiter und schneller als in den von Malaria gebeutelten Tropen ins Landesinnere vorzustoßen, zu siedeln und kleine Industrieunternehmen zu gründen, aus denen jetzt Südafrikas größte Industriezweige geworden sind.

Für die meisten Südafrikaner bedeuten Geschäfte mit dem Ausland Geschäftsverbindungen in Pretoria, Bloemfontein und Kapstadt.

Südafrika hat seine Rohstoffe und seine Lage genutzt, um seine Nachbarn in

sein Transportsystem einzubinden: Es gibt eine zweigleisige Bahnstrecke und gut befahrbare Straßen, die von den Häfen East London, Kapstadt, Port Elizabeth und Durban nach Norden durch Simbabwe, Botswana, Sambia, Malawi und Tansania führen und sogar bis zur Provinz Katanga in der DR Kongo und nach Osten bis Mosambik reichen. Die neue, von Chinesen gebaute Bahn von Katanga an die angolanische Küste soll auch dieser Dominanz entgegenwirken und nimmt vielleicht etwas von dem Verkehr aus der DR Kongo weg, aber Südafrika ist offenbar entschlossen, seine

Vorteile zu halten.

Während der Apartheid unterstützte der Afrikanische Nationalkongress (ANC) die MPLA in Angola bei ihrem Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht. Doch jetzt, da beide Parteien jeweils im eigenen Land herrschen und auf lokaler Ebene konkurrieren, hat sich die Leidenschaft des gemeinsamen Kampfes in abgekühltere Beziehungen verwandelt. Angola muss noch einen langen Weg gehen, um Südafrika einzuholen. Eine militärische Konfrontation steht aber nicht an: Südafrikas Dominanz ist nahezu

umfassend. Es hat eine rund 100 000 Mann starke, gut ausgerüstete Armee, Dutzende von Kampfflugzeugen und Hubschraubern sowie mehrere moderne U-Boote und Fregatten.

In den Zeiten des British Empire bedeutete die Kontrolle über Südafrika die Kontrolle über das Kap der guten Hoffnung und somit über den Seeweg zwischen Atlantik und Indischem Ozean. Moderne Kriegsflotten können wesentlich weiter von der südafrikanischen Küste entfernt vorbeifahren, aber das Kap ist nach wie vor ein imponierendes Stück Land auf der Weltkarte und Südafrika

eine imponierende Macht im gesamten unteren Drittel des Kontinents.

In diesem Jahrhundert findet erneut ein Wettlauf um Afrika statt, doch diesmal ist er zweigleisig. Es bestehen gut dokumentierte fremde Interessen und Konkurrenzen beim Wettbewerb um Ressourcen, aber es gibt auch den »internen Wettlauf«, und Südafrika hat vor, dabei am schnellsten zu sein und am weitesten zu kommen.

Es beherrscht die 15 Länder umfassende Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) und hat sich einen ständigen Sitz bei der International

Conference on the Great Lakes Region
verschafft, bei der es nicht einmal
Mitglied ist. Konkurrent der SADC ist die
Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), zu
der Burundi, Kenia, Ruanda und
Tansania gehören. Letzteres ist auch
Mitglied der SADC, und die anderen
EAC-Mitglieder sehen seinen Flirt mit
Südafrika nicht gern. Südafrika
seinerseits scheint Tansania als Vehikel
zu betrachten, um mehr Einfluss in der
Region der Großen Seen und jenseits
davon zu bekommen.

Eine Brigade der südafrikanischen
Armee steht in der DR Kongo – offiziell

unter dem Kommando der UN, aber ihre politischen Herren haben sie geschickt, um sicherzustellen, dass Südafrika bei der Kriegsbeute in diesem rohstoffreichen Gebiet nicht leer ausgeht. Dies bringt das Land in Konkurrenz mit Uganda, Burundi und Ruanda, die ihre eigenen Vorstellungen haben, wer in der DR Kongo das Sagen haben sollte.

In der Vergangenheit blieb Afrika keine Wahl – die Geographie formte es. Dann legten die Europäer die meisten der heutigen Grenzen künstlich fest. Jetzt hat Afrika angesichts steigender Bevölkerungszahlen und der Entwicklung

von Megastädten keine andere Möglichkeit als sich der modernen globalisierten Welt zu öffnen, an die es unweigerlich gekoppelt ist. Dabei macht es, trotz aller Probleme, die angesprochen wurden, riesige Fortschritte.

Dieselben Flüsse, die den Handel behinderten, werden jetzt für Hydroenergie nutzbar gemacht. Aus dem Boden, der sich einer Nahrungsmittelproduktion im großen Stil verweigert, kommen Erze und Öl und machen manche Länder reich, auch wenn von dem Wohlstand beim Volk wenig ankommt. Trotzdem: In den meisten,

wenn auch nicht in allen Ländern hat die Armut abgenommen, während die medizinische Versorgung und der Bildungsstand verbessert wurden. Viele Länder sind englischsprachig, was in einer vom Englischen dominierten globalen Wirtschaft ein Vorteil ist, und der Kontinent hat im Lauf der letzten zehn Jahre überwiegend ein wirtschaftliches Wachstum erfahren.

Negativ zu Buche schlägt, dass das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern von den Weltmarktpreisen für Erze und Energie abhängt. Länder, deren Staatshaushalt beispielsweise auf einem

Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel basiert, haben wenig, worauf sie zurückgreifen können, wenn der Preis auf 80 oder 60 Dollar fällt. Das Niveau der Warenproduktion ist kaum höher als in den 1970ern. Korruption grassiert nach wie vor auf dem gesamten Kontinent, und neben den wenigen »heißen« Konflikten (beispielsweise Somalia, Nigeria, Sudan) gibt es viele, die bloß eingefroren sind.

Aber es werden jedes Jahr mehr Straßen und Bahnstrecken gebaut, die diese unglaublich verschiedenen Räume verbinden. Die ungeheuren

Ausdehnungen der Meere und Wüsten, die Afrika von der Welt abschotten, wurden durch den Flugverkehr überwunden, und Maschinenkraft hat Häfen an Stellen geschaffen, die die Natur nicht dafür vorgesehen hatte.

Seit den 1960ern haben Optimisten in jeder Dekade geschrieben, dass Afrika kurz davor stehe, das Schicksal, das ihm Geschichte und Natur zugeteilt haben, zu überwinden. Vielleicht stimmt es ja dieses Mal. Es muss einfach. Im subsaharischen Afrika leben Schätzungen zufolge derzeit 1,1 Milliarden Menschen – bis 2050 kann sich ihre Zahl gut auf 2,4 Milliarden

erhöht haben.

DER NAHE OSTEN

*»Wir haben Sykes-Picot
vernichtet!«*

Ein Kämpfer des »Islamischen
Staats«, 2014



In der Nähe von was? Östlich von wo?
Der Name der Region basiert auf einer europäischen Weltsicht, und es ist ein europäischer Blick auf die Region, der sie geformt hat. Die Europäer nahmen Tinte und zogen Linien auf der Landkarte: Linien, die in der Realität nicht existierten und einige der künstlichsten Grenzen der Welt schufen. Jetzt wird der Versuch unternommen, sie mit Blut neu zu ziehen.

Eines der wichtigsten Videos aus dem Nahen Osten, die 2014 auftauchten, wurde im selben Jahr durch Bildmaterial von Bombenexplosionen und

Enthauptungen in den Schatten gestellt. Bei dem Video handelt es sich um raffinierte Propaganda des »Islamischen Staats« und es zeigt einen Bulldozer, der die Grenze zwischen Irak und Syrien ausradiert, genauer: aus der Welt schiebt. Die Grenze ist lediglich ein hoher Sandwall. Verschiebt man den Sand, existiert die Grenze *physisch* nicht mehr. In der Theorie existiert die »Linie« hingegen weiter. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die Worte des oben zitierten IS-Kämpfers prophetisch oder protzig waren: »Wir zerstören die Grenzen und durchbrechen die Barrieren.

Dank sei Allah.«

Nach dem Ersten Weltkrieg existierten in der Großregion Naher Osten weniger Grenzen als heute, und jene, die es gab, waren üblicherweise allein von der Geographie bestimmt. Die Räume innerhalb der Grenzen waren locker unterteilt und wurden entsprechend der Geographie, ethnischen Zugehörigkeit und Religion regiert, aber es gab keinen Versuch, Nationalstaaten zu schaffen.

Der weiter gefasste Nahe Osten erstreckt sich über 1600 Kilometer von West nach Ost, vom Mittelmeer bis zu den Bergen des Iran. Von Nord nach Süd

sind es, wenn wir am Schwarzen Meer beginnen und in Oman an der Küste des Arabischen Meers enden, 3200 Kilometer. Zu dieser Region gehören riesige Wüsten, Oasen, schneebedeckte Berge, lange Flüsse, große Städte und Küstenebenen. Und sie besitzt eine Menge jener Bodenschätze, die jedes industrialisierte oder die Industrialisierung vorantreibende Land rund um den Globus benötigt – Erdöl und Gas.

Auch die als Mesopotamien bekannte fruchtbare Region gehört dazu, das »Land zwischen den Flüssen« Euphrat und Tigris. Doch die dominierende

Landschaftsform ist die der endlosen Wüste Arabiens und der Buschsavanne im Inneren, die in Teile von Israel, Jordanien, Syrien, Kuwait, dem Irak, Oman und Jemen reicht und den Großteil von Saudi-Arabien ausmacht. Dazu gehört auch Rub al-Chali, das »Leere Viertel«, die größte zusammenhängende Sandwüste der Erde, in der ganz Frankreich Platz fände. Aufgrund dieser Gegebenheiten lebt nicht nur die Mehrheit der Bewohner der Region an deren Peripherie, sondern es war auch bis zur europäischen Kolonisation für die meisten Menschen hier unüblich, in

Kategorien wie Nationalstaaten und per Gesetz festgelegter Grenzen zu denken.

Der Gedanke, dass ein Mann aus einem bestimmten Gebiet nicht durch die Region reisen konnte, um einen Verwandten vom selben Stamm zu besuchen, solange er kein Dokument hatte, das ihm ein dritter Mann, den er nicht kannte und der sich in einer weit entfernten Stadt befand, ausgestellt hatte, machte wenig Sinn. Die Vorstellung, dass das Dokument ausgegeben worden war, weil ein Fremder erklärt hatte, das Gebiet umfasse jetzt zwei Regionen, denen er bestimmte Namen verpasst hatte, erschien

absolut sinnlos und widersprach der Lebensweise, die seit Jahrhunderten Bestand gehabt hatte.

Das Osmanische Reich (1299–1922) wurde von Istanbul aus regiert. Zu seinen Hochzeiten reichte es von den Toren Wiens über Anatolien und Arabien bis zum Indischen Ozean. Von West nach Ost umfasste es die heutigen Staaten Algerien, Libyen, Ägypten, Israel/Palästina, Syrien, Jordanien, Irak und Teile des Iran. Und es hatte sich bei den meisten dieser Regionen nicht die Mühe gemacht, sich Namen für sie auszudenken. 1867 teilte man sie einfach

in Verwaltungsbezirke ein, die als »Vilayets« bekannt sind und sich üblicherweise danach richteten, wo bestimmte Stämme lebten, seien es die Kurden im heutigen Nordirak oder die Stammesverbände im heutigen Grenzbereich von Syrien und dem Irak.

Die Briten und Franzosen hatten eine andere Idee, als das Osmanische Reich zu zerfallen begann. Der britische Diplomat Colonel Sir Mark Sykes nahm 1916 einen dicken Stift und zog eine grobe Linie über eine Karte des Nahen Ostens. Sie verlief vom Mittelmeer bei Haifa (heute in Israel) nach Nordosten bis Kirkuk (heute

im Iran) und wurde zur Grundlage eines Geheimabkommens mit Sykes' französischem Verhandlungspartner François Georges-Picot. Ziel war, die Region in zwei Einflussgebiete aufzuteilen, falls die Tripelentente das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg besiegen würde. Der Bereich nördlich der Linie sollte unter französischer Kontrolle sein, der südlich von ihr unter britischer Vorherrschaft.

Der Begriff »Sykes-Picot« wurde zum Synonym für verschiedene Entscheidungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, mit denen

Versprechungen an Stämme gebrochen wurden und die ein Stück weit die heutigen Unruhen und den Extremismus erklären. Diese Behauptung mag übertrieben wirken, denn es gab schon vor der Ankunft der Europäer Gewalt und Extremismus. Doch wie wir in Afrika sahen, ist die willkürliche Schaffung von »Nationalstaaten« mit Menschen, die es nicht gewohnt sind, in einem Gebiet zusammenzuleben, eben kein Rezept für Gerechtigkeit, Gleichheit und Stabilität.

Vor »Sykes-Picot« (im weiteren Sinne) gab es keinen Staat Syrien, ebenso wenig wie die Staaten Libanon, Jordanien, Irak,

Saudi-Arabien, Kuwait, Israel oder Palästina. Moderne Karten zeigen die Grenzen und Namen von Nationalstaaten, doch diese sind jung, und sie sind instabil.

Der Islam ist die dominierende Religion im Nahen Osten, aber er umfasst viele verschiedene Richtungen. Die wichtigste Teilung innerhalb des Islam ist fast so alt wie die Religion selbst: Die Trennung zwischen Sunniten und Schiiten geht zurück auf 632, das Jahr, in dem der Prophet Mohammed starb und der Streit über seine Nachfolge ausbrach.

Die Sunniten bilden unter den Arabern

und auch weltweit die Mehrheit: Zu ihnen zählen rund 85 Prozent aller Muslime. Allerdings sind die Prozentsätze in einigen der arabischen Länder deutlich niedriger. Die Bezeichnung kommt von »Sunna«, »Tradition des Propheten«. Nach dem Tod des Propheten forderten jene, die zu Sunniten wurden, dass sein Nachfolger nach arabischen Stammestraditionen gekürt werden sollte. Sie betrachten sich als orthodoxe Muslime.

Das Wort »Schia«, von dem sich Schiiten ableitet, steht für »Schiat Ali«, »Partei Alis« und bezieht sich auf

Mohammeds Schwiegersohn Ali. Sowohl Ali als auch seine Söhne Hassan und Hussein wurden ermordet. Damit wurde ihnen das vorenthalten, was ihnen nach Meinung der Schiiten per Geburtsrecht zustand – die Führung der islamischen Gemeinschaft.

Dadurch entstanden verschiedene doktrinale Auseinandersetzungen und Kulturpraktiken, die die beiden Hauptströmungen des Islam unterscheiden. Die Folge waren Streitigkeiten und Kriege, doch es hat auch lange Perioden friedlicher Koexistenz gegeben.

Innerhalb der beiden Hauptströmungen gibt es weitere Unterteilungen: beispielsweise verschiedene Zweige der Sunniten, die bestimmten großen Gelehrten der Vergangenheit folgen, darunter die strikte Hanbaliten-Tradition, benannt nach Ahmad ibn Hanbal, einem irakischen Gelehrten des 9. Jahrhunderts. Sie wird von vielen Sunniten in Katar und Saudi-Arabien favorisiert. Diese wiederum hat den ultrapuristischen Salafismus beeinflusst, der unter Dschihadisten vorherrscht.

Bei den Schiiten gibt es drei

Hauptströmungen. Am bekanntesten sind wohl die Zwölfer-Schiiten, die der Lehre von zwölf Imamen anhängen; aber auch dort gibt es noch Untergruppen. Die Schule der Ismailiten bekennt sich zu sieben Imamen, die der Zaiditen zu fünf Imamen. Unter den diversen Abspaltungen von den schiitischen Hauptströmungen gelten die Alawiten und Drusen als so weit entfernt von traditionellem islamischem Denken, dass viele andere Muslime, insbesondere Sunniten, sie nicht einmal als Angehörige ihrer Religion betrachten.

Das Vermächtnis der europäischen

Kolonialherrschaft sind in Nationalstaaten zusammengewürfelte Araber, deren Führer meist jene Richtung des Islam bevorzugten, aus der sie selbst kamen (ebenso wie den entsprechenden Stammesverband). Diese Diktatoren benutzten die Staatsmaschinerie, um sicherzustellen, dass ihre Doktrin im gesamten Gebiet innerhalb der künstlichen Grenzlinien herrschte, die die Europäer gezogen hatten – egal, ob das historisch gerechtfertigt und gegenüber den verschiedenen Stämmen und Religionen, die hier zusammengeworfen waren, angebracht war.

Der Irak ist ein Paradebeispiel für daraus resultierende Konflikte und Chaos. Die religiöseren unter den Schiiten akzeptierten nie, dass eine sunnitische Regierung die Kontrolle über ihre heiligen Städte hatte, etwa über Nadschaf und Kerbela, wo ihre Märtyrer Ali und Hussein begraben sein sollen. Solche Zugehörigkeitsgefühle reichen Jahrhunderte zurück, ein paar Dekaden unter der Bezeichnung »Iraker« konnten sie nicht verwässern.

Die türkischen Herrscher des Osmanischen Reichs sahen ein zerklüftetes, bergiges Gebiet, in dem

Kurden dominierten, dahinter und östlich vom heutigen Syrien sahen sie in Richtung Bagdad flacher werdendes Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung aus sunnitischen Arabern bestand. Und schließlich, nach dem Zusammenfluss von Euphrat und Tigris zum Schatt al-Arab, sahen sie im Marschland und der Stadt Basra noch mehr Araber, von denen die meisten aber Schiiten waren. Entsprechend regierten sie diesen Bereich: Sie teilten ihn in drei Verwaltungsregionen ein: Mossul, Bagdad und Basra.

Im Altertum waren die Regionen, die

den eben genannten in etwa entsprachen, als Assyrien, Babylonien und Sumer bekannt. Als die Perser den Bereich beherrschten, teilten sie ihn auf ähnliche Weise, ebenso taten das Alexander der Große und später das Reich der Umayyaden. Die Briten betrachteten dasselbe Gebiet und machten aus den drei Bereichen einen, eine Unmöglichkeit, die Christen mit der heiligen Dreifaltigkeit lösen können, die im Irak aber zu einem schrecklichen Schlamassel geführt hat.

Viele Beobachter sagen, dass nur ein starker Mann diese drei Gebiete zu einem Staat vereinen könne, und im Irak gab es

einen starken Mann nach dem anderen. Doch in Wahrheit waren die Menschen nie vereint, sie waren nur starr vor Angst. In Wahrheit, tief drinnen, kauften nur wenige Menschen dem Staat seine Propaganda ab, die versuchte, die systematische Verfolgung der Kurden, die Dominanz von Saddams sunnitischen Clan aus seiner Heimatstadt Tikrit oder die Massenabschlachtung von Schiiten nach ihrem gescheiterten Aufstand 1991 zu kaschieren.

Die Ersten, die ausscherten, waren die Kurden. In einer Diktatur geben die kleinsten Minderheiten manchmal vor, sie

würden der Propagandabeauptung, ihre Rechte würden geschützt, Glauben schenken, weil sie nicht stark genug sind, sich gegen die Realität zu wehren. Beispielsweise gingen die christliche Minderheit im Irak und die Handvoll Juden dort davon aus, dass sie sicherer wären, wenn sie sich in einer weltlichen Diktatur wie der von Saddam ruhig verhielten, statt einen Wandel mit jenen schrecklichen Folgen zu riskieren, die dann auch eintraten. Die Kurden hingegen waren geographisch definiert und vor allem zahlreich genug, um zu reagieren, als die Diktatur zu erdrückend

wurde.

Die 5 Millionen Kurden im Irak leben überwiegend im Norden und Nordosten, in den Gouvernements Erbil, Sulaimaniyya und Dahuk sowie den umliegenden Gebieten. Es handelt sich um einen riesigen, überwiegend bergigen und hügeligen Halbmond, was bedeutet, dass die Kurden trotz wiederholter kultureller und militärischer Angriffe ihre Identität wahren konnten. Einer davon war die Anfal-Operation 1988, bei der Dörfer aus der Luft mit Giftgas bombardiert wurden. Während des in acht Etappen durchgeführten Feldzugs

nahmen Saddams Streitkräfte keine Gefangenen und töteten alle Männer zwischen 15 und 50 Jahren, deren sie habhaft werden konnten. Bis zu 100 000 Kurden wurden ermordet und 90 Prozent ihrer Dörfer ausradiert.

Als Saddam 1990 in Kuwait einmarschierte, ergriffen die Kurden die Gelegenheit, um Geschichte zu schreiben und das wahrzumachen, was ihnen nach dem Ersten Weltkrieg 1920 im Vertrag von Sèvres versprochen, aber nie gegeben worden war – einen Staat Kurdistan. Am Ende des Golfkriegs erhoben sich die Kurden, die Alliierten legten eine

»Sicherheitszone« fest, in der das irakische Militär Flugverbot hatte, und es begann sich so etwas wie ein De-facto-Kurdistan zu bilden. Der Einmarsch der USA 2003 in den Irak zementierte die offenkundige Tatsache – Bagdad wird nicht wieder über die Kurden herrschen.

Kurdistan ist kein souveräner, formaler Staat, besitzt aber viele Merkmale eines solchen, und die gegenwärtigen Ereignisse im Nahen Osten erhöhen die Wahrscheinlichkeit weiter, dass es einen international anerkannten Staat namens Kurdistan geben wird. Die Frage lautet aber: Wie wird er aussehen? Wie werden

Syrien, die Türkei und der Iran reagieren, wenn ihre kurdischen Gebiete versuchen, sich ihm anzuschließen und ein zusammenhängendes Kurdistan zu schaffen, das Zugang zum Mittelmeer hat?

Es wird noch ein anderes Problem geben: die Einigkeit unter den Kurden. Das irakische Kurdistan ist seit Langem zwischen zwei rivalisierenden Familien aufgeteilt. Die syrischen Kurden versuchen, einen Kleinstaat namens Rojava zu gründen. Sie betrachten ihn als Teil eines künftigen größeren Kurdistan, aber falls es zu dessen Schaffung kommt,

würde die Frage aufgeworfen, wer wie viel Macht hätte und wo sie ausgeübt würde. Wenn Kurdistan zum international anerkannten Staat wird, ändert sich die Form des Irak. Von der Annahme ausgehend, dass es einen Irak geben wird. Vielleicht ist das aber nicht der Fall.

Das Haschemitische Königreich, wie Jordanien auch bezeichnet wird, ist ein weiterer Staat, den die Briten, die 1918 ein großes zusammenhängendes Territorium verwalten und diverse Probleme lösen mussten, aus der Wüste geschnitten haben.



Auch wenn es keinen anerkannten Staat gibt, so gibt es doch eine Region »Kurdistan«. Da sie sich über mehrere Grenzen erstreckt, ist dies ein möglicher Krisenherd, falls die kurdischen Gebiete versuchen, ein unabhängiges Land zu etablieren.

Verschiedene arabische Stämme hatten

die Briten im Ersten Weltkrieg gegen das Osmanische Reich unterstützt, doch zweien von ihnen versprach London eine besondere Belohnung nach Kriegsende. Dummerweise wurde beiden dasselbe versprochen – die Kontrolle über die arabische Halbinsel. Angesichts der Tatsache, dass die Stämme der Saud und der Haschemiten häufig gegeneinander kämpften, war das etwas ungeschickt. Also entstaubte man in London die Landkarten, zog einige Linien und erklärte, das Oberhaupt der Familie Saud könne das eine Gebiet regieren und das der Haschemiten das andere. Allerdings

würden beide einen britischen Diplomaten »benötigen«, der ein Auge auf die Dinge hätte. Der saudische Führer landete schlussendlich einen Treffer, indem er seinem Territorium seinen eigenen Namen gab. Daher kennen wir das Gebiet als Saudi-Arabien – dem würde in etwa entsprechen, das Vereinigte Königreich »Windsorland« zu nennen.

Als Verwaltungskleinkrämer nannten die Briten das andere Gebiet »Transjordanien«, was die Kurzform von »Land jenseits des Jordans« war. Eine staubige Kleinstadt namens Amman

wurde zur Hauptstadt von Transjordanien gemacht, und als die Briten 1948 das Land verließen, änderte man den Namen in Jordanien. Doch die Haschemiten kamen nicht aus der Gegend von Amman: Sie gehörten ursprünglich zum mächtigen Stamm der Quraisch aus der Region Mekka, während die Einwohner von Amman überwiegend Beduinen waren. Heute ist die Mehrheit der Einwohner palästinensisch: Als Israel 1967 das Westjordanland besetzte, flohen viele Palästinenser nach Jordanien, das ihnen als einziges arabisches Land die

Staatsbürgerschaft anbot. Daher sind jetzt die meisten der 6,7 Millionen Jordanier Palästinenser, und viele von ihnen betrachten sich nicht als loyale Untertanen des gegenwärtigen haschemitischen Herrschers König Abdullah. Zu diesem Problem kommen noch eine Million Flüchtlinge aus dem Irak und aus Syrien, die das Land ebenfalls aufgenommen hat und die seine äußerst limitierten Ressourcen enorm strapazieren.

Derartige Veränderungen in der Demographie eines Landes können große Probleme bewirken – und nirgendwo

sind sie größer als im Libanon.

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts betrachteten die Araber das Gebiet zwischen dem Libanon-Gebirge und dem Meer schlicht als Provinz der Region Syrien. Die Franzosen, die es nach dem Ersten Weltkrieg in die Finger bekamen, sahen das anders.

Die Franzosen waren seit Langem Verbündete der arabischen Christen in der Region und als eine Art Dankeschön formten sie an einem Ort, wo diese in den 1920ern der dominierende Bevölkerungsteil zu sein schienen, ein Land für sie. Da es für dieses Land keinen

anderen Namen gab, benannten es die Franzosen nach den nahe gelegenen Bergen, und der Libanon war geboren. Diese geographische Grille hielt bis Ende der 1950er. Zu diesem Zeitpunkt wuchs die Geburtenrate bei den Schiiten und Sunniten im Libanon stärker als bei den Christen, zudem war die Zahl der muslimischen Bevölkerung stark angestiegen durch Palästinenser, die 1948 vor dem arabisch-israelischen Krieg im benachbarten Israel/Palästina geflohen waren. Im Libanon gab es einzig 1932 eine offizielle Volkszählung, denn die Demographie ist eine sensible

Angelegenheit und das politische System basiert zum Teil auf Bevölkerungsquoten.

Zwischen den verschiedenen

Konfessionsgruppen in der Region gab es langwierige Kämpfe. Was von manchen Historikern als erster libanesischer Bürgerkrieg bezeichnet wird, brach 1958 zwischen maronitischen Christen und den Muslimen aus, die zu diesem Zeitpunkt gegenüber den Christen wohl eine kleine Mehrheit bildeten. Heute tun sie dies eindeutig, aber es gibt nach wie vor keine offiziellen Zahlen, und wissenschaftliche Studien, die welche nennen, sind heftig umstritten.

In einigen Teilen der Hauptstadt Beirut leben ausschließlich Schiiten, ebenso im Großteil des Südlibanons. Dort dominiert die schiitische Hisbollah (unterstützt vom schiitischen Iran). Eine weitere Schiiten-Hochburg ist die Bekaa-Ebene, die die Hisbollah als Sammelgebiet für ihre Einfälle nach Syrien nutzte, mit denen sie den dortigen Regierungstreitkräften beistand. In anderen Städten bilden Sunniten die Mehrheit. Das im Norden gelegene Tripoli gilt beispielsweise als zu 80 Prozent von Sunniten bewohnt, hat aber auch eine beträchtliche alawitische Minderheit. Angesichts der Spannungen

zwischen Sunniten und Alawiten im angrenzenden Syrien hat das zu sporadischen Ausbrüchen von Kämpfen geführt.

Der Libanon erscheint nur auf der Landkarte als geeinter Staat. Schon einige Minuten nach der Ankunft am Beiruter Flughafen merkt man, dass er weit davon entfernt ist. Die Fahrt vom Flughafen zum Zentrum führt durch die ausschließlich schiitischen südlichen Vororte, in denen teilweise die Hisbollah-Miliz die Polizeigewalt ausübt. Die Miliz ist wahrscheinlich die effizienteste Streitmacht im Land. Die libanesische

Armee existiert zwar auf dem Papier, aber im Verlauf eines weiteren Bürgerkriegs in den Jahren 1975–1990 zerfiel sie, weil die Soldaten der meisten Einheiten zurück in ihre Heimatorte gingen und sich den lokalen Milizen anschlossen.

Partiell das Gleiche passierte mit den syrischen Streitkräften, als Ende 2011 der Bürgerkrieg dort richtig ausbrach.

Syrien ist auch ein Staat mit vielen Glaubensrichtungen, Konfessionen und Stämmen, der bei der ersten Infragestellung auseinanderfiel. Wie für die Region typisch, sind die meisten

Einwohner – rund 70 Prozent – Sunniten, aber es gibt erhebliche Minderheiten anderer Glaubensbekenntnisse. Bis 2011 lebten viele Gemeinschaften Seite an Seite in Städten, Ortschaften und auf dem Land, aber es gab auch immer Bereiche, in denen eine bestimmte Gruppierung deutlich überwog. Wie im Irak erklärten die Einheimischen einem immer: »Wir sind ein Volk, es gibt keine Unterschiede zwischen uns.« Doch wie im Irak kann man anhand von Name, Geburtsort oder Wohnort leicht Rückschlüsse auf die Herkunft ziehen. Und wie im Irak war es nicht schwer, das eine Volk in viele

Völker zu zerreißen.

Als die Franzosen das Sagen in der Region hatten, folgten sie dem britischen Beispiel des Teilens und Herrschens. Zu jener Zeit waren die Alawiten als Nusairier bekannt. Viele Sunniten betrachten sie nicht als Muslime, und da die Feindseligkeiten ihnen gegenüber so stark waren, benannten sie sich um in Alawiten, »Ali-Anhänger«, um ihren islamischen Glauben zu betonen. Sie waren ein Hinterwäldler-Volk und standen in der syrischen Gesellschaft ganz unten auf der sozialen Leiter. Die Franzosen zogen sie zur Polizei und ins

Militär ein, von wo aus sie sich im Lauf der Jahre als größere Macht im Land etabliert haben.

Grundsätzlich war sich jeder der Spannungen bewusst, die aufkommen, wenn Führer aus einer kleinen Bevölkerungsminderheit die Mehrheit regieren. Der Assad-Clan, aus dem Präsident Baschar al-Assad stammt, gehört zu den Alawiten, die etwa 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Familie regiert das Land, seit Baschars Vater Hafiz 1970 die Macht per Staatsstreich übernahm. 1982 schlug Hafiz einen Aufstand der sunnitischen

Muslimbrüder in Hama nieder. Dabei starben binnen weniger Tage wohl 30 000 Menschen. Die Muslimbrüder haben das weder vergeben noch vergessen, und als die landesweiten Unruhen 2011 begannen, war noch eine Rechnung offen. In gewisser Hinsicht war der folgende Bürgerkrieg einfach Hama Teil II.

Die endgültige Form und Ausrichtung Syriens steht noch zur Debatte, aber es gibt ein Szenarium, das besagt, dass sich die Alawiten, falls Damaskus fällt (was aber sehr unwahrscheinlich ist), in ihre alten Hochburgen an der Küste und in den Bergen zurückziehen und einen

Winzstaat gründen werden, wie er schon einmal in den 1920ern und 1930ern existierte. Das ist theoretisch möglich, aber Hunderttausende von Sunniten würden in der Region verbleiben, und wenn eine neue, von Sunniten dominierte Regierung in Damaskus gebildet würde, gehörte es zu ihren Prioritäten, den Zugang zur Küste abzusichern und die letzten Widerstandsnester auszuheben.

Für die nächste Zukunft sieht es danach aus, dass Syrien wie eine Reihe von Lehensgütern regiert wird, in denen verschiedene Warlords herrschen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen

ist Präsident Assad schlicht der mächtigste Warlord unter vielen. Im Libanon dauerte der jüngste Bürgerkrieg 15 Jahre, und zeitweise steht das Land gefährlich nahe vor einem weiteren. Syrien mag ein ähnliches Schicksal erleiden.

Syrien ist auch, wie der Libanon, zu einem Land geworden, das auswärtige Mächte benutzen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Russland, der Iran und die libanesische Hisbollah unterstützen die syrischen Regierungskräfte. Die arabischen Länder unterstützen die Opposition, aber die unterschiedlichen

Staaten unterstützen verschiedene Oppositionsgruppen: Die Saudis und Katar beispielsweise wetten um Einfluss, aber jeder sucht das über einen anderen Vertreter zu erreichen.

Um diese vielen Regionen als einheitlichen, regierbaren Raum zusammenzuhalten, braucht es Erfahrung, Mut und Kompromisse – Letztere sind ein Element, das so oft fehlt. Insbesondere die sunnitisch-dschihadistischen Kämpfer versuchen, die Regionen auseinanderzureißen, um ihr »Kalifat« auszuweiten.

Gruppen wie al-Qaida und in jüngerer

Zeit der »Islamische Staat« haben ihre Unterstützung auch aufgrund der Demütigung erlangt, die der Kolonialismus und dann das Versagen des panarabischen Nationalismus – und in gewisser Weise des arabischen Nationalstaats – bedeuteten. Arabische Führer haben es nicht geschafft, Wohlstand oder Frieden zu bringen, und der Sirenengesang des Islamismus, der die Lösung aller Probleme verheißt, hat sich als attraktiv für viele in einer Region erwiesen, deren Merkmal eine tödliche Mischung aus Frömmigkeit, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung ist.

Die Islamisten wollen zurück zu einem goldenen Zeitalter, in dem der Islam ein Weltreich beherrschte und bei Technologie, Kunst, Medizin und Verwaltung das Maß der Dinge war. Die Islamisten haben auch dazu beigetragen, dass das alte Misstrauen gegenüber »dem anderen« im gesamten Nahen Osten wieder an die Oberfläche gekommen ist.

Der »Islamische Staat« erwuchs in den späten 2000ern aus der Franchise-Gruppe »al-Qaida im Irak«, die nominell von den Überbleibseln der al-Qaida-Führung geleitet wurde. Als der syrische Bürgerkrieg dann in vollem Gange war,

hatte sich die Gruppe von al-Qaida abgespalten und umbenannt. Zuerst kannte der Rest der Welt sie als ISIL («Islamischer Staat in der Levante«), aber da das arabische Wort für Levante al-Scham lautet, wurde allmählich ISIS daraus. Im Sommer 2014 begann die Gruppe, sich selbst »Islamischer Staat« zu nennen, nachdem sie einen solchen für große Teile des Iraks und Syriens ausgerufen hatte.

Der IS wurde schnell zu jener Dschihadistengruppe, der man beitreten »musste«, und zog Tausende ausländischer Muslime an, was zum Teil

an seiner frommen Romantik und zum Teil an seiner Brutalität lag. Sein Hauptanziehungspunkt war jedoch die erfolgreiche Schaffung eines Kalifats. Wo al-Qaida Menschen ermordete und die Schlagzeilen eroberte, ermordete der IS Menschen und eroberte Gebiete.

Der IS eroberte auch einen Bereich, der im Internetzeitalter zunehmend an Bedeutung gewinnt – den psychologischen Raum. Er baute auf der Pionierarbeit von al-Qaida in den sozialen Medien auf und führte sie zu neuen Höhen an Perfektion und Brutalität. 2015 war der IS bei der Menge

an geposteten Nachrichten jeder Regierung voraus. Dafür bediente man sich Dschihadisten, die mit den gelegentlich brutalisierenden Effekten des Internets und seiner Obsession für Gewalt und Sex aufgewachsen sind. Sie sind Dschihadisten der Generation Jackass und sie sind dem tödlichen Spiel voraus.

Sunnitisch-islamistische Kämpfer aus aller Welt haben, wie Motten vom Licht einer Milliarde Pixel angezogen, die Dreiteilung zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten im Iran zu ihrem Vorteil genutzt. Sie bieten den sunnitischen Arabern eine berauschende Mischung aus

dem Versprechen, ihnen ihren »rechtmäßigen« Platz in der Region wiederzugeben, und dem, das Kalifat, in dem alle wahren Gläubigen (nach ihrer Version die sunnitischen Muslime) unter einem Herrscher leben, wieder einzurichten.

Doch es ist genau der Fanatismus ihres Glaubens und ihrer Handlungen, der verhindert, dass sie ihre utopischen Fantasien umsetzen können.

Erstens werden nur einige der sunnitischen irakischen Stämme die dschihadistischen Ziele unterstützen, und wenn, dann nur, um ihre eigenen zu

erreichen – zu denen eine Rückkehr ins 6. Jahrhundert nicht gehört. Sobald sie bekommen haben, was sie wollen, werden sie sich gegen die Dschihadisten wenden, insbesondere die ausländischen. Zweitens haben die Dschihadisten gezeigt, dass es gegenüber allen, die sich ihnen entgegenstellen, keine Gnade gibt und es einem Todesurteil gleichkommt, kein Sunnit zu sein. Somit sind alle nicht-sunnitischen Muslime und alle Minderheiten im Irak, Christen, Chaldäer, Jesiden und andere, gegen sie – wie auch Dutzende westlicher sowie muslimischer Staaten.

Die nicht dschihadistischen irakischen Sunniten befinden sich in einer schwierigen Situation. Kommt es zur Aufteilung des Irak oder zu einer legalen Föderalisierung, sitzen sie mitten dazwischen, umgeben von Sand, in einem Gebiet, das als sunnitische Dreiecke bekannt ist und dessen Eckpunkte östlich von Bagdad, westlich von Ramadi und nördlich von Tikrit liegen. Die Sunniten, die hier leben, haben oft mehr gemein mit verwandten Stämmen in Syrien als mit den Kurden im Norden oder den Schiiten im Süden.

Die wirtschaftliche Vielfalt reicht nicht

aus, um ein sunnitisches Staatswesen zu tragen. Die Geschichte hat den »Irak« mit Erdöl beschenkt, aber eine vollzogene Teilung des Landes würde bedeuten, dass es sich überwiegend in den kurdischen und schiitischen Gebieten befindet. Gibt es keinen starken, vereinten Irak, dann fließen die Petrodollar dorthin zurück, wo das Öl gefunden wird. Die kurdischen Gebiete können die Sunniten nicht unter ihre Kontrolle bringen, die Städte südlich von Bagdad, wie Nadschaf und Kerbela, sind überwiegend schiitisch, und die Häfen von Basra und Umm Qasr sind weit entfernt vom sunnitischen Gebiet.

Dieses Dilemma hat zur Folge, dass die Sunniten um einen gleichberechtigten Anteil in einem Land kämpfen, das sie einst beherrschten. Manchmal spielen sie mit dem Gedanken an Abspaltung, aber sie wissen, dass ihre Zukunft dann Selbstbestimmung über nicht sehr viel wäre.

Im Falle eines Zerfalls sind die Schiiten geographisch in der besten Lage, daraus Vorteile zu ziehen. Das Gebiet, in dem sie vorherrschen, besitzt Ölfelder, knapp 60 Kilometer Küste, den Schatt al-Arab als Wasserstraße, Häfen, Zugang zur Außenwelt und mit dem Iran einen

religiösen, wirtschaftlichen und militärischen Bundesgenossen direkt nebenan.

Die dschihadistische Utopie ist die weltweite Vorherrschaft des salafistischen Islam. In ihren lichtereren, wenn auch immer noch gefährlichen Momenten planen und kämpfen sie für ein kleineres Ziel – ein Kalifat im gesamten Nahen Osten. Einer der dschihadistischen Schlachtrufe lautet »Von Mossul nach Jerusalem!« und soll ausdrücken, dass sie hoffen, das Gebiet zwischen Mossul im Irak, Beirut im Libanon, Amman in Jordanien und Jerusalem in Israel unter

ihre Kontrolle zu bringen. Doch die tatsächliche Größe des geographischen IS-Kalifats limitiert seine Tauglichkeit.

Damit sollen weder das Problem oder das Ausmaß dessen, was die arabische Version des Dreißigjährigen Kriegs (1618–1648) sein könnte, unterschätzt werden. Es ist kein Problem allein des Nahen Ostens. Viele der internationalen Dschihadisten, die überleben, werden nach Europa, Nordamerika, Indonesien, Bangladesch und in den Kaukasus heimkehren, wo sie sicher kein ruhiges Leben führen werden. Die Geheimdienste in London glauben, dass weit mehr

britische Muslime im Nahen Osten für Dschihadistengruppen kämpfen als in der britischen Armee dienen. Das Radikalisierungsprogramm der Islamisten begann mehrere Jahrzehnte vor den Entradikalisierungsinitiativen, die es jetzt in europäischen Ländern gibt.

Die meisten Länder in der Region stehen vor einer mehr oder weniger starken eigenen Version dieses Generationskonflikts. Saudi-Arabien beispielsweise hat es in der vergangenen Dekade mit Al-Qaida-Zellen aufgenommen und sie mehrheitlich zersetzt. Jetzt steht es vor neuen

Herausforderungen durch die nächste Generation von Dschihadisten. Ein anderes Problem hat das Land im Süden, an der Grenze zum Jemen, der wiederum durch Gewalt, Separatistenbewegungen und streng dschihadistische Grundbegriffe zerrissen wird.

Auch in Jordanien brodet eine islamistische Bewegung, insbesondere in der Stadt Zarqa, die im Nordosten des Landes, in Richtung der Grenzen zu Syrien und zum Irak liegt. Zarqa beheimatet einige der mehreren Tausend Unterstützer von Gruppen wie al-Qaida und IS. Die Behörden fürchten, dass eine

Dschihadistengruppe aus dem Irak oder Syrien die jetzt durchlässige Grenze erreichen und in großer Zahl nach Jordanien eindringen könnte. Die von Briten ausgebildete jordanische Armee gilt als eine der robustesten im Nahen Osten, aber sie könnte in Schwierigkeiten kommen, wenn lokale Islamisten und ausländische Kämpfer einen Guerillakrieg beginnen. Wenn sich die palästinensischen Jordanier weigern, das Land zu verteidigen, ist es nicht unrealistisch anzunehmen, dass es in einem ähnlichen Chaos wie Syrien versinkt. Das ist das Letzte, was die

Haschemitenherrscher wollen – und es ist ebenfalls das Letzte, was die Israelis wollen.

Die Schlacht um das künftige Schicksal des arabischen Nahen Ostens hat ein Stück weit das Scheinwerferlicht vom israelisch-arabischen Streit abgezogen. Die Fixierung auf Israel/Palästina kommt von Zeit zu Zeit zurück, aber die Ungeheuerlichkeit dessen, was anderswo passiert, hat endlich zumindest einige Beobachter begreifen lassen, dass die Probleme der Region sich nicht allein auf die Existenz Israels herunterbrechen lassen. Dies ist eine Lüge, mit der

arabische Diktatoren hausieren gegangen sind, um von ihrer eigenen Brutalität abzulenken, und die ihnen von vielen Menschen in der gesamten Region und von den für die Diktatoren nützlichen Schwachköpfen im Westen abgekauft wurde. Nichtsdestotrotz, die gemeinsame Tragödie von Israel/Palästina geht weiter und die Obsession ist so groß, dass dieses winzige Stück Land bald wieder von manchen als dringendstes Problem auf der Welt gesehen wird.

Für die Osmanen war das Gebiet zwischen dem Westufer des Jordans und dem Mittelmeer ein Teil der Region

Syrien. Sie nannten es Filistina. Nach dem Ersten Weltkrieg, unter dem britischen Mandat, wurde daraus Palästina.

In dem Gebiet, das Israel genannt wurde, hatten die Juden seit Jahrtausenden gelebt, aber die Verheerungen der Geschichte hatten sie über die ganze Welt verstreut. Dabei blieb Israel für sie das »gelobte Land« und insbesondere Jerusalem eine heilige Stätte. Doch anno 1948 machten arabische Muslime und Christen seit über tausend Jahren die deutliche Mehrheit im Land aus.

Mit dem Völkerbundsmandat für

Palästina im 20. Jahrhundert wuchs die jüdische Bewegung, sich ihren in der Minderheit befindlichen Glaubensgenossen anzuschließen, und es siedelten, angefacht von den Pogromen in Osteuropa, mehr und mehr Juden dort. Die Briten sahen die »Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk« mit Wohlwollen und erlaubten es Juden, dorthin zu ziehen und Land von den Arabern zu kaufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust versuchten Juden in noch größerer Zahl nach Palästina zu gehen. Die Spannungen zwischen Juden und

Nichtjuden erreichten den Siedepunkt, und das entnervte Großbritannien übergab das Problem 1948 den Vereinten Nationen, die dafür votierten, die Region in zwei Länder aufzuteilen. Die Juden stimmten zu, die Araber sagten Nein. Das Ergebnis war ein Krieg, der dazu führte, dass die erste Welle palästinensischer Flüchtlinge das Gebiet verließ und jüdische Flüchtlinge aus dem übrigen Nahen Osten hereinströmten.

Jordanien besetzte das Westjordanland inklusive Ostjerusalem und Ägypten den Gazastreifen, den es als Fortsetzung seines Gebiets ansah. Keiner von beiden

hatte die Absicht, den Menschen, die dort lebten, die Staatsbürgerschaft oder eine Souveränität als Palästinenser zu verleihen, und es gab auch keine signifikante Bewegung unter den Einwohnern, die die Schaffung eines palästinensischen Staates verlangte. Syrien hingegen betrachtete die gesamte Region als Teil eines größeren Syriens und die Menschen dort als Syrer.

Bis heute stehen Ägypten, Syrien und Jordanien einer palästinensischen Unabhängigkeit misstrauisch gegenüber, und wenn Israel verschwände und durch Palästina ersetzt würde, könnten alle drei

Ansprüche auf Teile des Territoriums erheben. Doch in diesem Jahrhundert besteht ein heftiges Souveränitätsbestreben unter den Palästinensern und jede arabische Diktatur, die danach trachtete, sich einen Brocken eines wie immer geformten und großen palästinensischen Staates einzuverleiben, würde auf massiven Widerstand treffen. Den Palästinensern ist genau bewusst, dass die meisten der arabischen Länder, in die einige von ihnen im 20. Jahrhundert flüchteten, sich weigern, ihnen die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Stattdessen bestehen sie darauf,

dass die Kinder und Enkel der Palästinenser den Status als Flüchtlinge behalten, und tun alles, damit sie sich nicht integrieren.

Durch den Sechstagekrieg 1967 gewannen die Israelis die Kontrolle über ganz Jerusalem, das Westjordanland und den Gazastreifen. Gaza räumten sie 2005, aber im Westjordanland sind Hunderttausende von Siedlern verblieben.

Israel betrachtet Jerusalem als ewige, unteilbare Hauptstadt. Nach jüdischem Glauben befindet sich hier der Felsen, auf dem Abraham Isaak opfern wollte – direkt oberhalb des Heiligtums der

Heiligtümer, König Salomons Tempel. Für die Palästinenser hat Jerusalem gleichfalls eine religiöse Bedeutung, die tief in der muslimischen Welt widerhallt: Die Stadt gilt als drittheiligste Stätte des Islam, denn der Prophet Mohammed soll von demselben Felsen gen Himmel gefahren sein. Heute befindet sich der Felsen auf dem Gelände der »fernen Kultstätte« (al-Aqsa-Moschee). Militärisch hat Jerusalem nur ein bescheidenes geographisch-strategisches Gewicht – es besitzt keine nennenswerte Industrie, keinen Fluss und keinen Flughafen –, aber in kultureller und

religiöser Hinsicht ist seine Bedeutung ungeheuer: Die ideologische Notwendigkeit des Orts ist wichtiger als seine Lage. Der Zugang zu Jerusalem und die Kontrolle über die Stadt sind keine Fragen, bei denen sich leicht eine Kompromisslösung finden lässt.

Im Vergleich dazu war es für die Israelis leichter, den Gazastreifen aufzugeben (auch wenn das immer noch schwierig war). Doch ob die Menschen, die dort leben, viel durch den israelischen Weggang gewonnen haben, ist eine offene Frage.

Gaza ist der bei Weitem schlechter

gestellte Teil der beiden gegenwärtigen Autonomiegebiete der Palästinenser. Der Streifen ist nur 40 Kilometer lang und 12 Kilometer breit. Auf diesem Raum sind 1,8 Millionen Menschen zusammengepfercht. De facto handelt es sich um einen »Stadtstaat«, jedoch um einen schrecklich verarmten. Wegen der Auseinandersetzungen mit Israel sind die Bewohner von drei Seiten durch eine Sicherheitsanlage eingesperrt, die Israel und Ägypten geschaffen haben, und im Westen durch das Meer. Bauen dürfen sie nur bis zu einem bestimmten Abstand zur israelischen Grenze, weil die Israelis

Raketenbeschuss aus Gaza, der weit nach Israel hineinreicht, einschränken wollen. Im Lauf der letzten Dekade hat ein asymmetrisches Wettrüsten an Tempo gewonnen, bei dem sich die militanten Palästinenser in Gaza um Raketen mit größerer Reichweite bemühen und Israel sein Raketenabwehrsystem ausbaut.



Die Golan-Höhen, das Westjordanland und der Gazastreifen sind seit dem Sechstagekrieg 1967 umstrittene Gebiete.

Aufgrund der städtischen Bevölkerungsdichte ist Gaza ein gutes Kampfgebiet für die Verteidiger, aber ein Albtraum für die Zivilisten, die dort wenig oder gar keinen Schutz vor Angriffen und keine Verbindung zum Westjordanland haben, obwohl die Entfernung zwischen beiden Teilen an der schmalsten Stelle nur 40 Kilometer beträgt. Solange kein Friedensabkommen besteht, können die Bewohner von Gaza nirgendwohin gehen und haben zu Hause kaum Arbeit.

Das Westjordanland ist fast siebenmal so groß wie der Gazastreifen, aber von

allen Seiten von Landgrenzen eingeschlossen. Ein Großteil davon besteht aus einer Bergkette, die in Nord-Süd-Richtung verläuft. Militärisch ist im Vorteil, wer diese hohe Warte kontrolliert, denn westlich des Höhenzugs liegt die Küstenebene, östlich davon der Jordangraben. Lässt man die Ideologie der jüdischen Siedler einmal beiseite, die das biblische Recht beanspruchen, in Judäa und Samaria, wie sie das Gebiet nennen, zu leben, lautet das Diktum des israelischen Militärs, dass keine nicht israelische Streitmacht diese Höhen kontrollieren darf, denn es

könnten schwere Waffen auf die Küstenebene abgefeuert werden, wo 70 Prozent der israelischen Bevölkerung leben. In der Ebene befinden sich auch die wichtigsten Straßen, viele der erfolgreichen Hightech-Unternehmen, der internationale Flughafen und der Großteil der Schwerindustrie.

Dies ist ein Grund für die israelische Forderung nach »Sicherheit« und das Insistieren, dass selbst ein unabhängiger palästinensischer Staat keine Armee mit schweren Waffen auf diesem Höhenzug haben dürfe und Israel die Kontrolle über die Grenze zu Jordanien behalten müsse.

Denn Israel ist so klein, dass es keine wirkliche »strategische Tiefe« hat, kein Rückzugsgebiet, wenn seine Verteidigungslinien durchbrochen werden. Also konzentriert es sich militärisch darauf, dass niemand in seine Nähe kommen kann. Zudem ist die Grenze des Westjordanlands nur etwa 15 Kilometer von Tel Aviv entfernt. Vom Höhenzug des Westjordanlands aus könnte jedes halbwegs nennenswerte Militär Israel in zwei Teile zertrennen. Also sorgt Israel auch im Fall Westjordanland dafür, dass keine Gruppe mächtig genug wird, um seine Existenz

zu gefährden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die israelische Sicherheit und das Leben seiner Bürger durch terroristische Angriffe und Raketenbeschuss aus der unmittelbaren Nachbarschaft bedroht, aber nicht seine Existenz selbst. Ägypten, das im Südwesten liegt, ist keine Bedrohung. Es existiert ein Friedensvertrag zwischen beiden Seiten, und die teilweise entmilitarisierte Sinai-Halbinsel dient als Pufferzone zwischen ihnen. Östlich davon, jenseits des Roten Meeres im jordanischen Akaba, schützt nicht nur die

Wüste Israel, es gibt auch einen Friedensvertrag mit Amman. Im Norden besteht eine potenzielle Gefahr durch den Libanon, aber die ist relativ gering, denn es würde sich um Einfälle über die Grenze und/oder eingeschränkten Granatenbeschuss handeln. Wenn die libanesische Hisbollah jedoch ihre größeren und weiter reichenden Raketen einsetzen würde, um Ziele tief in Israel zu treffen, müsste sie mit einer massiven Reaktion rechnen.

Die ernstzunehmendere mögliche Bedrohung ist in Syrien, dem größeren Nachbarn des Libanon, zu verorten.

Damaskus will und braucht den direkten Zugang zur Küste, den es immer hatte. Man sah und sieht den Libanon als Teil Syriens (was er in der Tat war) und ist verbittert, dass die syrischen Truppen 2005 das Land verlassen mussten. Wenn dieser Weg zum Meer blockiert ist, führt die Alternativstrecke über die Golan-Höhen und die Hügel um den See Genezareth hinunter zum Mittelmeer. Aber die Golan-Höhen sind seit dem syrischen Angriff 1973 von Israel besetzt, und es würde eine sehr heftige Attacke einer syrischen Armee erfordern, um zur Küstenebene durchzubrechen, die zu den

großen israelischen Siedlungszentren führt. Dies ist für eine ferne Zukunft nicht auszuschließen, aber mittelfristig bleibt es extrem unwahrscheinlich – und unmöglich, solange der syrische Bürgerkrieg anhält.

Was bleibt, ist die Frage nach dem Iran – eine ernstere Angelegenheit, denn hier geht es auch um Atomwaffen.

Der Iran ist ein riesiges Land, in dem die Mehrheit nicht Arabisch, sondern Farsi spricht. Er ist größer als Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammen, doch während dort 200 Millionen Menschen leben, sind es im

Iran nur 78 Millionen. Ihr Siedlungsraum ist begrenzt: Die meisten leben in den Bergen, denn die großen Wüsten und Salzebenen im Innern des Iran sind als menschliche Wohnorte nicht geeignet. Schon allein die Fahrt mit dem Auto durch sie hindurch kann Menschen depressiv machen; dort zu leben ist ein Kampf, dem sich nur wenige stellen.

Es gibt zwei riesige Gebirgszüge im Iran: Zagros und Elburs. Das Zagros-Gebirge verläuft von Norden über 1500 Kilometer entlang der Grenze zur Türkei und zum Irak und weiter hinunter bis fast zur Straße von Hormus am Golf.

An der Südflanke der Kette erstreckt sich eine Ebene Richtung Westen, wo der Schatt al-Arab die Grenze zwischen Iran und Irak bildet. Hier befinden sich auch die wichtigsten iranischen Ölfelder (die anderen liegen im Norden und in der Mitte). Zusammen stellen sie wohl die drittgrößten Ölreserven der Welt dar. Trotzdem ist der Iran relativ arm. Die Gründe sind Misswirtschaft, Korruption, die bergige Topographie, die Transportverbindungen erschwert, und Wirtschaftssanktionen, die teilweise die Modernisierung bestimmter Industriebereiche verhindert haben.

Das Elburs-Gebirge beginnt ebenfalls im Norden, aber an der Grenze zu Armenien, und verläuft entlang der gesamten Südküste des Kaspischen Meeres und entlang der Grenze zu Turkmenistan, bis es vor Afghanistan flacher wird. Dies ist die Bergkette, die man von der Hauptstadt Teheran aus im Norden sehen kann. Sie bietet atemberaubende Ausblicke und birgt ein Geheimnis, das besser gehütet ist als das iranische Atomprogramm: Hier herrschen mehrere Monate im Jahr exzellente Bedingungen zum Skilaufen.

Mit Bergen an drei Seiten und Wasser

und Sumpfgebieten an der vierten wird der Iran von der Geographie verteidigt. Mongolische Streitkräfte waren die letzten, die nennenswert in das Terrain vordrangen – anno 1219–1221. Seither haben sich Angreifer nur selbst aufgerieben bei dem Versuch, über die Berge vorzustößen. Selbst die größte Streitmacht, die die Welt je gesehen hat, die der USA, war im Dritten Golfkrieg 2003 klug genug, nicht nach rechts abzubiegen, nachdem sie von Süden her in den Irak einmarschiert war: Sie wusste, dass selbst bei überlegener Feuerkraft der Iran kein Land ist, in das man einfallen

sollte. Das US-Militär hatte zu der Zeit sogar das Schlagwort: »Wir haben Wüste im Programm, keine Berge.«

Als 1980 der Erste Golfkrieg ausbrach, überquerten die Iraker den Schatt al-Arab mit sechs Divisionen, um die iranische Provinz Chuzestan zu annektieren. Sie schafften es nicht einmal, aus den von Sümpfen durchsetzten Ebenen herauszukommen, geschweige denn die Vorberge des Zagros zu erreichen. Der Krieg zog sich über acht Jahre hin und kostete mindestens eine Million Menschenleben.

Das gebirgige Terrain des Iran

bedeutet, dass es schwierig ist, eine vernetzte Wirtschaft zu formen und dass es viele Minderheiten mit stark ausgeprägten Eigenheiten gibt. In Chuzestan beispielsweise besteht die ethnische Mehrheit aus Arabern.

Woanders leben unter anderem Kurden, Aserbaidshaner, Turkmenen und Georgier. Höchstens 60 Prozent der Bevölkerung sprechen Farsi, die Sprache der dominierenden persischen Mehrheit. Aufgrund dieser Vielfalt hat der Iran traditionell die Macht zentralisiert sowie Gewalt und ein furchteinflößendes Geheimdienstnetz eingesetzt, um die

innere Stabilität zu wahren. Teheran weiß, dass niemand im Iran einmarschieren wird, feindliche Mächte aber seine Minderheiten benutzen können, um Dissens herbeizuführen und zu schüren und so die islamische Revolution des Landes zu gefährden.

Der Iran hat auch eine Atomindustrie, von der viele Länder, insbesondere Israel, glauben, dass sie benutzt wird, um die Produktion von Atomwaffen vorzubereiten. Das erhöht die Spannungen in der Region. Die Vorstellung, dass es iranische Atomwaffen geben könnte, löst in Israel

Angst aus. Dabei geht es nicht nur darum, dass der Iran mit dem israelischen Arsenal gleichziehen und mit nur einer Bombe Israel auslöschen könnte: Wenn der Iran die Atombombe hat, geraten die arabischen Länder wahrscheinlich in Panik und versuchen, sie auch zu bekommen. Die Saudis beispielsweise befürchten, dass die Ajatollahs die Region beherrschen wollen, alle schiitischen Araber unter ihre Führung bringen möchten und sogar Pläne haben, die heiligen Städte Mekka und Medina zu kontrollieren. Ein Iran, der Atomwaffen besitzt, wäre die regionale Supermacht

par excellence, und um dieser Gefahr entgegenzutreten, würden die Saudis wahrscheinlich versuchen, Atomwaffen von Pakistan zu kaufen (zu dem sie enge Verbindungen haben). Ägypten und die Türkei könnten dem Beispiel folgen.

Das bedeutet, dass die Gefahr eines israelischen Luftschlags gegen iranische Kernkrafteinrichtungen permanent vorhanden ist, aber es gibt auch viele Umstände, die dagegen sprechen. Einer ist, dass die Entfernung zwischen Israel und dem Iran Luftlinie 1600 Kilometer beträgt und die israelische Luftwaffe die Grenzen zweier souveräner Staaten

überfliegen müsste, die Jordaniens und die des Irak. Letzterer würde Teheran sicher wissen lassen, dass der Angriff gestartet ist. Ein anderer ist, dass jede sonstige Route Kapazitäten zum Auftanken erfordern würde, die Israel vielleicht nicht bekommt und (auf der Nordroute) gleichfalls das Überfliegen souveräner Staaten nötig macht. Und schlussendlich gibt es noch den Grund, dass der Iran eine Trumpfkarte in der Hand hält – die Möglichkeit, die Straße von Hormus zu schließen. Durch sie gehen täglich, abhängig von den Verkäufen, etwa 20 Prozent des Ölbedarfs

der Welt. An der schmalsten Stelle ist die Straße von Hormus, die als strategisch wichtigste der Welt gilt, nur 33 Kilometer breit. Die Industrienationen fürchten die Auswirkungen, wenn die Straße von Hormus womöglich über Monate hinweg geschlossen wäre und die Preise in die Höhe schnellen würden. Das ist einer der Gründe, warum so viele Länder Druck auf Israel ausüben, nichts zu unternehmen.

In den 2000ern fürchteten die Iraner, von den Amerikanern eingekreist zu werden. Die US-Marine lag im Golf und amerikanische Truppen standen im Irak

und in Afghanistan. Mit dem militärischen Rückzug aus beiden Ländern haben die iranischen Ängste abgenommen, und der Iran befindet sich in einer dominanten Position mit einer direkten Verbindung zu seinen Verbündeten im schiitisch bestimmten Irak. Der Südirak ist zudem für den Iran eine Brücke zu seinen alawitischen Verbündeten in Damaskus und auch zu den schiitischen Verbündeten im Libanon (in Form der Hisbollah), die am Mittelmeer sitzen.

Vom 6. bis 4. Jahrhundert v. Chr. erstreckte sich das Perserreich von

Ägypten bis nach Indien. Der heutige Iran hat keine derart imperialen Ausmaße, aber er versucht doch, seinen Einfluss auszuweiten. Die naheliegende Richtung ist dabei die zu den Ebenen im Westen – in die arabische Welt mit ihren schiitischen Minderheiten. Im Irak hat er Gebiete gesichert, seit die US-Invasion dem Land eine Regierung der schiitischen Mehrheit beschert hat. Dies hat das sunnitisch dominierte Saudi-Arabien in Alarmbereitschaft versetzt und zur Verschärfung der Nahost-Version des Kalten Kriegs beigetragen, in dessen Zentrum die Beziehungen zwischen den

Saudis und dem Iran stehen. Saudi-Arabien ist zwar größer als der Iran und dank seiner gut entwickelten Öl- und Gasförderung um ein Vielfaches reicher, aber seine Bevölkerung ist mit 28 Millionen Saudis gegenüber 78 Millionen Iranern sehr viel kleiner, und seine Militärs sind sich nicht sicher, ob sie es mit dem persischen Nachbarn aufnehmen können, wenn dieser kalte Krieg zu einem heißen würde und sich ihre Streitkräfte direkt gegenüberstünden. Jede Seite hat Ambitionen, die dominierende Macht in der Region zu sein, und jede sieht sich als führend in ihrer jeweiligen Islam-Version.

Als der Irak unter der Knute von Saddam Hussein stand, trennte ein mächtiger Puffer Saudi-Arabien und den Iran. Nachdem dieser Puffer verschwunden ist, starren sich die beiden Länder über den Golf hinweg wütend an.

Westlich des Iran liegt ein Land, das sowohl europäisch als auch asiatisch ist. Die Türkei grenzt zwar an die arabischen Länder, aber sie ist nicht arabisch. Und obwohl der größte Teil ihrer Landmasse zum Nahen Osten im weiteren Sinne gehört, versucht sie doch, sich von den Konflikten dort zu distanzieren.

Die Türken wurden von ihren

Nachbarn im Norden und Nordwesten nie wirklich als zu Europa gehörig anerkannt. Wenn die Türkei europäisch *ist*, dann reicht Europa bis jenseits der Weiten Anatoliens, grenzt also an Syrien, den Irak und Iran. Diese Vorstellung mögen nur wenige akzeptieren. Wenn die Türkei aber *nicht* Teil von Europa ist, wo liegt sie dann? Istanbul, ihre größte Stadt, war 2010 europäische Kulturhauptstadt, das Land nimmt am European Song Contest und der UEFA-Europameisterschaft teil, es hat in den 1970ern die Aufnahme in die heutige EU beantragt – doch weniger als 5 Prozent

seiner Fläche liegen in Europa. Die meisten Geographen betrachten das kleine türkische Gebiet westlich des Bosphorus als in Europa befindlich und sehen den Rest des Landes, den Teil südlich und südöstlich vom Bosphorus, im weitesten Sinne im Nahen Osten.

Das ist ein Grund, warum die Türkei nie in die EU aufgenommen wurde. Andere Gründe sind ihre Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber den Kurden, und ihre Wirtschaft. Die Zahl der Einwohner beträgt 75 Millionen, und europäische Länder fürchten, dass eine EU-

Mitgliedschaft angesichts der Unterschiede beim Lebensstandard zu einer massenhaften Einwanderung von Arbeitskräften führt. Was auch ein Faktor sein könnte, auch wenn das in der EU nicht ausgesprochen wird, ist, dass die Türkei ein überwiegend muslimisches Land ist (98 Prozent). Die EU ist weder eine säkulare noch eine christliche Organisation, aber es gab eine schwierige Debatte über »Werte«. Zu jedem Argument für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei gibt es ein Gegenargument, und im letzten Jahrzehnt sind die Chancen für den türkischen Beitritt gesunken. Das hat

dazu geführt, dass das Land über andere Möglichkeiten nachdenkt.

In den 1920ern gab es zumindest für einen Mann keine Wahl. Sein Name war Mustafa Kemal und er war der einzige türkische General, dessen Reputation im Ersten Weltkrieg größer geworden war. Nachdem die Siegermächte die Türkei zusammengestutzt hatten, stieg er zum Präsidenten auf, indem er sich den Auflagen der Alliierten widersetzte, zugleich aber die Türkei modernisierte und sie zu einem Teil Europas machte. Westliche Rechtskodizes und der gregorianische Kalender wurden

eingeführt, islamische öffentliche Einrichtungen abgeschafft. Das Tragen des Fes wurde verboten, das lateinische Alphabet ersetzte die arabische Schrift, und er gab sogar den Frauen das Wahlrecht (zwei Jahre früher als Spanien und 15 Jahre vor Frankreich). Als die Türkei 1934 rechtsverbindliche Nachnamen einführt, bekam er den Namen Atatürk, »Vater der Türken«. Er starb 1938 und seine Nachfolger arbeiteten weiter daran, die Türkei in die Arme Westeuropas zu führen, und jene, die es nicht taten, fanden sich bei Staatsstreichen, die ein Militär

durchführte, das entschlossen war, Atatürks Vermächtnis umzusetzen, auf der falschen Seite wieder.

Doch Ende der 1980er entwickelte sich angesichts der andauernden Zurückweisung durch Europa und der hartnäckigen Weigerung vieler Türken, weniger religiös zu sein, eine Generation von Politikern, die begann, das Udenkbare zu denken – dass die Türkei vielleicht einen Plan B braucht. Turgut Özal, ein religiöser Mann, übernahm 1989 das Präsidentenamt und leitete den Wandel ein. Er ermutigte die Türken, die Türkei als große Landbrücke zwischen

Europa, Asien und dem Nahen Osten zu sehen – und als Land, das erneut eine Großmacht in allen drei Regionen sein könnte. Der gegenwärtige Präsident Tayyip Erdoğan hat ähnliche Ambitionen, vielleicht sogar größere, steht aber vor diversen Hürden. Diese sind zum Teil geographische.

Politisch argwöhnen die arabischen Länder nach wie vor, dass Erdoğan das Osmanische Reich ökonomisch wiedererschaffen will, und verweigern sich deshalb engen Bindungen. Der Iran betrachtet die Türkei als militärisch und ökonomisch mächtigsten Konkurrenten

im eigenen Vorgarten. Die Beziehungen, die nie herzlich waren, sind abgekühlt, seit man sich bei der Unterstützung für die Parteien des syrischen Bürgerkriegs auf verschiedenen Seiten befindet. Die starke türkische Unterstützung der Regierung der Muslimbrüder in Ägypten war eine Politik, die nach hinten losging, als das dortige Militär seinen zweiten Putsch durchführte und die Macht übernahm. Das Verhältnis zwischen Kairo und Ankara ist jetzt eisig.

Die türkische Elite musste erfahren, dass der Versuch, islamistische Punkte durch Kleinkriege mit Israel zu sammeln,

nur dazu führte, dass Israel mit Zypern und Griechenland eine trilaterale Energie-Allianz bildete, um die Erdgasfelder vor den jeweiligen Küsten auszubeuten. Das geringe Ansehen der Türkei in Ägypten trägt dazu bei, dass Kairo Interesse hat, ein größerer Abnehmer der Ausbeute aus dieser neuen Energiequelle zu werden. Die Türkei hingegen, die von der israelischen Energie hätte profitieren können, bleibt in Sachen Energie weiterhin überwiegend von ihrem alten Widersacher Russland abhängig und arbeitet gleichzeitig mit den Russen an neuen Pipelines, die Energie in EU-Länder

transportieren sollen.

Die Amerikaner sind alarmiert ob des neuen Kalten Kriegs zwischen der Türkei und Israel, die beide ihre Verbündeten sind, und arbeiten daran, sie wieder zusammenzubringen. Die USA wollen bessere Beziehungen zwischen den beiden, um die Position der NATO im östlichen Mittelmeer zu stärken. Aus NATO-Sicht ist die Türkei ein Schlüsselstaat, weil sie mit dem Bosphorus das Tor zum Schwarzen Meer kontrolliert. Schließt sie die Meerenge, die an der schmalsten Stelle 700 Meter breit ist, kann die russische

Schwarzmeerflotte nicht ins Mittelmeer und in den Atlantik vorstoßen. Und selbst wenn man durch den Bosphorus käme, wäre man erst im Marmarameer und müsste mit den Dardanellen noch eine weitere türkische Meerenge passieren, ehe man die Ägäis erreichte.

Aufgrund ihrer Landmasse wird die Türkei selten als Seemacht betrachtet, doch sie liegt an drei Meeren, und die Kontrolle dieser Gewässer hat sie immer zu einer bedeutenden Macht gemacht. Außerdem ist das Land eine Brücke für Handel und Verkehr, die Europa mit dem Nahen Osten, dem Kaukasus und weiter

bis hin zu den zentralasiatischen Ländern verbindet. Mit Letzteren teilt sie die Geschichte und, in manchen Gebieten, ethnische Wurzeln.

Die Türkei möchte am Scheideweg der Geschichte sein, auch wenn der Verkehr an der Kreuzung manchmal mörderisch sein kann. Die Webseite des türkischen Außenministeriums betont das in der englischen Version des Abschnitts »Synopsis der türkischen Außenpolitik«: »Die afro-eurasische geographische Zone, in dessen Epizentrum die Türkei liegt, ist ein Gebiet, in dem Chancen und Risiken am intensivsten interagieren.« Und dort

heißt es auch: »Als Teil ihrer zweihundertjährigen Bemühungen, das höchste Niveau gegenwärtiger Zivilisation zu erreichen, schreitet die Türkei entschieden voran auf dem Weg zum Beitritt zur Europäischen Union.«

Auf kurze oder mittlere Sicht erscheint das unmöglich. Bis vor wenigen Jahren galt die Türkei als Musterbeispiel, wie ein Land des Nahen Ostens, neben Israel, die Demokratie einführen kann. Dieses Bild hat angesichts des ungelösten Kurdenproblems, den Schwierigkeiten, denen einige winzige Christengemeinden ausgesetzt sind, und der

stillschweigenden Unterstützung islamistischer Gruppen beim Kampf gegen die syrische Regierung neuerdings ein paar Schrammen bekommen.

Präsident Erdoğan's Bemerkungen über Juden, Rassen und Gleichstellung der Geschlechter haben zusammen mit der schleichenden Islamisierung des Landes die Alarmglocken schrillen lassen.

Verglichen mit der Mehrzahl der arabischen Staaten ist die Türkei aber immer noch viel weiter entwickelt und deutlicher als Demokratie zu erkennen. Erdoğan mag einiges von Atatürks Werk rückgängig machen, aber die Enkel des

Vaters der Türken leben freier als alle anderen im arabischen Nahen Osten.

Weil die arabischen Staaten keine ähnliche Öffnung erfahren und unter dem Kolonialismus gelitten haben, waren sie noch nicht so weit, die arabischen Erhebungen (die Protestwelle, die 2010 begann) in einen echten arabischen Frühling zu verwandeln. Stattdessen versanken sie im andauernden Aufruhr und Bürgerkrieg.

Arabischer Frühling ist eine irreführende Bezeichnung, eine Erfindung der Medien, die unsere Sicht auf das, was geschieht, vernebelt. Zu viele Reporter

eilten herbei, um die jungen Liberalen zu interviewen, die in den Städten mit englischsprachigen Transparenten auf irgendwelchen Plätzen standen, und verwechselten sie mit der Stimme des Volks und dem Trend der Geschichte. Einige Journalisten hatten das Gleiche während der »Grünen Revolution« getan und die Studenten im Norden von Teheran als »Jugend des Iran« genommen und dabei die anderen jungen Iraner übersehen, die sich der reaktionären Basidsch-Miliz und der Revolutionsgarde anschlossen.

In Osteuropa herrschte 1989 nur eine

Form von Totalitarismus: der Kommunismus. In den Köpfen der Mehrheit der Bevölkerung gab es nur eine Richtung, in die zu gehen war: Richtung Demokratie, wie sie jenseits des Eisernen Vorhangs prosperierte. Ost und West hatten eine gemeinsame historische Erinnerung an Perioden der Demokratie und der Bürgergesellschaft. Die arabische Welt 2011 zeichnete nichts dergleichen aus und sie blickte in viele verschiedene Richtungen. Das waren und sind Demokratie, Liberaldemokratie (die sich von Ersterer unterscheidet), Nationalismus, der Kult um einen starken

Führer sowie jene Richtung, die viele Menschen die ganze Zeit anvisierten – der Islam mit seinen unterschiedlichen Formen, einschließlich des Islamismus.

Im Nahen Osten kommt die politische Macht tatsächlich aus den Gewehrläufen. Einige brave Bürger im libyschen Misrata möchten vielleicht eine liberaldemokratische Partei gründen, manche vielleicht sogar für Schwulenrechte eintreten, aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt, wenn die tatsächliche Lokalmacht Liberaldemokraten und Schwule erschießt. Der Irak ist ein Beispiel dafür:

nur dem Namen nach eine Demokratie, weit entfernt davon, liberal zu sein, und ein Ort, wo Menschen routinemäßig ermordet werden, weil sie homosexuell sind.

Die zweite Phase der arabischen Erhebungen ist mittlerweile im Gange: Das ist der komplexe interne Kampf innerhalb der Gesellschaft, bei dem Religion, gesellschaftlicher Sittenkodex, Stammesverbindungen und Gewehre weit mächtigere Kräfte sind als »westliche« Ideale wie Gleichheit, Meinungsfreiheit und allgemeines Wahlrecht. Die arabischen Länder sind mit Vorurteilen,

sogar Hassvorstellungen, geschlagen, von denen die Durchschnittswestler so wenig wissen, dass sie sie meist nicht einmal glauben, wenn sie sie gedruckt vor Augen haben. Wir sind uns unserer eigenen Vorurteile bewusst, die Legion sind, aber wir verschließen oft die Augen vor jenen im Nahen Osten.

Fremdenhass auszudrücken ist so üblich und allgegenwärtig in der arabischen Welt, dass kaum jemand dazu Stellung nimmt – abgesehen von der liberalen Minderheit der Region, die meist eine westliche Ausbildung und nur eingeschränkt Zugang zu den

Plattformen der Massenmedien hat. Antisemitische Karikaturen, die die Tradition der Nazi-Propaganda im »Stürmer« fortsetzen, sind üblich. Woche für Woche bekommen Hassprediger in TV-Shows zur besten Sendezeit Foren.

Westliche Apologeten dieser Verhaltensweisen lassen sich gelegentlich von der Angst lähmen, als einer von Edward W. Saids »Orientalisten« gesehen zu werden. Sie verraten ihre eigenen liberalen Werte, indem sie deren Allgemeingültigkeit leugnen. Andere erklären in ihrer Naivität, solche Aufwiegelungen zum Mord seien nicht

weit verbreitet und müssten im Kontext der arabischen Sprache gesehen werden, die gern rhetorische Bombardements pflegt. Das beweist, dass sie den »arabischen Weg«, die Rolle der arabischen Mainstream-Medien nicht begreifen und sich weigern zuzugeben, dass Menschen, die voller Hass sind, das meinen, was sie sagen.

Als Hosni Mubarak als ägyptischer Präsident zurücktrat, war es in der Tat die Macht des Volkes gewesen, die ihn gestürzt hatte. Was der Rest der Welt aber übersah, war, dass das Militär seit Jahren auf eine Gelegenheit gewartet

hatte, ihn und seinen Sohn Gamal loszuwerden, und die Demonstrationen jene Tarnung boten, die man brauchte. Erst als die Muslimbrüder ihre Anhänger auf die Straße riefen, gab es genug Deckung. In Ägypten existierten nur drei Institutionen: Mubaraks Nationaldemokratische Partei, das Militär und die Muslimbrüder. Die beiden Letzteren zerstörten Erstere, dann gewannen die Muslimbrüder eine Wahl und begannen, Ägypten zum islamistischen Staat zu machen, und mussten den Preis zahlen, indem sie selbst gestürzt wurden – vom Militär, der

wahren Macht im Land.

Die Islamisten sind die zweite Macht geblieben, wenn auch im Untergrund. Auf dem Höhepunkt der Demonstrationen gegen Mubarak lockten die Versammlungen in Kairo mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße. Als nach Mubaraks Sturz der radikale Muslimbrüder-Prediger Yusuf al-Qaradawi aus dem Exil in Katar zurückkehrte, kamen mindestens eine Million Menschen zusammen, um ihn zu empfangen, doch in den westlichen Medien bezeichneten das nur wenige als »Stimme des Volkes«. Die Liberalen

hatten nie eine Chance. Und die haben sie auch jetzt nicht. Der Grund ist nicht, dass die Menschen in der Region radikal sind. Doch wenn man Hunger und Angst hat und man sich zwischen Brot und Sicherheit und dem Konzept Demokratie entscheiden soll, fällt die Wahl nicht schwer.

In verarmten Gesellschaften mit wenigen verlässlichen Einrichtungen haben Banden die Macht, die sich als »Miliz« oder »politische Partei« maskieren. Während sie um die Macht kämpfen und dabei manchmal von naiven westlichen Sympathisanten

angefeuert werden, sterben viele unschuldige Menschen. So wie es aussieht, wird das in Libyen, in Syrien, im Jemen, im Irak und möglicherweise in weiteren Ländern in den kommenden Jahren der Fall sein.

Den Amerikanern ist daran gelegen, ihr politisches und militärisches Engagement in der Region herunterzufahren, denn ihr Bedarf an Energie-Importen hat sich reduziert. Wenn sie sich zurückziehen, werden China und in geringerem Maße Indien dafür einspringen müssen, dass die USA ihr Interesse verlieren. Die Chinesen

spielen bereits eine größere Rolle in Saudi-Arabien, im Irak und im Iran. Dieses Szenarium erfolgt auf globaler Ebene und wird in den Kanzlerämtern der Hauptstädte der Großmächte bestimmt. Vor Ort wird das Spiel mit den Vorstellungen, Wünschen, Hoffnungen und Bedürfnissen der Menschen gespielt – und mit ihrem Leben.

Die Sykes-Picot-Linie ist am Zerreißen. Sie wieder zu knüpfen, selbst in einer anderen Form, wird eine langwierige und blutige Angelegenheit.

INDIEN UND PAKISTAN

*»Indien ist kein Staat und kein
Land. Es ist ein Subkontinent
der Nationalitäten.«*

Muhammad Ali Jinnah



Wenn Indien und Pakistan sich auf eines einigen können, dann darauf, dass keiner den anderen in der Nähe haben möchte. Das ist jedoch ein wenig problematisch, da sie eine 2912 Kilometer lange gemeinsame Grenze haben. Jedes der beiden Länder strotzt geradezu vor Feindseligkeit und Atomwaffen, und es ist die Frage, wie sie mit der ungeliebten Beziehung umgehen, denn es geht dabei um Leben oder Tod für zig Millionen Menschen.

In Indien leben fast 1,3 Milliarden Menschen, in Pakistan sind es nur 182

Millionen. Verarmt, instabil und zersplittert, scheint sich Pakistan nur über den Gegensatz zu Indien zu definieren, während Indien sich, trotz dieser Obsession, auf vielerlei Weise definiert, zum Beispiel als aufstrebende Weltmacht mit einer wachsenden Wirtschaft und einer größer werdenden Mittelschicht. Aus diesem Blickwinkel schaut es hinüber nach Pakistan und stellt fest, dass es den Nachbarn in nahezu allen ökonomischen und demokratischen Indikatoren übertrifft.

Die beiden Länder haben vier größere Kriege und viele Scharmützel

gegeneinander geführt. Die Emotionen kochen hoch. Die oft zitierte Behauptung eines pakistanischen Offiziers, Pakistan würde Indien aus tausend kleinen Wunden bluten lassen, wurde Ende 2014 von dem Militäranalysten Dr. Amarjit Singh aufgegriffen, als er im ›Indian Defence Review‹ schrieb: »Was immer andere glauben mögen, meine Meinung ist schlicht, dass es besser für Indien ist, einem kostspieligen Atomangriff durch Pakistan zu trotzen und die Sache damit zu erledigen, selbst wenn das um den Preis von zig Millionen Toten geschieht, statt tagein, tagaus Schande und Schmerz

durch tausend Nadelstiche zu erleiden und Energie durch ungenutztes Potenzial zu vergeuden.« Das ist vielleicht nicht die offizielle Regierungspolitik, aber es ist ein Indiz, wie tief die Gefühle zu diesem Thema auf den verschiedenen Ebenen in beiden Gesellschaften sind. Die modernen Staaten Pakistan und Indien wurden im Feuer geboren, beim nächsten Mal könnte das Feuer sie töten.

Die beiden sind durch die Geographie des indischen Subkontinents, die einen natürlichen Rahmen bildet, aneinander gebunden. Der Golf von Bengalen, der Indische Ozean und das Arabische Meer

liegen im Südosten, Süden und Südwesten, der Hindukusch im Nordwesten und der Himalaja im Norden. Im Uhrzeigersinn betrachtet, steigt die Hochebene der Belutschistanischen Wüste ständig bis zu den Bergen der Nordwestlichen Grenzprovinz an, die dann noch höher und zum Hindukusch werden. Mit einem Bogen nach Südosten erreicht man den Karakorum, der die Verbindung zum Himalaja ist und entlang der gesamten Grenze mit China bis nach Myanmar verläuft. Von hier, wo sich Indien um Bangladesch herum erstreckt, fällt das

Gelände nach Süden ab zum Golf von Bengalen.

In diesem Rahmen liegen das heutige Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal und Bhutan. Die beiden Letzteren sind verarmte Binnenstaaten, die von ihren riesigen Nachbarn China und Indien dominiert werden. Das Problem von Bangladesch hingegen ist nicht, dass ein Zugang zum Meer fehlt, sondern dass das Meer zu viel Zugang zu Bangladesch hat: Ständig überschwemmt Wasser aus dem Golf von Bengalen die flachen Landstriche. Das andere geographische Problem des Landes ist, dass es nahezu

vollständig von Indien umschlossen ist.
Mit der 1974 beschlossenen,
4095 Kilometer langen Grenze legt sich
Indien um das Land, nur ein kurzer
Grenzstreifen zu Myanmar eröffnet einen
alternativen Landweg zum Rest der Welt.

Bangladesch ist instabil und Heimat
militanter Islamisten, die Indien Sorge
bereiten, doch keines dieser drei kleineren
Länder auf dem Subkontinent kann je
groß genug werden, um seinen
uneingeschränkten Herrn Indien zu
bedrohen. Auch Pakistan würde nicht als
Bedrohung für Indien gelten, wäre es ihm
nicht gelungen, in den Jahrzehnten nach

der 1947 erfolgten Teilung der Region Atomwaffen zu entwickeln.

Das Land innerhalb unseres Rahmens ist zwar relativ flach, war aber immer zu groß und zu unterschiedlich, um eine starke Zentralregierung zu vertragen. Selbst die britischen Kolonialherren mit ihrer berühmten Verwaltung und ihrem Eisenbahnverbundsystem ließen regionale Autonomie zu und nutzten diese auch, um lokale Herrscher gegeneinander auszuspielen. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt ist partiell den klimatischen Unterschieden zu verdanken – etwa der frostige Norden mit dem

Himalaja im Gegensatz zum Dschungel im Süden –, aber auch den Flüssen und Religionen des Subkontinents.

Diverse Zivilisationen haben sich an diesen Flüssen – darunter Ganges, Brahmaputra und Indus – entwickelt. Bis heute liegen die Ballungszentren an ihren Ufern, und die Regionen, die sich so sehr voneinander unterscheiden – etwa der Punjab mit seiner Sikh-Mehrheit und die Tamil-Sprecher von Tamil Nadu –, haben sich anhand dieser geographischen Gegebenheiten entwickelt.

Im Lauf der Jahrhunderte sind verschiedene Mächte in den Subkontinent

einmarschiert, aber keine hat ihn je wirklich erobert. Selbst heute kontrolliert Neu-Delhi Indien nicht wirklich und Islamabad, wie wir sehen werden, in noch geringerem Ausmaß Pakistan. Die Muslime waren am erfolgreichsten bei der Vereinigung des Subkontinents unter eine Führung, aber selbst der Islam konnte die sprachlichen, religiösen und kulturellen Unterschiede nie überwinden.

Die erste muslimische Invasion erfolgte bereits im 8. Jahrhundert, als die Araber des Umayyaden-Kalifats bis zum heute in Pakistan gelegenen Punjab vordrangen. Von da an bis ins 18. Jahrhundert

brachten verschiedene ausländische Invasionen den Islam auf den Subkontinent. Doch östlich des Industals widersetzte sich eine Mehrheit der hinduistischen Bevölkerung der Konversion und legte so den Keim für die spätere Teilung Indiens.

Die Briten kamen und gingen, und als sie gegangen waren, konnte sich das Zentrum nicht halten und die Dinge fielen auseinander. In Wahrheit hatte es gar kein echtes Zentrum gegeben: Die Region war immer geteilt gewesen durch die uralten Unvereinbarkeiten der Sprachen in Punjab und Gujarat,

zwischen Bergen und Wüsten, zwischen Islam und Hinduismus. 1947 hatten die Kräfte des postkolonialen Nationalismus und religiösen Separatismus schließlich den Subkontinent in zwei Teile zerbrochen, aus denen später drei wurden: Indien, Pakistan und Bangladesch. Die Briten, erschöpft von zwei Weltkriegen und in dem Wissen, dass die Tage des Empire gezählt waren, bekleckerten sich bei der Art ihres Rückzugs nicht gerade mit Ruhm.

Am 3. Juni 1947 gab es im Unterhaus eine Verlautbarung: Die Briten würden sich zurückziehen – und Indien würde in

die beiden unabhängigen
Herrschaftsgebiete Indien und Pakistan
geteilt. Am 15. August, bereits 73 Tage
später, waren nahezu alle abgezogen.

Es folgte eine außerordentliche
Völkerwanderung, als Millionen Muslime
die neuen Grenzen Indiens hinter sich
ließen und nach Westen, nach Pakistan
flohen, und Millionen Hindus und Sikhs
den entgegengesetzten Weg nahmen.
Kolonnen mit 30 000 Menschen waren
auf den Straßen unterwegs, ganze
Gemeinden zogen um. Züge, die
überquollen mit Flüchtlingen, fuhren auf
dem Subkontinent hin und her, spuckten

die Menschen in den Städten aus und waren auf der Rückfahrt genauso voll mit jenen, die in die andere Richtung wollten.

Es wurde ein Blutbad. In beiden Ländern brachen überall Aufstände los, weil sich Muslime, Hindus, Sikhs und andere in Panik und Angst gegeneinander stellten. Die britische Regierung wusch ihre Hände in Unschuld und verweigerte sich den Bitten der neuen Führungen in Indien und Pakistan, die wenigen Truppen, die noch im Land waren, zur Aufrechterhaltung der Ordnung einzusetzen. Die Schätzungen

der Opferzahlen sind unterschiedlich, doch mindestens eine Million Menschen starben und 15 Millionen verloren ihre Heimat. Von den beiden Regionen, in denen die Muslime überwogen, wurde die westliche – das Industal im Westen der Wüste Thar – zu Westpakistan, die östliche – das Gangesbecken östlich von Kalkutta (heute Kolkata) – zu Ostpakistan.

Was hat Pakistan damit gewonnen? Viel weniger als Indien. Es erbte Indiens konfliktreichste Grenze, die Nordwestgrenze zu Afghanistan, und bestand aus zwei einzelnen Teilen, die

wenig zusammenhielt, da West- und Ostpakistan durch 1600 Kilometer indisches Gebiet voneinander getrennt waren. Alaska und der Rest der USA haben es ohne Schwierigkeiten geschafft, das Problem, nicht aneinanderzugrenzen, zu überwinden, aber sie sind kulturell, sprachlich und ökonomisch verbunden und agieren in einem stabilen Umfeld. Zwischen den beiden Teilen Pakistans war die einzige Verbindung der Islam. Sie wurden nie richtig vereint, und so war es keine Überraschung, dass sie auseinandergerissen wurden. Ostpakistan lehnte sich 1971 gegen die

Bevormundung durch Westpakistan auf, Indien intervenierte, und nach viel Blutvergießen sagte sich Ostpakistan los und wurde zu Bangladesch.

Doch 1947, 25 Jahre nach dem Ende des Osmanischen Reiches, erklärten Jinnah und die anderen Führer des neuen Pakistan unter Fanfarenklang und mit vielen Versprechungen für eine großartige Zukunft, sie hätten ein vereintes muslimisches Heimatland geschaffen.

Pakistan ist geographisch, ökonomisch, demographisch und militärisch schwächer als Indien. Sein

Nationalgefühl ist auch nicht so stark. Trotz seiner Größe, kultureller Diversität und Sezessionsbewegungen hat Indien eine solide säkulare Demokratie mit einem gemeinsamen indischen Nationalgefühl aufgebaut. Pakistan ist ein islamischer Staat mit einer Vergangenheit als Diktatur und Bevölkerungsgruppen, deren Loyalität häufig eher ihrer kulturellen Region als dem Staat gilt.

Die säkulare Demokratie war gut für Indien, aber die Teilung 1947 hat ihm noch einen Vorsprung verschafft. Innerhalb der neuen Grenzen von Indien

waren der weitaus überwiegende Teil der Industrie des Subkontinents, das meiste zu steuernde Einkommen und die meisten der größten Städte zu finden. Kalkutta etwa ging mit seinem Hafen und seinem Bankenviertel zu Indien und entzog so Ostpakistan den Haupterzeuger von Einkommen und die wichtigste Verbindung mit der Außenwelt.

Pakistan erhielt nur 17 Prozent der Geldreserven, über die die Regierung vor der Teilung verfügte. Es stand da ohne Geld für Entwicklungsinvestitionen, war alleingelassen mit einem Agrarland, einer

instabilen Westgrenze und einem Staat, der in sich auf vielfältige Weise geteilt war.

Der Name Pakistan gibt einen Hinweis auf diese Teilungen: *pak* bedeutet auf Urdu »rein« und *stan* »Land«, also das Land der Reinen. Aber er ist auch ein Akronym: P für Punjab, A für Afghania (das Paschtunengebiet an der afghanischen Grenze), K für Kaschmir, S für Sindh und T für »tan« wie in Belutschistan.

Aus diesen fünf unterschiedlichen Regionen, die jeweils eine eigene Sprache haben, wurde ein gemeinsamer Staat

geschaffen, aber keine Nation. Pakistan gibt sich große Mühe, ein Einheitsgefühl zu schaffen, aber es bleibt die Ausnahme, dass ein Pandschabi einen Belutschen oder ein Sindhhi einen Paschtunen heiratet. Die Pandschabi machen 60 Prozent der Bevölkerung aus, die Sindhhi 14 Prozent, die Paschtunen 13,5 Prozent und die Belutschen 4,5 Prozent. Religiöse Spannungen sind allgegenwärtig – nicht nur bei den Feindseligkeiten, die gelegentlich zwischen den Minderheiten der Christen und Hindus in Pakistan zu finden sind, sondern auch zwischen Sunniten (der

Mehrheit) und Schiiten (der Minderheit). In Pakistan leben mehrere Nationalitäten in einem Staat.

Die Amtssprache ist Urdu – die Muttersprache jener Muslime, die 1947 aus Indien flohen und sich mehrheitlich im Punjab niedergelassen haben. Das macht die Sprache dem Rest des Landes nicht lieb und teuer. Die Region Sindh hat sich lange an der, wie man es dort empfindet, Pandschabi-Dominanz gerieben, und viele Sindhi sind der Meinung, sie würden als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die Paschtunen im nordwestlichen Grenzgebiet haben nie

eine auswärtige Regierung akzeptiert: Teile des Grenzgebiets werden als Stammesgebiete unter Bundesverwaltung bezeichnet, aber in Wirklichkeit wurden sie nie von Islamabad verwaltet.

Kaschmir ist immer noch zwischen Pakistan und Indien aufgeteilt, und auch wenn eine Mehrheit dort die Unabhängigkeit will, sind sich Indien und Pakistan ausnahmsweise einig, dass sie die nicht zulassen werden. In Belutschistan gibt es gleichfalls eine Unabhängigkeitsbewegung, die sich immer mal wieder gegen den Staat erhebt.



*Die Regionen, die Indien und Pakistan bilden:
Viele haben ihren eigenen, unterschiedlichen
Charakter und eigene Sprachen.*

Von kritischer Bedeutung ist Belutschistan, in dem zwar nur eine kleine Zahl von Pakistanern lebt, ohne das es aber Pakistan nicht gäbe. Es macht fast 45 Prozent der Fläche aus und enthält viele der Erz- und Erdgasvorkommen. Als weitere Einkommensquelle locken die geplanten Überlandverbindungen, um Öl aus dem Iran und vom Kaspischen Meer durch Pakistan nach China zu transportieren. Das Juwel in dieser speziellen Krone ist die Küstenstadt Gwadar. Viele Beobachter meinen, dieser strategische Aktivposten sei das eigentliche Ziel der

Sowjetunion bei ihrem Einmarsch 1979 in Afghanistan gewesen: Gwadar hätte Moskaus lang gehegten Traum von einem eisfreien Hafen erfüllt. Auch die Chinesen wurden von diesem Juwel angelockt und haben Milliarden von Dollar in der Region investiert. 2007 wurde ein Tiefseehafen eingeweiht, und die beiden Länder arbeiten daran, ihn mit China zu vernetzen. Auf lange Sicht könnte China Pakistan als eine Landroute für seine Energieversorgung benutzen. Das würde es ihm ermöglichen, die Straße von Malakka zu umgehen, die, wie im China-Kapitel dargelegt, für China

einen Würgegriff darstellt, der das chinesische Wirtschaftswachstum ersticken könnte.

Im Frühjahr 2015 vereinbarten die beiden Länder, für 46 Milliarden Dollar eine Superstrecke aus Straßen, Bahngleisen und Pipelines zu bauen, die über 2900 Kilometer von Gwadar in die chinesische Provinz Xinjiang führt. Der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor, wie das Projekt genannt wird, verschafft China den direkten Zugang zum Indischen Ozean und weiter.

Immense chinesische Investitionen in

den Bau einer Landroute wie dieser können Pakistan sehr glücklich machen, und das ist einer Gründe, warum man immer versuchen wird, jede Sezessionsbewegung, die in der Provinz entsteht, niederzuschlagen. Doch solange nicht mehr von dem Reichtum, der in Belutschistan geschaffen wird, zurück in die Region fließt und für deren eigene Entwicklung eingesetzt wird, bleibt das Gebiet sicher unruhig und gelegentlich gewalttätig.

Islam, Kricket, Geheimdienste, Armee und die Angst vor Indien sind das, was Pakistan zusammenhält. Nichts davon

würde ausreichen, um zu verhindern, dass es zerrissen wird, sollten die separatistischen Kräfte stärker werden. De facto befand sich Pakistan über zehn Jahre immer wieder im Bürgerkrieg, der stets nach den regelmäßigen und schlecht beratenen Kriegen mit seinem riesigen Nachbarn Indien einsetzte.

Zum ersten Mal 1947, kurz nach der Abspaltung, es ging um Kaschmir. Das Ergebnis war 1948 die Teilung Kaschmirs entlang der Line of Control (auch als Asiens Berliner Mauer bekannt). Doch Indien und Pakistan machen weiterhin ihre Ansprüche geltend.

Fast zwanzig Jahre später schätzte Pakistan aufgrund von Indiens jämmerlichem Auftreten im Indisch-Chinesischen Grenzkrieg 1962 die Stärke des indischen Militärs falsch ein. Wegen des chinesischen Einmarsches in Tibet waren die Spannungen zwischen Indien und China gestiegen, worauf Indien dem Dalai Lama Asyl gewährte. Bei diesem kurzen Konflikt bewies die chinesische Armee ihre Überlegenheit und stieß fast bis in den Bundesstaat Assam vor, in die Nähe des indischen Kernlands. Das pakistanische Militär beobachtete das mit Frohlocken, überschätzte seine eigenen

Fähigkeiten, begann 1965 einen Krieg mit Indien und verlor.

Anno 1984 erfolgten Scharmützel zwischen Pakistan und Indien in 6700 Meter Höhe auf dem Siachengletscher – was als höchstgelegene Schlacht der Weltgeschichte gilt. Weitere Kämpfe brachen 1985, 1987 und 1995 aus. Pakistan bildete nach wie vor Milizen darin aus, die Line of Control zu überqueren, und so kam es 1999 zu einem weiteren Krieg um Kaschmir. Zu diesem Zeitpunkt besaßen beide Länder Atomwaffen, und es schwebte für

mehrere Wochen die unausgesprochene Gefahr der Eskalation zu einem Nuklearkrieg über dem Konflikt, bis die amerikanische Diplomatie Wirkung zeigte und beide Seiten unter den Tisch geredet wurden. 2001 standen sie wieder einmal kurz vor einem Krieg, und gelegentlich kommt es zu Schusswechseln an der Grenze.

Militärisch stehen sich Indien und Pakistan feindselig gegenüber. Jede Seite behauptet, ihre Haltung sei defensiv, aber keine glaubt der anderen und schickt weiterhin große Truppenmengen an die Grenze, wo sie zu einem potenziellen

Todesreigen aneinandergeschlachtet sind.

Das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan wird nie freundschaftlich sein, aber wäre da nicht der Stachel Kaschmir in beider Fleisch, könnte es möglicherweise freundlich sein. So wie es ist, sieht Indien es gern, wenn Pakistan innerlich zerrissen ist, und wird alles daransetzen, dass das so bleibt, und Pakistan wird weiterhin versuchen, Indien durch kriminelle Elemente im Innern zu unterminieren und unterstützt sogar Terroranschläge wie das Massaker von Mumbai 2008.

Die Kaschmirfrage ist partiell eine der

nationalen Ehre, aber sie ist auch eine strategische. Die volle Kontrolle über Kaschmir würde Indien ein Fenster nach Zentralasien öffnen und eine Grenze mit Afghanistan verschaffen. Gleichzeitig würde es Pakistan die Grenze zu China nehmen und somit den Nutzen der pakistanisch-chinesischen Beziehungen verringern. Die pakistanische Regierung posaunt gern herum, dass die Freundschaft mit China »höher als die Berge und tiefer als die Meere« sei. Das ist zwar nicht wahr, aber es ist hilfreich, weil es die Amerikaner nötigenfalls davor zurückschrecken lässt, die massive

finanzielle Hilfe zu drosseln, die Pakistan aus Washington erhält.

Hätte Pakistan die volle Kontrolle über Kaschmir, würde das die außenpolitischen Optionen von Islamabad erhöhen und Indien Möglichkeiten nehmen. Diese Kontrolle würde auch zur Sicherstellung der pakistanischen Wasserversorgung beitragen. Der Indus entspringt im tibetischen Himalaja und fließt dann durch den von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs, bevor er Pakistan erreicht und bis zur Mündung ins Arabische Meer bei Karatschi pakistanisch bleibt.

Der Indus und seine Nebenflüsse liefern das Wasser für zwei Drittel des Landes: Ohne es würden die Baumwollindustrie und viele andere Hauptstützen der schlingernden Wirtschaft Pakistans zusammenbrechen. Mit einem Vertrag, der selbst in keinem ihrer Kriege gebrochen wurde, haben Indien und Pakistan vereinbart, sich das Wasser zu teilen. Doch beide Bevölkerungen wachsen in einem alarmierenden Maße, und die globale Erwärmung könnte den Wasserfluss verringern. Ganz Kaschmir zu annektieren, würde Pakistans

Wassernachschub sichern. Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, wird keine Seite nachgeben. Solange sie sich in der Kaschmirfrage nicht einigen, können sie den Schlüssel, um ihre Feindschaft zu beenden, nicht finden. Es scheint das Schicksal Kaschmirs zu sein, der Ort zu bleiben, wo der sporadische Stellvertreterkrieg zwischen in Pakistan ausgebildeten Kämpfern und der indischen Armee stattfindet – ein Konflikt, bei dem immer die Gefahr besteht, dass er in einen regelrechten Krieg und den Einsatz von Atomwaffen übergeht.

Beide Länder werden auch einen anderen Stellvertreterkrieg fortsetzen – den in Afghanistan –, insbesondere jetzt, nachdem die meisten NATO-Truppen abgezogen sind.

Pakistan mangelt es im eigenen Land an »strategischer Tiefe« zu Indien, es fehlt Raum, in den man zurückfallen könnte, um sich zu sammeln, wenn man von Osten überrannt würde. Die Grenze zwischen Pakistan und Indien verläuft im Süden durch Sumpfgebiete, dann folgen die Wüste Thar und im Norden die Berge. All dies ist extrem schwieriges Gelände für einen Einfall, doch er wäre machbar,

und beide Seiten haben Schlachtpläne, wie sie dort kämpfen müssten. Zum Plan der indischen Armee gehört, den Hafen Karatschi und seine Öllager vom Land und vom Wasser aus zu blockieren, aber eine einfachere Invasionsroute über Land gibt es zwischen dem Norden und dem Süden – in der Mitte, im einladenderen Punjab, wo auch die pakistanische Hauptstadt Islamabad zu finden ist.

Islamabad liegt keine 400 Kilometer von der Grenze zu Indien entfernt und das Gelände ist fast durchweg eben. Im Falle eines großen, erdrückenden konventionellen Angriffs würde die

indische Armee binnen weniger Tage in der Hauptstadt sein. Dass sie nicht den Wunsch bekundet, das zu tun, ist uninteressant: Aus pakistanischer Sicht könnte sie es tun, und die geographische Möglichkeit reicht aus, dass Pakistan einen Plan A und einen Plan B braucht, um dem Risiko zu begegnen.

Plan A lautet, einen indischen Vorstoß in den Punjab aufzuhalten und möglichst einen Gegenangriff jenseits der Grenze zu starten und den indischen Highway 1A zu sperren, der eine lebenswichtige Nachschublinie für das indische Militär darstellt. Die indische Armee hat eine

Stärke von über einer Million Mann, ist mehr als doppelt so groß wie die pakistanische, aber wenn sie keinen Nachschub bekommt, kann sie nicht kämpfen. Plan B beinhaltet, nötigenfalls hinter die afghanische Grenze zurückzufallen – und das verlangt eine wohlgesonnene Regierung in Kabul. Somit ist es die Geographie, die diktiert, dass Pakistan sich in Afghanistan engagiert, was auch Indien tun wird.

Um dem anderen einen Strich durch die Rechnung zu machen, versucht jede Seite, in Afghanistan eine Regierung nach ihren Wünschen zu formen – anders

gesagt will jede Seite, dass Kabul der Feind ihres Feindes ist.

Als die Sowjets 1979 in Afghanistan einmarschierten, kam von Indien diplomatische Unterstützung für Moskau, während sich Pakistan beeilte, den Amerikanern und Saudis zu helfen, die Mudschahedin zu bewaffnen, auszubilden und zu bezahlen, damit sie sich gegen die Rote Armee wehren konnten. Nachdem die Sowjets geschlagen waren, trug der pakistanische Geheimdienst ISI zur Bildung und dann Unterstützung der afghanischen Taliban bei, die pflichtschuldigst das Land übernahmen.

Pakistan hatte eine natürliche »Bindung« an die afghanischen Taliban. Die meisten von ihnen sind Paschtunen, gehören zur selben Ethnie wie die Mehrheit der Pakistaner in der Nordwestlichen Grenzprovinz (heute als Khyber Pakhtunkhwa bekannt). Diese haben sich nie als zwei Völker betrachtet und halten die Grenze zwischen ihnen für eine Erfindung des Westens, was sie in gewisser Weise auch ist.

Die afghanisch-pakistanische Grenze ist als Durand-Linie bekannt. Sir Mortimer Durand, der Außenminister der britischen Kolonialregierung in Indien,

zog sie 1893, und der damalige Herrscher von Afghanistan stimmte dem zu. Doch 1949 »annulierte« die afghanische Regierung das Übereinkommen, weil es ein künstliches Relikt der Kolonialzeit wäre. Seither versucht Pakistan Afghanistan zu überreden, diese Meinung zu ändern, doch Afghanistan weigert sich, und die Paschtunen auf beiden Seiten der Berge versuchen so weiterzumachen, wie sie es seit Jahrhunderten tun: Sie ignorieren die Grenze und halten ihre uralten Verbindungen aufrecht.

Mitten in diesem Gebiet, das

gelegentlich als Paschtunistan bezeichnet wird, liegt die Stadt Peschawar, eine Art urbaner militärisch-industrieller Komplex der Taliban. Automatische Kalaschnikows, Technologien für die Bombenherstellung und Kämpfer strömen aus der Stadt und Unterstützung von staatlichen Bereichen fließt hinein.

Sie ist auch Zwischenstation für ISI-Vertreter, die mit Geld und Anweisungen für die talibanähnlichen Gruppen jenseits der Grenze unterwegs nach Afghanistan sind. Pakistan war seit Jahrzehnten militärisch in Afghanistan engagiert, aber es hat sich übernommen und der Tiger,

auf dem es ritt, hat zugebissen.

Die von Pakistan geschaffenen Taliban hatten ausländische al-Qaida-Kämpfer bereits mehrere Jahre beherbergt, bevor al-Qaida am 11. September 2001 die USA auf ihrem eigenen Territorium angriff – mit einer Operation, die in Afghanistan geplant worden war. Als Antwort scheuchte das US-Militär Taliban und al-Qaida aus dem Land. Die Anti-Taliban-Streitkräfte der afghanischen Nordallianz rückten nach Süden vor, um das Land zu übernehmen, und eine NATO-Stabilisierungstruppe folgte.

Jenseits der Grenze belegten die

Amerikaner am Tag nach dem 11. September die Pakistaner mit diplomatischem Sperrfeuer und verlangten ihre Teilnahme am »Krieg gegen den Terrorismus« und die Beendigung ihrer Unterstützung von Terroristen. Der damalige Außenminister Colin Powell hatte bei Präsident Musharraf angerufen und darauf bestanden, dass man ihn aus einer Besprechung holte, damit er das Gespräch entgegennehmen konnte, bei dem er ihm sagte: »Entweder sind Sie für uns oder gegen uns.«



Die wichtigsten ethnischen Gruppen im afghanisch-pakistanischen Raum passten nicht in jene Grenzen, die 1893 mit der Durand-Linie gezogen wurden. Viele von ihnen identifizieren sich nach wie vor mehr mit ihren Stämmen jenseits der Grenze als mit dem Staat.

Dies wurde von der amerikanischen Seite

nie bestätigt, aber laut Musharrafs schriftlicher Darlegung folgte auf dieses Gespräch ein Anruf von Powells Stellvertreter Richard Armitage beim Chef des ISI, dem gesagt wurde, »wenn wir uns für die Terroristen entscheiden würden, müssten wir damit rechnen, zurück in die Steinzeit gebombt zu werden«. Pakistan kooperierte, und damit war der Fall erledigt. Allerdings hatte man nicht komplett kooperiert, und der Fall war doch nicht erledigt.

Islamabad war gezwungen zu handeln und tat es. Aber nicht alle im pakistanischen System waren an Bord.

Die Regierung verbot mehrere militante Gruppen und versuchte religiöse Gruppen zu zügeln, die als extremistisch eingeschätzt wurden. 2004 ging man dann militärisch gegen Gruppen in der Nordwestlichen Grenzprovinz vor und stimmte hinter vorgehaltener Hand amerikanischen Drohnenangriffen auf dem eigenen Gebiet zu, während man sie öffentlich verdammt.

Das waren harte Entscheidungen. Das pakistanische Militär und der ISI mussten sich just gegen jene Talibanführer wenden, die sie in den 1990ern ausgebildet und mit denen sie

Freundschaften geschlossen hatten. Die Talibangruppen reagierten wütend und brachten verschiedene Regionen in den Stammesgebieten komplett unter ihre Kontrolle. Musharraf wurde zum Ziel von drei vergeblichen Attentatsversuchen, seine wahrscheinliche Nachfolgerin Benazir Bhutto wurde ermordet, und in dem Chaos der Bombardierungen und Militäroffensiven starben bis zu 50 000 pakistanische Zivilisten.

Die Operation von Amerikanern und NATO in Afghanistan und die pakistanischen Maßnahmen jenseits der Grenze hatten arabische, tschetschenische

und andere ausländische al-Qaida-Kämpfer in alle Winkel der Erde zerstreut, wo ihre Führer aufgespürt und getötet wurden. Aber die Taliban konnten nirgendwohin gehen – sie waren Afghanen und Pakistaner – und, wie sie den neuen, technisch hochgerüsteten Invasoren aus Amerika und Europa erklärten: »Ihr mögt die Uhren haben, wir aber haben die Zeit.« Sie würden die Fremden aussitzen, egal, was man auf sie werfen würde, und bestimmte Elemente in Pakistan unterstützten sie dabei.

Binnen weniger Jahre wurde klar, dass die Taliban nicht geschlagen, sondern mit

dem verschmolzen waren, dem sie entstammten – der paschtunischen Bevölkerung. Und von dort kamen sie nun wann und wo sie wollten wieder zum Vorschein.

Die Amerikaner setzten auf eine »Hammer und Amboss«-Strategie. Sie wollten die afghanischen Taliban gegen den Amboss der pakistanischen Operationen jenseits der Grenze hämmern. Doch in den Stammesgebieten entpuppte sich der »Amboss« als Schwamm, der aufsaugte, was auch immer auf ihn geworfen wurde, einschließlich aller afghanischen Taliban,

die vor dem amerikanischen Hammer zurückwichen.

Die Briten beschlossen 2006, die Provinz Helmand im Süden zu stabilisieren, wo die Zuständigkeit der afghanischen Regierung nicht weit über die Provinzhauptstadt Laschkar Gah hinausging. Dies war ein Kernland der afghanischen Paschtunen. Die Briten zogen mit guten Absichten los, hatten sie doch im Geschichtsunterricht aufgepasst, aber es scheint, als hätten sie plötzlich alles vergessen – warum, bleibt ein Rätsel. Der britische Verteidigungsminister John Reid wird falsch zitiert und zu Unrecht

beschuldigt, wenn es heißt, er habe in jenem Sommer gehofft, es würde »kein Schuss im Zorn fallen«. Tatsächlich sagte er: »Wir sind im Süden, um dem afghanischen Volk zu helfen und es zu schützen, wenn es seine Wirtschaft und Demokratie wieder aufbaut. Wir wären höchst zufrieden, wenn wir nach drei Jahren gehen können, ohne einen Schuss abgegeben zu haben.«

Das mag eine großartige Ambition gewesen sein, aber war sie jemals realistisch? In jenem Sommer hatte ich nach einem Lagebericht, den er im Außenministerium in London gab, einen

kurzen Dialog mit dem
Verteidigungsminister:

»Machen Sie sich keine Gedanken, Tim.
Wir sind nicht hinter den Taliban her, wir
sind dort, um die Menschen zu
beschützen.«

»Machen Sie sich keine Gedanken,
Herr Außenminister, die Taliban werden
hinter Ihnen her sein.«

Es war ein freundschaftlicher Austausch,
der stattfand, ehe mehr als 450 britische
Soldaten getötet wurden, doch bis heute
weiß ich nicht, ob die britische Regierung

die Öffentlichkeit vor dem Truppeneinsatz besänftigen wollte, während man hinter vorgehaltener Hand einen harten Waffengang prophezeite, oder ob man hinsichtlich dessen, was bevorstand, unglaublich naiv war.

Also ließen die Taliban die Briten zur Ader, ließen die Amerikaner zur Ader, ließen die NATO zur Ader, saßen die NATO aus, und nach 13 Jahren zog die NATO ab.

Während dieser gesamten Zeit spielten Angehörige der obersten Schicht des pakistanischen Establishments ein doppeltes Spiel. Amerika mochte seine

Strategie bekommen, aber Pakistan wusste, was die Taliban wussten: Eines Tages würden die Amerikaner gehen, und wenn sie weg wären, würde die pakistanische Außenpolitik immer noch eine pakistanfreundliche Regierung in Afghanistan benötigen. Gruppierungen innerhalb des pakistanischen Militärs und der Regierung leisteten den Taliban weiterhin Hilfe, weil sie darauf setzten, dass zumindest die Südhälfte von Afghanistan nach dem NATO-Abzug wieder zur Taliban-Dominanz zurückkehren würde. So stellten sie sicher, dass Kabul es nötig hätte, mit

Islamabad zu reden.

Die pakistanische Perfidie trat offen zutage, als die Amerikaner schließlich al-Qaida-Führer Osama bin Laden aufspürten, der sich in Sichtweite der Regierung in der Garnisonsstadt Abbottabad versteckte. Zu diesem Zeitpunkt war das Vertrauen der Amerikaner in ihren »Verbündeten« so weit gesunken, dass sie es unterließen, Islamabad vorab über die Spezialeinheit zu unterrichten, die hineinflog, um bin Laden zu töten. Das war eine Verletzung der Souveränität, die das Militär und die Regierung in Pakistan demütigte, ebenso

wie das Argument: »Wenn Sie nicht wussten, dass er sich dort befand, dann sind Sie inkompetent, wenn Sie es wussten, dann sind Sie Komplizen.«

Die pakistanische Regierung hatte immer bestritten, das doppelte Spiel, das zum Tod einer großen Zahl von Afghanen und Pakistanern sowie einer relativ kleinen Zahl von Amerikanern geführt hatte, gespielt zu haben. Nach der Abbottabad-Mission leugnete Islamabad es weiter ab, aber jetzt glaubten das erheblich weniger Leute. Wenn Elemente des pakistanischen Establishments bereit waren, dem von Amerika meistgesuchten

Mann Beistand zu leisten, obwohl er zu dem Zeitpunkt nur noch von begrenztem Wert für sie war, dann lag es auf der Hand, dass sie Gruppen unterstützen würden, die ihrem Wunsch, die Ereignisse in Afghanistan zu beeinflussen, dienlich wären. Das Problem war, dass diese Gruppen nun Entsprechungen in Pakistan hatten und diese die Ereignisse hier beeinflussen wollten. Der Beißer wurde gebissen.

Die pakistanischen Taliban sind eine natürliche Fortentwicklung der afghanischen Version. Beide sind überwiegend Paschtunen und keiner wird

je akzeptieren, von einer nicht paschtunischen Macht beherrscht zu werden, ob es die britische Armee im 19. Jahrhundert oder die von Pandschabi dominierte pakistanische Armee im 21. Jahrhundert ist.

Das war in Islamabad immer bekannt und wurde akzeptiert. Die pakistanische Regierung gab vor, das gesamte Land zu regieren, und die Paschtunen in der Nordwestlichen Grenzprovinz gaben vor, sie seien dem pakistanischen Staat gegenüber loyal. Dieses Verhältnis funktionierte bis zum 11. September 2001.

Seither ist das Leben für Pakistan

außerordentlich hart geworden. Der Blutzoll unter der Zivilbevölkerung ist enorm, und ausländische Investitionen sind weggeschrumpft, was das Alltagsleben noch weiter erschwert. Die Armee, die gezwungen war, gegen einen De-facto-Verbündeten vorzugehen, hat bis zu 5000 Mann verloren, und der Bürgerkrieg hat die zerbrechliche Einheit des Staates in Gefahr gebracht.

Seit dem Frühjahr 2015 sind die Dinge noch schwieriger geworden. Die NATO hat Afghanistan verlassen, die Amerikaner haben das Ende der Kampfmission verkündet und nur eine

Resttruppe zurückgelassen. Offiziell soll sie Einsätze von Spezialeinheiten und Trainingsaufgaben durchführen, inoffiziell soll sie versuchen zu verhindern, dass Kabul an die Taliban fällt. Seit die NATO unter den Taliban auf der afghanischen Seite der Grenze keine Verwüstungen mehr anrichtet, ist es für Pakistan noch schwieriger geworden, die eigenen Taliban zu bekämpfen. Washington übt weiter Druck auf Islamabad aus, und das führt zu mehreren möglichen Szenarien:

1. Das pakistanische Militär setzt sich

mit aller Macht in der Nordwestlichen Grenzprovinz ein und besiegt die Taliban.

2. Der Feldzug gegen die Taliban beschleunigt die Zersplitterung von Pakistan weiter, bis es als Staat gescheitert ist.
3. Die Amerikaner verlieren das Interesse, der Druck auf Islamabad lässt nach, und die Regierung schließt einen Kompromiss mit den Taliban. Die Lage wird wieder normal, wobei die Nordwestliche Grenzprovinz in Ruhe gelassen wird, Pakistan aber seine Agenda in

Afghanistan weiterhin vorantreibt.

Von diesen Szenarien ist das erste am unwahrscheinlichsten. Keine fremde Streitmacht hat je die Stämme in der Nordwestlichen Grenzprovinz besiegt, und eine pakistanische Armee, die aus Pandschabis, Sindhi, Belutschen und Kaschmirern (und einigen Paschtunen) besteht, gilt, sobald sie die Stammesgebiete betritt, als fremde Streitmacht ...

Szenarium zwei ist möglich, aber nachdem man jahrelang für alle Weckrufe taub war, hat das Taliban-

Massaker an 132 Schulkindern 2014 in Peschawar anscheinend genügend Teile des pakistanischen Establishments wachgerüttelt, dass man erkennt, dass die Bewegung, zu deren Schaffung man beigetragen hat, einen selbst jetzt zerstören könnte.

Das macht Szenarium drei zum wahrscheinlichsten. Das Interesse der Amerikaner an Afghanistan ist begrenzt, solange die Taliban stillschweigend einwilligen, nie wieder eine internationale Dschihadistengruppe zu beherbergen. Die Pakistaner werden genügend Verbindungen zu den afghanischen

Taliban beibehalten um sicherzustellen, dass jede Regierung in Kabul auf Islamabad hört und sich nicht bei Indien einschmeichelt. Und sobald der Druck weg ist, können sie ein Abkommen mit den pakistanischen Taliban treffen.

Nichts von all dem wäre nötig gewesen, wenn die afghanischen Taliban, die partiell eine Schöpfung des pakistanischen ISI sind, nicht so dumm gewesen wären, Gastgeber für die Araber von bin Ladens al-Qaida zu spielen und dann nach dem 11. September nicht auf den Prinzipien der paschtunischen Gastfreundschaft beharrt und sich nicht

geweigert hätten, sie auszuliefern, als die Amerikaner vor der Tür standen.

Indien hingegen ist in der Lage, sich auch anderen Aufgaben zuzuwenden – und muss das in der Tat tun, denn es sollte sich um mehr als nur um Pakistan kümmern, auch wenn dies für Neu-Delhi eine erstrangige außenpolitische Angelegenheit ist. Einen feindlichen Staat, der Atomwaffen besitzt, direkt nebenan zu haben, kann einen gedanklich schon ziemlich beschäftigen, aber Indien muss auch einem Volk von 1,3 Milliarden Menschen gerecht werden, während es gleichzeitig zur potenziellen Weltmacht

aufsteigt.

Das Verhältnis zu China würde seine Außenpolitik beherrschen, wäre da nicht der Himalaja. Ohne das höchste Gebirge der Welt zwischen ihnen wäre das jetzt lauwarmer Verhältnis wahrscheinlich frostig. Ein kurzer Blick auf die Landkarte zeigt zwei riesige Länder auf Tuchfühlung, aber schaut man genauer hin, sieht man, dass sie entlang der laut ›World Factbook‹ der CIA 2659 Kilometer langen Grenze sozusagen eine Mauer trennt.

Es gibt Streitpunkte, die für Reibungen sorgen. Mit an erster Stelle steht Tibet,

die höchste Region der Welt. Wie zuvor dargelegt, will China Tibet zum einen, damit Indien es nicht haben kann, und zum anderen – genauso schlecht aus der Sicht Pekings –, um ein unabhängiges Tibet zu verhindern, das Indien erlauben würde, dort Streitkräfte zu stationieren, und ihm damit die Kommandohoheit überlassen könnte.

Die indische Antwort auf Chinas Annexion von Tibet war, dem Dalai Lama und der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung eine neue Heimat in Dharamsala im Bundesstaat Himachal Pradesh zu geben. Dies ist eine

Politik der Versicherung auf lange Sicht, bei der Indien bezahlt, ohne zu erwarten, dass sie je eingelöst wird. Nach momentanem Stand der Dinge erscheint die tibetische Unabhängigkeit unmöglich, doch wenn das Unmögliche möglich würde, selbst nach vielen Jahrzehnten, wäre Indien in der Lage, eine tibetische Regierung daran zu erinnern, wer in den Jahren des Exils ihre Freunde waren.

Die Chinesen gehen davon aus, dass dieses Szenarium extrem unwahrscheinlich ist, aber Dharamsala irritiert sie dennoch. Die Antwort ist in Nepal zu sehen, wo Peking sicherstellt,

dass es durch die dortige maoistische Bewegung Einfluss hat.

Indien möchte kein von Maoisten beherrschtes Nepal sehen, das letztlich unter chinesischer Kontrolle steht, aber es weiß, dass Peking sich mit Geld und Handel dort Einfluss erkaufte. China mag sich heutzutage wenig um den Maoismus scheren, doch Nepal ist ihm wichtig genug, um Indien zu signalisieren, dass es sich auch Beitragszahlungen für eine Politik der Versicherung auf lange Sicht leisten kann. Jede »Einmischung« in Tibet kann mit einer »Einmischung« in Nepal gekontert werden. Je mehr sich Indien

um die kleineren Staaten in seiner Nachbarschaft kümmern muss, desto weniger kann es sich um China kümmern.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden ist der Bundesstaat Arunachal Pradesh im Nordosten Indiens, den China als »Südtibet« einfordert. Mit dem wachsenden Selbstvertrauen Chinas wächst auch die Zahl der Territorien, die es als chinesisch reklamiert. Bis vor Kurzem beanspruchte China nur den Distrikt Tawang im äußersten Westen des Bundesstaates. Doch Anfang der 2000er entschied Peking, ganz Arunachal

Pradesh sei chinesisch, was für Indien neu war, das dort seit 1955 die Souveränität ausübt. Die chinesische Forderung ist teils geographisch und teils psychologisch. Arunachal Pradesh grenzt an China, Bhutan und Myanmar, was es strategisch wertvoll macht, aber die Angelegenheit ist für China auch nützlich, um Tibet daran zu erinnern, dass die Unabhängigkeit keine Option ist.

Diese Botschaft muss auch Indien von Zeit zu Zeit einigen seiner eigenen Regionen zukommen lassen. Es gibt zahllose Separatistenbewegungen, manche sind aktiver als andere, manche

schlafen, aber keine scheint in den Startlöchern zu stehen, um ihre Ziele zu erreichen. Beispielsweise ist es um die Sikh-Bewegung, die einen Sikh-Staat aus Teilen des indischen und pakistanischen Punjab bilden will, derzeit ruhig, aber sie könnte wieder aufflammen. Im Bundesstaat Assam gibt es mehrere konkurrierende Bewegungen, darunter die der Bodo sprechenden Stämme, die einen eigenen Staat fordern, und die Muslim United Liberation Tigers of Assam, die wollen, dass innerhalb von Assam ein eigenes Land für Muslime geschaffen wird.

Und es gibt sogar eine Bewegung für einen unabhängigen christlichen Staat in Nagaland, wo 75 Prozent der Bevölkerung Baptisten sind. Jedenfalls liegt die Aussicht, dass das Nagaland National Council seine Ziele erreicht, in genauso weiter Ferne wie das Land, das es kontrollieren will. Und dies scheint für alle Separatistenbewegungen zuzutreffen.

Trotz dieser und anderer Gruppen, die die Unabhängigkeit fordern, trotz 21 Millionen Sikhs und einer Muslim-Minderheit von vielleicht 170 Millionen hat sich Indien sein starkes Selbstgefühl und Bewusstsein für die Einheit in der

Vielfalt bewahrt. Das wird nützlich sein, wenn es auf der Weltbühne weiter in den Vordergrund kommt.

Die Welt hat Chinas erstaunlichen Machtanstieg so sehr bewundert, dass sein Nachbar oft übersehen wird. Doch Indien könnte es noch in diesem Jahrhundert mit China als ökonomischem Kraftwerk der Region aufnehmen. Es ist das siebtgrößte Land der Welt und es hat die zweitgrößte Bevölkerung. Es hat gemeinsame Grenzen mit sechs Ländern (sieben, wenn man Afghanistan hinzunimmt). Indien besitzt zudem 15 000 Kilometer schiffbarer

Wasserwege im Landesinnern, sichere Wasservorräte, riesige Gebiete urbaren Landes, erhebliche Kohlevorkommen und nützliche Mengen an Öl und Gas, auch wenn alle drei immer zusätzlich importiert werden müssen und die Subventionierung von Kraftstoff- und Heizkosten eine Belastung für seinen Haushalt ist.

Trotz seiner Naturschätze kommt Indien nicht an Chinas Wachstum heran, und da China sich nun in die Welt hinausbewegt, könnten die beiden zusammenstoßen – nicht an ihrer Landgrenze, sondern auf dem Meer.

Jahrtausendlang konnten sich die Regionen, die heute China und Indien sind, aufgrund ihrer Territorien wechselseitig ignorieren. Eine Expansion über den Himalaja in das Gebiet des anderen war unmöglich. Außerdem hatte jeder von beiden mehr als genug bestellbares Land.

Doch heute benötigen beide wegen der Zunahme von Technologien ungeheure Mengen an Energie, und die Geographie hat sie mit diesen Reichtümern nicht beschenkt. Also waren beide Staaten gezwungen, ihren Horizont zu erweitern und sich hinaus aufs Meer zu wagen, und

dort sind sie aneinandergeraten.

Vor 25 Jahren hat sich Indien einer Politik des »Blicks nach Osten« verschrieben, partiell, um das zu abzublocken, was es als bevorstehenden Aufstieg Chinas erkannte. Es hat sich »um die Geschäfte gekümmert« und den Handel mit China (hauptsächlich Importe) dramatisch erweitert und gleichzeitig strategische Beziehungen in dem Gebiet aufgebaut, das China als seinen eigenen Vorgarten betrachtet.

Indien hat seine Beziehungen zu Myanmar, den Philippinen und Thailand verstärkt und, was noch wichtiger ist,

arbeitet mit Vietnam und Japan zusammen, um Chinas wachsender Beherrschung des Südchinesischen Meers entgegenzutreten.

Dabei hat es einen neuen Verbündeten, allerdings einen, den es auf Abstand hält – die Vereinigten Staaten. Jahrzehntlang fürchtete Indien, die Amerikaner seien die neuen Briten, nur mit einem anderen Akzent und mehr Geld. Im 21. Jahrhundert hat ein selbstbewussteres Indien in einer zunehmend multipolaren Welt Gründe, mit den USA zu kooperieren. Als Präsident Obama 2015 zur Militärparade anlässlich des

indischen Tags der Republik kam, sorgte Neu-Delhi dafür, sowohl mit seinen jüngst von den USA erworbenen Transportflugzeugen vom Typ C-130 Hercules und C-17 Globemaster als auch mit seinen von Russland erworbenen Panzern anzugeben. Die beiden riesigen Demokratien rücken langsam näher zusammen.

Indien besitzt eine große, gut ausgerüstete moderne Marine, zu der ein Flugzeugträger gehört, aber es wird nicht mit der riesigen Hochseemarine konkurrieren können, die China plant. Stattdessen schließt sich Indien anderen

betroffenen Seiten an, sodass sie gemeinsam die chinesische Marine zumindest beschatten, wenn auch nicht dominieren können, wenn diese durch die Straße von Malakka, den Golf von Bengalen und um die Spitze Indiens herum ins Arabische Meer läuft und Kurs auf ihren Stützpunkt nimmt – den Hafen, den China im pakistanischen Gwadar gebaut hat.

Indien stößt immer wieder auf Pakistan – und Pakistan auf Indien.

KOREA UND JAPAN

*»Ich ... wollte ein kleines
Wortspiel zu Kim Jong-il mit
den Worten ›Oh, lieber Führer‹
beginnen, doch es erstarb mir
auf den Lippen.«*

Christopher Hitchens, ›Love,
Poverty and War: Journeys and
Essays‹



Wie löst man ein Problem wie Korea?
Man löst es nicht, man geht bloß damit
um – schließlich gibt es ja noch eine
Menge andere Dinge, die auf der Welt
passieren und um die man sich sofort
kümmern muss.

Die gesamte Region von Malaysia bis
hinauf zum russischen Hafen
Wladiwostok beäugt das Problem
Nordkorea/Südkorea kritisch. Alle
Nachbarn wissen, dass es ein Pulverfass
ist, das das Potenzial hat, jeden Moment
vor ihren Augen zu explodieren, andere
Länder hineinzuziehen und ihre

Volkswirtschaften zu zerstören. Die Chinesen möchten nicht für die Belange von Nordkorea kämpfen, wollen aber auch kein vereintes Korea mit amerikanischen Stützpunkten in der Nähe ihrer Grenze haben. Die Amerikaner möchten nicht unbedingt für die Südkoreaner kämpfen, können es sich aber auch nicht leisten, als jemand zu gelten, der einen Freund im Stich lässt. Die Japaner mit ihrer langen Geschichte auf der Koreanischen Halbinsel müssen schauen, dass sie vorsichtig zu Werke gehen, weil sie wissen, dass sie wahrscheinlich in alles, was passiert,

verwickelt werden.

Die Lösung wäre ein Kompromiss, doch darauf hat Südkorea nur begrenzt Lust und die Führung von Nordkorea überhaupt keine. Die Zukunft ist alles andere als klar, es scheint, als würde sie ständig gerade hinter dem Horizont verschwinden.

Jahrelang sind die USA und Kuba stumm umeinander hergeschlichen und machten Anspielungen auf eine gemeinsame Gangart, was 2015 zum Durchbruch und zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen geführt hat. Nordkorea hingegen starrt bei

jedweden derartigen Anspielungen nur wütend vor sich hin und verzieht gelegentlich das Gesicht.

Nordkorea ist ein von Armut gebeuteltes Land, in dem schätzungsweise 25 Millionen Menschen leben und das von einem hoffnungslosen Fall beherrscht wird – von einer korrupten, bankrotten kommunistischen Monarchie. Unterstützt wird es von China, wohl nicht zuletzt aus Furcht vor Millionen von Flüchtlingen, die über den Yalu nach Norden strömen könnten. Die USA wiederum fürchten, dass ein militärischer Rückzug das falsche Signal aussenden und die

nordkoreanische Abenteuerpolitik bestärken würde, und haben deshalb weiterhin fast 30 000 Mann in Südkorea stationiert. Und Südkorea tut nach wie vor wenig, um die Wiedervereinigung voranzutreiben, weil es Angst hat, seinen Wohlstand zu riskieren.

Alle Akteure in diesem ostasiatischen Drama wissen, dass sie das Risiko eingehen, die Lage zu verschlechtern, wenn sie zum falschen Zeitpunkt eine Lösung erzwingen wollen. Deutlich verschlechtern. Die Furcht, dann nicht nur zwei Hauptstädte zu haben, die in rauchenden Trümmern liegen, sondern

einen Bürgerkrieg, eine humanitäre Katastrophe, Raketen, die in und um Tokio einschlagen, und eine weitere chinesisch-amerikanische Machtprobe auf einer geteilten Halbinsel, auf der eine Seite Atomwaffen besitzt, ist keineswegs übertrieben. Wenn Nordkorea implodiert, könnte es auch explodieren und Instabilität in Form von Krieg, Terrorismus und/oder einer Flüchtlingsflut über die Grenzen schleudern. Daher stecken die Akteure fest. Also muss die Lösung der nächsten Führergeneration aufgebürdet werden – oder der übernächsten.

Wenn die Führer der Welt auch nur offen darüber sprechen, dass sie sich auf den Tag vorbereiten, an dem Nordkorea zusammenbricht, riskieren sie, die Ankunft dieses Tages zu beschleunigen. Und da niemand einen Plan dafür hat, ist man am besten still. Eine Zwickmühle.

Nordkorea spielt den wahnsinnigen, mächtigen Schwächling weiterhin mit großem Erfolg. Seine Außenpolitik besteht im Wesentlichen darin, gegenüber allen außer den Chinesen misstrauisch zu sein. Und selbst Peking vertraut man nicht völlig, obwohl es 84,12 Prozent der nordkoreanischen Importe liefert und

84,48 Prozent von dessen Exporten kauft (so die Zahlen des Observatory of Economic Complexity 2014). Nordkorea gibt sich viel Mühe, alle Außenstehenden inklusive der Chinesen gegeneinander auszuspielen, um eine Einheitsfront gegen sich selbst zu verhindern.

Seiner gefangen gehaltenen Bevölkerung erklärt es, es sei ein starker, freigebiger, großartiger Staat, der sich aller Widrigkeiten und bösartigen Ausländer erwehrt, und bezeichnet sich als Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK). Es hat die einzigartige, »Juche« genannte politische Philosophie, die

grimmigen Nationalismus mit Kommunismus und nationalem Selbstvertrauen vermischt.

In Wahrheit ist es der am wenigsten demokratische Staat der Welt: Er dient weder dem Volk, noch ist er eine Republik. Er ist eine Dynastie, die aus einer Familie und einer Partei besteht. Und beim Diktatur-Test ist jedes Kästchen anzukreuzen: willkürliche Verhaftungen, Folter, Schauprozesse, Internierungslager, Zensur, Herrschaft der Angst, Korruption und eine Liste von Schrecken, deren Ausmaß im 21. Jahrhundert beispiellos ist.

Satellitenbilder und Zeugenberichte legen nahe, dass mindestens 150 000 politische Gefangene in riesigen »Umerziehungs«- und Arbeitslagern festgehalten werden. Nordkorea ist ein Schandfleck auf dem Gewissen der Welt, aber wenige Menschen kennen das volle Ausmaß des Grauens, das sich dort abspielt.

Die selbst auferlegte Isolation des Landes und die nahezu allumfassende Zensur durch den Staat sind so wirkungsvoll, dass wir nur raten können, was die Menschen über ihr Land, ihr System und ihre Führer denken und ob sie das Regime unterstützen. Analysieren

zu wollen, was politisch geschieht und warum, entspricht dem Versuch, durch eine Milchglasscheibe zu schauen, während man eine Sonnenbrille trägt. Ein früherer Botschafter in Pjöngjang sagte einmal zu mir: »Es ist so, als befände man sich draußen vor dem Fenster und versucht, Einblick zu gewinnen, aber es gibt nichts, wo man auch nur hineinspähen könnte.«

Der Gründungsmythos von Korea besagt, dass es 2333 v. Chr. nach göttlichem Plan geschaffen wurde. Der Herr des Himmels schickte seinen Sohn Hwanung auf die Erde, der hinunter auf

den Berg Paektu stieg und eine Frau heiratete, die zuvor ein Bär gewesen war, und ihr Sohn Dangun ging hinaus, um dieses frühe Beispiel einer Staatenbildung umzusetzen.

Die älteste schriftliche Version dieser Legende stammt aus dem 13. Jahrhundert. In gewisser Weise kann sie vielleicht erklären, warum ein kommunistischer Staat eine Führung hat, die innerhalb einer Familie verbleibt, der ein göttlicher Status verliehen wurde. Beispielsweise wurde Kim Jong-il von der Propagandamaschine in Pjöngjang als »Lieber Führer, der eine perfekte

Verkörperung des Erscheinungsbildes ist, das ein Führer haben muss«, »Lenkender Sonnenstrahl«, »Strahlender Stern vom Berg Paektu«, »Weltführer des 21. Jahrhunderts«, »Glorreicher Mann, der vom Himmel abstammt« oder »Ewiger Schoß heißer Liebe« titulierte. Sein Vater hatte ganz ähnliche Titel, das Gleiche gilt für seinen Sohn.

Was denkt das normale Volk über solche Bezeichnungen? Selbst Experten können nur raten. Sieht man sich Filmaufnahmen der Massenhysterie trauernder Nordkoreaner anlässlich des Todes von Kim Jong-il 2011 an, kann

man feststellen, dass hinter den ersten paar Reihen schluchzender, schreiender Menschen das Maß an Trauer offenbar abnimmt. Ist das so, weil jene in den ersten Reihen wussten, dass die Kamera auf sie gerichtet war und sie deshalb zu ihrer eigenen Sicherheit tun mussten, was von ihnen erwartet wurde? Oder wurden Vertrauensleute der Partei dorthin gestellt? Oder waren das normale Bürger, die echt von Trauer überwältigt waren, also eine nordkoreanische Vergrößerung jener Art von emotionalem Ausbruch, wie wir ihn im Vereinigten Königreich nach dem Tod von Prinzessin Diana

erlebt haben?

Die Wurzeln der verrückt-gefährlichen Aktionen der DVRK sind ein Stück weit in der Lage und in der Geschichte Koreas zu finden: gefangen zwischen den beiden Giganten China und Japan.

Den Beinamen »Einsiedlerkönigreich« verdiente sich Korea im 18. Jahrhundert, als es versuchte, sich nach Jahrhunderten von Beherrschung, Besetzung und Plünderung abzuschotten. Kommt man von Norden, gibt es, sobald man den Yalu überquert hat, wenige größere natürliche Verteidigungslinien auf der Strecke hinunter zum Meer. Das Umgekehrte gilt,

wenn man vom Meer her kommt. Die Mongolen kamen und gingen, ebenso die chinesische Ming-Dynastie, die Mandschuren und mehrfach die Japaner. Also zog es das Land eine Zeit lang vor, sich nicht mit der Außenwelt einzulassen und kappte viele seiner Handelsverbindungen in der Hoffnung, man würde es in Ruhe lassen.

Dem war kein Erfolg beschieden. Im 20. Jahrhundert kamen die Japaner zurück, annektierten 1919 das gesamte Land und machten sich später daran, seine Kultur zu zerstören. Die koreanische Sprache sowie das Lehren

der koreanischen Geschichte wurden verboten, der Besuch von Shintu-Schreinen zwingend vorgeschrieben. Die Dekaden der Unterdrückung hinterließen ein Erbe, das auch heute noch die Beziehungen zwischen Japan und den beiden koreanischen Staaten beeinflusst.

Die Niederlage von Japan 1945 führte zur Teilung von Korea entlang dem 38. Breitengrad. Nördlich davon war ein kommunistisches Regime zu finden, das erst von den Sowjets, später vom kommunistischen China kontrolliert wurde. Südlich der Linie gab es eine proamerikanische Diktatur, die sich

Republik Korea nannte. Dies war der wahre Beginn des Kalten Krieges, als man um jeden Zentimeter Land konkurrierte, als jede Seite versuchte, Einfluss oder Kontrolle zu erlangen, und nicht willens war, der anderen ein Alleinauftreten zu überlassen.

Die Wahl des 38. Breitengrads als Teilungslinie war in mehrerlei Hinsicht unglücklich und, so der amerikanische Historiker Don Oberdorfer, willkürlich. Er schreibt, Washington sei so sehr auf die japanische Kapitulation konzentriert gewesen, die am 10. August 1945 erfolgte, dass es keine echte Strategie für

Korea hatte. Angesichts von sowjetischen Truppenbewegungen im Norden der Halbinsel berief das Weiße Haus eine nächtliche Krisensitzung ein, bei der zwei Offiziere der unteren Ränge, bewaffnet nur mit einer ›National Geographic‹-Landkarte, den 38. Breitengrad bloß deshalb auswählten, um ihn den Sowjets als Haltelinie vorzuschlagen, weil dieser das Land ziemlich genau in der Mitte teilte.

Weder Koreaner noch Experten für Korea waren anwesend. Wären sie es gewesen, hätten sie Präsident Truman sagen können, dass diese Linie just jene

war, die die Russen und Japaner als Trennlinie der Einflussbereiche fast ein halbes Jahrhundert zuvor diskutiert hatten, nach dem russisch-japanischen Krieg 1904–1905. Es ist verzeihlich, dass Moskau glaubte, dies wäre die De-facto-Annahme jenes Vorschlags und damit die Anerkennung der Teilung und eines kommunistischen Nordens, da man dort nicht wusste, dass die Amerikaner Politik aus dem Stegreif machten. Die Abmachung galt, das Land war geteilt und der Würfel gefallen.

Die Sowjets zogen 1948 ihre Truppen aus dem Norden ab, die Amerikaner die

ihrigen 1949 aus dem Süden. Im Juni 1950 unterschätzte ein mutig gewordenes nordkoreanisches Militär fatal die amerikanische geopolitische Strategie im Kalten Krieg und überschritt den 38. Breitengrad, um die Halbinsel unter einer kommunistischen Einheitsregierung zu vereinen. Die nordkoreanischen Streitkräfte rasten fast bis hinunter zur Spitze der Südküste und ließen die Alarmglocken in Washington schrillen.

Die nordkoreanische Führung und ihre chinesischen Unterstützer hatten sich richtig ausgerechnet, dass aus rein militärischer Sicht Korea für die

Amerikaner nicht lebenswichtig war. Sie hatten jedoch nicht begriffen, was den Amerikanern klar war: Hätten sie nicht zu ihrem südkoreanischen Verbündeten gestanden, hätten all ihre anderen Verbündeten rund um den Globus das Vertrauen in sie verloren. Hätten amerikanische Verbündete auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges begonnen, auf Nummer sicher zu gehen oder zur kommunistischen Seite überzugehen, wäre die gesamte globale Strategie der USA ins Wanken geraten. Hier sind Parallelen zur amerikanischen Politik im heutigen Ostasien und Osteuropa zu

erkennen. Länder wie Polen, die baltischen Staaten, Japan und die Philippinen müssen sich sicher sein, dass Amerika hinter ihnen steht, wenn es um ihre Beziehungen zu Russland und China geht.

Im September 1950 brachen die USA an der Spitze einer UN-Streitmacht in Korea ein, drängten die Truppen aus dem Norden hinter den 38. Breitengrad zurück und dann hinauf bis fast an den Yalu und die Grenze zu China.

Nun war Peking an der Reihe, eine Entscheidung zu treffen. Amerikanische Truppen auf der Halbinsel zu haben war

eine Sache, eine ganz andere aber sie nördlich des Breitengrads – genauer, nördlich der Berge oberhalb von Hamhung – und in Schlagdistanz zu China selbst zu haben. Chinesische Truppen drangen über den Yalu ein, und es folgten 36 Monate erbitterter Kämpfe mit zahllosen Gefallenen auf allen Seiten, ehe man entlang den heutigen Grenzen zum Stehen kam und einen Waffenstillstand, aber keinen Friedensvertrag vereinbarte. Da steckten sie also fest, am 38. Breitengrad, und dort sind sie geblieben.

Die Geographie der Halbinsel ist

ziemlich schlicht und macht deutlich, wie künstlich die Teilung zwischen Nord und Süd ist. Die wahre (grobe) Teilung verläuft zwischen Ost und West. Der Westen der Halbinsel ist viel flacher als der Osten, und dort leben auch die meisten Menschen. Im Ostteil gibt es im Norden das Hamgyong-Gebirge und niedrigere Gebirgszüge im Süden. Die demilitarisierte Zone (DMZ), die die Halbinsel in zwei Teile schneidet, folgt ein Stück weit dem Imjingang, aber der war nie eine natürliche Grenze zwischen zwei Einheiten, sondern nur ein Fluss inmitten eines geographisch

zusammengehörigen Raums, in den allzu oft Fremde eindringen.

Genau genommen befinden sich die beiden Koreas immer noch im Krieg, und ein größerer Konflikt scheint angesichts der nervösen Spannungen zwischen ihnen nie mehr als ein paar Artilleriesalven entfernt zu sein.



Eine der Hauptsorgen in Südkorea ist die Nähe des Ballungsraums Seoul zur Grenze zu Nordkorea. Diese Lage macht Seoul anfällig für Überraschungsangriffe des Nachbarlands, dessen Hauptstadt viel weiter entfernt und durch bergiges Gelände zusätzlich geschützt ist.

Japan, die USA und Südkorea sind wegen

der nordkoreanischen Atomwaffen in Sorge, aber über Südkorea hängt noch ein weiteres Damoklesschwert. Ob es Nordkorea schafft, seine Atomtechnik zu verkleinern und Sprengköpfe zu bauen, die abgeschossen werden können, ist ungewiss, aber es ist ganz sicher in der Lage, wie es 1950 zeigte, zu einem überraschenden konventionellen Erstschlag.

Die südkoreanische Hauptstadt, die Megastadt Seoul, liegt keine 60 Kilometer südlich des 38. Breitengrads und der DMZ. Fast die Hälfte der 50 Millionen Einwohner von Südkorea leben im

Ballungsraum von Seoul, auch der überwiegende Teil der Industrie- und Finanzzentren befindet sich dort – und all das liegt in Reichweite der nordkoreanischen Artillerie.

In den Bergen oberhalb der 238 Kilometer langen DMZ hat das nordkoreanische Militär geschätzte 10 000 Artilleriegeschütze in Stellung gebracht. Sie sind alle gut eingegraben, manche in Bunkern oder gepanzerten Höhlen. Nicht alle könnten das Zentrum von Seoul treffen, aber einige schon, und alle würden die Metropolregion erreichen. Es besteht kaum Zweifel, dass

die vereinten Kräfte der Luftwaffen von Südkorea und der USA binnen zwei oder drei Tagen viele davon zerstört hätten, aber bis dahin würde Seoul bereits in Flammen stehen. Stellen Sie sich die Auswirkungen von nur einer Salve von Granaten aus 10 000 Artilleriegeschützen vor, die städtische und halb städtische Gebiete treffen, und dann multiplizieren Sie das Dutzende Male.

Die beiden Nordkorea-Experten Victor Cha und David Chang, die für die Zeitschrift ›Foreign Policy‹ schreiben, schätzen, dass die Streitkräfte der DVRK während der ersten Stunde eines

Konflikts bis zu 500 000 Salven auf die Stadt abschießen könnten. Das scheint eine sehr hohe Schätzung zu sein, doch selbst wenn man nur ein Fünftel davon annimmt, wäre das Ergebnis verheerend. Die südkoreanische Regierung müsste dann einen größeren Krieg führen und gleichzeitig versuchen, das Chaos zu bewältigen, das durch Millionen nach Süden flüchtender Menschen ausgelöst würde, sowie die Grenztruppen mit Mannschaften, die südlich von Seoul stationiert sind, zu verstärken.

Die Berge oberhalb der DMZ sind nicht hoch und es gibt viel ebenes Gelände

zwischen ihnen und Seoul. Bei einem Überraschungsangriff könnte die nordkoreanische Armee ziemlich schnell vorstoßen, verstärkt durch Spezialkräfte, die durch unterirdische Tunnel hereinströmen würden, die nach Meinung von Südkorea bereits gegraben sind. Man geht davon aus, dass die nordkoreanischen Schlachtpläne zum einen U-Boote umfassen, die Stoßtruppen südlich von Seoul anlanden, und zum anderen Schläferzellen in der Bevölkerung Südkoreas, die aktiviert werden. Es wird geschätzt, dass Nordkorea über 100 000 Mann an

Spezialkräften verfügt.

Nordkorea hat auch bewiesen, dass es Tokio mit ballistischen Raketen erreichen kann, indem es mehrere Raketen über das Japanische Meer hinweg in den Pazifik geschossen hat, eine Flugbahn, die direkt über japanisches Territorium verlief.

Nordkoreas Streitkräfte sind mehr als eine Million Mann stark, es handelt sich somit um eine der größten Armeen der Welt, und selbst wenn viele davon nicht gut ausgebildet sind, wären sie Pjöngjang doch als Kanonenfutter dienlich, während es versuchen würde, den Konflikt auszuweiten.

Die Amerikaner würden aufseiten der Südkoreaner kämpfen, das chinesische Militär wäre in höchster Alarmbereitschaft und würde Richtung Yalu vorrücken, und die Russen und Japaner wären die nervösen Beobachter.

Ein größerer Krieg in Korea liegt in niemandes Interesse, denn beide Seiten würden verwüstet, aber das hat in der Vergangenheit keine Kriege verhindert. Als Nordkorea 1950 den 38. Breitengrad überschritt, hatte es nicht vorausgesehen, dass es zu einem dreijährigen Krieg mit vier Millionen Toten kommen würde, der mit einem

Patt endete. Heute dürfte ein regelrechter Krieg noch katastrophaler sein. Die Wirtschaft von Südkorea ist achtzigmal stärker als die im Norden, seine Bevölkerung ist doppelt so groß und die vereinten Streitkräfte von Südkorea und den USA würden Nordkorea mit ziemlicher Sicherheit schlussendlich niederringen, solange China sich nicht wieder am Konflikt beteiligt.

Und was dann? Für eine solche Eventualität gibt es kaum ernsthafte Pläne. Der Süden hat wohl einige Computermodelle erstellt, um zu berechnen, was nötig werden könnte,

aber man kann allgemein davon ausgehen, dass die Situation chaotisch wäre. Die Probleme, die entstehen würden, wenn Korea implodiert oder explodiert, würden sich vervielfachen, wenn ein Krieg die Ursache wäre. Viele Länder wären betroffen, und sie müssten Entscheidungen fällen. Selbst wenn sich China an den Kämpfen nicht beteiligen wollte, könnte es doch beschließen, die Grenze zu überschreiten, um den Norden zu sichern, um ihn als Pufferzone zwischen sich und US-Streitkräften zu erhalten. Es könnte zu dem Schluss kommen, dass ein vereintes Korea, das

mit den USA verbündet wäre, die wiederum Verbündete der Japaner sind, eine größere potenzielle Bedrohung darstellen würde, als man zulassen könnte.

Die USA müssten entscheiden, wie weit sie über die DMZ vorstoßen wollten und ob sie versuchen sollten, alle nordkoreanischen Lager für Atom- und andere Massenvernichtungswaffen einzunehmen. China würde ähnliche Überlegungen anstellen, nicht zuletzt, weil einige der Atomlager keine 60 Kilometer von seiner Grenze entfernt sind.

An der politischen Front müsste Japan entscheiden, ob ihm ein mächtiges, vereintes Korea jenseits des Japanischen Meeres gefallen würde. Angesichts der spröden Beziehungen zwischen Tokio und Seoul hat Japan allen Grund, nervös zu sein, aber da es sich weit größere Sorgen wegen China macht, würde es sich wohl letztlich doch auf der Seite der Unterstützer einer Vereinigung wiederfinden – obwohl es dann wahrscheinlich aufgefordert würde, wegen der langen japanischen Besetzung der Halbinsel im 20. Jahrhundert finanzielle Hilfe zu leisten. Allerdings

weiß es, was Seoul weiß: Den Hauptteil der wirtschaftlichen Kosten der Wiedervereinigung müsste Südkorea tragen, und diese würden die der deutschen Wiedervereinigung winzig erscheinen lassen. Ostdeutschland hinkte zwar weit hinter Westdeutschland her, aber es war ein entwickeltes Land, ein Industriestandort mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung. Den Norden Koreas zu entwickeln hieße, bei null anzufangen, und die Kosten würden die Wirtschaft einer vereinten Halbinsel um eine Dekade zurückwerfen. Danach wäre zu erwarten, dass die reichhaltigen

Bodenschätze im Norden, wie Kohle, Zink, Kupfer, Eisen und seltene Erden, zu Buche schlagen und die Modernisierungsprogramme Wirkung zeigen würden, aber es herrschen doch gemischte Gefühle, ob man zunächst den Wohlstand von einem der am weitesten entwickelten Staaten der Welt riskieren sollte.

Solche Entscheidungen liegen in der Zukunft. Erst einmal bereitet sich jede Seite weiterhin auf einen Krieg vor. Wie Pakistan und Indien sind Nord- und Südkorea durch Angst und Misstrauen aneinandergekettet.

Südkorea ist heute ein lebendiges, integriertes Mitglied der Staatenfamilie dieser Welt und verfolgt eine entsprechende Außenpolitik. Mit dem offenen Meer im Westen, Osten und Süden und wenigen natürlichen Ressourcen hat es in den letzten dreißig Jahren den Bau einer modernen Marine vorangetrieben, einer Hochseestreitmacht, die in der Lage ist, das Japanische und das Ostchinesische Meer zu befahren und die Interessen der Republik Korea zu wahren. Wie Japan ist es bei der Deckung seines Energiebedarfs auf ausländische Quellen angewiesen und

hält deshalb ein wachsames Auge auf die Seewege der gesamten Region. Es hat die Zeit genutzt und diplomatisches Kapital in engere Beziehungen zu Russland und China investiert – sehr zum Ärger von Pjöngjang.

Eine Fehleinschätzung von einer der beiden Seiten könnte zu einem Krieg führen, der nicht nur für die Bevölkerung auf der Halbinsel verheerend wäre, sondern auch die Volkswirtschaften der Region zugrunde richten könnte, was wiederum eine heftige Kettenreaktion in der US-Wirtschaft auslösen würde. Was damit begann, dass die USA ihre Stellung

im Kalten Krieg gegenüber Russland verteidigten, hat sich zu einer Angelegenheit entwickelt, die von strategischer Bedeutung für die Wirtschaft der USA und mehrerer anderer Länder ist.

Für Südkorea gibt es immer noch Streitpunkte mit Tokio, die aus der japanischen Besatzungszeit stammen, und das Verhältnis zwischen beiden ist auch im besten Fall, der selten zutrifft, nur freundlich. Anfang 2015, als zwischen Amerikanern, Südkoreanern und Japanern die Details einer Vereinbarung festgelegt werden sollten, Erkenntnisse,

die die jeweilige militärische Aufklärung über Nordkorea sammeln würde, miteinander zu teilen, erklärte Seoul, es würde nur eine begrenzte Menge von Geheiminformationen via Washington an Tokio weitergeben. Südkorea wird nicht direkt mit den Japanern in Kontakt treten.

Die beiden Länder haben noch immer einen Territorialstreit um die Liancourt-Felsen, die Südkorea Dokdo (Einsame Insel) und Japan Takeshima (Bambusinsel) nennt. Derzeit verwaltet Südkorea die Felsenriffe, die in guten Fischgründen liegen und in deren Nähe

möglicherweise Erdgasvorkommen sind. Doch abgesehen von diesem Stachel im jeweiligen Fleisch und den immer noch virulenten Erinnerungen an die Besatzung, haben die beiden Länder Gründe zu kooperieren und die schwierige Vergangenheit hinter sich zu lassen.

Die japanische Geschichte verlief ganz anders als die koreanische, und das ist partiell der Geographie Japans geschuldet.

Die Japaner sind ein Inselvolk, und der Großteil der 127 Millionen Menschen lebt auf den vier großen Inseln die jenseits des

Japanischen Meers gegenüber von Korea und Russland liegen. Nur eine Minderheit bewohnt einige der 6848 kleineren Inseln. Die größte der Hauptinseln ist Honshu, auf der sich Tokio befindet, das mit 39 Millionen Einwohnern die größte Megastadt der Welt ist.

Die kürzeste Entfernung zwischen Japan und der eurasischen Landmasse beträgt gut 190 Kilometer, was einer der Gründe ist, warum es nie eine erfolgreiche Invasion erdulden musste. Die Chinesen sind über 800 Kilometer entfernt jenseits des Ostchinesischen Meers, und obwohl russisches

Territorium viel näher liegt, sind die russischen Streitkräfte wegen des extrem unfreundlichen Klimas und der geringen Bevölkerungsdichte am Ochotskischen Meer im Allgemeinen auch weit weg.

Im 13. Jahrhundert versuchten die Mongolen, auch in Japan einzufallen, nachdem sie durch China, die Mandschurei und Korea gefegt waren. Beim ersten Versuch wurden sie zurückgeschlagen und beim zweiten zerlegte ein Sturm ihre Flotte.

Aufgepeitscht wurde das Meer in der Koreasträße, so sagten die Japaner, von einem »göttlicher Wind«, den sie als

Kamikaze bezeichneten.

Also war die Bedrohung von Westen und Nordwesten begrenzt, und im Südosten und Osten war nur der Pazifik. Der Blick in letztere Richtung war auch der Grund, warum die Japaner sich den Namen »Nippon« oder »Land der aufgehenden Sonne« gegeben haben: Schauten sie nach Osten, sahen sie nichts zwischen sich und dem Horizont, an dem jeden Morgen die Sonne aufging. Abgesehen von gelegentlichen Einfällen nach Korea, blieben sie, bevor die moderne Welt ankam, überwiegend unter sich. Nachdem sie diese zuerst abgelehnt

hatten, machten sie sich auf den Weg zu ihr.

Man ist sich nicht einig, wann die Inseln zu Japan wurden, aber es gibt einen berühmten Brief, der 617 aus dem Land, das wir als Japan kennen, an den chinesischen Kaiser geschickt wurde. Darin schrieb ein ranghoher japanischer Edelmann: »Hiermit sende ich, der Kaiser des Landes, wo die Sonne aufgeht, einen Brief an den Kaiser des Landes, wo die Sonne untergeht. Bist du bei guter Gesundheit?« Die Geschichtsschreibung verzeichnet, dass der chinesische Kaiser dies als Unverschämtheit betrachtete und

nicht erfreut war. Sein Reich war riesig, während die japanischen Hauptinseln immer noch bloß locker geeint waren – ein Zustand, der sich bis etwa zum 16. Jahrhundert nicht ändern sollte.

Die Fläche der japanischen Inseln ist größer als Nord- und Südkorea zusammen oder, im europäischen Vergleich, größer als Deutschland. Doch drei Viertel dieser Landfläche sind für Menschen unbewohnbar – das gilt vor allem für die Bergregionen –, und nur 13 Prozent eignen sich für einen intensiven Anbau. Das bedeutet, dass die Japaner sehr dicht beieinander in den

Küstenebenen und den wenigen Inlandgebieten leben, wo einige terrassierte Reisfelder in den Bergen angelegt werden können. Die Berge sorgen dafür, dass Japan viel Wasser hat, aber der Mangel an flachem Land bedeutet, dass seine Flüsse nicht für Schiffe und damit auch nicht als Handelswege taugen, ein Problem, dass dadurch verschärft wird, dass nur wenige der Flüsse verbunden sind.

Also wurden die Japaner zu einer Seefahrernation, kommunizierten und handelten entlang den Küsten ihrer unzähligen Inseln, unternahmen

Beutezüge nach Korea und stachen dann, nach Jahrhunderten der Isolation, in See, um die gesamte Region zu dominieren.

Anfang des 20. Jahrhunderts war Japan zur Industriemacht aufgestiegen und besaß die drittgrößte Marine der Welt. 1905 besiegte Japan die Russen in einem Krieg, der zu Lande und zu Wasser geführt wurde. Ausgerechnet die geographische Situation als Inselstaat, die es Japan so lange erlaubt hatte isoliert zu bleiben, zwang es nun, sich mit der Welt einzulassen. Das Problem war allerdings, dass es beschloss, dies militärisch zu tun.

Sowohl der Erste Chinesisch-

Japanische Krieg als auch der Russisch-Japanische Krieg fanden statt, um den chinesischen beziehungsweise russischen Einfluss in Korea zu torpedieren. Mit den Worten seines preußischen Militärberaters Major Jacob Meckel war Korea für Japan »ein Dolch, der auf das Herz Japans gerichtet ist«. Die Kontrolle über die Halbinsel nahm die Bedrohung, und die Kontrolle über die Mandschurei stellte sicher, dass die Hand Chinas und, in geringerem Maß, die Russlands nicht in die Nähe des Dolchgriffs kamen. Zudem waren Koreas Kohle und Eisen hochwillkommen.

Japan selbst besaß nur wenig von den natürlichen Ressourcen, die nötig sind, um zur Industrienation zu werden. Es besaß begrenzte Vorkommen an minderwertiger Kohle, sehr wenig Öl, geringe Mengen an Erdgas, einen begrenzten Nachschub an Kautschuk und Mangel an vielen Metallen. Das gilt heute noch genauso wie vor 100 Jahren, obwohl Gaslager vor der Küste und Edelmetalle unter dem Meeresboden ausgebeutet werden. Japan bleibt trotzdem der weltgrößte Importeur von Erdgas und der drittgrößte von Erdöl.

Es war der Hunger nach diesen

Produkten, der Japan veranlasste, in den 1930ern über China und dann Anfang der 1940er über Südostasien herzufallen.

Taiwan hatte es bereits 1895 besetzt, dem folgte 1910 die Annexion von Korea.

1932 okkupierte Japan die Mandschurei, und 1937 führte es eine große Invasion in China durch. Mit jedem Dominostein, der fiel, brauchten das expandierende Reich und die wachsende japanische Bevölkerung mehr Öl, mehr Kohle, mehr Metalle, mehr Kautschuk und mehr Nahrung.

Während die europäischen Mächte mit dem Krieg in Europa beschäftigt waren,

machte sich Japan daran, im Norden von Indochina einzumarschieren. Schließlich stellten die USA, die zur damaligen Zeit den größten Teil von Japans Ölbedarf deckten, ein Ultimatum – Rückzug oder Ölembargo. Die Japaner antworteten mit dem Angriff auf Pearl Harbor, fegten dann über Südostasien und nahmen unter anderem Myanmar, Singapur und die Philippinen ein.

Damit hatten sie massiv überreizt – nicht nur damit, die USA anzugreifen, sondern auch, indem sie die Hand auf genau die Ressourcen legten, die die USA für ihre eigene Industrie benötigten,

beispielsweise Kautschuk. Der Gigant des 20. Jahrhunderts mobilisierte für den totalen Krieg. Japans Geographie spielte dann eine Rolle bei der größten Katastrophe des Landes: Hiroshima und Nagasaki.

Die Amerikaner kämpften sich unter großen Verlusten durch den Pazifik, von Insel zu Insel. Als sie schließlich Okinawa einnahmen, das zur Ryukyu-Inselkette gehört, die zwischen Taiwan und Japan verläuft, hatten sie einen Feind vor sich, der immer noch fanatisch und bereit war, die Zugänge und die vier Hauptinseln gegen eine Invasion vom Wasser her zu

verteidigen. Schwere Verluste bei den Amerikanern waren abzusehen. Wenn das Gelände einfacher gewesen wäre, hätten die Amerikaner vielleicht anders entschieden und sich nach Tokio durchgekämpft – aber sie wählten die Option Atombombe und setzten über Japan und im kollektiven Bewusstsein der Welt den Terror eines neuen Zeitalters frei.

Nach dem radioaktiven Niederschlag und einer bedingungslosen japanischen Kapitulation halfen die Amerikaner dem Land beim Wiederaufbau, nicht zuletzt, um eine Festung gegen das

kommunistische China zu haben. Das neue Japan zeigte seinen alten Erfindergeist und wurde binnen drei Jahrzehnten zu einem globalen wirtschaftlichen Kraftwerk.

Allerdings waren seine frühere Kriegslust und sein Militarismus nicht komplett verschwunden: Sie waren nur unter den Trümmern von Hiroshima und Nagasaki und einer erschütterten nationalen Psyche verschüttet. Die japanische Nachkriegsverfassung erlaubte dem Land weder Armee noch Luftwaffe oder Marine, sondern nur »Selbstverteidigungsstreitkräfte«, die

über Jahrzehnte nur ein Schatten des Vorkriegsmilitärs waren. Die Nachkriegsvereinbarung, die die USA den Japanern auferlegten, begrenzte die Rüstungsausgaben auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts und sorgte dafür, dass Zehntausende amerikanischer Soldaten auf japanischem Territorium verblieben – von denen immer noch 32 000 im Land sind.

Anfang der 1980er wurde dann wieder ein leises Rühren von Nationalismus wahrgenommen. Teile der älteren Generation hatten nie das Ausmaß der japanischen Kriegsverbrechen anerkannt,

und Teile der jüngeren Generation waren nicht bereit, die Schuld für die Sünden der Väter zu übernehmen. Viele Kinder des Landes der aufgehenden Sonne wollten ihren »naturgemäßen« Platz unter der Sonne der Nachkriegswelt einnehmen.

Eine flexible Auslegung der Verfassung wurde zur Regel, und die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte wurden allmählich zu einer modernen Kampfgruppe ausgebaut. Das geschah, als der Aufstieg Chinas immer deutlicher wurde und die Amerikaner erkannten, dass sie militärische Verbündete in der

Pazifikregion brauchen würden und deshalb bereit waren, ein wiederbewaffnetes Japan zuzulassen.

Im gegenwärtigen Jahrhundert hat Japan seine Verteidigungspolitik geändert und erlaubt seinen Streitkräften Einsätze im Ausland an der Seite seiner Verbündeten. Es ist zu erwarten, dass Verfassungsänderungen folgen werden, um dies auf ein solideres rechtliches Fundament zu stellen. Das Dokument zur Sicherheitspolitik 2013 war das erste, in dem ein potenzieller Feind benannt wird: »China hat Maßnahmen ergriffen, die als Versuche betrachtet werden können, den

Status quo durch Gewalt zu ändern.«

Der Verteidigungshaushalt 2015 war mit 42 Milliarden US-Dollar der bislang größte Japans. Darin waren die größten Ausgaben für die Ausrüstung von Marine und Luftwaffe vorgesehen, darunter sechs in den USA gebaute Tarnkappenflugzeuge vom Typ F-35A. Im Frühjahr 2015 stellte Tokio auch einen neuen sogenannten »Helikopter-Zerstörer« in Dienst. Man musste kein Militärexperte sein, um zu erkennen, dass das Schiff so groß wie die japanischen Flugzeugträger im Zweiten Weltkrieg ist, die in den Kapitulationsbedingungen

1945 verboten worden waren. Der Zerstörer kann auch für Starrflügelflugzeuge eingerichtet werden, aber der Verteidigungsminister gab eine Erklärung heraus, in der es hieß, er »beabsichtige nicht, es als Flugzeugträger einzusetzen«. Das ist ungefähr so, als würde sich jemand ein Motorrad kaufen und dann sagen, da er nicht vorhabe, es als Motorrad zu benutzen, sei es ein Fahrrad. Die Japaner besitzen also jetzt einen Flugzeugträger.

Das Geld, das dafür und für andere funkelnagelneue Ausrüstung ausgegeben wurde, ist – wie auch deren

Positionierung – eine eindeutige Absichtserklärung. Die militärische Infrastruktur auf Okinawa, von wo aus man die Zugänge zu den Hauptinseln sichert, soll verbessert werden. Das erlaubt Japan auch eine größere Flexibilität bei der Überwachung seiner Luftverteidigungszone, die sich zum Teil mit der entsprechenden chinesischen Zone überlappt, nachdem Peking deren Vergrößerung 2013 verkündet hatte.

Beide Zonen umfassen jene Inseln, die die Japaner Senkaku und die Chinesen Diaoyu nennen. Sie werden von Japan kontrolliert, aber China beansprucht sie

gleichfalls. Sie sind auch Teil der Ryukyu-Inselkette, die ein besonders sensibles Gebiet darstellt, weil jede feindliche Streitmacht auf dem Weg zum japanischen Kernland diese Inseln passieren muss. Zudem verschaffen sie Japan ausgedehnte Hoheitsgewässer, unter denen sich ausbeutbare Gas- und Ölfelder befinden könnten. Daher beabsichtigt Tokio, sie mit allen nötigen Mitteln zu halten.

Chinas ausgeweitete Luftraumüberwachungszone im Ostchinesischen Meer erstreckt sich über Gebiete, die von China, Japan, Taiwan

und Südkorea beansprucht werden. Als Peking erklärte, jedes Flugzeug, das durch diese Zone fliegen wolle, müsse sich identifizieren oder »mit Verteidigungsmaßnahmen rechnen«, beantworteten das Japan, Südkorea und die Vereinigten Staaten damit, dass sie ohne Identifizierung hindurchflogen. Es erfolgte keine feindliche Reaktion von China, aber dies ist eine Angelegenheit, aus der Peking jederzeit ein Ultimatum machen kann.

Japan beansprucht auch die sich nördlich an Hokkaido anschließenden Kurilen, die es im Zweiten Weltkrieg an

die Sowjetunion verlor und die sich weiterhin unter russischer Kontrolle befinden. Russland ist es lieber, die Angelegenheit nicht zu diskutieren, aber die Debatte erfolgt sowieso nicht in der gleichen Liga wie Japans Auseinandersetzungen mit China. Auf den Kurilen leben nur rund 19 000 Menschen und die Inseln liegen zwar in guten Fischgründen, aber das Gebiet hat keine besondere strategische Bedeutung. Die Angelegenheit sorgt dafür, dass die Beziehungen zwischen Russland und Japan frostig bleiben, aber in dieser Kälte haben beide Länder die Frage der Inseln

auch ziemlich gut eingefroren.

China ist das Land, das der japanischen Führung nachts den Schlaf raubt und sie die diplomatische und militärische Nähe zu den USA aufrechterhalten lässt. Viele Japaner, vor allem auf Okinawa, stoßen sich an der amerikanischen Militärpräsenz, aber die Stärke Chinas plus der Bevölkerungsrückgang in Japan dürften dafür sorgen, dass die Nachkriegsbeziehungen zwischen Japan und den USA fortgesetzt werden, wenn auch auf einer gleichberechtigteren Basis. Japanische Statistiker befürchten, dass die

Bevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts auf unter 100 Millionen schrumpft. Angesichts der enormen Bevölkerungszahl von über 1,3 Milliarden in China wird Japan Freunde in der Nachbarschaft brauchen.

Also bleiben die Amerikaner sowohl in Korea als auch in Japan. Zwischen ihnen besteht heute eine Dreiecksbeziehung, wie das oben angesprochene Abkommen zu den Geheimdienststerkenntnissen unterstreicht. Es gibt viel, worüber Japan und Südkorea streiten könnten, aber beide räumen ein, dass die gemeinsame Angst vor China und Nordkorea stärker

ist.

Selbst wenn sie sich daranmachen, ein Problem wie Korea zu lösen, besteht die Angelegenheit China nach wie vor, und das bedeutet, dass die amerikanische Siebte Flotte in der Bucht von Tokio und die US-Marines auf Okinawa bleiben werden, um die Wege zwischen dem Pazifik und den Chinesischen Meeren zu sichern. Und dass damit zu rechnen ist, dass die See rau bleibt.

LATEINAMERIKA

*»Wir nennen uns gern
›Kontinent der Hoffnung‹ ... Die
Hoffnung ist wie ein
Versprechen des Himmels, ein
Schuldschein, dessen Einlösung
immer wieder verschoben wird.«*

Pablo Neruda, chilenischer
Dichter und Nobelpreisträger



Lateinamerika, insbesondere sein Süden, ist der Beweis, dass man zwar das Wissen und die Technologie der Alten Welt in die Neue bringen kann, der Erfolg aber überschaubar bleibt, wenn man die Geographie gegen sich hat und auch noch die Politik falsch einschätzt. So wie die Geographie den Vereinigten Staaten half, eine Großmacht zu werden, sorgt jene der zwanzig Staaten im Süden dafür, dass keiner davon groß genug wird, um den nordamerikanischen Giganten ernsthaft herauszufordern, beziehungsweise verhindert, dass sie

zusammenkommen, um dies gemeinsam zu tun.

Die Beschränkungen durch die lateinamerikanische Geographie wurden bei der Gestaltung seiner Nationalstaaten noch verstärkt. In den USA wurde das Land, nachdem man es den ursprünglichen Bewohnern weggenommen hatte, überwiegend in kleinen, überschaubaren Mengen verkauft oder verteilt. In Lateinamerika wurde im Gegensatz dazu das in der Alten Welt gepflegte System von mächtigen Landbesitzern und Leibeigenen oktroyiert, das zu Ungleichheit führte.

Zusätzlich schufen die europäischen Siedler ein weiteres geographisches Problem, das bis heute viele Länder daran hindert, ihr Potenzial voll zu entwickeln: Sie blieben in der Nähe der Küsten, vor allem in Lagen, wo das Landesinnere mit Mücken und Krankheiten verseucht war (wie das auch in Afrika der Fall war). Die meisten großen Städte der Länder, oft auch die Hauptstädte, liegen deshalb in Küstennähe und alle Straßen im Landesinneren wurden als Verbindungen zu den Hauptstädten gebaut, nicht als Verbindungen untereinander.

In manchen Ländern, beispielsweise in

Peru und Argentinien, bewohnen den Ballungsraum der Hauptstadt mehr als 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Kolonialisten konzentrierten sich darauf, die Schätze aus jeder Region herauszuholen, sie an die Küste und weiter auf ausländische Märkte zu bringen. Selbst nach der Unabhängigkeit versäumten es die überwiegend europäischen Küsteneliten, in das Landesinnere zu investieren, und wenn es Bevölkerungszentren im Binnenland gibt, dann sind ihre Verbindungen untereinander nach wie vor schlecht.

Anfang unserer Dekade beschworen

zahlreiche Wirtschaftsführer, Professoren und Medienanalysten leidenschaftlich den Anbruch des »lateinamerikanischen Jahrzehnts«. Obwohl die Region durchaus ungenutztes Potenzial aufweist, erfolgte dieser nicht, muss sie doch ständig gegen das Schicksal kämpfen, das ihr Natur und Geschichte zugeteilt haben.

Mexiko wächst zu einer Regionalmacht heran, aber es wird immer die Wüsten im Norden, die Berge im Osten und den Dschungel im Süden haben, die sein Wirtschaftswachstum physisch einschränken. Brasilien hat die Weltbühne betreten, aber die Regionen in

seinem Landesinneren werden voneinander isoliert bleiben, und Argentinien und Chile werden trotz ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen viel weiter von New York und Washington entfernt bleiben als es Paris oder London sind.

Zweihundert Jahre nach Beginn des Unabhängigkeitskampfes hinken die lateinamerikanischen Länder denen in Nordamerika und Europa weit hinterher. Ihre Gesamtbevölkerung (inklusive Karibik) liegt bei über 600 Millionen, doch ihr addiertes Bruttoinlandsprodukt entspricht dem von Frankreich plus dem

Vereinigten Königreich, die zusammen etwa 125 Millionen Einwohner haben. Sie sind seit dem Kolonialismus und der Sklaverei weit vorangekommen, doch es liegt noch ein langer Weg vor ihnen.

Lateinamerika beginnt an der Grenze zwischen den USA und Mexiko und erstreckt sich über fast 12 000 Kilometer durch Zentral- und Südamerika bis nach Feuerland und endet am Kap Hoorn, wo sich die beiden großen Weltmeere, Pazifik und Atlantik, treffen. An der breitesten Stelle, von Brasilien im Osten nach Peru im Westen, misst es 5150 Kilometer. Westlich befindet sich der Pazifik, östlich

liegen der Golf von Mexiko, das Karibische Meer und der Atlantik. Keine der Küsten hat viele natürliche Tiefwasserhäfen, was den Handel einschränkt.

Zentralamerika ist ein bergiges Territorium mit tiefen Tälern und an der schmalsten Stelle keine 200 Kilometer breit. Dann folgt parallel zum Pazifik die mit 7500 Kilometern längste Gebirgskette der Welt – die Anden. Sie sind auf der gesamten Länge schneebedeckt und größtenteils nicht zu überqueren, sodass sie viele Gebiete im Westen des Kontinents vom Osten abschneiden. Hier

befindet sich auch der höchste Punkt der westlichen Hemisphäre – der 6962 Meter hohe Aconcagua. Das Wasser, das von der Gebirgskette herabstürzt, ist eine Stromquelle für die Andenstaaten Chile, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Schließlich wird das Land flacher, Gletscher und Wälder tauchen auf, wir erreichen den chilenischen Archipel und die äußerste Südspitze. Der Ostteil Lateinamerikas wird von Brasilien und dem Amazonas, dem nach dem Nil zweitlängsten Fluss der Erde, dominiert.

Zu den wenigen Dingen, die diese Länder gemein haben, gehören die auf

dem Lateinischen basierenden Sprachen. In den meisten Ländern wird Spanisch gesprochen, aber in Brasilien ist es Portugiesisch und in Französisch-Guyana Französisch. Diese sprachliche Nähe verschleiert die Unterschiede auf einem Kontinent, der fünf verschiedene klimatologische Regionen aufweist. Das relativ flache Land östlich der Anden und das gemäßigte Klima des unteren Drittels von Südamerika, das als Südkegel bezeichnet wird, stehen in krassem Gegensatz zu den Bergen und Dschungeln weiter nördlich und ermöglichen es, Kosten für Anbau und

Bauwesen zu reduzieren, was diese Gebiete zu den gewinnträchtigsten des gesamten Kontinents macht – während Brasilien, wie wir sehen werden, Schwierigkeiten hat, die Waren überhaupt zwischen den eigenen Binnenmärkten zu bewegen.

Akademiker und Journalisten schreiben gern, der Kontinent stehe am »Scheideweg«, und meinen damit, er stehe endlich vor dem Aufbruch in eine große Zukunft. Ich möchte eher behaupten, dass er, geographisch betrachtet, nicht am Scheideweg steht, sondern da, wo Fuchs und Hase sich Gute

Nacht sagen. Überall in diesem riesigen Gebiet passiert viel, aber das Problem ist, dass das meiste davon weit entfernt von allem geschieht. Das mag als Perspektive der nördlichen Hemisphäre erscheinen, aber es ist auch die Perspektive der wichtigen wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Kräfte.

Trotz der Abgeschiedenheit von den größeren Bevölkerungszentren der Weltgeschichte, leben seit rund 15 000 Jahren Menschen südlich der heutigen Grenze zwischen Mexiko und den USA. Man geht davon aus, dass sie aus Russland kamen und die Beringstraße zu

einem Zeitpunkt zu Fuß überquert haben, als diese noch eine Landbrücke war. Die heutigen Einwohner sind eine Mischung aus Europäern, Afrikanern, eingeborenen Stämmen und den Mestizen, die von Europäern und amerikanischen Ureinwohnern abstammen.

Diese Mischung lässt sich zurückverfolgen bis zum Vertrag von Tordesillas, den Spanien und Portugal 1494 geschlossen haben und der ein frühes Beispiel dafür ist, wie europäische Kolonisten Linien auf Landkarten weit entfernter Gebiete ziehen, über die sie wenig oder, wie in diesem Fall, nichts

wissen. Als sie zu ihren Erkundungsfahrten Richtung Westen aufbrachen, einigten sich die beiden großen europäischen Seemächte, dass sie jedwedes Land, das außerhalb von Europa entdeckt würde, zwischen sich aufteilen würden. Der Papst stimmte zu. Der Rest ist eine sehr unglückselige Geschichte, in deren Verlauf die überwiegende Mehrheit der Bewohner jener Länder, die heute Südamerika ausmachen, ausradiert wurde.

Die Unabhängigkeitsbewegungen begannen Anfang des 19. Jahrhunderts und wurden von Simón Bolívar aus

Venezuela und José de San Martín aus Argentinien angeführt. Insbesondere Bolívar hat sich ins kollektive Bewusstsein Südamerikas eingebrannt: Bolivien ist ihm zu Ehren benannt, und die nach links tendierenden Länder des Kontinents verbindet locker eine gegen die USA gerichtete »bolivarische« Ideologie. Diese ist eine wechselnde Mischung aus antikolonialistischen/prosozialistischen Vorstellungen, die oft Richtung Nationalismus abschweifen, wenn es den Politikern, die sie vertreten, gerade passt.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts brachen

viele der gerade unabhängig gewordenen Länder auseinander, entweder durch Bürgerkriege oder durch Grenzstreitigkeiten, aber bis zum Ende des Jahrhunderts lagen die Grenzen der verschiedenen Staaten überwiegend fest. Die drei reichsten Nationen – Brasilien, Argentinien und Chile – begannen nun ein ruinöses, teures Marine-Rüstungswettrennen, das alle drei in ihrer Entwicklung zurückwarf. Auf dem gesamten Kontinent bestehen weiterhin Grenzstreitigkeiten, aber die Festigung der Demokratien bedeutet, dass die meisten eingefroren sind oder man

versucht, sie auf diplomatischem Weg zu lösen.

Besonders verbittert ist das Verhältnis zwischen Bolivien und Chile, was auf den Salpeterkrieg 1879 zurückgeht, bei dem Bolivien ein großes Stück seines Gebiets verlor – darunter 400 Kilometer Küste, was es zum Binnenstaat machte. Es hat sich von diesem Schlag nie erholt, was auch ein Stück weit erklärt, warum Bolivien zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas gehört. Und dies wiederum hat die Kluft zwischen der überwiegend europäischen Bevölkerung des Tieflands und den Ureinwohnern im

Hochland verschärft.

Die Zeit hat weder die Wunden zwischen ihnen noch die zwischen den beiden Ländern geheilt. Bolivien besitzt die drittgrößten Erdgasvorkommen in Südamerika, aber es weigert sich, irgendetwas davon an Chile zu verkaufen, das einen verlässlichen Lieferanten benötigt. Zwei bolivianische Präsidenten, die mit der Idee gespielt hatten, es zu tun, haben ihr Amt verloren. Der gegenwärtige Präsident Evo Morales hat eine »Gas an Chile«-Politik, aber sie beinhaltet den Tausch »Gas für ein Stück Küste«, was Chile trotz seines

Energiebedarfs ablehnt. Nationalstolz und geographische Notwendigkeiten triumphieren auf beiden Seiten über einen diplomatischen Kompromiss.

Ein weiterer Konflikt, der auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, betrifft die Grenze zwischen dem britischen Territorium Belize und seinem Nachbarn Guatemala. Auch hier handelt es sich um gerade Linien, wie wir sie schon in Afrika und im Nahen Osten gesehen haben, und sie wurden von den Briten gezogen. Guatemala beansprucht Belize als Teil seines Hoheitsgebiets, ist aber im Gegensatz zu Bolivien nicht gewillt, die

Angelegenheit zu forcieren. Chile und Argentinien streiten um den Beagle-Kanal, Venezuela beansprucht halb Guyana und Ecuador hat alte Forderungen an Peru. Letztere sind eine der ernstesten Landstreitigkeiten auf dem Kontinent und haben zu drei Grenzkriegen in den letzten 75 Jahren geführt, von denen der jüngste 1995 stattfand. Doch auch hier hat das Erstarken der Demokratie die Spannungen verringert.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Zentralamerika und Südamerika Schauplätze eines

Stellvertreterkriegs des Kalten Kriegs, der begleitet wurde von Staatsstreichen, Militärdiktaturen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel in Nicaragua. Das Ende des Kalten Kriegs ermöglichte es vielen Staaten, sich in Richtung Demokratie zu bewegen, und verglichen mit dem 20. Jahrhundert sind die Beziehungen untereinander jetzt relativ stabil.

Die Lateinamerikaner, oder zumindest jene südlich von Panama, leben hauptsächlich an oder in der Nähe der Ost- und Westküste, während das Landesinnere und der eiskalte Süden sehr

spärlich besiedelt sind. Südamerika ist demographisch gesehen ein hohler Kontinent. Für Zentralamerika und besonders Mexiko gilt das weniger, dort verteilt sich die Bevölkerung gleichmäßiger. Aber gerade Mexiko besitzt ein schwieriges Terrain, was seine Ambitionen und seine Außenpolitik beschränkt.

Im Norden hat Mexiko eine 3200 Kilometer lange Grenze zu den USA, die nahezu nur durch die Wüste führt. Das Land dort ist so karg, dass es größtenteils unbewohnt ist. Es fungiert als Pufferzone zwischen Mexiko und

seinem riesigen Nachbarn im Norden – allerdings ist dieser Puffer wegen der Ungleichheit ihrer Technologien vorteilhafter für die Amerikaner als für die Mexikaner. Militärisch könnten nur die US-Streitkräfte einen Einfall schaffen, jede Streitmacht, die aus der Gegenrichtung käme, würde vernichtet. Als Barriere gegen die illegale Einreise in die USA ist er hilfreich, aber porös – ein Problem, mit dem sich noch mehr als eine amerikanische Regierung befassen müssen.

Alle Mexikaner wissen, dass vor dem Krieg 1846–1848 mit den Vereinigten

Staaten jene Gebiete, die heute Texas, Kalifornien, New Mexico und Arizona bilden, ein Teil von Mexiko waren. Der Konflikt führte dazu, dass Mexiko die Hälfte seines Territoriums an die USA abtreten musste. Allerdings gibt es keine ernsthafte politische Bewegung zur Rückerlangung des Gebiets und keinen akuten Grenzstreit zwischen den beiden Ländern. Im 20. Jahrhundert kabbelten sie sich lange um ein kleines Stück Land, nachdem der Rio Grande in den 1850ern sein Bett geändert hatte, aber 1967 kamen beide Seiten überein, dass das Gebiet juristisch bindend Mexiko gehört.

Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts werden Latinos wahrscheinlich die größte ethnische Gruppe in den vier oben genannten US-Bundesstaaten bilden, und die meisten werden aus Mexiko stammen. Es könnte dann irgendwann beiderseits der Grenze zu spanischsprachigen politischen Bewegungen kommen, die eine Wiedervereinigung verlangen, aber diese Forderung würde abgeschwächt durch die Tatsache, dass viele US-Latinos keine mexikanischen Wurzeln haben und Mexiko höchstwahrscheinlich nichts zu bieten hat, was dem Lebensstandard in den USA gleichkommt. Die mexikanische

Regierung hat Schwierigkeiten, auch nur das eigene Gebiet zu kontrollieren – sie wird auf absehbare Zeit kaum in der Lage sein, mehr zu übernehmen. Mexiko ist dazu verdammt, im Schatten der USA zu leben, und wird deshalb bei den bilateralen Beziehungen immer die untergeordnete Rolle spielen. Es hat keine Marine, die den Golf von Mexiko sichern oder auf den Atlantik vorstoßen kann, und ist somit davon abhängig, dass die US-Marine dafür sorgt, dass die Seewege offen und sicher bleiben.

Privatunternehmen aus beiden Staaten haben unmittelbar südlich der Grenze

Fabriken gebaut, um Arbeits- und Transportkosten zu senken, aber die Region ist nach wie vor menschenfeindlich und wird die Pufferzone bleiben, durch die viele Arme Lateinamerikas kommen, um – legal oder illegal – in das gelobte Land im Norden zu gelangen.

Die Sierra Madre Occidental und die Sierra Madre Oriental sind die größten Gebirgszüge Mexikos und beherrschen den Westen und den Osten des Landes. Dazwischen befindet sich eine Hochebene, und im Süden, im Tal von Mexiko, liegt die Hauptstadt Mexiko-

Stadt. Sie hat rund 20 Millionen Einwohner und zählt zu den Megastädten der Welt.

Im Westen ist der Boden an den Berghängen und in den Tälern schlecht, und die Flüsse sind für den Transport von Waren auf die Märkte kaum zu gebrauchen. Im Osten ist das Land an den Hängen fruchtbarer, aber das zerklüftete Terrain hindert Mexiko daran, sich so zu entwickeln, wie es möchte. Im Süden liegen die Grenzen zu Belize und Guatemala. Mexiko hat wenig Interesse, Richtung Süden zu expandieren, denn hier steigt das Land rasch an und wird zu

jener Art bergigem Terrain, das man schlecht erobern und kontrollieren kann. In diese Länder vorzudringen würde Mexikos vorhandener geringer Menge an profitablen Gebieten nichts hinzufügen. Auch ideologisch hat es keine territorialen Ansprüche und es konzentriert sich lieber darauf, seine Ölindustrie zu entwickeln und mehr Investoren für seine Fabriken zu finden. Zudem hat Mexiko auch ohne ausländische Abenteuer genug innere Probleme, um die es sich kümmern muss – von denen wohl das größte seine Rolle bei der Befriedigung des unersättlichen

Drogenhungers der US-Amerikaner ist.

Die mexikanische Grenze war immer schon ein Zufluchtsort für Schmuggler, aber nie so sehr wie in den letzten zwanzig Jahren. Dies ist das direkte Ergebnis der Politik, die die US-Regierung in Kolumbien verfolgt, 2500 Kilometer weiter südlich.

Präsident Nixon war der Erste, der in den 1970ern einen »Krieg gegen die Drogen« erklärte, was, wie ein »Krieg gegen den Terror« eine etwas schwammige Angelegenheit ist, bei der es keinen Sieg geben kann. Anfang der 1990er zog Washington dann direkt

gegen die kolumbianischen Drogenkartelle in den Krieg. Mit offensichtlicher Unterstützung der kolumbianischen Regierung konnten viele der Luft- und Seewege für den Drogentransport von Kolumbien in die USA geschlossen werden.

Die Kartelle reagierten darauf, indem sie eine Landroute schufen – durch Zentralamerika und Mexiko in den amerikanischen Südwesten. Das wiederum brachte die mexikanischen Drogenbanden dazu, ins Geschehen einzugreifen, die Routen anzubieten und ihre eigenen Erzeugnisse beizusteuern.

Das Milliarden-Dollar-Geschäft entzündete lokale Revierkämpfe, nach denen die Sieger ihre neu gewonnene Macht und das Geld nutzten, um die mexikanische Polizei und das Militär zu infiltrieren und zu bestechen und auch in politische und wirtschaftliche Eliten Eingang zu finden.

Darin bestehen Parallelen zum Heroingeschäft in Afghanistan. Viele der afghanischen Bauern, die Schlafmohn anbauten, reagierten auf den Versuch der NATO, ihre traditionelle Lebensgrundlage zu zerstören, indem sie entweder zu den Waffen griffen oder die

Taliban unterstützten. Es mag die Regierungspolitik sein, einen »Krieg gegen die Drogen« auszurufen, aber das bedeutet nicht, dass die Anweisungen auf der lokalen Ebene, die von den afghanischen Drogenbossen unterwandert ist, befolgt werden. Genauso ist das in Mexiko.

Schon in der Vergangenheit hatten die Regierungen in Mexiko-Stadt das Land nicht fest im Griff. Und jetzt besitzen ihre Gegner, die Drogenkartelle, paramilitärische Flügel, die genauso gut bewaffnet sind wie die staatlichen Streitkräfte, oft besser bezahlt werden,

höher motiviert sind und in mehreren Regionen von Teilen der Öffentlichkeit als Arbeitgeber betrachtet werden. Die Unsummen an Gewinnen, die die Banden jetzt machen, schwappen im Land umher und werden zum großen Teil bei Geschäften gewaschen, die nach außen hin als legal erscheinen.

Die Nachschubroute über Land ist fest etabliert, und es gibt kaum Anzeichen, dass die Nachfrage in den USA zurückgeht. Alle mexikanischen Regierungen versuchen, sich bei ihrem mächtigen Nachbarn auf der richtigen Seite zu befinden, und haben auf

amerikanischen Druck hin ihren eigenen »Krieg gegen die Drogen« aufgenommen. Doch hier liegt ein Widerspruch in sich. Mexiko verdient seinen Lebensunterhalt, indem es Konsumgüter nach Amerika liefert, und solange Amerikaner Drogen konsumieren, werden Mexikaner diese liefern – schließlich lautet die Geschäftsidee, Dinge zu produzieren, deren Herstellung billig ist, und sie zu Preisen zu verkaufen, die höher als bei legalen Geschäften sind. Ohne die Drogen wäre das Land noch ärmer, als es sowieso schon ist, weil eine Unmenge an

ausländischem Geld draußen bleiben würde. Mit Drogen ist es sogar noch gewalttätiger, als es sonst wäre. Das gilt auch für einige Länder südlich von Mexiko.

Die Geographie Zentralamerikas hat wenig zu bieten – mit einer Ausnahme. Der Landstrich ist schmal. Bislang hat Panama als einziges Land davon profitiert, aber mit frischem Geld aus China könnte sich das bald ändern.

Die moderne Technologie macht es möglich, dass die Chinesen mit einem kurzen Blick auf ein Satellitenfoto erkennen können, welche

Handelsmöglichkeiten dieser schmale Landstrich bieten könnte. Der spanische Entdeckungsreisende Vasco Núñez de Balboa musste 1513 noch über den Atlantik segeln, im heutigen Panama an Land gehen und durch den Dschungel und über Berge wandern, ehe ein anderer riesiger Ozean vor ihm lag – der Pazifik. Die Vorteile, die eine Verbindung der beiden hätte, lagen auf der Hand, aber es sollte 401 Jahre dauern, bis die Technik zur Geographie aufschloss. Der neu gebaute, 80 Kilometer lange und unter amerikanischer Kontrolle stehende Panamakanal wurde 1914 eröffnet,

verkürzte die Fahrt vom Atlantik in den Pazifik um 8000 Seemeilen und führte zu wirtschaftlichem Wachstum in der Kanalregion.



In Zentralamerika sind viele Veränderungen in jenen Regionen zu erwarten, in denen chinesische Investitionen erfolgen, ein Beispiel dafür ist der Bau des Gran Canal in Nicaragua.

Seit 1999 steht der Kanal unter der Kontrolle von Panama, gilt aber als

neutraler internationaler Wasserweg, der von der amerikanischen und der panamaischen Marine gesichert wird. Und darin liegt – aus chinesischer Sicht – ein Problem.

Panama und die USA sind befreundet – in der Tat so gute Freunde, dass Venezuela Panama 2014 als »US-Lakai« bezeichnete und kurzfristig die Verbindungen abbrach. Das Wissen, dass die Vereinigten Staaten der wichtigste Handelspartner von Venezuela sind und rund 10 Prozent der amerikanischen Ölimporte aus Venezuela kommen, schwächt den Effekt dieser Rhetorik des

zunehmend von seiner Bolivarischen Revolution bestimmten Landes allerdings ab. Das Energiegeschäft zwischen den beiden wird wahrscheinlich kippen, wenn die Fracking-Revolution der USA greift, doch Peking wird liebend gern venezolanisches Öl importieren und überlegt, wie es ins Land kommt, ohne die Route durch Panama nehmen zu müssen.

China plant, wie wir im 2. Kapitel gesehen haben, eine Weltmacht zu werden, und um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Seewege für seinen Handel und seine Marine offen sein. Der

Panamakanal mag zwar ein neutraler Korridor sein, aber letztendlich hängt die Durchfahrt vom Wohlwollen der USA ab. Warum sollte man also nicht ein paar Häuser weiter, in Nicaragua, seinen eigenen Kanal bauen? Was sind schließlich 50 Milliarden Dollar für eine angehende Supermacht?

Das Projekt des Gran Canal von Nicaragua wird von einem Geschäftsmann namens Wang Jing aus Hongkong finanziert. Er hat sehr viel Geld mit Telekommunikation verdient, hat aber keine Erfahrung mit Ingenieurwesen und schon gar nicht mit

der Leitung eines der ambitioniertesten Bauprojekte der Weltgeschichte. Herr Wang beteuert eisern, dass die chinesische Regierung nicht an dem Projekt beteiligt ist. Betrachtet man das Wesen der Geschäftskultur Chinas und die Beteiligung seiner Regierung in allen Bereichen des Lebens, ist dies ungewöhnlich.

Die geschätzten 50 Milliarden Dollar, die das Projekt kostet, das Anfang der 2020er fertiggestellt sein soll, sind das Vierfache der gesamten Wirtschaftsleistung von Nicaragua, und das Vorhaben ist Teil der massiven

Investitionen Chinas in Lateinamerika, das langsam, aber sicher die USA als Haupthandelspartner der Region verdrängt. Wer genau Herrn Wang finanzielle Rückendeckung gibt, ist unklar, aber der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat sich dem Plan bereitwillig verpflichtet und schert sich kaum um die 30 000 und mehr Menschen, die wegen des Projekts wohl umgesiedelt werden müssen.

Der frühere Revolutionär von den sozialistischen Sandinisten muss sich jetzt vorwerfen lassen, aufseiten des Großkapitals zu stehen. Der Kanal

zerschneidet das Land und sechs Gemeinden werden von ihm geteilt werden. Auf der gesamten Länge des Kanals ist nur eine Brücke vorgesehen. Es muss Ortega klar sein, dass er riskiert, Zwietracht zu säen, aber sein Argument lautet: Das Projekt werde dem zweitärmsten Land der westlichen Hemisphäre Zehntausende von Arbeitsplätzen sowie dringend benötigte Investitionen und Staatseinnahmen bringen.

Der Nicaraguakanal soll länger und, was entscheidend ist, deutlich breiter und tiefer als der Panamakanal werden,

sodass viel größere Tanker und Containerschiffe hindurchfahren können – und nicht zu vergessen, größere chinesische Marineschiffe. Er wird direkt von Ost nach West verlaufen, während der Panamakanal in Wahrheit eine Nord-Süd-Richtung hat. Der Mittelteil soll durch den Nicaraguasee gebaggert werden, was Umweltaktivisten veranlasst hat, vor einer möglichen Kontaminierung des größten Süßwassersees Lateinamerikas zu warnen.

Da der Panamakanal, der nur einige Hundert Kilometer südlich liegt, erweitert wird, fragen Skeptiker, wieso die

nicaraguanische Version nötig sei. China wird die Kontrolle über einen Kanal haben, der größere Schiffe aufnehmen kann, die wiederum dazu beitragen, Wirtschaften in einer Größenordnung, zu der nur China fähig ist, aufrechtzuerhalten. Es stellt sich die Frage, ob der Nicaraguakanal später profitabel ist – es kann Jahrzehnte dauern, bis damit Geld zu verdienen ist –, aber offenbar ist dies ein Projekt, bei dem es mehr um die nationalen Interessen Chinas geht als um kommerziellen Profit.

Eine Verbindung zwischen zwei Weltmeeren durch einen Nationalstaat zu

meißeln, ist nur diejenige chinesische Investition in Lateinamerika, die am sichtbarsten ist. Wir haben uns daran gewöhnt, die Chinesen als wichtige Akteure in Afrika zu finden, aber schon seit gut zwanzig Jahren rücken sie still und leise südlich des Rio Grande vor.

China investiert nicht nur in Bauvorhaben, sondern leiht lateinamerikanischen Regierungen auch riesige Summen; hier sind vor allem Argentinien, Venezuela und Ecuador zu nennen. Dafür erwartet China Unterstützung bei den Vereinten Nationen für seine regionalen Ansprüche,

die es durchsetzen will, darunter die Taiwan-Frage.

Und Peking kauft auch. Die lateinamerikanischen Staaten wurden von den USA einzeln herausgepickt, denn diese bevorzugen bilaterale Handelsabkommen gegenüber Geschäften mit einer Region insgesamt, wie sie das bei der EU machen müssen. Die Chinesen tun zwar das Gleiche, aber sie stellen zumindest eine Alternative dar und verringern die Abhängigkeit der Region von den USA als ihrem einzigen Markt. In Brasilien beispielsweise hat China die USA als Haupthandelspartner

verdrängt, und das kann auch in weiteren lateinamerikanischen Ländern geschehen.

Die lateinamerikanischen Länder haben keine natürliche Affinität zu den USA. Die Beziehungen werden von der amerikanischen Ausgangsposition beherrscht, die mit der Monroe-Doktrin 1823 (die im 3. Kapitel erläutert wird) in der Rede von Präsident Monroe zur Lage der Nation dargelegt wurde. Die Doktrin erteilte europäischen Kolonialbestrebungen eine Absage und erklärte wortreich, dass Lateinamerika der Vorgarten und der Einflussbereich der USA sei. Die Doktrin hat die

Ereignisse seither orchestriert, und viele Lateinamerikaner sind der Meinung, dass die Ergebnisse nicht immer positiv waren.

Acht Jahrzehnte nach Monroes Doktrin kam ein anderer Präsident mit »Monroe reloaded« daher. In einer Rede sagte Theodore »Teddy« Roosevelt 1904: »Das Festhalten der Vereinigten Staaten an der Monroe-Doktrin mag die Vereinigten Staaten zwingen, in der westlichen Hemisphäre in eklatanten Fällen von Verbrechen oder Unfähigkeit als internationale Polizeigewalt zu agieren, wie zögerlich auch immer.« Mit anderen Worten, die USA konnten in der

westlichen Hemisphäre, wann immer sie wollten, militärisch eingreifen. Die finanzielle Unterstützung von Revolutionen, die Bewaffnung von Gruppierungen und die Bereitstellung von militärischen Ausbildern nicht eingerechnet, haben die USA in Lateinamerika von 1890 bis zum Ende des Kalten Kriegs fast fünfzig Mal Streitkräfte eingesetzt.

Danach ging die offene Einmischung drastisch zurück und 2001 unterschrieben die USA die Interamerikanische Demokratiecharta, die von den 34 aktiven Mitgliedern der Organisation

amerikanischer Staaten vereinbart worden war und in der es eingangs heißt: »Die Völker Amerikas haben das Recht auf Demokratie, und ihre Regierungen haben die Pflicht, diese zu fördern und zu verteidigen.« Seither haben sich die USA darauf konzentriert, die lateinamerikanischen Länder ökonomisch an sich zu binden, indem sie bestehende Handelsverträge wie das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA ausbauten und neue wie das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA abschlossen.

Der Mangel an Wärme im historischen wie ökonomischen Süd-Nord-Verhältnis führte dazu, dass sich die Türen schnell öffneten, als die Chinesen anklopften. Heute verkauft oder verschenkt Peking Waffen an Uruguay, Kolumbien, Chile, Mexiko und Peru und bietet ihnen einen Militäraustausch an. Es versucht, Militärbeziehungen zu Venezuela aufzubauen, und hofft, dass diese die Bolivarische Revolution überdauern, sollte sie zusammenbrechen. Die Waffenlieferungen nach Lateinamerika haben einen relativ geringen Umfang, ergänzen aber Chinas Bemühungen um

Soft Power, weiche Macht. Sein einziges Lazarettschiff, die *Peace Ark*, kam 2011 in die Region. Es hat nur 300 Betten, ist also klein im Verhältnis zu den 1000-Betten-Versionen der USA, die auch hierherkommen, aber es machte Chinas Absichten klar und erinnerte daran, dass das Land zunehmend an *Soft Power* »gewinnt«.

Doch mit oder ohne den Handel mit China sind die Länder Lateinamerikas unentrinnbar in ihrer geographischen Lage gefangen – was bedeutet, dass die USA immer ein Hauptakteur sein werden. Brasilien ist das beste Beispiel. Sein

Gebiet umfasst ein Drittel der Landmasse Südamerikas, es ist fast so groß wie die USA, seine 27 Bundesstaaten haben eine Fläche, die größer ist als die aller 28 EU-Staaten zusammen, aber im Gegensatz zu diesen fehlt ihm die Infrastruktur, um ebenso reich zu sein. Ein Drittel von Brasilien besteht aus Dschungel, und dort Land für eine moderne Bebauung zu gewinnen ist extrem teuer und in manchen Gebieten auch illegal. Die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes ist langfristig ein ökologisches Problem für die ganze Welt, aber für Brasilien ist sie auch ein mittelfristiges Problem: Die

Regierung gestattet Bauern die Brandrodung und Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen, aber der Boden ist so schlecht, dass Ackerbau binnen weniger Jahre nicht mehr möglich ist. Die Bauern ziehen dann hinaus und roden ein weiteres Stück Dschungel, doch Regenwald, der einmal abgeholzt ist, wächst nicht nach. Das Klima und der Boden arbeiten der Entwicklung von Landwirtschaft entgegen.

Der Amazonas ist zwar in Teilen schiffbar, aber die Ufer sind sumpfig und das Land dahinter ist schwierig zu bebauen. Auch dieses Problem schränkt

die Menge an Land, das sich profitabel nutzen lässt, ein. Südlich der Amazonas-Region folgt ein mit Savanne bedecktes Hochland, und hier gibt es eine Erfolgsgeschichte. Vor 25 Jahren galt diese Gegend als ungeeignet für den Ackerbau, aber mit brasilianischer Technologie wurde sie in eines der weltweit größten Sojabohnenanbaugebiete umgewandelt – was, zusammen mit dem Zuwachs beim Getreideanbau, bedeutet, dass Brasilien auf dem Weg ist, zu einem größeren Agrarproduzenten zu werden.

Südlich der Savanne folgt das

traditionelle brasilianische Ackerland, das bereits im südamerikanischen Südkegel liegt, den sich Brasilien mit Argentinien, Uruguay und Chile teilt. Der relativ kleine brasilianische Sektor ist das Gebiet, in dem die ersten portugiesischen Kolonialisten lebten, und es sollte 300 Jahre dauern, bis die Bevölkerung aus diesem Kernland in den Rest des Landes vorstoßen und ihn nennenswert besiedeln konnte. Bis heute leben die meisten Menschen in den Küstengebieten, obwohl man Ende der 1950er-Jahre den weitreichenden Entschluss fasste, die Hauptstadt von Rio de Janeiro mehrere

Hundert Kilometer weit ins Landesinnere, in das eigens dafür gebaute Brasilia zu verlegen, um das Herz des Landes zu fördern.

Das südliche Agrargebiet ist etwa so groß wie Spanien, Portugal und Italien zusammen, viel flacher als das übrige Land und relativ wasserreich. Doch der Hauptbereich gehört zum Binnenland, und dort fehlen gute Transportwege.

Das gilt für den größten Teil Brasiliens. Betrachtet man die brasilianischen Küstenstädte vom Wasser aus, sieht man meist einen riesigen Felsen, der entweder seitlich der Bebauung aus

dem Wasser oder dahinter in die Höhe ragt. Dieser sogenannte Große Steilabbruch beherrscht weite Teile der brasilianischen Küste und ist die Außenkante des brasilianischen Schilds, der das Landesinnere bildet.

Da das Land keine Küstenebenen hat, muss man die Verkehrswege zwischen den größeren Küstenstädten über diesen Abbruch hinaufführen, dann daran entlang bis zur nächsten Stadt und dann wieder hinunter. Der Mangel an modernen Straßen wird durch ähnlich unzulängliche Bahngleise komplettiert. Das ist kein gutes Rezept für

ertragreichen Handel oder die politische Einheit eines großen Gebiets.

Aber es kommt noch schlimmer.

Brasilien hat keinen direkten Zugang zu den Flüssen der Río-de-la-Plata-Region.

Der Río de la Plata selbst mündet in Argentinien in den Atlantik, was

bedeutet, dass die Händler seit

Jahrhunderten ihre Waren nach Buenos Aires verschifft haben, statt sie über den

Steilabbruch in die unterentwickelten brasilianischen Häfen zu schleppen.

Stratfor.com schätzt, dass die sieben größten brasilianischen Häfen zusammen weniger Waren pro Jahr umschlagen als

der amerikanische Hafen New Orleans allein.

Daher fehlt Brasilien das Handelsvolumen, das es gern hätte, und, was ebenso bedeutend ist, die meisten seiner Erzeugnisse werden statt auf Flüssen auf den schlechten Straßen transportiert, was die Kosten erhöht. Auf der Habenseite ist zu vermerken, dass Brasilien an seiner Transportinfrastruktur arbeitet. Das jüngst vor der Küste entdeckte Gasvorkommen wird zu deren Finanzierung beitragen, zudem verringert es die Abhängigkeit von Energieimporten aus Bolivien und Venezuela und kann die

unvermeidlichen Wirtschaftsflauten abfedern, die alle Länder erfahren müssen. Trotzdem: Brasilien muss Herkulesaufgaben bewältigen, um seine geographischen Nachteile zu überwinden.

Rund 25 Prozent der Brasilianer hausen in den berüchtigten Favelas, den Slums. Wenn einer von vier Einwohnern eines Staates in bitterer Armut lebt, kann ein Staat schwerlich reich werden. Das soll nicht heißen, dass Brasilien kein aufstrebendes Land ist, sondern nur, dass sein Aufstieg begrenzt ist.

Eine Abkürzung zum Wachstum könnte weiche Macht sein, daher bemüht

sich Brasilien um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und engagiert sich gewohnheitsmäßig bei der Bildung regionaler Wirtschaftsallianzen wie etwa Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas), der Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela locker verbindet. Alle paar Jahre versuchen die Südamerikaner, nicht selten angeführt von Brasilien, ihre Version der EU ins Leben zu rufen – die neueste Verkörperung ist UNASUR (Union südamerikanischer Nationen), bei der zwölf südamerikanische Staaten Mitglied sind. Ihr Sitz befindet sich in Ecuador,

aber die lauteste Stimme hat Brasilien. Darin ähnelt sie der EU, die ihren Sitz in Belgien und als führende Macht Deutschland hat. Aber damit endet der Vergleich auch schon. UNASUR hat einen beeindruckenden Internetauftritt, ist aber keine Wirtschaftsunion. Die EU-Länder haben ähnliche politische und wirtschaftliche Systeme und die meisten Mitglieder haben eine gemeinsame Währung, während sich die Lateinamerikaner hinsichtlich Politik, Wirtschaft, Währung, Bildungsniveau und Arbeitsrecht unterscheiden. Zudem müssen die Schwierigkeiten aufgrund

von Entfernungen, Höhen der Berge und Dichte der Dschungel, die sie trennen, überwunden werden.

Aber Brasilien wird sich weiter bemühen, an der Schaffung eines südamerikanischen Kraftwerks mitzuwirken und dafür seine diplomatische und zunehmend auch wirtschaftliche Stärke einzusetzen. Das Land ist von Natur aus nicht auf Konfrontation aus, seine Außenpolitik ist gegen Eingriffe in Angelegenheiten anderer Länder gerichtet, und ein Krieg mit einem seiner Nachbarländer ist höchst unwahrscheinlich. Es hat es

geschafft, gute Beziehungen zu allen elf übrigen südamerikanischen Staaten zu unterhalten, obwohl es gemeinsame Grenzen mit neun davon hat.

Es gibt einen Grenzstreit mit Uruguay, aber es sieht nicht so aus, als würde der hochkochen, und die Rivalität zwischen Brasilien und Argentinien wird selten woanders als auf dem Fußballfeld ausgetragen. In den letzten Jahren hat Brasilien Streitkräfte von der Grenze zu Argentinien abgezogen, und sein spanischsprechender Nachbar hat das Entsprechende getan. Vor einigen Jahren wurde ein argentinisches Marineschiff in

einem brasilianischen Hafen willkommen geheißen, während einem Schiff der britischen Royal Navy die Einfahrt verweigert wurde – was die Argentinier angesichts ihrer fortgesetzten diplomatischen Schlacht mit dem Vereinigten Königreich um die Falkland-Inseln erfreute.

Brasilien zählt zu den BRICS – einer Gruppe größerer Länder, die als ökonomisch wie politisch im Aufstieg begriffen gelten, aber auch wenn jedes für sich aufsteigen mag, ist diese Zusammenstellung eher ein Konstrukt als eine Realität. Brasilien, Russland, Indien,

China und Südafrika lassen sich weder politisch noch geographisch sinnvoll zusammenfassen und sie haben auch sehr wenig gemeinsam. Wenn die Anfangsbuchstaben nicht etwas ergeben hätten, das wie ein Wort klingt, hätte die BRICS-Theorie keinen Anklang gefunden. Die BRICS treffen sich alljährlich zu einer Konferenz, und Brasilien verbündet sich – in einer Art vagem Echo der Bewegung der Blockfreien Staaten während des Kalten Kriegs – bei internationalen Fragen manchmal mit Indien und Südafrika, aber es stimmt nicht mit ein, wenn Russland und China gelegentlich

eine feindselige Haltung gegenüber den USA einnehmen.

Der Riese im Norden Amerikas und der im Süden gerieten 2013 wegen einer Angelegenheit aneinander, die Brasilien immer noch umtreibt. Als bekannt wurde, dass die National Security Agency (NSA) die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff bespitzelt hatte, sagte diese ihren geplanten Staatsbesuch in Washington ab. Dass von der Obama-Regierung keine Entschuldigung erfolgte, beweist, dass die Amerikaner verärgert sind, dass sie von China als Haupthandelspartner Brasiliens verdrängt wurden. Die anschließende

brasilianische Entscheidung, für seine Luftwaffe schwedische Kampfflugzeuge statt Modelle von Boeing zu kaufen, gilt als Streitbedingt. Das zwischenstaatliche Verhältnis hat sich aber partiell wieder erholt, allerdings nicht auf präsidentieller Ebene. Im Gegensatz zu Venezuela unter dem verstorbenen Präsidenten Chavez ist Konfrontation nicht Brasiliens Stil. Die Brasilianer wissen, dass die Welt sie als kommende Macht betrachtet, aber sie wissen auch, dass ihre Macht nie an die der Amerikaner heranreichen wird.

Und auch die Macht von Argentinien wird das nicht, selbst wenn es in

mancherlei Hinsicht die bessere Ausgangsposition als Brasilien hat, zum Erste-Welt-Land zu werden. Seine Größe und Bevölkerungszahl reichen nicht aus, um *die* erstrangige Regionalmacht in Lateinamerika zu werden. Das scheint Brasiliens Bestimmung zu sein. Aber Argentinien hat jene Bodenqualität, die es ermöglicht, einen Lebensstandard zu schaffen, der dem der europäischen Länder vergleichbar ist. Das soll nicht heißen, dass es dieses Potenzial ausschöpft – sondern schlicht, dass seine Geographie es Argentinien möglich machen würde, zu der Macht zu werden,

die es nie war, wenn es seine Wirtschaft in den Griff bekäme.

Die Grundlagen für dieses Potenzial bildeten im 19. Jahrhundert militärische Siege über Brasilien und Paraguay, denn die führten zur Kontrolle über die flachen Anbaugelände am Río de la Plata, das schiffbare Flusssystem und damit den Handelsstrom, der hinunter nach Buenos Aires und dessen Hafen verläuft. Diese Region gehört zum wertvollsten Grundbesitz auf dem gesamten Kontinent, und sie verschaffte Argentinien sofort einen wirtschaftlichen und strategischen Vorteil gegenüber

Brasilien, Paraguay und Uruguay – einen, der bis heute besteht.

Doch Argentinien hat seine Vorteile nicht immer genutzt. Vor hundert Jahren gehörte es zu den zehn reichsten Ländern der Erde – es lag vor Frankreich und Italien. Aber das Versäumnis, sich breiter aufzustellen, eine geschichtete und ungerechte Gesellschaft, ein schlechtes Bildungssystem, eine Reihe von Staatsstreichen sowie die extremen Wendungen bei der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Dekaden seit der Rückkehr zur Demokratie haben Argentinien einen steilen Absturz

beschert.

Die Brasilianer haben einen Spruch, in dem sie ihre Sicht der versnobten Nachbarn kundtun: »Man muss schon besonders kultiviert sein, um ein derartiges Chaos anzurichten.«

Argentinien muss auf den richtigen Weg kommen, und eine tote Kuh könnte dabei helfen.

Die tote Kuh oder Vaca Muerta ist eine Schieferformation, die zusammen mit den anderen Schiefervorkommen des Landes Argentinien den Energiebedarf für die nächsten 150 Jahre decken und sogar noch Exporte erlauben könnte. Sie liegt in

Patagonien, etwa in der Mitte der Nord-Süd-Ausdehnung, und berührt im Westen die chilenische Grenze. Ihre Größe entspricht der Belgiens – was für ein Land recht klein sein mag, für eine Schieferformation aber groß ist. So weit, so gut, solange man nichts gegen Energie aus Schiefer hat – doch es gibt einen Haken. Um das Gas und das Öl aus dem Schiefer zu gewinnen, sind erhebliche ausländische Investitionen nötig, und Argentinien gilt nicht als Land, das gegenüber ausländischen Investoren aufgeschlossen ist.

Weiter südlich gibt es noch mehr Öl

und Gas. In der Tat so weit südlich, dass die Vorkommen unter dem Meeresboden und in der Nähe von Inseln liegen, die seit 1833 britisch sind. Und darin liegt ein Problem, das gar nicht aus den Schlagzeilen verschwinden will.

Was die Briten als Falkland-Inseln bezeichnen, kennen die Argentinier als Islas Malvinas, und wehe jedem Argentinier, der das böse F-Wort benutzt. Es gilt als Beleidigung gegenüber Argentinien, wenn man eine Karte herausgibt, auf der die Inseln nicht als Malwinen bezeichnet werden, und alle Grundschulkinder lernen, die Konturen

der beiden Hauptinseln zu zeichnen. Es ist seit Generationen ein Anliegen für die Argentinier, die »verlorenen kleinen Schwestern« wiederzuerlangen, und die meisten ihrer lateinamerikanischen Nachbarn unterstützen dies.

Im April 1982 waren die Briten nicht auf der Hut, sodass die argentinische Militärdiktatur unter General Galtieri eine Besetzung der Inseln befahl – die als Riesenerfolg galt, bis acht Wochen später die britische Kampftruppe eintraf, kurzen Prozess mit der argentinischen Armee machte und die Inseln zurückgewann. Das wiederum führte zum Sturz der

Diktatur.

Wäre die argentinische Invasion im gegenwärtigen Jahrzehnt erfolgt, wäre Großbritannien nicht in der Lage gewesen, die Inseln zurückzuerobern, denn es besitzt derzeit keinen einsatzbereiten Flugzeugträger. Dieser Missstand wird 2020 behoben sein, dann ist Argentiniens Chance vertan. Doch trotz des Anreizes, den Öl und Gas darstellen, ist es aus zwei Gründen unwahrscheinlich, dass Argentinien die Falkland-Inseln erneut besetzt.

Erstens ist Argentinien heute eine Demokratie und weiß, dass die große

Mehrheit der Falkländer britisch bleiben will. Zweitens ist Großbritannien aus Schaden klug geworden. Es besitzt zwar vorübergehend keinen Flugzeugträger, der die 8000 Meilen hinunter in den Südatlantik bewältigen kann, aber auf den Inseln befinden sich mehrere Hundert Kampftruppen, die mit modernen Radarsystemen, Boden-Luft-Raketen und vier Eurofightern ausgerüstet sind. Und wahrscheinlich lauert die meiste Zeit noch ein atomgetriebenes Jagd-U-Boot in der Nähe. Die Briten wollen damit die Argentinier abhalten, auch nur daran zu denken, sie könnten an den Strand

gelangen oder gar die Inseln erobern.

Bei der argentinischen Luftwaffe sind Flugzeuge im Einsatz, die dem Eurofighter um Jahrzehnte hinterherhinken, und die britische Diplomatie hat sichergestellt, dass der argentinische Versuch, in Spanien moderne Modelle zu kaufen, gestoppt wurde. Sie in den USA zu bekommen ist aufgrund der *Special Relationship* zwischen Vereinigtem Königreich und USA ausgeschlossen, einer Freundschaft, die in der Tat bisweilen besonders ist. Also sind die Chancen sehr gering, dass Argentinien bis 2020 in der Lage ist,

einen zweiten Angriff zu wagen.

Das glättet die Wogen des diplomatischen Kriegs jedoch nicht, Argentinien hat seine Waffen an dieser Front geschärft. Buenos Aires hat deutlich gemacht, dass jede Ölfördergesellschaft, die bei den Falkland-Inseln/Malwinen bohrt, sich nicht um eine Lizenz zur Ausbeutung des Öl- und Gasschiefers im patagonischen Vaca-Muerta-Gebiet bewerben kann. Man hat sogar ein Gesetz verabschiedet, das persönliche Geld- oder Haftstrafen für jeden vorsieht, der den Falkland-Festlandsockel ohne argentinische

Erlaubnis erforscht. Das hat viele große Ölgesellschaften abgehalten, aber natürlich nicht die Briten. Doch wer immer den möglichen Reichtum unter dem Südatlantik sondieren will, arbeitet in einer der schwierigsten Umgebungen, die dieses Geschäft kennt. Dort unten ist es ziemlich kalt und windig und die Gewässer sind rau.

Unsere Reise ging jetzt so weit nach Süden, wie das möglich ist, ehe man die Eiswüste der Antarktis erreicht. Viele Länder würden dort gern die Kontrolle ausüben, aber sowohl die äußerst schwierigen klimatischen Bedingungen

als auch der Antarktisvertrag und der Mangel an erreichbaren wertvollen Ressourcen verhindern einen offenen Wettbewerb – jedenfalls für den Moment. Von ihrem Gegenstück im Norden lässt sich das nicht sagen. Wenden wir uns also von der Antarktis ab und direkt dem äußersten Norden zu, jenem Ort, der im 21. Jahrhundert zum diplomatischen Schlachtfeld werden wird, da große und kleine Länder um die Poleposition dort wetteifern – der Arktis.

DIE ARKTIS

*»Es gibt zwei Arten von
arktischen Problemen,
eingebildete und echte. Von
beiden sind die eingebildeten
am echtesten.«*

Vilhjálmur Stefánsson, ›The
Arctic in Fact and Fable‹

Staatsgrenze

Eisfläche am 26. August 2012



Wenn die Eismänner kommen, werden sie in Massen kommen.

Doch wer hat diese Stärke? Die Russen. Niemand sonst ist in der Region so stark vertreten oder so gut vorbereitet, die schwierigen Bedingungen anzugehen. Alle anderen Staaten hinken ihnen hinterher und versuchen anscheinend nicht einmal – jedenfalls was die USA angeht –, zu ihnen aufzuschließen: Die USA sind ein arktischer Staat ohne eine Arktisstrategie in einer Region, die wärmer wird.

Die Auswirkungen der globalen

Erwärmung zeigen sich deutlicher denn je in der Arktis: Das Eis schmilzt, was den Zugang zu der Region erleichtert und die Entdeckung von Energievorkommen sowie die Entwicklung von Techniken sie auszubeuten, ermöglicht. All dies veranlasst die Arktisländer, ihre Aufmerksamkeit auf die potenziellen Gewinne und Verluste zu richten, die im klimatisch schwierigsten Gebiet der Welt zu machen sind. Viele Länder der Region haben Ansprüche angemeldet, die sich oft überlappen. Bislang hatten sie sich nicht darum gekümmert, sie durchzusetzen. Doch nun gibt es viel zu beanspruchen

und viel zu streiten.

Das Wort Arktis kommt vom griechischen *arktikos*, in der Nähe des Bären, und bezieht sich auf das Sternbild Großer Bär bzw. Großer Wagen, dessen beide hinteren Sterne auf den Polarstern weisen.

Das Nordpolarmeer ist mit 14 Millionen Quadratkilometern zwar der kleinste Ozean, aber immer noch fast so groß wie Russland oder anderthalbmal so groß wie die USA. Seine Festlandsockel nehmen im Verhältnis mehr Raum ein als bei jedem anderen Ozean, was einer der Gründe ist, warum es schwer ist, sich auf

Hoheitsgewässer zu einigen.

Die Region Arktis umfasst Landgebiete von Kanada, Finnland, Grönland, Island, Norwegen, Russland, Schweden und den USA (Alaska). Es ist ein Land der Extreme: Im Sommer kann die Temperatur an manchen Orten für kurze Perioden 26 °C erreichen, im Winter kann sie für lange Perioden unter minus 45 °C sinken. Es gibt weite Felsflächen, über die der eiskalte Wind fegt, spektakuläre Fjorde, Kältewüsten und sogar Flüsse, Stellen, die äußerst unwirtlich sind, und solche von großer Schönheit, die die Menschen seit Jahrtausenden in Bann

schlagen.

Die erste verzeichnete Expedition erfolgte 330 v. Chr. durch den griechischen Seefahrer Pytheas von Massalia, der ein seltsames Land namens »Thule« vorfand. Zu Hause am Mittelmeer glaubten nur wenige seine verblüffenden Erzählungen über leuchtend weiße Landschaften, zugefrorene Meere und merkwürdige Kreaturen wie große weiße Bären. Pytheas war nur der erste von vielen Menschen, die im Lauf der Jahrhunderte die Wunder der Arktis beschrieben haben und den Emotionen erlagen, die sie

weckt.

Viele erlagen auch den Entbehrungen dort, vor allem jene, die über den Rand der bekannten Welt hinausreisten, um die, wie Skeptiker meinten, »mystische« Nordwestpassage durch das Nordpolarmeer zu suchen, die Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik. Einer von ihnen war Henry Hudson. Heute ist zwar die zweitlängste Bucht der Welt nach ihm benannt, aber damals im Jahre 1611 wäre es ihm sicher lieber gewesen, ein hohes Alter zu erreichen statt von einer meuternden Mannschaft, die seine Entdeckungsreisen

satthatte, auf dem Meer ausgesetzt und dem sicheren Tode preisgegeben zu werden.

Die Frage nach dem ersten Menschen am »Nordpol« ist gar nicht so einfach zu beantworten, denn es gibt zwar einen festen Punkt auf dem Globus, der die Position des Pols markiert, doch unter ihm bewegt sich das Eis, auf dem man steht, und ohne eine GPS-Ausrüstung ist es schwer zu bestimmen, wo genau man steht. Sir William Edward Parry versuchte das 1827, naturgemäß ohne GPS, aber das Eis bewegte sich schneller nach Süden, als er nach Norden

vorankam, sodass er sich letztlich rückwärts bewegte. Aber er überlebte zumindest.

Kapitän Sir John Franklin hatte weniger Glück, als er 1845 versuchte, den letzten noch nicht befahrenen Teil der Nordwestpassage zu meistern. Seine beiden Schiffe blieben in der Nähe der zum kanadischen Archipel gehörenden King-William-Insel im Eis stecken. Alle 129 Mitglieder der Expedition kamen ums Leben, manche an Bord, die anderen, nachdem sie die Schiffe aufgegeben hatten und sich zu Fuß nach Süden durchschlagen wollten. Mehrere

Expeditionen wurden auf die Suche nach Überlebenden geschickt, aber sie fanden nur eine Handvoll Skelette und hörten von Inuit-Jägern Geschichten über Dutzende weißer Männer, die gestorben waren, als sie durch die Eiswüste liefen. Die Schiffe waren spurlos verschwunden, aber 2014 ist es einem kanadischen Suchteam mittels der Technologie eines Sonars gelungen, eines der Schiffe, die HMS *Erebus*, auf dem Meeresgrund in der Nordwestpassage zu lokalisieren und die Schiffsglocke zu bergen.

Das Schicksal von Franklins Expedition hielt nicht viele Abenteurer

davon ab, den Weg durch den Archipel zu suchen, aber erst 1905 gelang es dem großen norwegischen Forscher Roald Amundsen, den Weg aufzuspüren. Er benutzte ein kleineres Schiff, auf dem sich außer ihm nur sechs weitere Mann befanden. Er passierte die King-William-Insel und fuhr dann durch die Beringstraße in den Pazifik. Dass er es geschafft hatte, merkte er, als er einen Walfänger aus San Francisco ausmachte, der ihm entgegenkam. In seinem Tagebuch bekannte er, dass ihn seine Gefühle übermannten, etwas, das ebensolchen Seltenheitswert hatte wie

seine Entdeckung: »Die Nordwestpassage war geschafft. Der Traum meiner Kindheit – in diesem Moment war er erfüllt. Ein merkwürdiges Gefühl stieg in meiner Kehle auf, ich war etwas abgespannt und ausgelaugt – Schwäche machte sich in mir breit – und mir standen die Tränen in den Augen.«

Zwanzig Jahre später beschloss er, als erster Mensch über den Nordpol zu fliegen. Auch wenn das leichter war, als ihn zu Fuß zu überqueren, war dies trotzdem keine gewöhnliche Leistung. Zusammen mit seinem italienischen Piloten Umberto Nobile und einer

vierzehnköpfigen Crew flog er mit einem halbstarren Luftschiff über das Eis und warf je eine norwegische, italienische und amerikanische Flagge aus 90 Metern Höhe ab. Das mag eine heroische Aktion gewesen sein, aber im 21. Jahrhundert wird sie nicht als etwas betrachtet, das Ansprüchen der drei Länder auf diese Region größere Legitimität verleihen würde.

Das Gleiche gilt für die beeindruckende Aktion des Japaners Shinji Kazama, der 1987 der erste Mensch war, der den Nordpol mit einem Motorrad erreichte. Herr Kazama war

mutig genug, um sich nicht auf eine schmelzende Poleiskappe zu verlassen, aber er gehört sowieso zu der Sorte Menschen, die durch einen Schneesturm fahren würden, um in die Geschichtsbücher zu kommen. Doch es besteht kein Zweifel, dass jetzt weniger Eis zu überqueren ist.

Dass das Eis zurückgeht, ist keine Frage – Satellitenaufnahmen der letzten zehn Jahre zeigen deutlich, dass die Eisfläche geschrumpft ist –, allerdings ist man sich uneinig über die Ursache. Die meisten Wissenschaftler sind überzeugt, dass der Mensch verantwortlich ist, nicht

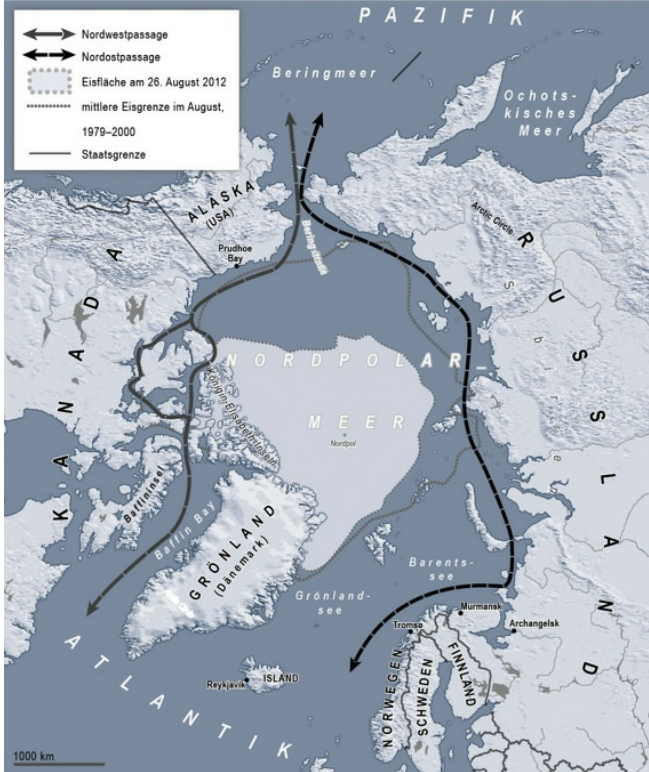
einfach natürliche Klimazyklen, und dass die künftige Ausbeutung dessen, was dort gefunden wird, diesen Prozess beschleunigen wird.

Am Beringmeer und an der Tschuktschensee mussten bereits Dörfer umgesiedelt werden, weil die Küste erodiert ist und Jagdgründe verloren gegangen sind. Eine biologische Umschichtung ist im Gange. Eisbären und Polarfüchse müssen wandern, Walrosse konkurrieren miteinander um Raum und Fische ziehen nordwärts über die unsichtbaren Grenzen hinweg und erschöpfen die Bestände der einen Länder

und vergrößern jene der anderen.

Makrele und Kabeljau werden jetzt in den Netzen von Arktis-Trawlern gefunden.

Die Auswirkungen der Eisschmelze kommen nicht nur in der Arktis zum Tragen: Weit entfernte Länder wie die Malediven, Bangladesch oder die Niederlande sind durch zunehmende Überschwemmungen gefährdet, wenn das Eis schmilzt und der Meeresspiegel ansteigt. Diese Domino-Effekte sind der Grund, warum die Arktis eine globale und nicht bloß eine regionale Angelegenheit ist.



Auf Satellitenaufnahmen ist deutlich zu sehen,

dass das Eis in der Arktis zurückgeht – was die Seewege in der Region länger im Jahr befahrbar und leichter zugänglich macht.

Wenn das Eis zurückgeht und die Tundra freigelegt wird, werden wahrscheinlich zwei Faktoren die Vergrauung der Eiskappe beschleunigen. Rückstände der Industrieproduktion, die einsetzen wird, lagern sich auf Schnee und Eis ab und verringern dort die Fähigkeit, Wärme abzustrahlen (Albedo). Das dunklere Land und das offene Wasser absorbieren mehr Wärme als das Eis und der Schnee, den sie ersetzen, und vergrößern so den Bereich dunklerer Gebiete immer weiter.

Neben den negativen Folgen gibt es aber auch positive: Die Erwärmung der Tundra wird deutlich mehr Pflanzenwachstum ermöglichen und den Ackerbau zum Blühen bringen, was es lokalen Bevölkerungen leichter macht, neue Nahrungsquellen zu erschließen. Jedenfalls ist nicht mehr zu umgehen, dass eine der letzten großen unberührten Regionen der Erde vor einem Wandel steht. Manche Klimamodelle prognostizieren, dass die Arktis bis zum Ende dieses Jahrhunderts im Sommer eisfrei sein wird; einige wenige vermuten, dass dieser Zustand schon früher

eintreten wird. Sicher ist, dass der Rückgang, egal wie schnell und dramatisch er sich entwickeln wird, bereits begonnen hat.

Das Abschmelzen der Eiskappe erlaubt es Frachtschiffen bereits, im Sommer die Nordwestpassage zwischen den kanadischen Inseln jeweils mehrere Wochen lang zu durchfahren, was die Transitdauer zwischen Europa und China um mindestens eine Woche verkürzt. 2014 fuhr das erste Frachtschiff die Strecke, ohne von einem Eisbrecher begleitet zu werden. Die *Nunavik* brachte 23 000 Tonnen Nickelerz von Kanada

nach China. Die Polarroute war um 40 Prozent kürzer und verlief durch tiefere Wasser als jene durch den Panamakanal. Das erlaubte es, mehr Fracht an Bord zu nehmen, sparte Zehntausende Dollar an Treibstoffkosten und verringerte den Treibhausgasausstoß des Schiffs um 1300 Tonnen. Man rechnet damit, dass die Route bis 2040 bis zu zwei Monate im Jahr befahrbar sein dürfte, was Handelsverbindungen über den »hohen Norden« umgestalten und Domino-Effekte im fernen Ägypten und Panama haben wird, weil sich die Erträge durch die Kanäle dort verringern.

Die Nordostpassage oder der Nördliche Seeweg, wie man in Russland sagt, verläuft vor der sibirischen Küste und ist jetzt auch mehrere Monate im Jahr offen. Deshalb wird sie zum zunehmend beliebteren Seeweg.

Das zurückweichende Eis legt auch andere potenzielle Reichtümer frei. Es wird vermutet, dass es riesige Erdgas- und Erdöllagerstätten in den arktischen Regionen gibt, die dann zugänglich sind. Der United States Geological Survey schätzte 2008, dass in der Arktis 50 Milliarden Kubikmeter Erdgas, 44 Milliarden Barrel nasses Erdgas (NGL)

und 90 Milliarden Barrel Öl zu finden sind, der überwiegende Teil davon offshore. Wenn weitere Gebiete zugänglich werden, könnten zusätzlich zu den in Teilen der Arktis gefundenen Bodenschätzen noch mehr Lagerstätten mit Gold, Zink, Nickel und Eisen entdeckt werden.

Die Energieriesen ExxonMobil, Shell, Rosneft und andere sind dabei, Lizenzen zu beantragen und mit Probebohrungen zu beginnen. Länder und Unternehmen, die bereit sind, sich auf die Ausbeutung der Schätze einzulassen, müssen einem Klima trotzen, in dem im überwiegenden

Teil des Jahres Nacht herrscht, wo das Meer die meiste Zeit fast zwei Meter tief zugefroren ist und wo im offenen Wasser die Wellen über zwölf Meter hoch sein können.

Es wird eine schmutzige, schwere und gefährliche Arbeit werden, insbesondere, wenn man rund ums Jahr fördern will. Zudem sind große Investitionen nötig. Gas-Pipelines sind an vielen Stellen nicht möglich, und die Errichtung einer komplexen Verflüssigungsanlage auf dem Meer ist vor allem bei rauen Bedingungen sehr teuer. Doch die finanziellen und strategischen Gewinne, die zu erwarten

sind, werden dazu führen, dass die Schwergewichte Hoheitsrechte geltend machen, mit Bohrungen beginnen und sich nicht von möglichen Auswirkungen auf die Umwelt stoppen lassen.

Die Beanspruchung von Hoheitsrechten leitet sich nicht von den Flaggen der ersten Forscher, sondern vom Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen her. Das besagt, dass ein Unterzeichnerstaat exklusive wirtschaftliche Rechte im Bereich bis 200 Seemeilen vor seiner Küste beanspruchen und diesen zur ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) erklären kann,

solange das nicht mit den Grenzen anderer Länder kollidiert. Das Öl und Gas in einer solchen Zone gilt damit als Eigentum dieses Staates. Unter bestimmten Umständen kann das Land beantragen, seine AWZ auf 350 Seemeilen auszuweiten.

Das Schmelzen des Eises in der Arktis führt zu einer Verhärtung der Haltung der acht Mitgliedsstaaten des Arktischen Rats, dem Forum, in dem die Geopolitik zur Geopolartaktik wird. Seine Mitgliedsstaaten sind die »arktischen Fünf« – die Länder, die am Nordpolarmeer liegen, also Kanada,

Russland, die USA, Norwegen und Dänemark (wegen seiner Zuständigkeit für Grönland) – sowie Island, Finnland und Schweden. Sie alle sind Vollmitglieder. Dazu gibt es zwölf weitere Länder, die ständigen Beobachterstatus haben und unter anderem »die Souveränität, die Hoheitsrechte und die Zuständigkeit der Arktisländer« für die Region anerkannt haben. Beispielsweise erhielten Japan und Indien, die wissenschaftliche Arktisexpeditionen finanziert haben, und China, das eine wissenschaftliche Basisstation auf einer norwegischen Insel

betreibt und einen modernen Eisbrecher einsetzt, vom Arktischen Rat 2013 den Beobachterstatus.

Doch es gibt auch Länder, die nicht zum Rat gehören und erklären, sie hätten legitime Ansprüche, und die anführen, entsprechend dem Konzept des »gemeinsamen Erbes der Menschheit« sollte die Arktis allen offenstehen.

Derzeit gibt es mindestens neun Rechtsstreitigkeiten und Anmeldungen von Ansprüchen auf Hoheitsrechte im Nordpolarmeer. Sie alle sind juristisch kompliziert, und einige haben das Potenzial, ernstzunehmende

zwischenstaatliche Spannungen hervorzurufen. Mit die unverfrorenste kommt von den Russen: Moskau hat schon eine Markierung angebracht – und zwar auf tiefem Grund. 2007 schickte man zwei bemannte U-Boote 4260 Meter tief auf den Meeresgrund am Nordpol, wo sie zur Erklärung des Anspruchs eine rostfreie russische Flagge aus Titan in den Boden rammten. Soweit bekannt ist, »flattert« sie da immer noch. Eine russische Expertenkommission machte bei der Gelegenheit den Vorschlag, das Nordpolarmeer solle umbenannt werden, und hatte auch schon eine Alternative

anzubieten: »Russisches Meer«.

An anderer Stelle führt Russland das Argument an, der Lomonossowrücken vor der sibirischen Küste sei die Verlängerung des sibirischen Festlandsockels und gehöre deshalb exklusiv zu Russland. Das ist wiederum für andere Länder problematisch, da sich der Rücken bis zum Nordpol erstreckt.

Besonders schwierig ist es für Russland und Norwegen in der Barentssee. Norwegen beansprucht dort ein Gebiet als Verlängerung seiner AWZ, aber Russland weist das zurück. Ein weiterer Streitpunkt ist Spitzbergen, der

nördlichste Punkt der Erde, der dauerhaft besiedelt ist. Die meisten Länder und internationalen Organisationen betrachten die Inselgruppe als (eingeschränktes) norwegisches Hoheitsgebiet, aber auf der Hauptinsel gibt es eine wachsende russische Bevölkerung, Migranten, die sich im Rahmen der Kohleförderung dort niedergelassen haben. Die Bergwerke bringen keinen Profit, aber die russische Gemeinde dient als nützlicher Hebel, Moskaus Anspruch auf alle Inseln von Spitzbergen zu unterstützen. Russland kann jederzeit die Spannungen

hochkochen lassen und sein Vorgehen mit geographischen Ansprüchen und der russischen Bevölkerung als »Tatsache vor Ort« rechtfertigen.

Der NATO-Staat Norwegen weiß, was auf ihn zukommt, und hat den hohen Norden zum Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht. Seine Luftwaffe fängt regelmäßig russische Kampfflugzeuge ab, die sich seinen Grenzen nähern, und wegen der erhöhten Spannungen hat es das Zentrum seiner Militäraktivitäten vom Süden in den Norden des Landes verlegt und stellt ein Arktisbataillon zusammen. Kanada

kümmert sich darum, die Kältetauglichkeit seines Militärs zu verbessern, und Dänemark hat auf die Moskauer Muskelspiele mit der Schaffung einer arktischen Eingreiftruppe reagiert.

Russland baut derweil eine Arktisarmee auf. Sechs neue Militärbasen sind im Aufbau und mehrere eingemottete Einrichtungen des Kalten Kriegs, etwa die auf den Neusibirischen Inseln, werden wieder geöffnet, Startbahnen werden renoviert. Eine Truppe von mindestens 6000 Kampfsoldaten macht sich für die Region

Murmansk bereit. Dazu gehören auch zwei mechanisierte Infanteriebrigaden, die mit Schneemobilen und Luftkissenfahrzeugen ausgerüstet sind.

Es ist kein Zufall, dass Murmansk jetzt als »Russlands nördliches Energietor« bezeichnet wird und Präsident Putin im Hinblick auf den Energienachschub gesagt hat: »Offshore-Felder, besonders in der Arktis, sind, und das ist keine Übertreibung, unsere strategische Reserve für das 21. Jahrhundert.«

Die Murmansk-Brigaden werden der Grundsockel an Streitkräften sein, die Moskau dauerhaft in der Arktis

stationiert. Seine volle Kälte-Kampfkraft demonstrierte Russland 2014 mit einer Übung, an der 155 000 Mann und Tausende von Panzern, Flugzeugen und Schiffen beteiligt waren. Der russische Verteidigungsminister sagte dazu, diese Übung sei größer gewesen als die Übungen während des Kalten Kriegs.

Bei diesen Kriegsspielen hatten russische Truppen die Aufgabe, den Einmarsch einer ausländischen Macht zurückzuschlagen. Diese hatte den Namen »Missouri« erhalten, was eindeutig die USA meinte. Das Szenarium lautete, »Missouri«-Truppen seien auf der

Tschuktschen-Halbinsel, auf Kamtschatka, auf den Kurilen und auf Sachalin gelandet, um einen nicht genannten Staat in Asien zu unterstützen, der schon einmal mit Russland aneinandergeraten sei. Der ungenannte Staat war Japan, und der Konflikt im Szenario resultierte aus einem territorialen Streit, bei dem es, wie Beobachter erklärten, um die Südkurilen ging. Die militärische Absicht der Vorstellung wurde politisch unterstrichen, als Präsident Putin in seinen offiziellen Grundzügen der Außenpolitik erstmals die arktische

Region als russische Interessensphäre anführte.

Trotz Russlands schrumpfender wirtschaftlicher Macht, die zu Etatkürzungen in vielen Regierungsbereichen geführt hat, ist der Verteidigungshaushalt erhöht worden, unter anderem, um die bis 2020 geplante Kräftigung des militärischen Arms in der Arktis zu finanzieren. Moskau hat Zukunftspläne, Infrastruktur aus der Vergangenheit und den Vorteil seiner Lage. Wie Melissa Bert, eine Kapitänin der US-Küstenwache, dem Zentrum für internationale und strategische Studien in

Washington, DC erklärte: »Sie haben Städte in der Arktis, wir haben nur Dörfer.«

All dies ist in vielerlei Hinsicht eine Fortsetzung oder zumindest ein Wiederaufleben der russischen Arktispolitik während des Kalten Kriegs. Die Russen wissen, dass die NATO ihre Ostseeflotte einschließen kann, indem sie das Skagerrak dichtmacht. Diese mögliche Blockade wird umso brisanter, weil der Nordflotte oben in der Arktis nur 180 Seemeilen offenes Wasser zwischen der Halbinsel Kola und dem arktischen Packeis bleiben. Sie muss

durch diesen engen Korridor und dann durch das Europäische Nordmeer nach Süden fahren, wo sie auf den Flaschenhals GIUK-Lücke trifft, ehe sie den Atlantik erreichen kann. Während des Kalten Kriegs war dieses Gebiet bei der NATO als die »Todeszone« bekannt, weil hier die Flugzeuge, Schiffe und U-Boote der NATO die sowjetische Flotte in Empfang nehmen sollten.

Es ist ein neuer Kalter Krieg, in dem die Strategien gleich geblieben sind. Allerdings haben die Amerikaner ihre Streitkräfte von ihrem NATO-Verbündeten Island abgezogen. Island hat

keine eigenen Streitkräfte, und der amerikanische Rückzug wurde von der isländischen Regierung als »kurzsichtig« bezeichnet. In einer Rede vor dem Schwedischen Atlantikrat sagte der isländische Justizminister Björn Bjarnason: »Eine gewisse militärische Präsenz in der Region sollte beibehalten werden, um das Interesse und die Ambitionen eines Staates in einem bestimmten Bereich klarzustellen. Ein militärisches Vakuum könnte nämlich als Mangel an nationalem Interesse und Priorität fehlinterpretiert werden.«

Seit mindestens einer Dekade ist

jedoch klar, dass die Arktis für die Russen eine Form von Priorität hat, die sie bei den Amerikanern nicht hat. Dies spiegelt sich darin wider, welchen Grad an Aufmerksamkeit die beiden Länder der Region widmen, oder besser, an relativer Nichtaufmerksamkeit, wie im Falle der USA seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Einen Eisbrecher zu bauen, kostet bis zu eine Milliarde Dollar und dauert zehn Jahre. Mit der weltweit größten Flotte an Eisbrechern – laut Bericht der US-Küstenwache 2013 insgesamt 32 Stück – ist Russland eindeutig die führende

Macht in der Arktis. Sechs der Eisbrecher haben Atomtrieb – die einzigen dieses Typs überhaupt – und Russland plant, 2018 den stärksten Eisbrecher der Welt vom Stapel zu lassen. Er soll über drei Meter dickes Eis brechen und Öltanker mit bis zu 70 000 Tonnen Wasserverdrängung durch die Eisfelder ziehen können.

Im Gegensatz dazu besteht die Flotte der USA aus nur einem einsatzfähigen schweren Eisbrecher – der USS *Polar Star*. In den 1960ern gab es noch acht Eisbrecher, aber es gibt keine Pläne, weitere zu bauen. 2012 mussten die USA

sogar auf ein russisches Schiff zurückgreifen, um ihrer Forschungsstation in der Antarktis Nachschub zu liefern – einerseits ein Durchbruch bei der Kooperation der Großmächte, andererseits aber auch ein Zeugnis dafür, wie weit die USA zurückgefallen sind.

Und es gibt auch keinen anderen Staat, der eine Herausforderung für Russland wäre: Kanada besitzt sechs Eisbrecher und ein siebter ist in Bau, Finnland hat acht, Schweden sieben, Dänemark vier und je einen haben China, Deutschland und Norwegen.

Die USA haben noch ein anderes Problem. Sie haben das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen nicht anerkannt und treten de facto 500 000 Quadratkilometer unterseeisches Gebiet in der Arktis ab, weil sie keinen Anspruch auf eine AWZ angemeldet haben.

Nichtsdestotrotz streitet man mit Kanada um potenzielle Offshore-Bohrrechte und den Zugang zu den Gewässern des kanadischen Archipels. Kanada sagt, dies sei ein »nationaler Seeweg«, während die USA meinen, es handele sich um eine Meerenge mit

internationalem Durchfahrtrecht und unterliege nicht dem kanadischen Gesetz. Die USA schickten 1985 einen Eisbrecher in das Gebiet, ohne Kanada vorab zu unterrichten, was einen heftigen Streit zwischen den beiden Nachbarn auslöste, deren Verhältnis gleichzeitig freundschaftlich und gereizt ist.

Außerdem streiten die USA mit Russland um das Beringmeer, das Nordpolarmeer und den nördlichen Pazifik. 1990 wurde eine Vereinbarung über die Meeresgrenze zwischen Sibirien und Alaska mit der damaligen Sowjetunion unterzeichnet, bei der

Moskau ein Fischfanggebiet abtrat. Doch nach dem Ende der Sowjetunion weigerte sich das russische Parlament, die Vereinbarung zu ratifizieren. Das Gebiet wird von beiden Seiten als US-Hoheitsgebiet betrachtet, aber die Russen behalten sich das Recht vor, die Angelegenheit erneut zu verhandeln.

Zu den weiteren Streitigkeiten gehört jene zwischen Kanada und Dänemark um die Hans-Insel, die in der Nares-Straße liegt, die zwischen Grönland und der Ellesmere-Insel verläuft. Grönland – das 56 000 Einwohner hat – besitzt die innere Autonomie, befindet sich aber weiterhin

unter dänischem Hoheitsrecht. Eine Vereinbarung, die Dänemark und Kanada 1953 getroffen haben, ließ die Frage Hans-Insel offen, und seither machten sich beide Länder die Mühe, zu der Insel zu fahren und dort die eigene Flagge zu hissen.

Alle diese Fragen des Hoheitsrechts entstammen den gleichen Wünschen und Ängsten – dem Wunsch, die Routen für die militärische wie die zivile Seefahrt zu sichern, dem Wunsch, die natürlichen Ressourcen der Region zu besitzen, und der Angst, andere könnten das gewinnen, was man selbst verliert. Bis vor Kurzem

waren die Bodenschätze eine theoretische Angelegenheit, aber die Eisschmelze hat das Theoretische möglich werden lassen und in manchen Fällen sogar sicher.

Das Schmelzen des Eises verändert die Geographie und die Einsätze. Die Arktisländer und die Energieriesen müssen jetzt Entscheidungen treffen, wie sie mit diesen Veränderungen umgehen und wie stark sie auf die Umwelt und die Völker der Arktis Rücksicht nehmen wollen. Der Energiebedarf legt nahe, dass bei diesem »Neuen Großen Spiel«, wie einige Arktisspezialisten es genannt haben, ein Wettrennen unvermeidlich ist.

Es werden viel mehr Schiffe in den hohen Norden kommen, viel mehr Bohrinseln errichtet werden – letztlich wird es viel mehr von allem sein. Die Russen überlegen sogar, zusätzlich zu ihren atomgetriebenen Eisbrechern ein schwimmendes Atomkraftwerk zu bauen, das dem Druck von über drei Metern Eis standhält.

Allerdings bestehen schon Unterschiede zwischen der Situation hier und dem »Wettlauf um Afrika« im 19. Jahrhundert oder den Machenschaften der Großmächte im ursprünglichen »Großen Spiel« in Nahost, Indien und

Afghanistan. Dieses Mal gibt es Regeln und ein Forum, wo Entscheidungen getroffen werden. Der Arktische Rat setzt sich aus gereiften Staaten zusammen, von denen die meisten mehr oder weniger demokratisch sind. Es besteht ein internationales Recht, nach dem Territorialstreitigkeiten, Fragen der Umweltverschmutzung, Gewässerhoheiten und die Behandlung von Minderheiten geregelt werden. Der größte Teil der Gebiete, um die es geht, wurde weder im Rahmen des Imperialismus im 19. Jahrhundert noch bei Kriegen zwischen Nationalstaaten

erobert.

Die Arktisländer wissen, dass ihre Heimat eine gefährliche Gegend ist, weniger wegen irgendwelcher Fraktionen, die sich bekriegen, sondern eher wegen der Herausforderungen, die ihre Geographie darstellt. In der Arktis gibt es 14 Millionen Quadratkilometer Wasser, die dunkel, gefährlich und tödlich sein können. Dies ist kein Ort, wo man ohne Freunde sein kann. Alle wissen, dass man in dieser Region nur gewinnen kann, wenn man kooperiert. Das betrifft besonders Fragen wie Fischfang, Schmuggel, Terrorismus,

Rettungseinsätze und
Umweltkatastrophen.

Es erscheint möglich, dass ein Streit
um Fangrechte zu einer ernsteren
Auseinandersetzung eskalieren könnte,
wenn man bedenkt, dass Großbritannien
und Island während der
»Kabeljaukriege« in den 1950ern und
1970ern beinahe handgreiflich wurden.
Schmuggel kommt auf allen
Verkehrswegen vor, und es gibt keinen
Grund für die Annahme, dass das in der
Arktis anders sein wird; allerdings sind
Kontrollen angesichts der Bedingungen
hier schwieriger. Wenn mehr Handels-

und Kreuzfahrtschiffe in die Region kommen, müssen die Kapazitäten der Arktisländer für Rettungseinsätze und Terrorismusbekämpfung entsprechend wachsen. Das Gleiche gilt für ihre Möglichkeiten, auf eine Umweltkatastrophe in zunehmend verkehrsreicheren Gewässern zu reagieren. Auf dem Eisbrecher *Lenin* kam es 1965 auf See zu einem Reaktorzwischenfall. Nach der Rückkehr an Land wurden Teile des Reaktors ausgebaut und zusammen mit kontaminiertem Treibstoff in einen mit Stahl ausgekleideten Betonsarg entsorgt,

der dann im Meer versenkt wurde. Solche Zwischenfälle wird es gewiss häufiger geben, sobald die Arktis offener ist, aber es bleibt eine Herausforderung, sie zu meistern.

Vielleicht erweist sich die Arktis aber auch als ein weiteres Schlachtfeld für die Nationalstaaten – schließlich sind sowohl Angst vor den anderen als auch Gier Auslöser von Kriegen. Doch die Arktis ist anders und vielleicht ist deshalb auch der Umgang mit ihr anders. Im Film ›Kalifornia‹ sagt die von Brad Pitt gespielte Figur: »Die Kälte macht die Leute dumm, das müssen Sie mir

glauben.« Das muss man ganz sicher nicht.

NACHWORT

Zuletzt befanden wir uns ganz oben auf der Erdkugel, somit bleibt jetzt nur noch der Weg ins All.

Diese finale Grenze hat unsere Vorstellungskraft immer beflügelt, doch wir leben in einem Zeitalter, in dem die Menschheit den Traum wahrgemacht hat und ins Weltall vorgedrungen ist – einen Millimeter in die Unendlichkeit auf unserem Weg in die Zukunft. Der rastlose

Geist des Menschen sorgt dafür, dass unsere Grenzen nicht auf dem, wie Carl Sagan formulierte, »blauen Punkt im All« liegen.

Aber wir müssen immer auf den Boden der Tatsachen zurückkehren – manchmal mit einem unsanften Plumps, denn wir haben bislang weder unsere eigene Geographie bezwungen noch unseren Hang, um sie zu streiten.

Die Geographie hat immer auch als eine Art Gefängnis fungiert – eines, das definiert, was ein Staat ist oder sein kann. Und eines, aus dem die Führer unserer Welt des Öfteren ausbrechen wollten.

Russland ist wohl das deutlichste Beispiel: Von der kleinen Region im Flachland, die es ursprünglich kontrollierte, dehnte es sich organisch aus, bis sein Kernland ein riesiges Gebiet ausmachte, größtenteils umgeben von Bergen und dem Meer – mit nur einer einzigen offenen Flanke, der nordeuropäischen Tiefebene. Wollten die russischen Führer eine Großmacht schaffen, was sie taten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Schwachstelle einzukalkulieren. Ähnlich wurde in Europa nicht bewusst beschlossen, ein riesiges Handelsgebiet zu schaffen – ein

Netz langer, gemächlich fließender Flüsse ermöglichte es, ja, machte es geradezu unausweichlich im Verlauf der Jahrtausende.

Auch mit dem Fortschreiten des 21. Jahrhunderts werden die geographischen Faktoren, die unsere Geschichte mitbestimmt haben, unsere Zukunft mitbestimmen: In hundert Jahren wird Russland weiterhin angstvoll nach Westen blicken, über die Ebene, die eine Ebene bleibt. Indien und China bleiben weiterhin durch den Himalaja getrennt. Es kann sein, dass ein Konflikt zwischen ihnen ausbricht, aber wenn das geschieht,

wird die Geographie die Art der Kämpfe bestimmen: Entweder müssen sie eine Technologie entwickeln, mit deren Hilfe eine große Streitmacht die Berge überqueren kann, oder sie müssen, wenn dies unmöglich bleibt und keine Seite einen Atomkrieg will, sich auf See messen. Florida wird weiterhin Zu- und Ausfahrt des Golfs von Mexiko sichern. Entscheidend ist die Lage des Golfs, nicht, wer die Kontrolle über ihn hat. Spielen wir ein extremes und unwahrscheinliches Szenarium durch: Ein Florida, in dem die Mehrheit Latinos sind, hat sich von den USA losgesagt und ist ein Bündnis mit

Kuba und Mexiko eingegangen. Das würde nur die Dynamik der Kontrolle über den Golf, nicht aber die Bedeutung seiner Lage ändern.

Natürlich diktiert die Geographie nicht den Verlauf aller Geschehnisse. Große Visionen und große Führer sind ebenso Akteure bei den Auf's und Abs der Geschichte. Doch sie alle müssen innerhalb der Grenzen operieren, die die Geographie ihnen setzt. Die Führer von Bangladesch mögen davon träumen zu verhindern, dass die Wasser des Golfs von Bengalen ins Land dringen, aber sie wissen, dass 80 Prozent des Landes in

einer Überschwemmungsebene liegen. In Bangladesch kann man einzig auf die Gegebenheiten der Natur reagieren, weitere Hochwasserschutzmaßnahmen ergreifen – und hoffen, dass die Vorhersagen zum Meeresspiegelanstieg aufgrund der globalen Erwärmung übertrieben sind.

Neue geographische Realitäten, wie sie der Klimawandel bewirkt, bedeuten neue Möglichkeiten und Herausforderungen. Die globale Erwärmung kann leicht zu Massenwanderungen führen. Wenn die Malediven und viele andere Inseln wirklich vom Meer verschlungen werden,

würden die Auswirkungen nicht nur diejenigen betreffen, die rechtzeitig fliehen konnten, sondern auch die Länder, in denen sie Zuflucht suchen. Wenn die Überschwemmungen in Bangladesch schlimmer werden, steht es schlecht um die Zukunft des Landes und seiner 160 Millionen Einwohner. Steigt der Wasserspiegel viel höher, geht das verarmte Land möglicherweise unter. Und wenn die Desertifikation der Länder direkt unterhalb der Sahelzone weitergeht, werden Kriege wie der im sudanesischen Darfur (partiell dadurch ausgelöst, dass die Wüste Nomaden im

Norden bedrängte, weshalb sie nach Süden, in Richtung des Volks der Fur, ausweichen mussten) heftiger sein und häufiger vorkommen.

Ein weiteres potenzielles Problem sind Kriege um Wasser. Selbst wenn sich im Nahen Osten in den kommenden Jahrzehnten stabile Demokratien herausbilden würden, könnte ein Rückgang des Wassers im Euphrat-Quellfluss Murat, der in der Türkei entspringt, leicht einen Krieg mit den flussabwärts gelegenen Ländern Syrien oder Irak auslösen, sollte die Türkei gezwungen sein, Talsperren zu bauen, um

die eigene Lebensgrundlage zu sichern.

Blicken wir weiter in die Zukunft:
Wenn wir aus dem Gefängnis unserer
Geographie aus- und in den Weltraum
aufbrechen, werden die politischen
Streitigkeiten auch im All fortgesetzt,
zumindest in der näheren Zukunft.

Ein menschliches Wesen durchbrach
erstmal 1961 die obere Schicht der
Stratosphäre, als der
siebenundzwanzigjährige Kosmonaut Juri
Gagarin an Bord der *Wostok 1* den
Weltraum erreichte. Es wirft ein trauriges
Licht auf die Menschheit, dass der Name
seines russischen Landsmanns

Kalaschnikow weit bekannter ist.

Gagarin, Buzz Aldrin und viele andere sind die Nachfahren von Marco Polo und Christoph Kolumbus, Pioniere, die die Grenzen hinausschoben und die Welt veränderten. Ob zum Besseren oder zum Schlechteren ist hier nicht der Punkt; sie entdeckten neue Möglichkeiten und neue Räume, in denen Länder dann wetteifern, das Beste aus dem zu machen, was die Natur dort bereitstellt. Es wird noch Generationen dauern, aber auch im All werden wir unsere Flaggen hissen, Territorien »erobern«, Gelände beanspruchen und die Hürden

überwinden, die uns das Universum in den Weg stellt.

Derzeit gibt es im All rund 1000 funktionierende Satelliten und mindestens 2000, die das nicht mehr tun. Ungefähr 2400 aller Satelliten starteten Russen und Amerikaner, rund 100 kamen aus Japan, etwa ebenso viele aus China, den Rest teilt sich eine Schar von Ländern mit wenigen Starts. Unterhalb der Satelliten befinden sich die Raumstationen, in denen Menschen erstmals für längere Zeit ohne die Erdanziehungskraft leben und arbeiten. Weiter draußen, auf dem Mond, stehen

wahrscheinlich noch mindestens fünf amerikanische Flaggen, und noch weiter weg, viel weiter draußen, haben es unsere Fluggeräte geschafft, an Mars und Jupiter vorbeizuziehen. Einige sind unterwegs in Gebiete jenseits dessen, was wir mit den Augen sehen oder zu verstehen versuchen können.

Es ist ein reizvoller Gedanke, unsere Anstrengungen im All würden die Menschheit zu einer gemeinschaftlichen, kooperativen Zukunft zusammenschweißen. Aber erst einmal wird sich der Wettstreit um die Vorherrschaft im Weltraum fortsetzen.

Die Satelliten sind nicht nur dazu da, unsere Fernsehbilder auszustrahlen oder das Wetter vorherzusagen – sie spionieren auch andere Länder aus, schauen, wer sich wo und womit bewegt. Zudem sind Amerika und China dabei, Lasertechnologien zu entwickeln, die als Waffen eingesetzt werden können, und beide streben nach Raketensystemen, die sie im All einsetzen können, um die Version des Gegners auszuschalten. Viele der technologisch fortgeschrittenen Staaten treffen heute Vorbereitungen für den Fall, dass sie im Weltraum kämpfen müssen.

Wenn wir uns zu den Sternen
aufmachen wollen, sind die
Herausforderungen, die vor uns liegen,
derart, dass wir uns vielleicht
zusammenschließen müssen, um sie zu
meistern – und nicht als Russen,
Amerikaner oder Chinesen durchs All zu
reisen, sondern als Vertreter der
Menschheit. Auch wenn wir uns von den
Fesseln der Schwerkraft losmachen
konnten, sind wir bislang immer noch
Gefangene unseres eigenen Geistes, der
begrenzt ist durch unser Misstrauen
gegenüber dem »anderen« und unseren
uralten Wettstreit um Ressourcen

bedingt. Wir haben noch einen langen Weg vor uns.

DANK

Großen Dank an alle, die mir großzügig Zeit, Rat und Ermunterung zuteilwerden ließen.

Ich möchte meiner Frau Joanna für ihre Geduld und ihr Naturtalent in Sachen Rechtschreibung danken, Pippa Crane und Jennie Condell vom Verlag Elliot & Thompson dafür, dass sie meinen geographischen Wanderungen Form und Richtung verliehen haben, und Ollie

Dewis für ihre Ermunterung und ihre Ideen.

Den folgenden Personen bin ich dankbar, dass sie ihr erfahrenes Auge auf die entsprechenden Teile des Buches gerichtet haben, und möchte nochmals betonen, dass ich für jegliche Fehler, die hier enthalten sind, allein verantwortlich bin: James Richards (ehemaliger offizieller Chinesisch-Dolmetscher der UK-Regierung, Vorsitzender der China Association), Professor James D. Boys (Visiting Senior Research Fellow, Kings College London), David Slinn (ehemaliger UK-Botschafter in

Nordkorea), Joel Richards, M. A. (Südamerikaspezialist), Kelvin O'Shea (Sky News), Tim Miller (Sky News), Jaksa Scekic (Reuters Belgrad) und Aleksander Vasca (Reuters Belgrad).

Außerdem danke ich jenen aktiven Mitgliedern von Regierungen und staatlichen Einrichtungen, die freundlicherweise ihre Sachkenntnis mit mir teilten, es aber vorziehen, nicht genannt zu werden.

LITERATUR

Allgemein

Diamond, Jared, *Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften*. S. Fischer, Frankfurt am Main 1998.

Dodds, Klaus, *Geopolitics: A Very Short Introduction*. Oxford University Press, Oxford 2007.

Ikenberry, G. John, »The Illusion of Geopolitics«. *Foreign Affairs*, Mai/Juni

2014.

Keegan, John, *Atlas of World War Two*.

Harper Collins, London 2006.

Mackinder, Halford John, »The

Geographical Pivot of History«. *The*

Geographical Society, Bd. 23, Nr. 4,

April 1904, S. 421–437.

Mackinder, Halford John, *Democratic*

Ideals and Reality. Holt, New York

1919.

Mead, Walter Russell, »The Return of

Geopolitics«. *Foreign Affairs*, Mai/Juni

2014.

Monmonier, Mark, *Eins zu einer Million*.

Die Tricks und Lügen der

Kartographien. Birkhäuser,
Basel/Boston/Berlin 1996.

Parry, Chris, *Super Highway: Sea Power in the 21st Century*. Elliott & Thompson, London 2014.

Pickles, John, *A History of Spaces: Cartographic Reason, Mapping and the Geo-Coded World*. Routledge, London 2004.

Roberts, S., Secor, A. und Sparke, M., »Neoliberal Geopolitics«. *Antipode*, Bd. 35, Nr. 5, November 2003, S. 886–897.

The Times Atlas of World History. Times Books, London 2000.

The Times Comprehensive Atlas of The World. 12. Auflage. Times Books, London 2007.

Weigley, Russell F., *The American Way of War*. Indiana University Press, Bloomington 1973.

Russland

Eberstadt, Nicholas, »Russia's Peacetime Demographic Crisis: Dimensions, Causes, Implications«. National Bureau of Asian Research, 2010.

Kennan, George F., »The Sources of Soviet Conduct«. *Foreign Affairs*, Juli 1947.

»Russia's accusations – setting the record straight«. NATO Fact Sheet, April 2014.

China

Beardson, Timothy, *Stumbling Giant: The Threats To China's Future*. Yale University Press, New Haven, CT 2013.

Boehm, Dana Carver, »China's Failed War on Terror: Fanning the Flames of Uighur Separatist Violence«. *Berkley Journal of Middle Eastern and Islamic Law*, Bd. 2, Nr. 1:3, 2009.

De Crespigny, Rafe, *China This Century*. Oxford University Press, Oxford 1992.

Kaplan, Robert D., *The Revenge of Geography*. Random House, London 2012.

Lewis, Martin, »East Asia«. Stanford University Global Geopolitics Lectures, East Asia, 15. Januar 2008.

Shaughnessy, Edward L. (Hg.), *China: Empire and Civilization*. Duncan Baird Publishers, London 2005.

Theroux, Paul, *Das chinesische Abenteuer. Reise durch das Reich der Mitte*. Claassen, Düsseldorf 1989.

USA

Commager, S., *Documents of American*

History Volume 1: to 1898. 10. Auflage.
Prentice Hall, New Jersey 1988.

Kagan, Robert, *Dangerous Nation:
America and the World, 1600–1898*.
Atlantic Books, London 2006.

Pei, Minxin, »How America and China
See Each Other«. *Foreign Affairs*,
März/April 2014.

»The Geopolitics of the United States,
Part 1: The Inevitable Empire«.
Stratfor.com, 4. Juli 2014

(<https://www.stratfor.com/analysis/geo/united-states-part-1-inevitable-empire>).

Unabhängigkeitserklärung der
Vereinigten Staaten von Amerika,

4. Juli 1776. Gedruckt von Steiner und Cist in deutscher Sprache, Philadelphia
6.–8. Juli 1776 (Faksimile).

US Department of State, »Rise to World Power, 1867–1913«. A Short History of the Department of State
(<http://history.state.gov/departmentshistory>).

Westeuropa

Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Goldmann, München 2004.

Kohl, Helmut, »Wie soll das Europa der

Zukunft aussehen?«. *BILD*, 27. Februar 2012.

Ottens, Nick, »Too Big for Europe«: The Recurring German Problem«. *Atlantic Sentinel*, 28. April 2014.

Simon, Luis und Rogers, James, »The Return of European Geopolitics? All roads run through London«. *The RUSI Journal*, Bd. 155, Nr. 3, 2010, S. 57–63.

Speck, Ulrich, »Power and Purpose: German Foreign Policy at a Crossroads«. 3. November 2014 (<http://carnegieeurope.eu/publications/fa=57167>).

Turchin, Peter, *War and Peace and War*.

Plume Books, London 2007.

Afrika

Bloom, David E. und Sachs, Jeffrey D.,
»Geography, Demography, and
Economic Growth in Africa«. Harvard
Institute for International
Development, Harvard University,
Oktober 1998.

Chaves, Isaías, Engerman, Stanley L. und
Robinson, James A., »Reinventing the
Wheel: The Economic Benefits of
Wheeled Transportation in Early
Colonial British West Africa«. Februar
2012

(<http://scholar.harvard.edu/files/jrobins>

Kasperson, Roger E. und Minghi, Julian V., *The Structure of Political Geography*. Transaction Publishers, New Brunswick 2011.

Naher Osten

Fisher, Max, »40 Maps Which Explain The Middle East«. Vox.com, 5. Mai 2014 (<http://www.vox.com/a/maps-explain-the-middle-east>).

Malinowski, Jon C. (Hg.), »Iraq: A Geography«. United States Military Academy, West Point, New York 2004 (<http://www.usma.edu/gene/SiteAssets/>

[Mobile=1](#)).

Indien und Pakistan

French, Patrick, *India: A Portrait*. Allen Lane, London 2011.

»Geography of India«. MapsofIndia.com, 12. November 2014

(<http://www.mapsofindia.com/geograp>

Institute for the Study of War, »Pakistan and Afghanistan«. 2009.

Kreft, Dr. Heinrich, »The Geopolitical Importance of Pakistan«. Institut für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), 15. Februar 2008.

Musharraf, Pervez, *In The Line Of Fire: A Memoir*. Free Press, New York 2008.

Korea und Japan

Chang, Gordon G., *Nuclear Showdown: North Korea Takes On The World*. Hutchinson, London 2006.

Oberdorfer, Don, *The Two Koreas*. Basic Books, New York 2001.

Lateinamerika

Keen, Benjamin und Haynes, Keith, *A History of Latin America*. Bd. 1. Cengage Learning, Wadsworth 2012.

World Economic Forum on Latin

America 2011

(<http://www.weforum.org/events/world-economic-forum-latin-america-2011>).

Zovatto, Daniel, »Elections in the Southern Cone: Citizens Chose Continuity«. Brookings, 30. Oktober 2014

(<http://www.brookings.edu/research/opdemocracy-alternation-latin/america/zovatto>).

Arktis

Bjarnason, Björn, »Climate Change and Iceland's Role in North Atlantic Security«. Rede, Belfer Center, John F.

Kennedy School of Government,
Harvard, 26. November 2007.

Conant, Eve, »Breaking the Ice: Russian
Nuclear-Powered Ice-Breakers«.

Scientific American blog, 8. September
2012

(<http://blogs.scientificamerican.com/guest-blog/2012/09/08/breaking-the-ice/>).

Grydehøj, Anne, Grydehøj, Adam und
Akrén, Maria, »The Globalization of
the Arctic: Negotiating Sovereignty
and Building Communities in
Svalbard, Norway«. *Island Studies
Journal*, Bd. 7, Nr. 1, 2012, S. 99–119.

United Nations, »Part V: Exclusive

Economic Zone«. UNCLOS Treaty

(http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf)

Woods Hole Oceanographic Institution,

»The Arctic: Exploration Timeline,

Polar Discovery«, 2009

(<http://polardiscovery.whoi.edu/arctic/>)

REGISTER

A

Abchasien 37, 39, 118

Abe, Shinzō 70

Adams, Henry 79 f.

Adams, John Quincy 81

Addis Abeba 127, 136

Afghanistan 10, 23, 26, 36, 46, 56, 60, 88,
94, 114, 174, 177, 194, 197, 199–202,
204–208, 211, 250, 281

Afrika 12, 42 f., 71, 94, 103, 123–147, 154,

242, 245, 247, 254, 260, 281

Ägäis 30, 99, 105 f., 180

Ägypten 49, 130, 134 ff., 153, 169, 171,
173, 176, 180, 184, 273

Aksai Chin 57, 196

al-Qaida 11, 61, 164 f., 167, 202, 204, 206,
209

Alaska 17, 24, 83, 125, 194, 269, 280

Alawiten 156, 161 ff.

Albanien 21, 28, 99, 109

Algerien 153

Alpen 58, 101

Amazonas 132, 241, 244, 257

Amundsen, Roald 270

Anden 244

Angola 71, 123, 126, 130, 132 ff., 139 f.,
142 ff.

Antarktis 264, 279

Appalachen 77 ff.

Arabische Halbinsel 159

Arabische Wüste 125

Arabisches Meer 153, 191, 199, 213

Argentinien 240, 242 ff., 246 f., 255,
257–264

Arktis 12 f., 23, 42, 116, 264–282

Armenien 18, 27 f., 37, 39, 99, 152, 159,
174

Armitage, Richard 203

Arunachal Pradesh 57, 210

Aserbaidshan 17, 26 f., 37, 159, 175

Asien 18 f., 24, 51, 69, 90, 179, 198 f., 224,
232 f., 276

Assad, Baschar al- 163

Assam 196, 198, 211

Äthiopien 71, 134 ff.

Atlantik 20, 30, 41, 49, 70, 78, 80, 86, 88,
101, 104, 111, 116, 124 f., 128, 139, 142,
145, 180, 243 f., 249, 251 f., 258, 269,
278

Australien 11, 87, 90

B

Bahrain 89

Balboa, Vasco Núñez de 251

Balkan 9 f., 41, 109

Baltikum-Staaten 21, 23, 35 f., 40, 118, 224

Bangladesch 46 f., 70, 167, 188 f., 191,
193 f., 196, 272, 284 f.

Baschir, Umar al- 143

Belgien 19, 52, 98 f., 259, 262

Belize 247, 249, 252

Belutschistan 188 f., 191, 195 ff.

Beringmeer 16–18, 271 f.

Beringstraße 16 f., 24, 245, 270, 272

Bhutan 46 f., 191, 196, 210

Bhutto, Benazir 204

bin Laden, Osama 206, 209

Bismarck, Otto von 96, 109

Bjarnason, Björn 278

Boko Haram 138

Bolívar, Simón 245 f., 252, 256

Bolivien 240 f., 245 ff., 259

Bosporus 30 f., 37, 102, 178, 180

Brahmaputra 192

Brasilien 94, 243 f., 246, 255–262

BRICS 260

Brunei 65, 69

Bulgarien 21, 28, 37, 40 f., 102, 109, 150 f.

Burundi 122 f., 133 f., 145

C

Chile 240 f., 243 f., 246 f., 256 f., 262

China 8, 12, 23, 25, 42–72, 87–90, 92 ff.,

125, 133, 139–144, 184, 191, 197 ff.,
209–213, 218 f., 222, 224, 227–230,
232–237, 251, 253–256, 260 f., 273, 279,
284, 286

Chruschtschow, Nikita 31

Churchill, Winston 18

Clinton, Hillary 89

D

Dagestan 25

Dalai Lama 57, 61, 198, 209

Dänemark 16 f., 30, 98 f., 110, 113, 275 f.,
279 f.

Dardanellen 30, 180

Demokratische Republik Kongo
(s. Kongo)

Deng Xiaoping [54](#)

Deutschland [19 f.](#), [33](#), [41](#), [52](#), [61](#), [79](#), [83](#),
[86](#), [101](#), [103](#), [108](#), [110–114](#), [117 f.](#), [125](#),
[132](#), [174](#), [228](#), [231](#), [259](#)

Diamond, Jared [124](#), [126](#)

Dnjepr [21](#), [34](#), [37](#)

Dokdo/Takeshima [216 f.](#), [230](#)

Dominikanische Republik [84](#)

Donau [38](#), [101 ff.](#), [127](#)

Durand, Mortimer [201](#), [203](#)

E

Ecuador 240 f., 244, 247, 255, 258

Elburs 174

Enlai, Zhou 62

Erdoğan, Recep Tayyip 179, 181

Eritrea 122 f., 126, 133 f.

Estland 16 f., 21, 23, 26, 28, 36, 40, 98 f.,
266 f.

Europa 12, 16–21, 24, 26 ff., 30, 33, 35–38,
40–43, 52, 58, 76 f., 80, 82 f., 85–89, 95,
97–119, 124–131, 134 f., 140, 144 f.,
152 ff., 156, 167, 169, 176, 178 ff., 182,
204, 224, 231, 233, 242 f., 246, 255, 261,
273, 278

Falkland Inseln [240 f.](#), [260](#), [262 ff.](#)

Fessan [130 f.](#)

Finnland [40](#), [110](#), [269](#), [272](#), [275](#), [278](#)

Florida [77](#), [80 f.](#), [84](#), [284](#)

Franco, Francisco [104](#)

Franklin, John [270](#)

Frankreich [19](#), [52](#), [79](#), [86](#), [101](#), [103 f.](#), [108](#),
[110 ff.](#), [117](#), [125](#), [132](#), [153](#), [174](#), [179](#),
[240 f.](#), [243](#), [262](#)

Französisch Guyana [240 f.](#), [244](#)

G

Gagarin, Juri [285](#)

Ganges [188 f.](#), [192](#), [194](#)

Gaza 169–172

Gelber Fluss 46 f., 49, 51, 55, 57

Gelbes Meer 46 f., 55, 66

Georges-Picot, François 154

Georgia 74 f., 77 f.

Georgien 16 f., 26, 28, 35, 37, 39, 88, 98 f.,
150 f.

GIUK-Lücke 30, 98 f., 116, 278

Gobi 49, 54 f.

Golf von Bengalen 70, 191, 213, 284

Golf von Mexiko 77, 79 f., 84, 244, 248,
284

Golfstrom 100

Gorbatschow, Michail 20

Griechenland 40, 105 ff., 113, 122 f., 180

Grönland 30, 42, 116, 125, 269, 275, 280

Großbritannien 40, 85 f., 108, 111, 113,
115 ff., 169, 174, 263, 282

Guam 84, 86

Guatemala 247, 249, 252

Gujarat 193, 196

Guyana 240 f., 244, 247

Gwadar 188 f., 197, 213

H

Hanbal, Ahmad ibn 155

Hans-Insel 266 f., 280

Haschemiten 159 f., 168

Hawaii 84

Herodot 134

Himalaja 9, 50, 56, 191 f., 199, 209, 212,
284

Hindukusch 9, 191

Hongkong 46 f., 54, 65, 68, 253

Honshu 46 f., 216 f., 230

Hu Jintao 58

Hudson, Henry 269

Hussein, Saddam 177

Hutu 133

I

Iberische Halbinsel 101, 104

Iberische Meseta 98 f., 104

Imjingang 216 f., 224 f.

Indien 8, 12, 23, 26 f., 56 f., 60, 90, 125,
177, 184, 187–213, 229, 260, 275, 280,
284

Indischer Ozean 26, 30, 49, 55, 64, 68, 70,
124, 127 f., 145, 153, 191, 197

Indonesien 11, 63, 68, 89, 92, 167

Indus 188 f., 192, 194, 199, 203

Innere Mongolei 49 f., 53 ff., 59

Irak 14, 88, 94, 122 f., 152–158, 160, 162,
164–167, 174–178, 182, 184 f., 285

Iran 93 f., 98 f., 152–155, 158, 161, 163,
165 f., 173–179, 182, 197

Island 16 f., 30, 86, 116, 266 f., 269, 275,
278, 282

Israel 94, 122 f., 135, 150 f., 153 f., 159 ff.,
167 f., 170–176, 180 f.

Italien 41, 79, 83, 86, 104, 122 f., 258, 262,
271

Iwan der Große 22

Iwan der Schreckliche 22, 43

J

Jangtsekiang 46 f., 49, 51, 57

Janukowytsch, Wiktor 29, 114

Japan 12, 23, 26, 48, 53, 56, 66 f., 70 f.,
85 f., 89 f., 92, 95, 212, 215–237, 271,
276, 286

Japanisches Meer 26, 55

Jefferson, Thomas 79, 94

Jemen 122 f., 153, 167, 184

Jerusalem 150 f., 159, 167, 169 ff.

Jinnah, Muhammad Ali 187, 194

Jordan 160, 168, 172

Jordanien 122 f., 150 f., 153 ff., 158 ff.,
166–173, 176

Jugoslawien 109

K

Kagan, Robert 118

Kaliningrad 16 f., 98 f., 118

Kamerun 122 f., 138 f.

Kanada 11, 269, 273, 275 f., 279 f.

Kap der Guten Hoffnung [125](#), [145](#)
Kaplan, Robert [70](#), [112](#)
Karakorum [56](#), [191](#)
Karibik [70](#), [84](#), [94](#), [243](#)
Karl XII., König von Schweden [20](#)
Kasachstan [19](#), [23](#), [27](#), [37](#), [60](#), [88](#)
Kaschmir [195 f.](#), [198 ff.](#), [208](#)
Katalonien [101](#)
Katharina die Große [22](#), [33](#)
Kaukasus [22 ff.](#), [39](#), [167](#), [180](#)
Kazama, Shinji [271](#)
Kemal, Mustafa [178](#)
Kenia [64](#), [71](#), [122 f.](#), [130](#), [134](#), [140 f.](#), [145](#)
Khartum [122 f.](#), [136](#)
Kiew [21](#), [28 f.](#), [32](#), [34](#), [37](#)

Kim Jong-il [215](#), [221](#)

Kirgisistan [27 f.](#), [46 f.](#), [60](#)

Kissinger, Henry [109](#)

Klitschko, Vitali [29](#)

Kohl, Helmut [118](#)

Kolumbien [240 f.](#), [244](#), [250](#), [256](#)

Kongo (Fluss) [122 f.](#), [127](#)

Kongo (Republik) [122 f.](#), [126](#), [129–134](#),
[139–142](#), [144 f.](#)

Korea [12 f.](#), [16 f.](#), [23](#), [46 f.](#), [55](#), [66](#), [87](#), [89 f.](#),
[215–237](#)

Kosovo [9 f.](#), [12](#), [109](#), [114](#)

Krim [20](#), [28](#), [30–34](#), [36 ff.](#), [41](#), [43](#), [114](#), [118](#)

Kroatien [98 f.](#), [102](#), [109](#)

Kuba [70](#), [84](#), [91](#), [139 f.](#), [218](#), [252](#), [284](#)

Kublai Khan 52

Kunlun 58

Kurdistan 158 f.

Kurilen 66, 236, 277

Kuwait 93, 122 f., 150 f., 153 f., 158 f.

L

Laos 56, 188 f.

Lateinamerika 13, 42, 83, 94, 239–264

Leopold, König von Belgien 132 f.

Lettland 16 f., 21, 23, 26, 36, 40, 266 f.

Lhasa 46 f., 58 f.

Libanon 98 f., 122 f., 135, 150 f., 154,
159 ff., 163, 165, 171, 173, 177

Liberia [122 f.](#), [140](#)

Libyen [114](#), [130 f.](#), [153](#), [182](#), [184](#)

Litauen [16 f.](#), [21](#), [23](#), [28](#), [36](#), [40](#), [42](#)

Luanda [122 f.](#), [140](#), [142](#)

M

Macau [54](#)

Malaysia [65](#), [68 f.](#), [89](#), [92](#), [218](#)

Malediven [271](#), [285](#)

Mali [128](#), [130](#)

Mandschurei [49](#), [53](#), [55](#), [59](#), [230](#), [232](#)

Mao Tse Tung [53 f.](#)

Margwelaschwili, Giorgi [40](#)

Massachusetts [74 f.](#), [78](#)

Meckel, Jacob [232](#)

Mekong [46 f.](#), [57](#)

Merkel, Angela [106](#)

Mexiko [77](#), [79–82](#), [84](#), [243 ff.](#), [247–251](#),
[256](#), [284](#)

Minneapolis [80](#)

Mischief-Riff [69](#)

Mississippi [74 f.](#), [77–80](#), [82 f.](#)

Mittelmeer [30](#), [87 f.](#), [104](#), [106](#), [125 f.](#), [128](#),
[139](#), [152](#), [154](#), [158](#), [168](#), [173](#), [177](#), [180](#),
[269](#)

Moldawien [16 f.](#), [28](#), [35](#), [37 ff.](#), [98 f.](#), [102](#)

Mongolei [21 ff.](#), [25](#), [49–55](#), [59 f.](#), [110](#), [174](#),
[222](#), [230](#)

Morales, Evo [246](#)

Mosambik [127](#), [144](#)

Mubarak, Hosni [183 f.](#)

Musharraf, Pervez [202 ff.](#)

Myanmar [52](#), [56](#), [70 f.](#), [89](#), [188 f.](#), [191](#), [210](#),
[212](#), [233](#)

N

Nagaland [196](#), [211](#)

Naher Osten [12](#), [42](#), [86](#), [93 f.](#), [126](#), [128](#),
[149–185](#), [247](#), [281](#), [285](#)

Namibia [122 f.](#), [126](#), [134](#)

Napoleon Bonaparte [19 f.](#), [80](#), [104](#), [118](#)

Nepal [188 f.](#), [191](#), [196](#), [210](#)

Neuseeland [87](#)

New Orleans [79](#), [81 f.](#), [84](#), [258](#)

Nicaragua [94](#), [247](#), [252 ff.](#)

Niederlande [19](#), [52](#), [98 f.](#), [106](#), [116](#), [272](#)

Niger (Fluss) [122 f.](#), [127](#), [137](#)

Niger (Republik) [122 f.](#), [125](#), [142](#)

Nigeria [23](#), [122 f.](#), [128](#), [130](#), [137 ff.](#), [143](#),
[146](#)

Nil [49](#), [122 f.](#), [127](#), [134 ff.](#), [150 f.](#), [244](#)

Nixon, Richard [62](#), [250](#)

Nordkorea [16 f.](#), [23](#), [46 f.](#), [90](#), [215–237](#)

Nordpol [266 f.](#), [269–272](#), [275 f.](#)

Nordpolarmeer [22](#), [26](#), [268 f.](#), [275 f.](#), [280](#)

Nordsee [30](#), [88](#), [111](#), [116](#)

Norwegen [16 f.](#), [30](#), [86](#), [269 ff.](#), [275 f.](#)

O

Obama, Barrack [58](#), [70](#), [87](#), [212](#), [261](#)

Oberdorfer, Don [222](#)

Ohio (Fluss) [74 f.](#), [79](#)

Okinawa [46 f.](#), [66 f.](#), [86](#), [92](#), [233](#), [235 ff.](#)

Oman [141](#), [150 f.](#), [153](#)

Ortega, Daniel [253 f.](#)

Ostchinesisches Meer [46 ff.](#), [55](#), [66 f.](#), [86](#),
[229 f.](#), [235](#)

Österreich [40 f.](#), [52](#), [98 f.](#), [102](#)

Ostsee [19](#), [23](#), [30](#), [37](#), [41](#), [103](#), [107](#), [118](#),
[278](#)

Özal, Turgut [179](#)

P

Pakistan 12, 23, 46 f., 56, 60, 70, 176,
187–213

Palästina 150 f., 153 f., 159, 161, 168 f., 171

Palin, Sarah 23 f.

Panama 84, 94, 247, 251, 251–254, 273

Papoulias, Karolos 106

Paraguay 240 f., 259, 261 f.

Parry, Edward 269

Pazifik 18, 22 f., 26, 49, 55, 64 ff., 68 ff.,
77 ff., 81 ff., 86 f., 90 ff., 94, 227, 230,
233 f., 237, 243 f., 251 f., 269 f., 280

Peru 240 ff., 244, 247, 256

Peschawar 202 f., 208

Peter der Große 26

Philippinen 46 f., 65, 68 f., 84, 212, 224,
233

Pjöngjang 216 f., 220 f., 225, 227, 229

Polen 16 f., 19 ff., 28 f., 35, 38, 41 f., 107 ff.

Portugal 52, 54, 98 f., 101, 103, 122 f., 139,
144, 244 f., 257 f.

Powell, Colin 202 f.

Puerto Rico 84

Punjab 192 f., 195 f., 200 f., 211

Putin, Wladimir 7, 19 f., 29–36, 41 ff., 87 f.,
109, 277

Pyrenäen 101, 103 f.

Pytheas von Massalia 269

Q

Qaradawi, Yusuf al- 184

R

Reid, John 205

Rhein 98 f., 101, 112, 127

Rhone 98 f., 104

Rio Grande 74 f., 82, 248, 252, 254

Rocky Mountains 77 ff.

Roosevelt, Theodore 91, 255

Roussef, Dilma 261

Ruanda 122, 133 f., 141, 145

Rumänien 21, 28, 31, 37, 102, 109, 150 f.

Russland 7, 12, 15–43, 50, 55, 60, 66, 84,
86 ff., 98 f., 103, 105, 107–112, 114, 117,
127, 132, 139 f., 140, 163, 180, 213, 224,
229 f., 232, 236, 245, 260, 268 f.,
274–280, 283 f.

Ryukyu-Inseln 66, 233, 235

S

Saakaschwili, Micheil 39

Sahara 122–128, 138

Sahelzone 122 f., 125 f., 129, 138, 285

Sambesi 122 f., 127 f.

Sambia 122 f., 133, 139 ff., 144

San Martín, José de 245

Saudi-Arabien 93, 139, 150 f., 153 ff.,
159 f., 163, 167, 176 f., 184, 201

Schäuble, Wolfgang 106

Schirinowski, Wladimir 26

Schwarzes Meer 16 f., 23, 41, 88, 102

Schweden 20, 98 f., 110, 261, 269, 275,
278 f.

Seine 98 f., 104

Serbien 9 f., 41, 98 f., 102, 109

Sewastopol 28, 30, 37

Seward, William 83

Shanghai 46 f., 52, 58, 66, 95

Siachengletscher 198

Sibirien 16 f., 18, 22, 24 f., 266 f., 274,
276 f., 280

Sierra Madre [249](#), [252](#)

Sierra Nevada [77](#)

Simbabwe [122 f.](#), [128](#), [130](#), [134](#), [144](#)

Singapur [65](#), [68](#), [89](#), [92](#), [233](#)

Singh, Amarjit [190](#)

Skagerrak [278](#)

Skandinavien [83](#), [110](#)

Slowakei [21](#), [28](#), [40](#), [98 f.](#), [102](#)

Slowenien [102](#), [109](#)

Sowjetunion (s. Russland)

Spanien [52](#), [70](#), [79–82](#), [84](#), [101](#), [103 ff.](#),
[122 f.](#), [125](#), [132](#), [179](#), [244 f.](#), [251](#), [258](#),
[260](#), [262](#)

Spratly-Inseln [69](#)

Sri Lanka [70](#), [188 f.](#), [196](#)

Stalin, Joseph [27](#), [38](#), [43](#)

Straße von Gibraltar [30](#)

Straße von Hormus [116](#), [150 f.](#), [174](#), [176](#)

Straße von Malakka [68](#), [70](#), [92](#), [116](#), [197](#),
[213](#)

Südafrika [122 f.](#), [126](#), [139](#), [143 ff.](#), [260](#)

Südamerika [127](#), [243–247](#), [256 f.](#), [259 f.](#)

Sudan [122 f.](#), [129 f.](#), [133 f.](#), [136](#), [141](#), [143](#),
[146](#), [285](#)

Südchinesisches Meer [51](#), [55](#), [65–70](#), [212](#)

Südkorea [16 f.](#), [46 f.](#), [89 f.](#), [215–237](#)

Südossetien [37](#), [39](#), [118](#)

Suezkanal [30](#), [86](#), [122 f.](#), [125](#), [135](#)

Sykes, Mark [154](#)

Syrien [12](#), [14](#), [16 f.](#), [30](#), [89](#), [122 f.](#), [150–154](#),

156, 158–164, 166–169, 173, 178 f., 181,
184, 285

T

Tadschikistan 10, 27 f., 46 f., 56, 60 f.

Taiwan 46 ff., 53, 65–69, 93, 232 f., 235,
255

Takeshima (s. Dokdo)

Tansania 122 f., 126, 128, 133 f., 141, 144 f.

Texas 52, 79, 81 ff., 248

Thailand 46 f., 63, 65, 89, 212

Theroux, Paul 58

Tibet 14, 46 f., 50 f., 53, 56–61, 198 f., 209 f.

Transnistrien 37 ff., 118

Tripolitanien 130

Tschechien 21, 28, 40, 42, 98 f.

Tunesien 122 f., 126

Türkei 16 f., 27, 30 f., 38, 41, 61, 91, 98 f.,
105, 109, 129, 131, 156, 158, 174–181,
285

Turkmenistan 27, 174

U

Uganda 122 f., 126, 133 f., 141, 145

Ukraine 7, 12, 21, 23, 26, 28 f.

Ungarn 10, 21, 28, 40 f., 98 f., 102

Ural 16 f., 19 f., 22–25, 37, 103

Uruguay 240 f., 256 f., 259 f., 262

USA 12, 16 f., 23 f., 31, 33, 36, 40 ff., 48, 50,
57, 64, 67–71, 73–94, 101, 108, 112, 125,
127, 132, 135, 139, 158, 175–177, 180,
184, 194, 202, 212, 218, 224–229, 233 f.,
236 f., 242 f., 245–253, 255 f., 260, 264,
266–269, 272, 277–280, 284

Uzbekistan 16 f., 27, 150 f.

V

Vaca Muerta 240 f., 262

Venezuela 42, 240 f., 244 f., 247, 252,
255 f., 259, 261

Vietnam 56, 68 f., 87, 89

W

Washington, George [85](#)

Weißrussland [26 f.](#), [41](#)

Westeuropa (s. Europa)

Z

Zagros [174 f.](#)

Zentralafrikanische Republik [122 f.](#), [126](#),
[132 f.](#)

Zentralamerika [244](#), [247](#), [250 ff.](#), [256](#)

Zheng He [64](#)

Zypern [98 f.](#), [150 f.](#), [159](#), [180](#)

Tim Marshall ist ein anerkannter Experte für Außenpolitik. Er war Redakteur beim britischen 24-Stunden-Nachrichtensender Sky News und hat für die BBC aus mehr als dreißig Ländern berichtet, u.a. aus den Krisengebieten Balkan, Kosovo, Afghanistan, Syrien und Israel. Er war lange Jahre als Europa- und Nahost-Korrespondent tätig und wurde für seine Berichterstattung vielfach ausgezeichnet.

Alle Regierungen unterliegen den Zwängen der Geographie. Berge und Ebenen, Wasser, Sand und Eis setzen ihrem Entscheidungsspielraum Grenzen. In Russland zum Beispiel standen alle Staatschefs, egal ob Peter der Große, Stalin oder Putin, denselben geostrategischen Problemen gegenüber: Die meisten Häfen sind die Hälfte des Jahres zugefroren und die nordeuropäische Tiefebene, die sich von der Nordsee bis zum Ural zieht, ist flach, jeder kann dort einmarschieren.

Wenn Sie sich fragen, warum Putin so

besessen von der Krim ist, wie die USA zu der Weltmacht werden konnten, die sie sind, oder wenn Sie die globale Einflussnahme Chinas verstehen wollen: Tim Marshall gestattet einen erhellenden Blick hinter die Kulissen der weltweiten Außenpolitik.

Deutsche Erstausgabe 2015

© der deutschsprachigen Ausgabe:
dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
München

Titel der englischen Originalausgabe:
Prisoners of Geography

© Tim Marshall 2015

Umschlaggestaltung nach einem Entwurf
von Chris Shamwana

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist nur mit Zustimmung
des Verlags zulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen und die Einspeicherung

und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Datenkonvertierung: le-tex publishing services GmbH, Leipzig (01)

eBook ISBN 978-3-423-42856-9 (epub)

ISBN der gedruckten Ausgabe 978-3-423-28068-6

Ausführliche Informationen über unsere Autoren und Bücher finden Sie auf unserer Website

www.dtv.de/ebooks



LAUSCHEN & LESEN

